

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

79. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 12. Dezember 1967

Tagesordnung

1. Grüner Plan 1968
2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968
Spezialdebatte
Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt

Nationalrat

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Scheibenreif (S. 6385)

Angelobung des Abgeordneten Brandstätter (S. 6386)

Personalien

Krankmeldung (S. 6385)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 6386)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlagen 682 und 683 (S. 6386)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (676 d. B.)

Berichterstatte: Ing. Karl Hofstetter (S. 6386)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630 und 656 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, und Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Spezialberichterstatte: Ing. Karl Hofstetter (S. 6388 und S. 6489)

Redner: Meißl (S. 6390), Griebner (S. 6397), Pfeifer (S. 6402), Landmann (S. 6408), Zeillinger (S. 6411), Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (S. 6418 und S. 6474), Grundemann-Falkenberg (S. 6420), Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs (S. 6427), Leimböck (S. 6432), Pansi (S. 6434), Nimmervoll (S. 6441), Fux (S. 6445), Dipl.-Ing. Tschida (S. 6447), Wielandner (S. 6452), Minkowitsch (S. 6455), Dr. Scrinzi (S. 6465), Dr. Tull (S. 6469), Dr. Staribacher (S. 6482) und Fachleutner (S. 6487)

Kenntnisnahme des Grünen Planes (S. 6489)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 6489)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Skritek und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Subventionierung der Kammern der gewerblichen Wirtschaft (428/J)

Peter und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend wasserrechtliche Bewilligung einer Schottergewinnungsanlage im Stadtgebiet von Wels (429/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Skritek und Genossen (385/A.B. zu 378/J)

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (386/A.B. zu 369/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Ströer und Genossen (387/A.B. zu 384/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 77. Sitzung vom 6. Dezember und der 78. Sitzung vom

7. Dezember 1967 sind in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Josef Schlager.

Seitens der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß an Stelle des Abgeordneten Alois Scheibenreif, der sein Mandat

6386

Nationalrat XI. GP. — 79. Sitzung — 12. Dezember 1967

Präsident

zurückgelegt hat, Herr Jakob Brandstätter in den Nationalrat berufen worden ist. Da der Wahlschein bereits vorliegt und Herr Jakob Brandstätter im Hause anwesend ist, nehme ich sogleich seine Angelobung vor.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Machunze, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer Machunze verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Brandstätter leistet die Angelobung.

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte.

Seit der letzten Haussitzung sind drei Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern übermittelt worden sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

Notenwechsel betreffend die Ausdehnung des territorialen Geltungsbereiches des zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Dänemark abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Færøer-Inseln (682 der Beilagen) dem Finanz- und Budgetausschuß und

Bundesverfassungsgesetz, mit dem einzelne Bestimmungen des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, BGBl. Nr. 240/1957, zu Verfassungsbestimmungen erklärt werden (683 der Beilagen) dem Verfassungsausschuß.

Ich schlage vor, die Debatte über die beiden auf der Tagesordnung stehenden Punkte unter einem abzuführen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine beiden Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Punkte gemeinsam durchgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Die Debatte wird daher über beide auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte gemeinsam abgeführt.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (676 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630, Zu 630 und 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe VIII**

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die, wie soeben beschlossen wurde, die Debatte unter einem abgeführt werden wird. Es sind dies:

1. Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes und

2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII.

Berichterstatte zu beiden Punkten ist der Abgeordnete Ing. Karl Hofstetter. Ich bitte ihn um seine beiden Berichte.

Berichterstatte Ing. Karl **Hofstetter:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe namens des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes zu referieren.

Gemäß § 9 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1960, BGBl. Nr. 155, mit dem Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung sowie zur Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes getroffen werden (Landwirtschaftsgesetz), hat die Bundesregierung am 12. Oktober 1967 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Kalenderjahr 1966“ (Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes — Grüner Plan 1968) termingerecht vorgelegt. Dieser Bericht, der die Maßnahmen enthält, die die Bundesregierung zur Erreichung der im § 2 des Landwirtschaftsgesetzes genannten Ziele für notwendig erachtet, wurde vom Nationalrat am 23. Oktober 1967 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Der Bericht der Bundesregierung ist von den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten ausgegangen. Gegenstand dieser Feststellungen sind vor allem die Stellung der Landwirtschaft

Ing. Karl Hofstetter

in der Volkswirtschaft, die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Jahre 1966 sowie eine Übersicht über die Verwendung der Mittel des Grünen Planes 1966. Zwei Beiträge, nämlich „Die Veränderungen der Betriebsstruktur der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1960 bis 1965“ und „Die Stellung einiger Spezialbetriebszweige im Rahmen der österreichischen Betriebsstruktur“ betreffen die österreichische Agrarstruktur und ihre Veränderungen. Durch Auswertung der Buchführungsergebnisse von 1906 landwirtschaftlichen Betrieben wird wieder ein fundierter Einblick in die Ertragslage der verschiedenen Betriebsgruppen des Berg-, Flach- und Hügellandes gewonnen und ein zusammenfassender Überblick über die Entwicklung der Ertragslage in den Jahren 1958 bis 1966 gegeben.

Dem Grünen Bericht 1966 ist zu entnehmen, daß sich der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Nationalprodukt und Volkseinkommen nach dem Rückschlag im Jahre 1965 um 1 Milliarde beziehungsweise 600 Millionen Schilling auf 20,3 beziehungsweise 14,6 Milliarden Schilling erhöhte. Zur Veränderung der Agrarstruktur ist anzuführen, daß sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zwischen Juni 1960 und Dezember 1965 um 5,6 Prozent auf rund 380.000 verringerte. Obwohl auch 1966 durch Unwetter schwere Überflutungsschäden entstanden, die meist dieselben Landesteile heimsuchten wie im Jahre zuvor, ermöglichte der Witterungsablauf doch in fast allen Produktionszweigen gute bis sehr gute Ernten. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen nahm weiter — allerdings weniger stark als im Jahre zuvor — ab. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich überdurchschnittlich um 8,1 Prozent.

Die Ergebnisse buchführender bäuerlicher Vollerwerbsbetriebe zeigen, daß der Einkommensrückschlag des Jahres 1965 überwunden und in der Einkommenslage eine Verbesserung eingetreten ist. Der Rohertrag erreichte eine Steigerung um 9 Prozent, während der Aufwand der Betriebe mit 6 Prozent weniger stark gestiegen ist.

Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft war im Bundesdurchschnitt um 18 Prozent höher als 1965 (27.298 S). Die namhaftesten Verbesserungen erzielten die Betriebe der Ackerbauzonen, die 1965 durch die ungünstigen Witterungsbedingungen besonders betroffen waren. Einkommensverbesserungen wurden auch in Betriebsgruppen mit ungünstigen natürlichen Produktionsbedingungen oder strukturellen Gegebenheiten erzielt, wie etwa von den Bergbauernbetrieben. Der Anteil

der Betriebe mit weniger als 25.000 S Betriebs-einkommen je Arbeitskraft hat sich auf 48,4 Prozent verringert. 1965 waren es noch 62 Prozent, 1964 59,8 Prozent.

Die in den Vorjahren in Angriff genommenen Schwerpunktmaßnahmen des Grünen Planes wurden auch 1966 weitergeführt. Diese Maßnahmen sind vor allem darauf gerichtet, die Selbsthilfe der österreichischen Landwirtschaft in ihrem Bemühen zu stärken, die notwendige Rationalisierung der Betriebe im beschleunigten Tempo durchzuführen, die Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit rasch zu erhöhen, um so eine weitere Verbesserung der Einkommen der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten zu erreichen.

Trotz der bisher erzielten Fortschritte in der Durchführung der eingeleiteten Maßnahmen besteht noch ein großer Nachholbedarf. Die Änderungen in der Agrarstruktur halten an. Die zur Anpassung an die agrarstrukturellen Änderungen erforderlichen Umstellungsmaßnahmen übersteigen vielfach die Kräfte des Einzelbetriebes. Es bedarf deshalb der Fortführung der Schwerpunktmaßnahmen zur weiteren Aktivierung der bäuerlichen Selbsthilfe und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, um den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes näherzukommen.

Der Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes sieht vor, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1968 Bundesmittel in der Höhe von 900 Millionen Schilling einzusetzen; 1967 waren es 730 Millionen Schilling. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1968 sind deshalb 320 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 1/603 in der ordentlichen Gebarung und 410 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 5/603 (außerordentliche Gebarung) veranschlagt. 170 Millionen Schilling entfallen auf das Eventualbudget.

Für die Schwerpunktmaßnahmen, und zwar für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen, für die Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft, für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen, für das Forschungswesen, für den Landarbeiterwohnungsbau und für Zinsenzuschüsse sind in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung 81, 378, 46, 11, 34 und 180 Millionen Schilling vorgesehen. Überdies wurden im Eventualbudget für Verbesserungen der Produktionsgrundlagen, für Verbesserungen der Struktur und Betriebswirtschaft, für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen sowie für das Forschungswesen jeweils 35, 70, 60 und 5 Millionen Schilling veranschlagt. In diesem Zusammenhang ist anzuführen, daß innerhalb der Systematik der einzelnen Maßnahmen gegenüber dem

Ing. Karl Hofstetter

Vorjahr einige Änderungen erfolgten. So wird nunmehr unter anderem das „Forschungs- und Versuchswesen“ als eigener Schwerpunkt geführt. Die Position „Düngerstätten und Stallverbesserung“ wurde mit der „Besitzfestigung“ und den „Umstellungsmaßnahmen“ zusammengelegt. Bei der Position „Absatz- und Verwertungsmaßnahmen“ erfolgte die Zusammenlegung mehrerer Untergliederungen zu einer Post mit der Bezeichnung „Verbesserung der Marktstruktur“. Die Post „Beratungswesen“ wurde zur Gänze vom Grünen Plan in die laufenden Förderungsausgaben transferiert. Die Zinsenzuschüsse werden die Inanspruchnahme eines Kreditvolumens von 1,2 Milliarden Schilling ermöglichen, das in seiner Höhe dem des heurigen Jahres entspricht.

Bezüglich der einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen wird auf den Bericht der Bundesregierung verwiesen.

Der Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft für das Jahr 1966, der an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt worden ist, wurde vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in seiner Sitzung am 24. November 1967 in Verhandlung gezogen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes zur Kenntnis nehmen.

Ich bitte, General- und Spezialdebatte über diesen Bericht abzuführen.

Ich bringe nun den Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 14. November 1967 die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1968 der Vorberatung unterzogen.

Kapitel 60, Land- und Forstwirtschaft: Im Bundesvoranschlag 1968 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 1860,760 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 410 Millionen Schilling, insgesamt daher 2270,760 Millionen Schilling veranschlagt.

Die veranschlagten Ausgabenkredite ohne Eventualbudget gliedern sich in:

353,798 Millionen Schilling für den Personalaufwand,

275,758 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums, der nach-

geordneten Dienststellen sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens,

346,640 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft,

730 Millionen Schilling für den Grünen Plan, und zwar: 320 Millionen Schilling in der ordentlichen Gebarung und 410 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung,

564,564 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse, ausgenommen den Personalaufwand dieses Titels.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Im Titel 600 mit einem Kredit von rund 105,2 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen landwirtschaftlichen Organisationen auch ein Beitrag von 10,6 Millionen Schilling als Beitrag zu den Aufgaben der Entwicklungshilfe vorgesehen.

Der Titel 601 enthält die Kredite für Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in der Höhe von 346,6 Millionen Schilling.

Der Titel 603 „Grüner Plan“ wurde in gleicher Höhe wie im Vorjahr dotiert, und zwar mit 730 Millionen Schilling, davon 410 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung.

Unter dem Titel 605 sind die Kredite zur Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der dem Landwirtschaftsministerium nachgeordneten Lehr- und Versuchsanstalten in der Höhe von 260,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Titel 606 ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate bestimmt, die den Lehranstalten angeschlossen sind. Die Gebarung ist zweckgebunden, das heißt, den Ausgaben in der Höhe von 13,6 Millionen Schilling stehen gleichhohe Einnahmen gegenüber.

Der Titel 607: Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens, in der Höhe von 87,4 Millionen Schilling enthält vor allem die Kredite für die Bestreitung des Personalaufwandes und der Reisekosten für die an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen tätigen Lehrkräfte.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 603,8 Millionen Schilling

Ing. Karl Hofstetter

veranschlagt. Darin enthalten sind 248 Millionen Schilling aus dem Katastrophenfonds zur Weiterführung vorbeugender Maßnahmen in den besonders hochwassergefährdeten Gebieten. Der weitere Betrag von 355,8 Millionen Schilling ist für die Fortsetzung des normalen Programms des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung und vor allem auch für die laufende Instandhaltung und Verbesserung der bestehenden und neugeschaffenen Regulierungswerke vorgesehen. In diesem Kredit sind außerdem die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand der einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Unter dem Titel 609 ist der Personal- und Sachaufwand für alle sonstigen Dienststellen im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, und zwar für die Bundesgärten, die Spanische Reitschule, die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Bundesforstgärten und die Bauhöfe vorgesehen, außerdem für die Organe der Weinaufsicht und des Grenzbeschaudienstes. Insgesamt wurde ein Kredit von 123,6 Millionen Schilling präliminiert.

Die unter dem Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 539,8 Millionen Schilling weisen gegenüber dem Jahre 1967 nur eine Steigerung um rund 25 Millionen Schilling aus, weil die höheren Interessentenbeiträge für Maßnahmen an Bundesflüssen um rund 50 Millionen Schilling, durch die Beitragsleistung der Tauernkraftwerke zur Zillerregulierung, durch die erstmalige Veranschlagung der Beiträge zum Personalaufwand der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen beim Kapitel 53: Finanzausgleich, fast wieder aufgewogen werden. Mehreingänge sind bei den Lehr- und Versuchsanstalten und bei den Bauhöfen zu erwarten. Höhere Einnahmen ergeben sich voraussichtlich auch beim Bundesministerium durch Erlöse für abverkaufte Baumaschinen, durch die Ablösung der Maschinen und Geräte der Bundesforstgärten in der Steiermark seitens des Landes beziehungsweise durch die erstmalig veranschlagten Gebühreneingänge aus der Qualitätskontrolle im Sinne des Qualitätsklassengesetzes.

Kapitel 62: Preisausgleiche: Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1968 sind für den Verwaltungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft Preisausgleiche in der Höhe von 2512,443 Millionen Schilling veranschlagt, denen 609,800 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Bei diesen Einnahmen handelt es sich größtenteils um zweck-

gebundene Einnahmen nach dem Marktordnungsgesetz sowie um zweckgebundene Import- und Transportausgleichsbeiträge.

Die Ausgabenkredite verteilen sich auf:

381 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich,

1655,8 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich,

82,6 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten,

37,8 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich,

191,5 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich und

163,8 Millionen Schilling für den Düngemittelpreisausgleich.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Der Betrag für den Brotgetreidepreisausgleich wurde in gleicher Höhe wie im Vorjahr veranschlagt, obwohl die Lagerung und die Verwertung der Produktionsüberschüsse, bedingt durch die gute Ernte 1967, höhere Kosten verursachen wird.

Durch Maßnahmen im Bereiche der Getreidewirtschaft soll die seit langem angestrebte wirtschaftliche Umschichtung von Brot- und Futtergetreide wirksam vorangetrieben werden. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, daß die Preisrelation zwischen Mahlweizen und Futtergetreide von beiden Seiten her verengt wird.

Um mit dem für die Milchpreisstützung vorgesehenen Betrag das Auslangen finden zu können und den Stützungsbetrag bei einer voraussichtlichen Milchanlieferung von 2,1 Millionen Tonnen im Jahre 1968 voll auszahlen zu können, werden auf dem Milchsektor Maßnahmen ergriffen werden, durch die eine verstärkte Verlagerung von der Milch- auf die Fleischproduktion und eine Erhöhung des Milchabsatzes im Inland erreicht werden soll.

Ferner soll eine Strukturbereinigung der Molkereiwirtschaft zur Verbesserung und Rationalisierung der Verarbeitung und Vermarktung den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen.

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste: Im Voranschlag 1968 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind zufolge des grundsätzlich in Eigenregie zu führenden rein forstlichen Betriebes sowohl die mit der zu bewirtschaftenden Waldfläche von 483.227 ha und der Nutzung von 1.895.000 fm unter Berücksichtigung der allgemeinen öffentlichen, insbesondere landeskulturellen Interessen sowie die mit der Führung der Neben-

Ing. Karl Hofstetter

betriebe verbundenen unumgänglich nötigen Ausgaben als auch die höchstmöglich erzielbaren Einnahmen, die bei der Verwertung der Forstprodukte und aus den übrigen Erträgen erwartet werden können, vorgehen.

Veranschlagten Betriebsausgaben von 714,7 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen von nur 680,3 Millionen Schilling gegenüber. Die Österreichischen Bundesforste werden 1968 einen voraussichtlichen kassamäßigen Abgang von 34,4 Millionen Schilling zu verzeichnen haben.

Der Voranschlag der Österreichischen Bundesforste spiegelt deutlich die sehr ungünstige Lage der österreichischen Forstwirtschaft wider. Zu stetig steigenden Lohn- und Personalkosten kam seit den letzten Monaten des Jahres 1966 ein rapider Preisverfall hinzu, welcher bei den wirtschaftlich bedeutungsvollen Rohholzsorten mit 15 bis 20 Prozent beziffert werden muß. Auf der Ausgaben-seite wirkt natürlich auch im Jahre 1968 noch der Aufwand für die Behebung der Windwurfkatastrophe der Jahre 1966 und 1967 nach, weil einerseits im laufenden Jahr die zur Aufarbeitung der Windwurfhölzer erforderlichen Mittel auf Grund der budgetären Lage nicht zur Verfügung gestellt werden können und daher außerordentliche Vorbelastungen des Folgejahres bedeckt werden müssen und andererseits noch auf das Jahr 1968 entfallende Aufwendungen für die Behebung der Katastrophen gegeben sind.

Von den Gesamtausgaben entfallen auf persönliche Ausgaben für 6941 aktive Bedienstete — Senkung gegenüber 1967 um 295 Dienstposten — 400,2 Millionen Schilling und für 1738 Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger 55,1 Millionen Schilling sowie auf sachliche Ausgaben für laufende Betriebsanfordernisse 129,7 Millionen Schilling, für betriebsnotwendige Investitionen 65,6 Millionen Schilling, für öffentliche Abgaben 45,8 Millionen Schilling, für Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 10,0 Millionen und für Vorschüsse, Darlehen und Beiträge 8,3 Millionen Schilling.

Zusätzlich zu den normalen Betriebsausgaben tragen die Österreichischen Bundesforste noch die aus der Zeit vor der Bildung des Wirtschaftskörpers stammenden Pensionslasten und erbringen nicht budgetwirksame Leistungen nach den Einförsterrechten, die für das Jahr 1967 mit zusammen 114,2 Millionen Schilling bewertet werden müssen.

Die Erlöse aus der Holzverwertung wurden mit 607,6 Millionen Schilling veranschlagt, die übrigen Einnahmen belaufen sich auf 72,7 Millionen Schilling.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Pfeifer, Tödling, Meißl, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Dipl.-Ing. Tschida, Pansi, Grundemann-Falkenberg, Dkfm. Androsch, Steiner, Wielandner, Dipl.-Ing. Fink, Eberhard, Landmann, Dr. Staribacher, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Fux, Regensburger, Wodica, Dr. Bassetti, Robak und Griesner. Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VIII gehörenden Teile des Bundesvoranschlages in der Fassung der Regierungsvorlage (630 und 656 der Beilagen) mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und

dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) wird unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen beziehungsweise drucktechnischen Korrekturen (656 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, nun in die Spezialdebatte eingehen zu wollen.

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft befindet sich in einem Umbruch, der die bisherigen Vorstellungen und Wertmaßstäbe weitgehend über den Haufen geworfen hat, ja ich möchte geradezu sagen: Revolutionierende Tatsachen müssen zur Kenntnis genommen werden. Die harten Realitäten sind im Begriffe, von der Landwirtschaft zur Kenntnis genommen zu werden.

Was sind die harten Realitäten? Es sind die durch die Landflucht notwendig gewordenen Umstellungen, es sind die notwendigen Folgerungen aus dem Nichtmehrvorhandensein der früheren Vorstellung von dem autarken Betrieb, der alles selbst produziert hat, der nicht Konsument war, wie es heute weitestgehend der Fall ist. Es sind die Folgerungen, daß man die Betriebsgebäude umgestalten, modernisieren muß. Es sind die Folgerungen,

Meißl

daß die Hauswirtschaft ebenfalls technisiert werden muß, die Betriebsmittel müssen weitgehend mechanisiert und die Betriebsflächen müssen zusammengelegt und womöglich vergrößert werden. Das sind die harten Realitäten, denen sich die Landwirtschaft heute gegenübergestellt sieht. In der Produktion muß sich die Landwirtschaft weitgehend auf Spezialisierungen umstellen.

Meine Damen und Herren! Hier stellt sich nun die Frage: Tun die für unsere Landwirtschaft Verantwortlichen wirklich alles, um der Landwirtschaft diesen harten Weg zu erleichtern? Tun sie alles, damit sich auch entsprechende Betriebserfolge einstellen? Die Betriebserfolge braucht der Bauer heute, um als Konsument das kaufen zu können, was er nun nicht mehr selber produziert, da er selbst ernährungsmäßig nur mehr einen Teil zu produzieren in der Lage ist.

Hier die Frage an die Verantwortlichen, an den Minister und sein Ressort: Geschieht hier wirklich alles, um diesen Weg zu erleichtern? Genauso geht unsere Frage auch an die bäuerlichen Standesvertretungen, ob auch von dieser Seite hier alles geschieht.

Wir Freiheitlichen müssen dazu feststellen: Wir sind nicht der Meinung, daß diese Frage positiv zu beantworten ist. Es genügt eben nicht, wenn man nur Schaustellungen veranstaltet oder sich beispielsweise der Bauernrat mit 2000 Mitgliedern versammelt, daß man stolz auf die Stärke der bäuerlichen Vertretung des Bauernbundes ist und — ich darf das einem Bericht der „Kleinen Zeitung“ entnehmen — erzählt: Wir haben 33 Bauernbundabgeordnete, wir haben 10 Bundesratsmitglieder ... (*Abg. Steiner: Da nehmt ihr euch sehr bescheiden aus!*) Ja, Herr Kollege, ich muß Ihnen eines sagen: Sie operieren auch mit den 86 Prozent der Stimmen, die der Bauernbund hat — das hat übrigens der Kollege Ulbrich schon einmal gesagt —, die 86 Prozent ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.*) Ja, es fragt sich dazu nur, Herr Altkanzler, ob diese 86 Prozent kaufmännisch gesprochen gut angelegt sind. Wir Freiheitlichen sind da der Meinung, daß man hier dem Bauernstand keinen guten Dienst erwiesen hat. Ich habe das wiederholt hier im Hause gesagt: Wir betrachten nun einmal die Konkurrenz als einen wesentlichen, belebenden und notwendigen Faktor auch bei den Standesvertretungen, und es wäre ganz gut, wenn der Bauernbund hier eine schärfere Konkurrenz hätte. Ich glaube, Herr Abgeordneter, Sie unterliegen auch dem Trugschluß, daß es allein mit den Zahlen getan ist.

Herr Präsident Wallner hat dann weiterhin stolz erklärt — ich glaube —, vier von den sechs der ÖVP zugehörigen Landeshauptleuten

sind vom Bauernbund, und er hat die Positionen in den Landtagen, in der Vertretung der ÖVP erwähnt.

Hier ist nun einmal die Frage zu stellen: Wem nützt das alles? Nützt es wirklich dem Bauernstand in dem Ausmaß der Stärke, wie sie hier demonstriert wird?

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß es vor allem in der Landwirtschaft und in dem sogenannten modernen Agrarkonzept, von dem so viel gesprochen wird, an verschiedenen Dingen fehlt. Es fehlt unserer Meinung nach vor allem an einem klaren und vernünftigen Förderungskonzept, einem Förderungskonzept, das nicht nach der Gießkannentaktik verwendet werden soll, das heißt, daß man jedem etwas geben will und doch in letzter Konsequenz der Landwirtschaft in der nun einmal notwendigen Umstellung nicht hilft, wobei man es natürlich bei diesen Maßnahmen weitgehend darüber hinaus auch mit Protektions- und letzten Endes oft auch mit Korruptionserscheinungen zu tun hat. Ich möchte gar nicht in Zweifel stellen, daß der Herr Landwirtschaftsminister sicherlich gute Maßnahmen eingeleitet hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.*) Aber diese guten Maßnahmen werden vielfach, Herr Altkanzler, auf der unteren Ebene wieder zunichte gemacht, indem man dort diese Förderungsmaßnahmen nicht so anwendet, wie es sein soll.

Es ist die Frage zu stellen: Haben wir wirklich eine moderne, zielführende Agrarwirtschaft, das heißt ein Konzept, vor allem ein Förderungskonzept? Da habe ich neben verschiedenen Stimmen der letzten Zeit — ich darf hier auf die Publikationen des Horst Knapp verweisen, der verschiedentlich Stellung genommen hat — eine, glaube ich, noch weit bessere und treffendere zur Hand. Es ist das, was der Herr Dipl.-Ing. Herbert Lenz in einem Artikel in den „Berichten und Informationen“ vom 29. September sagt. Ich glaube, hier zeigt er wirklich, wie man in einem richtigen Ausmaß fördern soll. Er sagt:

„Das Förderungskonzept geht auf die Notlage der Kriegs- und Nachkriegszeit zurück und hat deshalb eine rasche Produktionssteigerung in allen Sparten zum Ziel. Damals haben Hunger und Not ein Programm diktiert, das sich dann in der Folge auch tatsächlich als äußerst wirkungsvoll erwiesen hat. Die Bedürfnisse der Qualität mußten damals zurückstehen, vollends unberücksichtigt blieb aber die Entwicklung des Absatzes und des Marktes im letzten Dezennium, weil es bei Erstellung des damaligen Förderungskonzeptes diese Problematik einfach nicht gab.“

Er sagt dann weiter zur Förderung bewußt:

Meißl

„Das, was man heute die Strukturkrise der Landwirtschaft nennt, steht nun mehr in aller Schärfe vor uns, wobei das Instrumentarium der Agrarpolitik allen Adaptierungen und Schwerpunktbildungen zum Trotz noch immer das von gestern und vorgestern ist. So kommt es, daß noch immer ‚nach dem Gießkannenprinzip‘ — ich sagte es bereits — ‚in vielen Sparten nur einige Millionen Schilling über das gesamte Bundesgebiet verteilt werden, und selbst die ‚Schwerpunktsmaßnahmen‘ dem bisherigen Konzept folgen.“

Das sind die Realitäten, die von Dipl.-Ing. Lenz aufgezeigt werden. Auch wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Förderung nicht richtig angewendet wird. Man muß nun einmal zur Kenntnis nehmen, daß es in der Landwirtschaft heute zwei Gruppen gibt. Die eine ist, möchte ich sagen, die Gruppe der endgültig Überlebenden, der Vollerwerbsbetriebe oder derjenigen, die es werden sollen — einschließlich der Spezialkulturen —, und die anderen sind leider Gottes die auslaufenden Betriebe.

Hier wäre es zweckmäßig und unserer Meinung nach richtig, wenn die echte Förderung für den Vollerwerbsbetrieb erfolgte, selbstverständlich für die Spezialkultur genauso, und für den auslaufenden Betrieb die Hilfe bei der Umstellung erfolgt, also, ich möchte sagen, eine mehr oder weniger soziale Maßnahme. (*Abg. Dr. Gorbach: Was ist mit den Bergbauern? Sind die Bergbauern auch bei den Auslaufenden?*) Nein! Die Bergbauern und Grenzlandbauern nicht, Herr Altkanzler! Ich komme noch später darauf. — Das zum Grundsätzlichen.

Selbstverständlich auch die Hilfe für den kleinen Bauern. Aber hier ist die Frage zu stellen: Sind wir in der Lage, ihm die Mittel zu geben, auch in der Grundzusammenlegung, in der Aufstockung, sodaß er weiter existieren kann, daß er sich auf die Spezialkultur umstellen kann? — Dann die Hilfestellung, aber nicht nach dem schon erwähnten Gießkannenprinzip. Ich möchte auch sagen: Die Kleinlandwirtehilfe in der heutigen Form halten wir für überholt, denn wir sind für die echte Hilfe bei der Umstellung, aber nicht für eine Hilfe, die dem Landwirt auf die Dauer nichts bieten kann.

Wir sind auch der Meinung, daß die Frage — es wurde schon oft erörtert, auch im Ausschuß — der Bildung einer Bodenbank, mag sie heißen wie immer, mag sie auch Grunderwerbsgenossenschaft heißen, von eminenter Bedeutung ist. Anfänge sind in den Ländern bereits teilweise vorhanden. Damit wird man sich im Sinne einer echten Strukturpolitik noch mehr zu befassen haben.

Es sind aber auch andere Probleme, die heute in aller Schärfe vor der Landwirtschaft stehen. Dazu gehört die Erkenntnis, daß es heute nicht mehr genügt — ich sagte es bereits in meiner Einleitung im Rahmen der Feststellungen von Dipl.-Ing. Lenz —, zu produzieren, möglichst viel zu produzieren, sondern man muß Rücksicht auf den Markt nehmen. Den Fragen der Marktbeobachtung, der Markterschließung muß mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, sie müssen auch von der Budgetseite her mehr betreut, besser dotiert werden.

Auch die Frage des Absatzes der Überschüsse ist zu überlegen und zu klären. Dabei sind wir der Meinung, daß die Landwirtschaft natürlich immer auf einen gewissen Export angewiesen sein wird und auch hier rechtzeitig und vorausschauend die entsprechenden Maßnahmen zu treffen sind, das heißt, die Exportmöglichkeiten zu erkunden sind.

Ich weiß, daß das bei der heutigen Diskriminierung, die gegenüber dem EWG-Raum besteht, sehr, sehr schwierig ist. Das ist aber auch die Folge einer verfehlten Politik, einer verfehlten Außenpolitik. Es wäre sehr, sehr schön gewesen, wenn damals die Agrarier in diesem Haus die EWG-Politik der Freiheitlichen unterstützt hätten. Sie haben sich damals wohlweislich auch dem Diktat der Partei unterworfen und haben bei der Weichenstellung EFTA—EWG unserer Meinung nach den falschen Weg gewählt. Die Absenz allein war zuwenig.

Ich darf in diesem Zusammenhang zugleich mit den Absatzmärkten ein Problem aufwerfen: Die heutige Außenpolitik der Regierungspartei versucht natürlich auf allen möglichen Wegen und unserer Meinung nach untauglichen Wegen, diese Frage des Absatzes zu klären. Andererseits ist sie nicht in der Lage, landwirtschaftliche Importe so zu lenken, daß sie sich nicht immer wieder zum Schaden der heimischen Produktion auswirken.

Die neue Ostpolitik der Regierung Klaus ist auch hier nicht von Vorteil, und ich glaube, eines muß man einmal aussprechen, wenn immer wieder, auch von der linken Seite dieses Hauses, die Vorwürfe kommen, die Landwirtschaft bekomme so viel, letzten Endes müßten das alle Steuerzahler miteinander bezahlen: Ich glaube, mit den landwirtschaftlichen Gegenleistungen für unsere Industrieprodukte der verstaatlichten Industrie, die wir in den Oststaaten absetzen, sichert die Landwirtschaft indirekt Arbeitsplätze bei diesen Industriegruppen. Sie wird beeinträchtigt, sie muß ein Opfer auf sich nehmen durch diese landwirtschaftlichen Produkte, die wir als Zahlung entgegennehmen müssen. Ich glaube, auch das muß einmal hier gesagt werden.

Meißl

Zu einer modernen Agrarpolitik, zu einer modernen Landwirtschaftspolitik gehört unserer Meinung nach aber auch eine entsprechende Beratung. Auch das landwirtschaftliche Versuchs- und Forschungswesen muß entsprechend gefördert werden. Hier ist — das muß gesagt werden — bereits allerhand geschehen. Es muß auch die Diskriminierung der Landbevölkerung — bildungs- und ausbildungsmäßig — allmählich aufgehoben werden.

Zum Beratungs- und Förderungsdienst sind wir der Meinung, daß man die Förderungsbeamten nicht einsperren soll, man soll ihnen die weite Welt zeigen; es genügt nicht, wenn man sie nur in Österreich in Kursen und Schulungen mit den neuesten Errungenschaften bekanntmacht. Man müßte sie auch über die Grenze in weit stärkerem Ausmaß hinauslassen, damit sie sich dort davon überzeugen, was alles heute auf dem Gebiete der Landwirtschaft geleistet wird.

Zur Bildung und Ausbildung möchte ich eines sagen, und das ist schon lange die Meinung von uns Freiheitlichen dazu: Hier muß nun einmal, ich muß es aussprechen, mit der bildungsfeindlichen Haltung verschiedener Bauernfunktionäre aufgeräumt werden, die noch immer glauben, es sei nicht notwendig (*Abg. Deutschmann: Herr Kollege, wo leben Sie?*), daß der Bauer eine entsprechende Ausbildung erfährt, er, der sich als „Überlebender“ — ich sagte es bereits — morgen auch bildungsmäßig mit den übrigen Berufsständen messen können muß. Ich möchte dem Herrn Landwirtschaftsminister gar nicht absprechen, daß er vielleicht die gute Absicht hat, aber die Taten sehen anders aus.

Wenn wir beispielsweise — ich darf das als Vertreter meines Wahlkreises sagen — seit langem für die Oststeiermark und Weststeiermark, südliches Burgenland eine landwirtschaftliche Mittelschule fordern, sagt er immer noch, es sei nicht notwendig. Dabei weiß man, wie schwierig es heute schon ist, die Leute unterzubringen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wer hat das gesagt?*) Der Herr Landwirtschaftsminister. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das stimmt nicht!*) Er wird sicherlich in seinem Schlußwort darauf zurückkommen. Er hat gesagt, es sei doch nicht notwendig; die bisherigen Schulen könnten die Bedürfnisse befriedigen. Selbstverständlich hat er auch als zweiten Entschuldigungsgrund die finanzielle Lage angeführt.

Wenn wir aber schon — das muß ich auch sagen — in unserem Wahlkreis einen unserer höchsten Funktionäre des Bauernbundes haben, so muß ich sagen, daß auch hier ein Versagen vorliegt; denn der Herr Präsident Wallner wäre sicherlich in der Lage gewesen, dieses

Problem einer landwirtschaftlichen Mittelschule in diesem Raum einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Ich weiß, Sie hören das nicht gerne, wenn man Ihnen immer noch Bildungsfeindlichkeit vorwirft. Aber auch mit diesen Vorstellungen muß im Sinne einer modernen Agrarpolitik einmal aufgeräumt werden.

Wir haben vom Landwirtschaftsministerium — das ist sehr erfreulich — in den letzten Tagen eine Schrift erhalten, die verschiedene Dinge sehr treffend aufzeigt und die da auch ganz klare Formulierungen enthält, wenn es zum Beispiel heißt:

„Wissen Sie genug? — Der Bauer unserer Zeit muß viel mehr wissen als seine Vorfahren. Technische und organisatorische Fragen, wie die praktische Nutzanwendung neuester wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen, die zweckmäßigste Art und der wirtschaftlich günstigste Umfang der Produktion und ihre Anpassung an die Erfordernisse des Marktes stellen hohe Anforderungen an die bäuerlichen Betriebsleiter.“

Daher sind Forschungs- und Versuchseinrichtungen, Beratungsdienste und Schulen für die erfolgreiche Arbeit moderner Bauern unentbehrlich. Die Vorsorge dafür gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Grünen Planes.“

Richtig! Das unterstreichen wir alles, nur die Taten möchten wir auch sehen.

Zu den Problemen, die unsere Landwirtschaft heute drücken, kommen aber auch noch andere Sorgen dazu. Diese Sorgen möchte ich nun im einzelnen aufzeigen, wobei ich gleich feststellen möchte, daß sich manche der agrarischen Operationen, Maßnahmen, Forderungen oder wie das immer heißen möge, leider so auswirken, daß sich die Landwirtschaft in unserem Lande in zwei Gruppen zu teilen beginnt. Die einen sind die Vorzugsbauern — dieses Wort ist schon des öfteren gefallen —, die mit Unterstützung rechnen können, die sie ausnützen können, die sich mit parteipolitischer Protektion selbstverständlich alle Vorteile verschaffen können. Der andere Teil ist der weit größere Teil — vielleicht ist es bei den Oberösterreichern noch nicht so weit, aber bei uns sicherlich —, ist der an Zahl weit größere Teil, der sich in einer großen Resignation befindet, weil er an und für sich spürt, daß seine Lage aussichtslos ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich weiß, das hört ihr nicht gerne. Selbstverständlich. Aber ihr habt die Möglichkeit, hierherzukommen. Ich werde mich dann gerne noch einmal dazu melden.

Ich komme nun im einzelnen zu folgenden Problemen: Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich ein Gottesgeschenk, wenn

Meißl

einem ein reicher Erntesegen beschert wird. Wir sind in der glücklichen Lage, das seit zwei Jahren — vor allem im heurigen Jahr — beobachten zu können. Es wirft sich dann nur manchmal die Frage auf, ob der Segen auch wirklich ein Segen war. Ich darf besonders auf Grund der Beobachtung in meinem Gebiete fragen: War der reiche Obstsegen im heurigen Jahr auch wirklich ein Segen? Haben die Verantwortlichen auch wirklich alles getan, um einen entsprechenden Absatz einzuleiten, die Frage des Absatzes zu klären, die Frage der Verwertung zu prüfen? Wenn Sie das getan haben — es ist klar, bei einer solchen Ernte wie im heurigen Jahr ist das nicht einfach —, dann könnten Sie mit Recht sagen: Wir haben alles getan. Was darüber hinaus nicht möglich war, war eben das Unabänderliche, das, was man vielleicht auch hier ein Elementarereignis nennen könnte. (*Abg. Dr. Gorbach: Steirer-Obst! — Abg. Zeillinger: Der Bauernbund ist kein Elementarereignis! — Abg. Dr. Pittermann: Eher eine Elementarkatastrophe!*) Ja, der Herr Abgeordnete Tödling weiß schon, daß jetzt er an die Reihe kommt. Tödling ist kein Elementarereignis!

Meine Damen und Herren! Wir haben im Ausschuß diesbezüglich eine längere Auseinandersetzung gehabt, weil ich den Verantwortlichen in meinem engeren Heimatbereich den Vorwurf gemacht habe, daß sie nicht alles getan hätten. Man hat sich damit verantwortet, daß gewisse Gebiete entsprechend produzieren müssen, daß man im verlausten Unterland — es ist das Raabtal gemeint gewesen — anscheinend diese Konsequenzen aus der Verlausung zu tragen habe.

Als ich ihnen vorwarf, daß man sich nicht rechtzeitig um den Export gekümmert habe, hat der Abgeordnete Tödling auch eine Verantwortung zur Hand gehabt. Er hat gesagt: Ja, ich habe gewußt, daß diese Frage kommen wird. Deshalb bin ich noch im Herbst in der Bundesrepublik gewesen, um allfällige Exportmöglichkeiten zu erkunden. Ich habe mir schon ein Alibi verschafft. — So sagte er wörtlich.

Aber ich glaube, das ist alles nicht so wesentlich. Viel wesentlicher war die Feststellung in seiner Beantwortung: Man hat alles unternommen, um diese Obsternte — im konkreten Fall ging es um das Wirtschaftsobst — auch aufzunehmen. Ich will gar nicht mehr darüber reden, daß es natürlich zu einem Preis war — zum Teil 20 Groschen —, der, wie ich glaube, gar nicht mehr zumutbar ist. Von einer Rentabilität kann man dabei nicht mehr sprechen.

Aber ich muß dem Abgeordneten Tödling eines sagen: Was ist beispielsweise mit den Anlagen der ehemaligen steirischen Weinkellerei? Dort gibt es eine Verdickungsanlage, die noch benutzbar ist. Dort gibt es zum Teil noch Fassungsraum, der nicht genützt wird. Diese Anlagen der ehemaligen steirischen Weinkellereien mußte seinerzeit nach der unrühmlichen Kortschak-Geschichte — Sie wissen das alle — die Landwirtschaftskammer übernehmen. Es waren 24 Millionen Schilling notwendig. Hat man diese Anlagen, die der Landwirtschaftskammer gehören, auch für die Übernahme dieses Wirtschaftsobstes mit einkalkuliert? Es wäre sehr interessant, wenn der Abgeordnete Tödling diese Frage beantworten würde. (*Abg. Tödling: Das ist eine Ehre, Herr Kollege!*)

Eine weitere Sorge — Herr Minister, ich muß das auch wieder sagen, ich weiß, der Abgeordnete Bassetti ist massiv in die Bresche gesprungen —, die uns auch bedrückt, ist, daß es immer wieder bezüglich des Tafel- und Edelobstes zu Durchstechereien, wie das allgemein genannt wird, kommt. Wir haben dafür eine Erklärung bekommen: Nicht das Accordino, sondern die Mängel im Außenhandelsgesetz sind schuld daran.

Wir haben in der letzten Zeit wieder in den Zeitungen gelesen, daß es angeblich Zöllner gibt, die erst später verzollt haben. Es wäre sehr, sehr interessant, zu erfahren, wie hier der Sachverhalt wirklich ist, Herr Minister!

Die Obstproduzenten verstehen es einfach nicht, wenn man in Zeiten, wo ihre Produktion in überreichem Ausmaß auf den Markt kommt, beispielsweise in Graz Äpfel italienischer Herkunft kaufen kann, die zum Teil oft als Wirtschaftsäpfel importiert und dann als Tafelobst verkauft werden, was auch dem Qualitätsbegriff der Äpfel sicherlich nicht von Nutzen ist.

Zu diesen Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, die ich nur mit ein paar Worten für das Gebiet des Obstsektors aufgezeigt habe, kommen natürlich Schwierigkeiten auch auf anderen Gebieten dazu. Es sind die bekannten Schwierigkeiten beim Viehexport, in der Viehwirtschaft. Der Export ist notwendig, das ist nicht unbekannt. Hier wird natürlich als Entgegnung gesagt, zum Teil mit Recht, das seien die Schwierigkeiten, die durch die Diskriminierung gegenüber dem EWG-Raum entstanden sind. Hier kann ich nur wieder den gleichen Vorwurf erheben: weil eben eine richtige Politik in dieser Hinsicht die entsprechenden Voraussetzungen nicht schaffen konnte.

Meißl

In der Milchwirtschaft ist das gleiche Problem, obwohl hier natürlich Zusammenhänge bestehen. Es ist natürlich sehr, sehr schwierig. Wenn man Zuchtvieh produzieren will, dann hat man als Voraussetzung eine gewisse Milchleistung. Man sagt dann natürlich, wir haben zuviel Milch, aber auf der anderen Seite soll hochwertiges Vieh produziert werden. Das sind Schwierigkeiten.

Schwierigkeiten äußern sich auch auf dem Gebiete der Milchwirtschaft im besonderen durch den bekannten Butterberg. Wir Freiheitlichen sind der Meinung: Die Maßnahmen, die man eingeleitet hat, sind ungenügend. Die Aktion, die jetzt zu Weihnachten stattfindet, wird auch nicht zielführend sein. Wir kennen das von verschiedenen früheren Aktionen her.

Beispielsweise wäre es durchaus denkbar und zielführender, wenn man diesen Butterberg in bestimmten Zeiträumen so abbauen könnte, daß man beispielsweise die Butter eine Woche lang völlig normal, ohne Bewirtschaftungsvorschriften, zum Exportpreis verkauft. Das kann man vielleicht jedes halbe Jahr einmal machen. Dadurch bekommt man den Butterberg wahrscheinlich weg. Man kann dann diesen Butterberg wieder neu aufbauen, wieder nachfüllen. Dieser Vorschlag ist zur Diskussion gestellt. *(Zwischenruf.)* Er kostet uns nichts, Herr Kollege. Ob wir die Butter zu diesem Preis exportieren oder im Inland verkaufen, ist doch gleich. Glauben Sie, daß diese Aktion jetzt zielführend sein wird? Sie werden sich sehr, sehr wundern, und Sie werden sich täuschen, wenn Sie glauben, einen Teil des Butterüberschusses mit dieser Aktion abbauen zu können.

Wir sind nun einmal Gegner aller Bewirtschaftungsmaßnahmen, meine Damen und Herren! *(Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.)* Volkswirtschaftlich, Herr Kollege Minkowitsch. Was soll hier volkswirtschaftlich verhaut sein? Wir verkaufen die Butter um den gleichen Preis, wie wir sie exportieren müssen. Wir würden den Butterberg damit wegbringen. Das ist eine Möglichkeit, zur Diskussion gestellt. *(Abg. Minkowitsch: Herr Abgeordneter Meißl, haben Sie schon etwas von einem Eiskasten gehört, davon, daß man Butter auch in den Eiskasten legen kann?)* Die Butter wird man nicht aufheben. Die Hausfrau ist sehr empfindlich, ich weiß. Die Butter aus dem Eiskasten will sie nach Wochen nicht mehr haben. *(Abg. Minkowitsch: Einem Selbständigen hätte ich in der Angelegenheit mehr Marktkennntnisse zugestanden! Das war entsetzlich! — Abg. Zeilinger: Warum sind Sie so nervös, Herr*

Kollege? — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Er ißt zuwenig Butter, deshalb ist er so nervös! — Heiterkeit.)

Herr Kollege Minkowitsch! Es ist immer so: Wenn von anderer Seite Vorschläge kommen, so ist man gar nicht bereit, sie zu prüfen, sondern sagt nur einfach: Schlecht, nicht möglich, nicht durchführbar! Überlegen Sie sich diese Frage einmal in aller Ruhe, ob dies nicht eine bessere Maßnahme wäre! *(Unruhe.)*

Präsident: Bitte sich nicht zu erhitzen, sonst schmilzt der Butterberg. *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Meißl (fortsetzend): Das wäre sehr schön, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt aber noch weitere Fragen, die wir Freiheitlichen von großer Bedeutung für die Landwirtschaft halten: es sind die Fragen der Standesvertretungen, und es ist auch die zum Beispiel jetzt im Gange befindliche Auseinandersetzung über das Genossenschaftswesen.

Lassen Sie mich zum Genossenschaftswesen auch bei Behandlung dieser Kapitel einiges sagen! Ich bin sehr froh darüber, daß der Herr Minister auf eine entsprechende Frage von mir im Ausschuß erklärt hat, er teile durchaus die Meinung, daß hier eine gesunde Konkurrenz zwischen Genossenschaften und Handel nur zum Nutzen der Bauern sein könnte. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.)* Nur sind wir der Meinung, Herr Altkanzler, daß es so nicht geht, wie man es in der letzten Zeit praktiziert, indem man die Flucht in die Öffentlichkeit antritt, indem in Interviews, Fernsehspiegeleien — könnte man dazu sagen — die eine Seite zum Wort kommt, die andere Seite zum Wort kommt, damit man sagen kann, man habe etwas gemacht, und der Fernsehzuschauer an und für sich den Eindruck haben müßte, beide seien arm, beide benachteiligt, die Gleichheit vor dem Gesetz beziehungsweise die gleichen Wettbewerbsbedingungen bestehen für beide nicht.

So kann man diese Frage nicht lösen. Wir sind der Meinung: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind notwendig, sie sind eine Selbsthilfeorganisation der Bauern, man soll sie aber in bestimmten Bereichen ruhig einer Konkurrenz des Handels unterwerfen. Es kann nur zum Vorteil der Bauern selbst sein; und um das geht es ja dabei, nicht um Standesinteressen oder daß entsprechende Institutionen noch größer werden wollen, als sie schon sind.

Nun zu den Standesvertretungen — ich habe dazu schon gesprochen —: Ich glaube, hier wird nicht alles getan. Es wird vor allem deshalb nicht alles getan, weil man hier sehr

Meißl

leicht der Versuchung ... (*Abg. A. Schlager: Vom Staudinger kriegst du einen Orden für die letzten Worte!*) Sehr gut, ich freue mich schon darauf, Herr Abgeordneter Staudinger, aber beim Kapitel Handel kommen wir ja wieder. (*Abg. Dr. Gorbach: Für A & O!*)

Wir sind der Meinung, daß die bäuerlichen Standesvertretungen und auch die politische Organisation des Bauernbundes hier ihre Aufgabe nicht so sehr darin sieht, wirklich dem Bauernstand zu helfen, sondern dabei auch sehr viel parteipolitische Momente immer wieder ins Treffen führt. Wir könnten das durch verschiedenste Beispiele, vor allem der letzten Zeit, wieder belegen. Wir möchten den Appell richten, daß man hier wirklich eine Standesvertretung wird und nicht so sehr die parteipolitischen Interessen im Vordergrund hat.

Herr Minister! Es kommt zu den Fragen, die ich schon aufgeworfen habe, auch noch ein Paket von anderen Fragen dazu, die die Landwirtschaft mittelbar oder unmittelbar berühren. Die Frage der landwirtschaftlichen Schulgesetzgebung ist noch immer keiner Klärung zugeführt. Ich weiß, Sie werden sagen, hier blockiere die linke Seite des Hauses. Es wurde in den letzten Tagen hier wieder einmal ganz deutlich ausgesprochen. Wir haben gehört, daß es über den Weg mit den Ländern versucht werden sollte, man spricht von Paktierungen. Herr Minister, es wäre interessant, wie weit diese Frage nun steht.

Eine zweite Frage, die von fast noch größerer Bedeutung ist, ist die bereits wieder zur Diskussion stehende Verlängerung der Marktordnungsgesetze, natürlich auch des Landwirtschaftsgesetzes. Wir Freiheitlichen haben hier gewarnt. Wir haben gesagt: Keine Junktimierungen, keine Terminisierungen unter dem Zeitdruck einer Periode! Das ist nicht geschehen. Sie werden hier wieder in die schwierige Lage kommen — da es sich um Verfassungsbestimmungen handelt —, diese Gesetze noch während der Periode verlängern oder einen anderen Weg suchen zu müssen. Auch hier frage ich, Herr Minister, wie dies gelöst werden soll.

Es gibt noch weitere Fragen, die die Landwirtschaft betreffen. Das wird später erörtert werden. Ich will den Weinbau nicht im besonderen streifen. Herr Kollege Minkowitsch, Sie werden sicherlich besser darüber Bescheid wissen. Auch hier droht uns von der EWG her durch die Harmonisierung im nächsten Jahr — ich glaube, im Juli —, wo der Wein dann zwischen den Sechs ohne Zollbelastung hin- und herfließen kann und durch die Maßnahmen, die dort gesetzt werden, eine gewisse Gefahr für unseren Export der Spitzenqualitäten. Es wird interessant sein, auch hierüber vielleicht noch etwas zu erfahren.

Die Überproduktion von Weizen ist auch eines der Sorgenkinder besonders der letzten Zeit. Hier wurden schon einige Maßnahmen gesetzt; das wurde uns im Ausschuß gesagt. Nur bezüglich der Förderung hätten wir noch eine Frage, Herr Minister. Es wird immer wieder gesagt: Schwerpunktbildungen bei den Förderungen. Gehört zu den Schwerpunktbildungen nun auch die Förderung von Silobau oder nicht? — Eine Frage, die zu beantworten Sie vielleicht auch hier die Freundlichkeit haben.

Wie schwierig es in der Forstwirtschaft geworden ist, wurde schon durch den Berichterstatter, durch den Bericht als solchen entsprechend aufgezeigt. Es sieht zurzeit beinahe aussichtslos aus.

Noch ein paar Kleinigkeiten, Herr Minister. Die Frage der Treibstoffverbilligung ist an und für sich problematisch. Es ist aber so, daß mit den Auszahlungen bis zum letzten Moment gewartet wird. Ich bin davon unterrichtet, daß zu dem Zeitpunkt, in dem Sie erklärten, daß die Auszahlung nur mehr in Niederösterreich ausständig sei, auch in der Steiermark noch nicht ausbezahlt war, sondern man jetzt erst beginnt. Vielleicht dauert der Weg so lange, das ist möglich. Aber die Tatsache bestand, daß zu diesem Zeitpunkt vor drei Wochen auch in der Steiermark die Rückvergütung für die Treibstoffverbilligung noch nicht zur Auszahlung gelangt ist.

Wir Freiheitlichen sind überhaupt der Meinung, daß dieses System — ich habe es vorhin bei den Silos angeschnitten — der Förderung, der Bewilligungen, der Stützungen den Keim für die Protektion und für die Korruption in sich birgt. Wir möchten daher den Appell und die dringliche Forderung an Sie richten, daß Sie weitestgehend diese Bewirtschaftungsmaßnahme, ich zähle genauso die Maßnahme der verbilligten Butterabgabe zu Weihnachten dazu, weitgehend ausschalten. Denn ich glaube, das sind die Urquellen für die in unserem Lande leider Gottes so verderblichen Erscheinungen, die wir in der letzten Zeit weitestgehend zur Kenntnis nehmen mußten.

Ich habe von einer Stelle Ausführungen erhalten, die, glaube ich, wert sind, daß man das Wesentliche daraus vorträgt: „Der Keim der Korruption entsteht überall dort, wo es Bewilligungen, Stützungen, Ermessen und andere Entscheidungen über hohe Geldbeträge gibt. Die Korruption wird geboren, wächst, lebt und gedeiht wie ein organisches Wesen, und das auffallendste daran ist das hohe Maß an Sicherheit, das sie genießt. Es müssen ganz große Regiefehler stattfinden, damit überhaupt etwas ins Rollen kommt.“

Meißl

Herr Minister! Ein letztes Wort zum Grünen Plan. Wir haben in der Ausschlußdebatte erleben müssen, daß Ihre Abgeordneten — die Abgeordneten der ÖVP — selbst etwas kritisiert haben: die Tendenz der Berichterstattung in diesem Bericht der Bundesregierung. Man hat den Eindruck, daß Sie die Mittel, die man im Budget nicht bekommen konnte, überschätzen. Es heißt hier auf dem schönen Bild: „Geheimer Sieg der Bauern“. Daß es in Wirklichkeit kein Sieg war, das wissen wir alle. Daß Sie vielleicht relativ gut abgeschnitten haben, sei ohne weiteres zugegeben.

Aber wenn dann ein Bericht, nämlich dieser Bericht der Bundesregierung, ins Haus kommt, der mehr oder weniger Erfolgsziffern aufweist, und uns der Abgeordnete Dr. Zittmayr dann vorgerechnet hat, daß das Einkommen auf dem Lande in Wirklichkeit im Schnitt 1106 S pro Arbeitskraft beträgt, daß außerdem noch die großen Strukturunterschiede zwischen dem nordöstlichen Hügelland und den — wie es in der Sprache heißt — unterentwickelten landwirtschaftlichen Gebieten bestehen, muß man sagen, daß ein solcher Bericht nicht dazu angetan ist, die Interessen der Landwirtschaft echt zu vertreten.

Das ist der Grund, warum wir auch heuer diesen Bericht der Bundesregierung, den Grünen Plan nicht zur Kenntnis nehmen können. *(Zustimmung des Abg. Zeillinger.)*

Wenn man nun bei allen diesen Sorgen, meine Damen und Herren, diese optimistische Beurteilung der Landwirtschaft hört und weiß — ich sagte es bereits —, daß das Ergebnis der Landwirtschaftspolitik oder der modernen Agrarpolitik zurzeit die Teilung in zwei Gruppen ist, das heißt: da sind die Vorzugsbauern, die eben alles ausnützen können, die mit der Protektion die Möglichkeit haben, ihrem Betrieb wirklich einen Vorzug zu geben, auf der anderen Seite aber steht die große Masse der Betriebe, wo es nur mehr die Kinderarbeit ermöglicht, daß sie sich über Wasser halten ... *(Abg. Wallner: Solche Sachen müssen Sie nachweisen!)* Gerne, Herr Präsident! Ich weise sie in unserem Gebiet gerne nach. Gehen Sie einmal in das Hügelland der Oststeiermark! Sie werden es selber kennen. Wie schaut es dort in Wirklichkeit aus? Dort sind zum Teil Vorzugsbetriebe, die weit größere Zahl sind aber Betriebe, deren Existenz aussichtslos geworden ist. Hier die entsprechenden Maßnahmen zu setzen ist notwendig, und dazu fordern wir Sie auf.

Herr Minister! Aus diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, dem Kapitel Landwirtschaft und dem Grünen Plan die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Griebner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Griebner (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen! Meine Herren! Ich muß doch, bevor ich in meine Rede eingehe, meinem sehr geschätzten Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Meißl, einiges erwidern.

Herr Kollege Meißl! Ich bin Ihrer Meinung, daß sich die Landwirtschaft noch immer — ich betone: noch immer! — im Umbruch befindet. Aber ich bin nicht Ihrer Meinung, daß gerade die Berufsvertretung und das Landwirtschaftsministerium für die Land- und Forstwirtschaft in der Umbruchszeit nicht alles unternehmen, was möglich ist und was hier vom Hohen Hause auch genehmigt wird.

Sie sagen, der Bauernbund brauche eine Konkurrenz. — Sie haben ja Versuche gemacht, eine Konkurrenz zu stellen. Sie sind bei den Landwirtschaftskammerwahlen in Oberösterreich nicht mehr angetreten. Sie haben dort mit dem Bauernverband kandidiert. Es steht Ihnen natürlich die Konkurrenzmöglichkeit gerade bei diesen Kammerwahlen immer offen, aber anscheinend sind der Anhänger in der Landwirtschaft für die Freiheitliche Partei doch nicht allzu viele, und deshalb ist die Konkurrenz etwas schwach gestellt. *(Abg. Zeillinger: Und da glauben Sie, daß die Bauern zufrieden sind mit Ihrer Politik, Herr Griebner? — Abg. Meißl: Herr Präsident! Warum haben die oberösterreichischen Bauern die Freiheitliche Partei wieder gewählt bei den Landtagswahlen?)*

Sie haben auch die Frage der Bemühungen, mit der EWG einen Vertrag abzuschließen, angeschnitten. Sie werfen der Regierung, besonders aber auch der Landesvertretung der österreichischen Landwirtschaft vor, daß sie sich nicht entsprechend bemüht hat, sonst wäre eine Vertragslage in den letzten Jahren möglich geworden.

Herr Kollege Meißl! Wenn Sie sich im öffentlichen Leben in der letzten Zeit etwas mit agrarischen Fragen beschäftigt haben, müssen Sie doch zugeben, daß sich gerade die Landwirtschaft — die Präsidentenkonferenz, aber auch der Bauernbund und das Landwirtschaftsministerium — mit der Frage der EWG mehr als andere Berufsgruppen beschäftigt hat und daß jetzt Dinge dazwischengeschaltet worden sind, bei denen man sagen kann, daß kein Österreicher für den jetzigen Zustand der EWG etwas kann.

Sie schmeißen uns auch, ich möchte fast sagen, etwas unüberlegt Bildungsfeindlichkeit vor. Herr Kollege Meißl, lesen Sie die Statistik über die Schaffung von Bildungseinrichtungen, die der österreichischen land- und

Grießner

forstwirtschaftlichen Jugend zur Verfügung stehen! Ich darf hier doch gerechterweise sagen, daß viel, sehr viel geschehen ist, daß wir eine große Anzahl von Mittelschulen für Burschen und Mädchen haben. Wenn die Steirer noch eine zweite Mittelschule wünschen, wenn sie notwendig und wenn sie angebracht ist, werden die Steirer zu dieser zweiten Mittelschule kommen. (*Abg. Meißl: Das ist nicht angebracht! — Abg. Zeillinger: Das haben wir nie gefordert!*) Aber auch hier ist die Verantwortung dafür irgendwie zu überlegen. Wir können nicht durch Massenbeschickung ein Mittelschulproletariat schaffen, das wir dann nicht mehr beschäftigen können. (*Ruf bei der SPÖ: Da besteht keine Gefahr! — Ruf bei der SPÖ: Um Gottes Willen! — Abg. Meißl: Das hätten Sie nicht sagen sollen! — Abg. Czettel: Das war ein Gag! — Abg. Zeillinger: Wissen Sie, wie viele Maturanten in Österreich fehlen, Herr Grießner?*) Wir freuen uns, daß der Zugang zu den Mittelschulen außerordentlich groß ist. (*Abg. Zeillinger: Diese Gefahr besteht nicht! — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Unsere Verantwortung geht dahin, daß wir unsere jungen Menschen, die die Mittelschule besuchen, auch im späteren Leben auf Grund ihrer Schulbildung beschäftigen können. Daß die landwirtschaftliche Mittelschule einseitig ist, ausgerichtet auf Land- und Forstwirtschaft oder auf Haushaltung, das müssen Sie verstehen. (*Unruhe: Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen. — Abg. Zeillinger: Wissen Sie, wie viele Maturanten Österreich hat?*) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, ich gehöre zu denen, die die Politik die ganze Zeit, in der ich hier im Parlament Sitz und Stimme habe, von der sachlichen Seite aus behandeln. Ich habe so viel mitgemacht im öffentlichen Leben und auch Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, daß ich glaube, daß wir uns in all diesen kritischen Fragen doch auf einer sachlichen Ebene bemühen sollten und daß bestimmte Angriffe, wenn sie von irgendeiner Seite kommen, entsprechend beantwortet werden müssen.

Wir haben in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft durch die Landwirtschaftskammern, durch die Präsidentenkonferenz die Möglichkeit, all die Vorhaben des Landwirtschaftsministeriums rechtzeitig und vorzeitig vorzubereiten. Die Präsidentenkonferenz gibt jedes Jahr über die Tätigkeit ihrer Vollsitzen, ihrer Ausschubarbeit einen schriftlichen Bericht heraus, der allen, die daran interessiert sind, zur Verfügung steht. Und wenn wir, die Präsidentenkonferenz, vielleicht

nicht über die Apparatur verfügen wie andere Interessenvertretungen, so liegt das zum Teil an der Müdigkeit der Finanzierung dieser obersten Interessenvertretung. Aber ich glaube, wir haben hier den Nachweis erbracht, daß wir wirklich zeitgemäß, aufgeschlossen arbeiten. Daß in der österreichischen Landwirtschaftsführung eine Einigkeit besteht, das ist vielleicht auch dem zuzuschreiben, daß wir alle zusammen genug Leid und Not mitgemacht haben.

Ich erinnere mich meiner Jugend, als noch Differenzen zwischen Körndlbauern und Hörndlbauern waren. Wir haben alle so viel mitgemacht, daß diese Dinge heute gar nicht mehr möglich sind. Wir verspüren, daß wir einem Berufsstand vorstehen, der zahlenmäßig immer kleiner wird. Wir verspüren gerade in der Zeit der höchsten Konjunkturlage, daß das Bauersein nicht leichter geworden ist, und wir verspüren, daß man sich in einer Zeit, in der die Auslagenfenster voll sind, nicht mehr so um die Ernährungssicherung bemüht hat wie in der Kriegszeit und lange Jahre in der Nachkriegszeit.

Es ist überhaupt interessant, daß in den letzten Wochen und Monaten die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand. An und für sich könnte die Bauernschaft dies nur begrüßen. Sie ist es gewohnt, alljährlich anläßlich der Erstellung des Grünen Berichtes öffentlich Rechnung zu legen wie kein anderer Berufsstand. An der Erstellung dieses Rechenschaftsberichtes unserer Agrarpolitik wirken auch die Vertreter der anderen Sozialpartner mit, sodaß seine Ergebnisse wohl als außer Streit gestellt zu betrachten sind. Wenn die österreichische Land- und Forstwirtschaft in Form des Grünen Berichtes Rechnung legt, so tut sie dies einerseits in dem Gefühl, damit über die Verhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft aufzuklären und sie einem breiten Bevölkerungskreis nahezubringen, andererseits freilich in der Erwartung, Verständnis für die Sorgen und Nöte der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen zu finden.

Das Interesse, das man uns in der letzten Zeit entgegengebracht hat, war aber von besonderer Art. Es war nicht vorurteilslos. Suchen nach Information. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft, die österreichische Bauernschaft wurden vielmehr zur Zielscheibe unsachlicher Angriffe gemacht. Man konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß man bemüht war, der österreichischen Bauernschaft die Alleinschuld an wirtschaftlichen und budgetären Schwierigkeiten zu geben. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*)

Grießner

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit als bauerlicher Abgeordneter feststellen, daß unsere Land- und Forstwirtschaft nicht bereit ist, derartige unsachliche Angriffe von verschiedenen Seiten widerspruchslos hinzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Man hat sich dabei einer Reihe von Argumenten bedient, die aus den Museen der politischen Argumentation stammen. Der Vorwurf, daß unsere Agrarpolitik schlecht, ziel- und planlos sei, ist unsachlich und beweist, daß sich die Betroffenen nur sehr wenig mit agrarpolitischen Fragen befaßt haben. Ich darf jene von Ihnen, die bereits lange Jahre in diesem Hause als Volksvertreter wirken, daran erinnern, daß die Land- und Forstwirtschaft zu einer Zeit, als die Inlandsversorgung noch keineswegs gesichert war, zu einer Zeit, als es leicht war, auch im Inland zu verkaufen, dennoch zustimmte, in die Wirtschaftsgesetze auch die Regelung des Absatzes einzubeziehen. Man machte uns damals manchen Vorwurf aus dem eigenen Lager. Wir hatten aber erkannt, daß im Hinblick auf die Entwicklung diese Entscheidung richtig war. Wir haben sie auch getroffen.

Dieses eine Beispiel zeigt, daß unsere Agrarpolitik keine Politik der momentanen Eingebungen ist, sondern sehr wohl auf die Entwicklung Bedacht nimmt. Zwei sehr wesentliche Momente darf man allerdings nicht außer acht lassen. Kurzfristige Umstellungen sind in der Land- und Forstwirtschaft nicht ohne weiteres möglich. Überdies gibt es eine Vielzahl von Betrieben, die in Produktionsgebieten liegen, wo die Voraussetzungen für ein Ausweichen auf andere Produktionszweige nicht bestehen.

Man muß jedenfalls in größeren Zeiträumen denken, wenn man der Situation gerecht werden will. Einfacher ist es, auf die bösen Großagrarien zu schimpfen, die angeblich die Hauptnutznießer unserer Agrarpolitik wären. Darf ich Sie in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß beispielsweise 1966 lediglich 2,4 Prozent der gesamten Jahresanlieferung an Milch aus Betrieben mit einer Jahreslieferleistung über 60.000 kg kamen — also aus Betrieben, die über 20 Kühe halten —, während über 56 Prozent der Gesamtanlieferung aus Betrieben mit einer Jahreslieferleistung bis zu 15.000 kg kamen. Das sind Betriebe, die höchstens 5 Kühe halten.

Im Bereich der österreichischen Land- und Forstwirtschaft hat sich ein gewaltiger Strukturwandel vollzogen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß jährlich etwa 20.000 Personen aus der Land- und Forstwirtschaft in andere Berufe abwandern. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen hat sich in den Jahren von 1951 bis 1961 um über 300.000 verringert. Im gleichen Zeitraum verminderte

sich die Zahl der Betriebe um 7,1 Prozent. Bei Untersuchung der Betriebsgrößen ergibt sich, daß gerade die Zahl der typischen Nebenerwerbsbetriebe abgenommen hat, während sich die Position bauerlicher Familienbetriebe gefestigt hat. Die Arbeitsproduktivität stieg von 1956 bis 1966 in der Landwirtschaft um 83,1 Prozent, in der Industrie betrug die Steigerungsrate nur 53,2 Prozent. Angesichts dieser Tatsachen von Erstarrung zu reden, heißt die wirklichen Verhältnisse verfälschen.

Ich habe hier schon einmal Gelegenheit gehabt, nachzuweisen, wie unsachlich und demagogisch es ist, mit Betriebsgrößen zu argumentieren, wenn man nicht einen übergeordneten Zuerwerb oder ein Einkommen aus Nebenerwerben in die Überlegungen miteinbezieht.

Es tauchen in letzter Zeit immer wieder Berechnungen auf, nach denen die Zahl der Bauern in Österreich gewaltig vermindert werden müßte, um einen sogenannten Europabetrieb schaffen zu können. Solche betriebswirtschaftlichen Spielereien wurden schon vor Jahrzehnten angestellt. Sie erbrachten auch Ergebnisse, und diese Ergebnisse sind heute längst überholt. Daß derartige Untersuchungen zu unbrauchbaren Ergebnissen führen, liegt nicht an einer mangelnden Technik der Vorausschau, sondern daran, daß sich die Einkommen in der Gesamtbevölkerung und damit auch die Einkommensvorstellungen der Bauern in nicht vorhersehbarer Weise entwickelt haben. Dies ergab sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und auf Grund entscheidender Fortschritte auf den Gebieten der Fütterung und der Düngung. Diese Erfahrungen lehren, daß für die Gegenwart errechnete angeblich optimale Betriebsgrößen in 10 oder 20 Jahren auch schon bedeutungslos geworden sind. Um die von Theoretikern errechneten Betriebsgrößen zu erreichen, wäre so viel Kapital notwendig, daß es weder die Landwirtschaft noch der Staat aufbringen könnte. Es ist daher realistisch, leistungsfähigen Betrieben, die ihren Betrieb vergrößern wollen, mit Hilfe von Zinsenzuschüssen bei der Besitzaufstockung behilflich zu sein. Diesen Weg beschreiten wir seit langen Jahren mit gutem Erfolg.

Auch für den Kleinbetrieb, Herr Abgeordneter Meißl, ist die Situation nicht hoffnungslos. Für ihn bietet sich die Möglichkeit eines erfolgreichen Bestehens mit Hilfe von Spezialkulturen, wie Wein, Obst, Gemüse, Tabak und Hopfen, oder durch Intensivierung einzelner Betriebszweige, wie der Veredelungswirtschaft. Für manche Kleinbetriebe mag auch die Bedeutung eines Nebenerwerbes steigen. Jedenfalls wäre eine Agrarpolitik verfehlt, die den Kleinbetrieben ihre Existenzmöglichkeit absprechen wollte.

Grießner

Man könnte die Vorschläge der Opposition einteilen in solche, die abgeschrieben sind von der Agrarpolitik der Volkspartei, die aber dann von der SPÖ als neues Agrarkonzept gepriesen werden, und in solche, die den Gegebenheiten in der Land- und Forstwirtschaft nicht Rechnung tragen.

Mit Worten wird man der Situation in der Land- und Forstwirtschaft nicht gerecht. Dort, wo es sich darum handelte, durch Taten eine Gesinnung unter Beweis zu stellen, die der Bedeutung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft gerecht wird, ist die Österreichische Volkspartei noch immer allein gestanden. *(Zwischenrufe.)*

Ich bin aber davon überzeugt, daß sich der sachlich prüfende Mann aus dem Volk von der Vielzahl von Halbwahrheiten und Entstellungen, die aus durchsichtigen Gründen über die österreichische Land- und Forstwirtschaft verbreitet werden, nicht irreführen läßt. Daß ich mit dieser meiner Annahme recht habe, zeigte im Frühjahr das Ergebnis einer Meinungsbefragung im städtischen Bereich und eine Tagesrundfrage einer großen Wiener Tageszeitung.

Wenn es neue Konzepte gibt, so ist die Land- und Forstwirtschaft selbstverständlich zu einer Diskussion über diese Vorschläge bereit, sie darf aber wohl in Anspruch nehmen, als vornehmlich betroffener Kreis diese Vorschläge auch prüfen zu dürfen, bevor sie in der Öffentlichkeit als angeblich ideale und einzige Lösungsvorschläge breitgetreten werden. Die Land- und Forstwirtschaft nimmt selbstverständlich für sich auch das Recht in Anspruch, an der Diskussion aller für unseren Staat und unsere Wirtschaft entscheidenden Themen mitzuwirken, und hat auch nie die Übernahme von Verantwortung gescheut. Von diesem Geist getragen ist auch unsere Mitarbeit in der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen. Dazu möchte ich aber betonen, daß sich die Paritätische Kommission nicht als Vollstreckungsorgan einer unkontrollierten Lohnentwicklung eignet, genausowenig, wie wir bereit sind, die Entwicklung auf dem Preissektor sich selbst zu überlassen.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist ein Teil unserer gesamten Volkswirtschaft. Wenn man sich dies vor Augen hält, wird man sich der Feststellung nicht verschließen können, daß eine gesunde Land- und Forstwirtschaft von entscheidender Bedeutung für eine gesunde Volkswirtschaft ist. Der Grüne Plan und die Maßnahmen der Landwirtschaftsförderung helfen der Land- und Forstwirtschaft bei der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe.

Der Grüne Plan für das Jahr 1968 legt besonderes Gewicht auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur und der Betriebswirtschaft. Verstärkte Mittel stehen für die Besitzfestigung, für Umstellungsmaßnahmen und den Wegebau zur Verfügung. Auch der Kreditrahmen für Zinsenzuschüsse zu den AIK erfuhr in diesen Belangen eine Ausweitung. Es ist zu begrüßen, daß dadurch eine weitere Struktur- anpassung erleichtert wird.

Es ist nur naheliegend, daß man in einem militärisch neutralen Staat auch den Fragen der Sicherung der Ernährung besonderes Augenmerk widmet. Die Land- und Forstwirtschaft wird hier im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Ohne Zweifel ist es für die österreichische Bevölkerung eine gewisse Beruhigung, daß im vergangenen Jahr 82 Prozent des Nahrungsmittelbedarfes aus der inländischen Produktion gedeckt werden konnten. Auf Grund der naturgegebenen Produktionsbedingungen bestehen in Österreich für einzelne Sparten, wie etwa für die Viehwirtschaft, insbesondere aber die Milchwirtschaft, günstige Voraussetzungen. In diesen Gebieten ist die Viehhaltung die einzig mögliche Form einer rentablen Landwirtschaft.

Nicht jedes Jahr ist ein Jahr der Rekord-ernten. Es wird kaum möglich sein, den rechten Überblick zu bekommen, wenn man seine Betrachtung auf Jahre mit besonders günstigem Produktionsverlauf aufbaut. Dadurch, daß wir in einzelnen Sparten der Landwirtschaft besonders gute Produktionsergebnisse erzielen, helfen wir nur, die für andere Zwecke dringend benötigten Devisen im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung unserer Handelsbilanz einzusparen.

Ich glaube, Sie alle, meine Damen und Herren, werden erfreut feststellen, daß unsere Industrie in vielen Bereichen über den inländischen Bedarf produziert. Sie ist also gezwungen, sich ausländische Märkte für den Absatz ihrer Produkte zu suchen. Auf dem Weltmarkt wartet man nicht nur auf den österreichischen Anbieter. Der österreichische Exporteur muß sich daher der Konkurrenz auf dem Weltmarkt stellen. Das führt freilich dazu, daß manches Industrieprodukt zu wesentlich billigeren Preisen in das Ausland exportiert wird, als sie vom österreichischen Bauern im Inland verlangt werden. Außerdem werden auch bei industriell-gewerblichen Exporten sehr ins Gewicht fallende exportfördernde Maßnahmen, wie zum Beispiel umfangreiche, oft zinsverbilligte Kredite, für die auch bei längerfristigen Laufzeiten der Bund haftet, getroffen. Wenn die Industrie für jene Produkte, die sie im Inland nicht absetzen kann, Auslandsmärkte suchen muß, dann spricht man davon, daß sie exportorientiert ist.

Grießner

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das gibt es auch im agrarischen Bereich! Nehmen wir zur Kenntnis, daß in einzelnen Produktionszweigen der Landwirtschaft eben eine traditionelle Orientierung auf den Export hin besteht.

Daß unsere Forstwirtschaft exportorientiert ist, darf ich als bekannt voraussetzen. Eine Exportorientierung bringt zweifellos auch gewisse Probleme mit sich. Nach den schweren Windwurfkatastrophen im europäischen Raum steht zum Beispiel der Holzmarkt unter einem Druck, der sich auch auf unsere Forstbetriebe nachteilig auswirken muß. Die Forstwirtschaft wird sich diesen geänderten Marktverhältnissen zweifellos durch eine Verminderung des Einschlages anpassen. Diese Maßnahme allein genügt aber in der gegenwärtigen Situation nicht. Die Forstwirtschaft erwartet mit Recht, daß auch der Staat helfend eingreift.

Eine andere wesentliche Sorge ist die Diskriminierung unserer Exporte in den Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wenn auch die Entwicklung unserer Gespräche mit der Gemeinschaft nun weitgehend im Schatten außerwirtschaftlicher Gegebenheiten steht, werden wir doch nicht umhinkommen, gezielte Maßnahmen zu setzen, um diese Diskriminierung zu beenden. Nennen Sie mir zum Beispiel einen österreichischen Exportartikel, der bei seiner Lieferung ins Ausland solchen Einfuhrabgaben unterworfen ist wie gegenwärtig unser Schlachtrinder- und Fleischexport. Bei einem Warenwert von rund 13 S pro Kilo/lebend wird zurzeit eine Abschöpfung von 6 S sowie ein Zoll von 16 Prozent eingehoben. Gelingt es also, zu einer entsprechenden Vereinbarung mit der EWG zu kommen, die diese Benachteiligung beseitigt, eröffnen sich für die österreichische Viehwirtschaft auf lange Sicht gesehen große Absatzmöglichkeiten. *(Abg. Melter: Da sehen Sie Ihre Fehler!)*

Ich will besonders betonen, daß die Situation unserer Viehexporte und die Preisentwicklung auf den österreichischen Märkten Fragen sind, die genauester Beobachtung bedürfen, wenn nicht Folgen eintreten sollen, die kaum wieder gutzumachen sind. Da keine Sparte unserer Volkswirtschaft für sich allein existiert und im Rahmen unserer Volkswirtschaft nach allen Richtungen hin Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen bestehen, würden nachteilige Folgen letztlich die gesamte Volkswirtschaft treffen.

Hohes Haus! Der Bauer ist im Rahmen der Volkswirtschaft nicht nur Produzent, sondern auch Konsument. Daher wird der Bauer in gleicher Weise wie alle anderen Österreicher von Preissteigerungen betroffen. Die Land- und Forstwirtschaft muß Kostensteigerungen in

gleicher Weise wie alle anderen Wirtschaftszweige tragen, wobei sie selbst diese Kostensteigerungen kaum über die Preise weitergeben kann.

Die zunehmende Spezialisierung der einzelnen Betriebe führt dazu, daß in steigendem Maße auch Nahrungsmittel zugekauft werden. Der moderne Bauer produziert eben nicht für den Eigenbedarf, sondern für den Markt.

Wenn Sie sich vor Augen halten, daß für Neubauten und Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden von der Landwirtschaft im Jahre 1966 4,6 Milliarden Schilling aufgewendet wurden, daß für den Ankauf und die Erhaltung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten im gleichen Jahr etwa 7,4 Milliarden Schilling ausgegeben wurden, also insgesamt 12 Milliarden Schilling, dann wird Ihnen die Bedeutung der Landwirtschaft als Auftraggeber für Handel, Gewerbe und Industrie klar. Wenn die Land- und Forstwirtschaft nicht mehr in der Lage wäre, zu investieren, dann würden in Handel, Gewerbe und Industrie die Auswirkungen sicherlich verspürt.

Wenn man sich die Bedeutung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft vor Augen hält, dann wird auch die entscheidende Bedeutung einer zukunftsorientierten Agrarpolitik offenkundig.

Unsere Agrarpolitik ist auf eine Erhaltung und Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerichtet. Wir stehen in diesen Bestrebungen nicht allein in Europa. Wir haben uns von der Entwicklung nicht überrollen lassen, wie es sich vielleicht manche wünschen, sondern rechtzeitig Maßnahmen der Anpassung und Maßnahmen der Umstellung gesetzt, um unsere Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, auch in Zukunft bestehen zu können. Die Grünen Berichte spiegeln diese Entwicklung wider. Unsere Struktur hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Wir haben das aber nicht erreicht über den Weg, daß Bauern der Reihe nach abwirtschaften mußten, sondern die Entwicklung ist organisch verlaufen. Alle Maßnahmen der Förderung durch die öffentliche Hand waren als Stärkung maximaler Eigenanstrengungen der Land- und Forstwirtschaft gedacht. Um in die Förderungsmaßnahmen des Grünen Planes einbezogen zu werden, waren immer sehr erhebliche Eigenleistungen der bäuerlichen Betriebe Voraussetzung. Bei der Verkehrsaufschlüsselung, einem der Kernpunkte des Grünen Planes, trifft die zweifellos sehr kostspielige Erhaltung der Wege ausschließlich die bäuerlichen Betriebe. Es wäre also durchaus gerecht, endlich damit aufzuhören, über angebliche Geschenke an die Bauern in Form des Grünen Planes zu reden. Derartigen Behauptungen

Grießner

fehlt jede sachliche Grundlage. Die Benachteiligung des ländlichen Raumes im infrastrukturellen Bereich ist eine bekannte Tatsache. Wenn zum Beispiel hier durch die öffentliche Hand eine gewisse Hilfestellung geboten wird, wer wollte dann noch von Geschenken reden?

Die Leistungen unserer Land- und Forstwirtschaft verdienen umsomehr Anerkennung, wenn man sich vor Augen hält, daß die Zahl der Mitarbeiter, insbesondere der mithelfenden Familienangehörigen, von Jahr zu Jahr abnimmt.

Es ist von großer Bedeutung, durch den Ausbau des Schulwesens im ländlichen Raum dafür zu sorgen, daß die aus der Landwirtschaft abwandernden Personen Gelegenheit haben, sich eine entsprechende Schulbildung anzueignen. Man wirft uns so gerne vor, daß wir rückständig sind; das haben wir auch heute schon gehört. Erfreulicherweise steht heute überall das Bildungsstreben im Vordergrund. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft verlangt schon seit Jahren die Verabschiedung der land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetze. Die große Oppositionspartei im Hause blockiert diese Gesetze aus taktischen Erwägungen. Es muß doch zumindest als merkwürdig bezeichnet werden, einerseits einem Berufsstand Rückständigkeit vorzuwerfen und ihn andererseits an einem zielbewußten Ausbau seines Schulwesens zu hindern.

Aber es gibt noch mehr Widersprüche. Beispielsweise gehören im Grünen Plan die Mittel für sozialpolitische Maßnahmen zu den wenigen, die nicht gekürzt worden sind. Mehr noch: Wenn man die zur Verfügung stehenden Beträge in Relation setzt zur Zahl der Landarbeiter, so steht pro Landarbeiter ein Betrag zur Verfügung, der mehr als fünfmal so hoch ist wie der im Jahre 1960. Aber mit der Ablehnung des Grünen Planes wurden von der sozialistischen Opposition auch die sozialpolitischen Maßnahmen für Landarbeiter abgelehnt.

Die österreichische Bauernschaft nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß sich die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung in der nächsten Zeit damit befassen wird, wie man die Benachteiligung der bäuerlichen Bevölkerung im sozialpolitischen Bereich beseitigen kann. Seitens der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs wurden sehr eingehende Vorschläge darüber erstattet, wie die Unfallversicherung für die in der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen neu geordnet werden kann. Der Ausbau und die Dynamisierung der landwirtschaftlichen Zuschußrenten und die Einführung einer Ausgleichszulage, die bisher den selbständigen

Bauern als einzigem Personenkreis vorenthalten blieb, sind echte sozialpolitische Notwendigkeiten.

Daß es bisher noch nicht gelungen ist, eine befriedigende Tarifregelung zwischen der Ärzteschaft und der Bauernkrankenkasse zu vereinbaren, ist eine Angelegenheit, die uns echte Sorge bereitet. Die Bauernschaft kann sich des Gefühles nicht erwehren, daß von einem kleinen Teil der Ärzteschaft ihre Gesundheit als Faustpfand für ganz andere Dinge verwendet werden soll.

Elemente der Sozialpolitik gehören heute in gleicher Weise zu einer zeitangepaßten und aufgeschlossenen Agrarpolitik wie Maßnahmen der Strukturpolitik, der Markt- und Preispolitik sowie der Bildungspolitik. Agrarpolitik soll ein Anliegen aller Staatsbürger sein. Es geht hier nicht um die Durchsetzung von Gruppeninteressen, sondern um die Erhaltung und den Ausbau einer guten und ausgewogenen Ordnung. Es geht hier um das Schicksal bäuerlicher Menschen. Ein Blick über unsere Grenzen hinweg zeigt, daß dort, wo man das freie Bauerntum beseitigt hat, auch die Freiheit des Staates ihr Ende fand. Freie Bauern zählen nun einmal zu den Fundamenten eines freien Staates.

Hohes Haus! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte heute die Gelegenheit benützen, allen in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft Tätigen, den Bauern und Bäuerinnen, den mitarbeitenden Familienangehörigen und nicht zuletzt unseren Land- und Forstarbeitern den Dank für ihre treue Arbeit auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte heute aber auch allen Mitbürgern, die sich bemühen, die Probleme der österreichischen Land- und Forstwirtschaft recht zu verstehen, namens der österreichischen Bauernschaft danken. Nur dann, wenn es uns allen gelingt, auch die Sorgen und Nöte anderer zu verstehen, wird eine gedeihliche Entwicklung sichergestellt sein.

Es wird gelten, auch in Zukunft alle Entwicklungen im agrarischen Bereich aufmerksam zu beobachten und die rechten Entscheidungen zu treffen, Entschlüsse zu fassen, nicht aus Parteitaktik heraus, sondern mit Blick auf das Ganze, auf unser Vaterland.

Die Österreichische Volkspartei wird dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft und dem Grünen Plan für das Jahr 1968 die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein geschätzter Herr Vorredner, der Kollege Präsident Grießner, hat nun, wie

Pfeifer

erwartet, sein alljährliches Loblied auf die ÖVP-Agrarpolitik abgegeben. Wir Sozialisten sind nicht der Meinung, daß man der Landwirtschaft nur mit Lobliedern helfen kann.

Die Zweite Republik ist vor 22 Jahren aus Schutt und Asche wiedererstanden. Aus der Ersten Republik wurde nach einem siebenjährigen Opfergang unseres Volkes die neue, die Zweite Republik. Arbeiter, Angestellte und Bauern haben diesen neuen Staat wiedererrichtet. Generationen nach uns werden den Wiedererbauern unserer Republik Österreich immer danken. Wir, die derzeit dienende Generation, danken der Generation vor uns, die uns den Wiederaufbau unserer Heimat miterleben ließ.

Wir danken aber auch den österreichischen Bauern dafür, daß sie sich tatkräftig am Wiederaufbau unserer Heimat beteiligten und daß sie trotz vieler Verlockungen der modernen technischen Zeit ihre Höfe nicht verlassen. Wir danken ihnen dafür, daß sie in den schweren Aufbaujahren mit Zähigkeit und Ausdauer unter Zuhilfenahme der modernen landwirtschaftlichen technischen Neuerungen diesen Heimatboden bestens genutzt haben.

Jedes Jahrhundert hat seine Neuerungen technischer und geistiger Art. Blicken wir auf das vorige Jahrhundert zurück, so sehen wir im ersten Viertel in der Erfindung der Dampfmaschine den Beginn der technischen Neuzeit, einen Drehpunkt der Menschheitsgeschichte. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts war es die neue politische Richtung der Sozialdemokraten, die für die Völkerfreiheit sowie für die Freiheit des einzelnen Menschen in Wort und Schrift eintrat.

Es war kein Zufall, daß um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, im Jahre 1848, Hans Kudlich, der schlesische Bauernsohn, als Student in Wien zum Freiheitskämpfer für die in Untertänigkeit schmachthenden Bauern wurde. Kudlich, dessen Todestag sich am 11. November zum 50. Male jährte, ist als Rebell gegen die österreichisch-ungarische Monarchie und als Befreier (*Zwischenrufe bei der ÖVP — Rufe bei der SPÖ: Das interessiert euch nicht mehr!*) der österreichischen Bauernschaft von Zehent und Robot unvergessen.

Das Schicksal dieses Mannes hat es gefügt, daß er Kaiser Franz Joseph I., den letzten lang regierenden Habsburger, der Kudlichs Todesurteil 1849 unterschrieben hatte, um ein Jahr überlebte.

Daß Kudlich für die österreichische Bauernschaft ein Idol wurde, ist selbstverständlich. Unverständlich für jeden österreichischen Bauern ist es aber, daß der Bauernbund Kudlich für seine Propagandazwecke zu miß-

brauchen versucht (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Steiner: Was tun Sie heute hier?*)

An seinem Todestag legten Bauernbundsobmann Abgeordneter Scheibenreif und Bauernbundsobmann Landtagsabgeordneter Ing. Robl in Lobenstein in der ČSSR an der Familiengruft Kudlichs, in welche seine sterblichen Überreste nach dem ersten Weltkrieg von Amerika übergeführt wurden, einen Kranz nieder. Im stillen Gedenken werden sie hinter dem Eisernen Vorhang sicherlich das Flugblatt vom April 1872 in Erinnerung gehabt haben, welches zum vorübergehenden Besuch Hans Kudlichs aus Amerika in Österreich damals in Linz verteilt und unter dem Titel „A Bauern-Gruß“ bekannt wurde. Es lautete:

„Wir hab'ns nöt vergeß'n,
Was du für uns g'wöst,
Denn dei Wort hat uns alle
Vom Elend dalöst.
Ja Robot und Zehent
War uns Bauern a Last,
Dö Pfluga und Pfarra
Hab'n uns ausg'schund'n fast.“

Im „Österreichischen Bauernbündler“ vom 11. November 1967 kann man über Kudlich folgendes lesen — ich zitiere wörtlich —:

„Hans Kudlich hatte im Zuge der Ereignisse des Revolutionsjahres 1848 nach einer Verwicklung in schwerwiegende, blutige Auseinandersetzungen fluchtartig die Heimat verlassen müssen. Zuvor aber hatte er anlässlich einer großen Kundgebung am 24. September 1848 den Bauern — gewissermaßen als Vermächtnis — dringend empfohlen:

„Seid einig! Hütet euch vor der Zersplitterung! Reicht euch die starken Hände! Schließt einen Bund von Haus zu Haus, von Tal zu Tal, von Land zu Land!“ (*Bravorufe bei der ÖVP. — Abg. Glaser: Bauernbund! — Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*)

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ihre Freude ist zu früh! Will der Schreiber dieser Zeilen durch das Zitat „Schließt einen Bund von Haus zu Haus, von Tal zu Tal, von Land zu Land!“ Hans Kudlich zum Gründer des Österreichischen Bauernbundes machen? Vergißt er den wahren Gründer? Vergißt er das Todesurteil des Kaisers Franz Joseph I. über Hans Kudlich, dessentwegen Kudlich flüchten mußte?

Der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer stiftete im Einvernehmen mit dem ÖVP-Bauernbund einen 100.000 S-Preis für die beste agrarjournalistische Arbeit im Dienste der Verständigung zwischen Stadt und Land. Wenn man die heute noch immer bestehende geistige Untertänigkeit des ÖVP-Bauernbundes

Pfeifer

gegenüber den Großgrundbesitzern betrachtet, die darin besteht, daß die Großgrundbesitzer dem Bauernbund diktieren (*Abg. Anton Schlager: Du bist ein gescheiter Bursch!*) und dafür der ÖVP und dem Bauernbund immense Beträge spenden, um deren Wahlschlachten zum Siege zu führen, dann kann man die tiefe Dankbarkeit der ÖVP-Bauern von Scheibenreif bis Schleinzler Kudlich gegenüber dafür, daß er die Bauern wenigstens vom Zehent befreite, verstehen.

Was den 100.000 S-Kudlich-Preis des Herrn Landwirtschaftsministers und des ÖVP-Bauernbundes betrifft, kann man nur sagen, daß er dürftig ist und nicht dem Geiste Kudlichs entspricht. Selbst wenn die ÖVP diesen Preis zehn Jahre hindurch jährlich ausgibt beziehungsweise stiftet, hat sie erst 1 Million Schilling dafür ausgegeben, daß die Agrarjournalisten die österreichische Bevölkerung vergessen machen, daß Milliarden Schilling an Landwirtschaftssubventionen den Großgrundbesitzern auf Verlangen der ÖVP-Regierungen seit 1945 deswegen zugeflossen sind, weil die ÖVP die landwirtschaftlichen Subventionen seit mehr als 20 Jahren nach dem Gießkannenprinzip verteilt, das heißt, die größere Fläche beziehungsweise die größere Produktion erhält die größere Subvention. Wenn man bedenkt, daß ein paar tausend Großgrundbesitzer mehr als 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Österreichs besitzen und daher auch die größten Produzenten sind, dann sieht man, daß sie das größte Geschäft aller Zeiten machen, das heißt, für ihre Parteispenden an die ÖVP — das ist der politische Zehent von jährlich etwa 10 Millionen Schilling — erhalten sie das Hundertfache, das ist etwa 1 Milliarde Schilling, als ihren Anteil an den Subventionen zurück. (*Ruf bei der ÖVP: Wann beginnt bei dir der Großgrundbesitz?*) Hans Kudlich ... (*Unruhe bei der ÖVP.*) Das ist Ihnen unangenehm, meine Herren! Es ist mir vollkommen verständlich, daß es Ihnen unangenehm ist, wenn hier ein sozialistischer Bauer harte Wahrheiten ausspricht! (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie ja genauso wie ich die Gelegenheit haben, sich zu Wort zu melden. Ich bin gerne bereit, mich dann noch einmal zu melden.

Hans Kudlich bekämpfte die Feudalherrschaft. Die ÖVP kann von sich nicht behaupten, daß sie das gleiche tut. Ein weiterer Beweis für diese Behauptung ist das Landwirtschaftsbudget 1968. Aus diesem Grund, weil das Budget 1968, Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, die Herrschaft der Großgrundbesitzer in Österreich durch die Aufrechterhaltung der ungerechten Verteilung der landwirtschaftlichen Subventionen nach dem Gieß-

kannenprinzip weiterhin stützt, lehnen die Sozialisten dieses Budgetkapitel einschließlich des Grünen Planes ab.

Hinsichtlich der Tatsache der ungerechten Verteilung der landwirtschaftlichen Subventionen ist ein unbestechlicher Zeuge Bundeskanzler Dr. Klaus, der als Finanzminister am 25. Oktober 1961 im Hohen Haus folgendes feststellte — ich zitiere wörtlich —:

„Der Aufwand für Preisstützungen ist um 300 Millionen Schilling auf über 2 Milliarden Schilling gestiegen. Dies ist auf die steigende Aufbringung von Milch und Brotgetreide zurückzuführen.“

Finanzminister Dr. Klaus bestätigte damit meine Behauptung, daß die steigende Produktion, die selbstverständlich von der Flächengröße abhängt, immer höhere Subventionen erfordert. Bei guten Ernten, also bei hoher Produktion, sind hohe Subventionsbeträge erforderlich; sie werden nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Größere Flächen — größere Subventionen. Bei Mißernten, die den kleineren Betrieb zu hundert Prozent treffen, erhält dieser wenig oder gar keine Subvention, während der Großgrundbetrieb bei Mißernten nie hundertprozentig betroffen wird, also immer und in jeder Lage Subventionsempfänger bleibt. (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Das ist ein Blödsinn!*) Das geht Ihnen wahrscheinlich nicht gut ein! (*Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Was ist bei Ihnen ein Subventionsbedarf?*)

Durch das Marktordnungsgesetz ist die Versorgung des österreichischen Volkes mit Brotgetreide derzeit mehr als gesichert. Unser Jahresbedarf an Weizen beträgt rund 480.000 t und der an Roggen 230.000 t, es sind also insgesamt 710.000 t Brotgetreide.

Da die heimische Landwirtschaft jährlich eine Ernte von rund 1 Million Tonnen Brotgetreide aufweist und diese Ernte fast zur Gänze auf den Markt bringt, beträgt der jährliche Überschuß 200.000 bis 300.000 t Brotgetreide, das heißt ausschließlich Weizen.

Da in den letzten Jahren gute Ernten waren, war der Subventionsbedarf daher jährlich ansteigend. Derr Herr Finanzminister konnte sich vor der steigenden Flut von Ausgaben nur dadurch retten, daß er die Stützung für den Brotgetreidepreis bereits 1967 radikal kürzte. Dadurch war das Erfordernis an Stützungen 1967 gegenüber 1966 geringer. Den Unterschiedsbedarf zur vorherigen vollen Stützung hat der Herr Finanzminister in Ausnützung der Vollzugsgewalt der ÖVP-Alleinregierung auf die Verbraucher überwältzt. Das war die Brotpreiserhöhung 1967.

Pfeifer

Das Landwirtschaftsbudget 1968 versucht das Ansteigen des Stützungsbedarfes dadurch zu verhindern, daß die Senkung der Stützung bei Normalweizen um weitere 7 Groschen, das ist auf 13 Groschen pro Kilogramm, und bei Kontraktweizen die Senkung der Qualitätsprämie um 3 Groschen auf 17 Groschen pro Kilogramm vorgesehen wird. Durumweizen und Roggen werden mit 20 Groschen je Kilogramm gestützt.

Die Summe dieser für insgesamt 840.000 t Weizen und Roggen erforderlichen Beträge einschließlich der Fracht für Importe von Durumweizen und Roggen ist im Landwirtschaftsbudget 1968 auf Seite 236 der Erläuterungen unter Kapitel 62 Titel 620 mit 136,1 Millionen Schilling veranschlagt. Wenn man hiemit die Kosten für Lagerung und Verwertung, die mit 241,9 Millionen Schilling am gleichen Ort veranschlagt sind, vergleicht, so muß man feststellen, daß diese Kosten als sehr hoch zu bezeichnen sind. Auch die Erklärung in den Erläuterungen, welche Maßnahmen unter der Post „Kosten für Lagerung und Verwertung“ zu verstehen sind, befriedigt nicht die Neugierde im Zusammenhang mit dem so hoch veranschlagten Betrag. Denn die Differenz der veranschlagten gestützten Brotgetreidemenge von 840.000 t zum Inlandsbedarf von 710.000 t, das sind 130.000 t, kann die hohe Aufwendung nicht rechtfertigen. Dieser Ausgabenpolster, Herr Bundesminister, ist aufklärungsbedürftig, wenn er nicht von vornherein darauf abzielt, die gesteigerte Brotgetreideerzeugung beim Großgrundbesitz unter allen Umständen zu subventionieren. *(Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Die so hoch, aber selbstgepriesene Agrarpolitik der ÖVP und ihres Bauernbundes hat es nun 22 Jahre verabsäumt, die Getreidewirtschaft Österreichs in eine Planung einzubeziehen, obwohl man schon vor zehn Jahren voraussehen konnte, daß auch die Brotgetreideerzeugung Österreichs den heimischen Bedarf übersteigen wird. Weil zuviel Brotgetreide erzeugt wird, fehlt es natürlich an Futtergetreide in Österreich. Man führte Jahr für Jahr rund eine halbe Million Tonnen Futtergetreide nach Österreich ein. Erst in jüngster Zeit hat sich die ÖVP-Agrarpolitik unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit eines Besseren besonnen. Man entschloß sich — man höre und staune! — zur Planung. Voraus plante der Herr Finanzminister mit der Stützung der Brotgetreideanlieferungen; hinterher plante der Herr Landwirtschaftsminister und erhöhte den Futtergerstenpreis — denn Gerste ist kein Brotgetreide — um 10 Groschen je Kilogramm, in der weisen Voraussicht, damit den Gersteanbau zu fördern.

Selbstverständlich wird auch der Futterweizenpreis um 10 Groschen je Kilogramm erhöht, um die Überleitung von Überschußbrotweizen in den Futterbereich zu fördern. Nachdem das Hohe Landwirtschaftsministerium die Förderung des Roggenanbaus seit geraumer Zeit vernachlässigte, wird auch der Roggenpreis um 5 Groschen je Kilogramm erhöht, um den Anbaurückgang aufzuhalten.

Die ablehnende Haltung des ÖVP-Bauernbundes gegenüber den Forderungen des Arbeitsbauernbundes, die Preisstützungen auch bei Brotgetreide zu staffeln, das heißt, die Ablieferungsmengen anbauflächenmäßig zu kontingentieren, führte zum jetzigen Zustand des Brotgetreideüberschusses und der hohen Ausgaben aus Staatsmitteln für die Stützung, die zumindest zum erheblichen Teil den Großgrundbesitzern zugute kommt.

Wenn die ÖVP sich schon zur landwirtschaftlichen Produktionsplanung bekennt, dann sollte sie sich auch zur Staffelfung der Preisstützung bekennen.

Trotz allem wird dem österreichischen Konsumenten die Fleischpreiserhöhung infolge der Futtermittelpreiserhöhung nicht erspart bleiben, wenn auch der Herr Landwirtschaftsminister vorderhand noch das Gegenteil behauptet, weil er die Folgen der nicht rechtzeitig durchgeführten Planung ableugnet.

Hohes Haus! Ich habe harte Kritik am Landwirtschaftsbudget der ÖVP geübt. Ich denke nicht daran, davon abzulassen, aber ich muß anerkennen, daß in den Jahren der Koalition die ÖVP mit den Sozialisten in der Marktversorgung unseres Heimatlandes eine bestimmte Planung durchgeführt hat, und zwar in der Zeit, als es noch einen gewissen Mangel an Fleisch, Milch und Brot gab. Ich erinnere daran, daß der frühere Abgeordnete Winkler dem Vorgänger des Herrn Landwirtschaftsministers Schleinzner in einer Budgetdebatte dazu gratulierte, daß ihm das Kleid der Sozialisten sehr gut passe, weil er das Marktordnungsgesetz verteidigte, das unter anderem ja den sozialistischen Grundsatz beinhaltet, mit dem Brot des Volkes keine Spekulation zu treiben. Mein Kollege, der frühere Abgeordnete Steiner hat dem Herrn Landwirtschaftsminister schon sehr früh empfohlen, um aus der Misere der steigenden Milchüberproduktion herauszukommen, die Erzeugung von Milchmastkälbern zu fördern. Jahre sind inzwischen vergangen. Die erwähnte Anregung meines Freundes Steiner wurde nicht ernsthaft angenommen, sondern durch eine Aktion des Ministeriums, die mehr die Vermittlung von Tränkgeräten und Mischfuttermitteln zum Ziele hatte, verwässert.

Pfeifer

Durch die immer rascher ansteigende Milch-erzeugung in Österreich, welche seit 1953 mit 2,423.000 t bis 1965 auf 3,210.000 t, also um 787.000 t oder 32,5 Prozent, gestiegen ist und in den letzten zwei Jahren um weitere 15 Prozent, also insgesamt seit 1953 um fast 50 Prozent gestiegen ist, wurde auf Grund der Marktordnungsgesetze der Staatsetat steigend beansprucht, weil die ÖVP und ihr Bauernbund sich auch hier nicht zur Planung entschließen konnten und die Staffe- lung der Milchpreisstützung ablehnten.

Statt die Umstellung der bäuerlichen Wirt- schaften von der Milchproduktion auf die Kälbermast und Fleischproduktion, wie sie mein Vorgänger Kollege Steiner vorgeschlagen hat, durchzuführen, wurde das Experiment mit dem Krisengroschen, das ist ein Abzug vom Erzeugermilchpreis in der Höhe von je- weils 1 bis 15 Groschen, gemacht und wäh- rend der Jahre 1954 bis 1967 praktiziert. Dieser Krisengroschen, welcher zur För- derung des Milchproduktenexports verwendet wird, fließt in die Kassen des Molkerei- und Käsereiverbandes, der sämtliche milchwirt- schaftlichen Exporte durchführt. Die Ver- waltung des Krisengroschens unterliegt der Überprüfung durch den Rechnungshof.

Obwohl der Milchkonsum infolge der letzten Milchpreiserhöhung zurückgeht, steigt die Milchproduktion weiter an. Die Milchmarkt- leistung zeigt daher ebenso eine steigende Tendenz; sie ist vom Jahre 1956 mit 1,212.000 t bis zum Jahre 1966 auf 1,964.000 t, also um mehr als 50 Prozent, gestiegen. Für das Jahr 1967 wird sie auf 2,085.000 t und für 1968 auf 2,150.000 t geschätzt.

Nachdem auch hier der Herr Finanzminister schon im Jahre 1967 eine Kürzung des Stützungsbetrages vorgenommen und die Dif- ferenz auf den vollen Stützungsbetrag auf die Konsumenten überwälzt hat, wird im Budget 1968 für den Milchpreisausgleich ein Sach- aufwand von 1655,8 Millionen Schilling ver- anschlagt. In diesem Betrag sind der Zu- schlag zum Erzeugerpreis der Milch von 1082,2 Millionen Schilling, der Zuschuß zum Gebärungsabgang des Milchwirtschaftsfonds von 397,3 Millionen und für die Absatz- und Verwertungsmaßnahmen von 176,3 Mil- lionen beinhaltet.

Herr Bundesminister Dr. Schleinzer! Wir haben die große Überproduktion bei Milch und Getreide im Finanz- und Budgetausschuß diskutiert. Sie haben in der Diskussion fest- gestellt, daß die österreichische Agrarpolitik marktorientiert und zukunftsorientiert sei. Ich habe mich in meinen Ausführungen mit diesen Problemen nochmals beschäftigt, weil ich hier feststellen muß, daß wir Sozialisten

und Arbeitsbauern nicht Ihrer Meinung sind, daß Ihre Agrarpolitik marktorientiert und zukunftsorientiert ist, was die steigenden, gigantischen Überschüsse beweisen.

Die ÖVP-Alleinregierung hat nach ihrem Wahlsieg im Jahre 1966 ihren Wählern, insbesondere den Bauern eine Reihe von Ver- sprechungen gemacht, darunter auch, daß sie für eine Agrarpolitik sorgen werde, die den Bauern das Aufholen in der Wirtschaft erleichtern werde.

„Eine Politik für alle Österreicher“ — so nannte der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus sein Versprechen an die Wähler — war eine geschickt gedrechselte, aber nicht unge- fährliche Beruhigungsspielle. Als weitere Be- ruhigungsspillen-Drechslerin betätigte sich die Präsidentenkonferenz der Landwirtschafts- kammern Österreichs, welche im September dieses Jahres in einer Aussendung über die Frage der Erhöhung des Krisengroschens behauptete, daß es zu keiner Erhöhung des Krisengroschens kommen werde und es unver- antwortlich sei, die Bauernschaft durch der- artige Gerüchte zu beunruhigen, denn eine Erhöhung des Krisengroschens würde eine Verminderung des Milchgeldes für die Bauern- schaft bringen.

Was sagen nun die diversen Beruhigungs- pillen-Erzeuger zur tatsächlichen Lage, daß der Krisengroschen in knapp drei Wochen, also am 1. Jänner 1968, auf 5 Groschen je Liter erhöht wird? Der Herr Landwirt- schaftsminister ist zwar nicht Mitglied der Präsidentenkonferenz der Landwirtschafts- kammern Österreichs, aber ihr ständiger Gast. Er entzieht sich den Angriffen der empörten Bauernschaft ob der präsidialen Täuschung durch eine unerhört mutige Flucht nach vorne, indem er Mitte November bereits im „Volks- blatt“ — vom 18. November — wörtlich erklärte:

„Die Bauern müssen in aller Offenheit über die außerordentlich schwierige Situation in der österreichischen Milchwirtschaft auf- geklärt werden.“ Er verlangt mutig die Umstellung von der Milch- auf die Fleisch- produktion, insbesondere auf Mastkälber mit hohem Gewicht und Einstellrinder zwischen 220 bis 300 kg, die leichter exportiert werden können. Der Mut des Herrn Ministers ist be- wunderswert, denn er wagte es, zu sagen, daß der Milchstrom in die Molkereien gedrosselt werden müsse.

Hohes Haus! Nun ein paar Sätze zur Treib- stoffverbilligung. Der ÖVP-Bauernbund schreibt in seiner Zeitung „Der österreichische Bauernbündler“ Nr. 41 vom 14. 10. 1967 unter der Überschrift: „Treibstoffverbilligung ungeschmälert“, daß im Jahre 1968 der Be-

Pfeifer

trag wie 1967 ungeschmälert zur Verfügung stehe. Das ist eine Irreführung der Bauern, das heißt eine der schon erwähnten Beruhigungsspielen für die Bauernschaft. Jeder Leser der Bauernbundzeitung hat beim Lesen des zitierten Artikels den Eindruck, weil „Treibstoffverbilligung ungeschmälert“ gedruckt steht, daß er den gleichen Betrag wie bisher auch im Jahre 1968 unter diesem Titel erhalten wird. In Wahrheit erhält er aber 1968 statt 80 S pro Punkt nur mehr 75 S je Punkt. So sagte wenigstens der Herr Landwirtschaftsminister im Finanz- und Budgetausschuß, als er bei der Behandlung dieser Frage von mir interpelliert wurde und ich ihn darauf verwies, daß er zuwenig Geld für die Treibstoffverbilligung im Jahre 1968 zur Verfügung haben wird, weil die Maschinenanzahl doch ständig ansteigt. Es bleibt abzuwarten, Herr Bundesminister, ob die Verteilung nach dem Punktesystem mit 75 S pro Punkt überhaupt gehalten werden kann.

Ich entnehme dem „Österreichischen Bauernbündler“ vom 4. November 1967 folgende Notiz. Es heißt hier unter „Betriebsbesuche“ in — Weinkellern“ — schade, daß der Herr Generalsekretär, Kollege Dr. Withalm, nicht anwesend ist —:

„ÖVP-Generalsekretär Dr. Withalm hielt kürzlich in Poysdorf seinen Sprechtag ab. Zunächst nahm er verschiedene Anliegen entgegen. Dann erklärte er: ‚Ich möchte mit einigen Weinbauern in ihren Kellern sprechen.‘ Wo immer in der Brünner Straße, in der G'stetten, am Radyweg und auf dem Rösselberg ein Keller offen war, trat Dr. Withalm unangemeldet ein, um mit den Weinbauern deren Probleme zu erörtern. Selbstverständlich wurde auch der große Keller der Winzergenossenschaft besichtigt.“ (Abg. Kulhanek: Darf das nicht sein? — Abg. Czettel: Aber ja, freilich!)

Es heißt in der Notiz weiter, daß die Landwirte mit der Getreideernte und der Weinlese sehr zufrieden waren und Dr. Withalm auch Gespräche mit Genossenschaftsfunktionären, auswärtigen Wirten und Weinhändlern geführt habe.

Herr Generalsekretär Dr. Withalm, ich würde Ihnen empfehlen, nicht nur Ende Oktober oder Anfang November eine Kontaktnahme mit den Bauern im Weinkeller durchzuführen, sondern besuchen Sie jetzt die kleineren Weinbauer in ihren Kellern, und Sie werden erfahren, daß der derzeitige Faßpreis für Weißwein bei 5 S und darunter pro Liter liegt. (Abg. Czettel: Sehr richtig!) Es wäre für die Tausende kleinen Weinbauer sehr, sehr gut, wenn Sie bei den Weinhändlern erreichen könnten, daß dieser Preis, der eine Schande

und ein Skandal ist, zugunsten aller kleinen Weinbauer angehoben wird.

Herr Landwirtschaftsminister! Erlauben Sie mir einen Hinweis auf die Verwendung von Weinbauförderungsmitteln. (Abg. Minkowitsch: Bei der Getränkesteuer war er dagegen!)

Im Sommer 1967 hat eine Gruppe von 36 niederösterreichischen Kammerfunktionären eine Studienreise nach Frankreich zum Zwecke der Besichtigung von Weinsilos und anderen Weinbaueinrichtungen gemacht. Da die Reise mittels Flugzeug stattfand und eine Viertelmillion Schilling gekostet hat, ist eine Veröffentlichung des Reiseergebnisses, das heißt der Auswirkungen auf den österreichischen Weinbau, von größtem Interesse für alle Weinbauer. Wir hoffen, Herr Bundesminister, daß Sie uns bereits über die praktischen Ergebnisse dieser Studienreise berichten können.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich zur sozialen Betreuung der Bauernschaft einiges sage.

In der sozialen Betreuung der Bauernschaft haben sich die Koalitionsregierungen zwischen ÖVP und SPÖ dauernde Verdienste erworben. In der Amtszeit der Sozialminister Maisel und Proksch wurden die Vorbereitungen und Gesetzesfassungen der landwirtschaftlichen Zuschußrente und der Bauernkrankenversicherung geschaffen. Die Koalitionsregierung und das Parlament haben diese Gesetze beschlossen. Im Sozialgebäude der Republik Österreich wurde mit diesen Gesetzen der Schlußstein eingebaut. Wir sind stolz auf dieses soziale Gesetzeswerk, obwohl es notwendig ist, ehebaldigst Verbesserungen an ihm durchzuführen. So bedarf die Alterszuschußrente einer Novelle, die die 14. Rente und die Ausgleichszulage für jene landwirtschaftlichen Zuschußrentner bringen soll, die keinen Ausgedingevertrag haben und mit der geringen Zuschußrente unter dem ASVG-Rentenminimalsatz liegen.

Bei der Bauernkrankenversicherung ist der endliche Vertragsabschluß mit der Ärztekammer dringendst erforderlich.

Vor einigen Tagen hat der Abgeordnete Kollege Machunze dem Hohen Haus mitgeteilt, daß die Frau Sozialminister den angekündigten Sozialbericht noch heuer dem Parlament vorlegen wird. Wir hoffen, daß dieser Bericht den so lange im sozialen Schatten gestandenen bäuerlichen Familien und Altersrentnern erfreuliche Nachrichten bringen wird. Das wären zum Beispiel Erfolgsberichte über Verhandlungen der Bauern-Krankenversicherungsanstalt mit der Ärztekammer, für die ja Frau Bundesminister Rehor ihre guten Dienste angeboten hat.

Pfeifer

Was ich bisher nicht behandelt habe, Hohes Haus, ist das heiße Eisen der ÖVP-Agrarpolitik, die Agrarstrukturverbesserung. Die ÖVP hat zwar durch ihren Finanzminister im Budget 1968 im Grünen Plan Mittel für die Agrarstrukturverbesserung präliminiert. Die Schwierigkeiten in der österreichischen Landwirtschaft stammen nicht allein aus der allorts bekannten und von mir hart kritisierten Überproduktion, sondern auch aus den immer größer werdenden Absatzschwierigkeiten bei unseren landwirtschaftlichen Überschußgütern auf dem europäischen Markt, der durch die immer straffer werdende EWG-Organisation für uns immer schwerer zugänglich wird. Zum Beispiel stockt derzeit unser Rinderexport in die EWG wegen der hohen EWG-Abschöpfungen. Zum Beweis meiner Behauptung verweise ich auf das „AIZ“ Nr. 2026 vom Donnerstag, dem 7. Dezember 1967.

Der ÖVP-Bauernbund — das ist dem österreichischen Volk bereits aufgefallen — tritt lautstark und öffentlich für ein Arrangement Österreichs mit der EWG ein, wenn nicht gar für einen Beitritt überhaupt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die bauernbündlerische Propaganda in den Dörfern, mit der uns Sozialisten die Schuld in die Schuhe geschoben wurde, Bremser oder Blockierer der EWG-Verhandlungen zu sein. (*Abg. Fachleutner: Na net! — Abg. Meißl: Das habt ihr alle zwei gemacht!*)

Meine Damen und Herren der rechten Seite dieses Hauses! Sie sind nun eineinhalb Jahre an der Regierung. Wer blockiert nun die Verhandlungen mit der EWG? Die EWG-Agrarmarktbestimmungen sowie die EWG-Agrarordnungen, die für die sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft von einschneidender Bedeutung sind, von so einschneidender Bedeutung, daß die französischen Bauern dagegen revoltieren, wollen die ÖVP-Bauernbündler voll und ganz übernehmen.

Wenn die österreichischen Bauern dieser Ordnung unterworfen werden, tritt das ein, was der seinerzeitige Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, Ihr verstorbener Abgeordneter Strommer, im Hinblick auf die EWG über die Lage der österreichischen Bauernschaft zur Zeit der Gründung der EWG sagte: Ein Drittel der österreichischen Bauernschaft ist europareif oder krisenfest, ein Drittel kann krisenfest gemacht werden, und ein Drittel wird von den Höfen weichen müssen.

Nach den Veröffentlichungen der EWG-Kommission und nach den Aussprüchen der EWG-Präsidenten und -Vizepräsidenten über die Agrarlage in der EWG und über die Ziele der EWG-Ordnung muß man annehmen, daß

die Bauernschaft in der EWG stark dezimiert wird, um den Anteil der landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung an der Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung auf jenes Maß herabzudrücken, das den modernen Industriestaaten entspricht. Dieser Anteil liegt heute schon bei 5 bis 10 Prozent.

Die österreichische Bauernschaft hat die ÖVP-Propaganda für den EWG-Beitritt bereits durchschaut. Auch die ÖVP-Bauernbund-Manager wissen das und versichern bereits in den jüngsten Veröffentlichungen ihrer diversen Zeitungen und ihrer Parteiorgane, daß sie ihre Agrarpolitik völlig umstellen und die landwirtschaftliche Erzeugung in erster Linie auf den heimischen Marktbedarf umorientieren wollen. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ (*Abg. Minkowitsch: Auf allen Linien!*), denn die ÖVP-Agrarpolitik hat sich in den letzten Jahren nicht nach dem heimischen Markt orientiert, sondern den fremden Markt mit harter Währung gesucht. In 22 Jahren ist es der ÖVP-Agrarpolitik nicht gelungen, durch Pflege des heimischen Marktes und durch verbilligte Angebote an die heimischen Konsumenten das Verständnis zwischen Stadt und Land zu bessern und zu vertiefen.

Die ÖVP-Agrarpolitiker benützen daher das Gedenken an den Studenten- und Bauernrevolutionär Kudlich, um mit seinem Namen ihre 100.000 S-Stiftung zu glorifizieren, mit der sie auf agrarjournalistischem Weg das bewußt Unterlassene, nämlich das Verständnis zwischen Stadt und Land zu vertiefen, nachholen zu können glauben.

Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß nur eine echte Umorientierung der Agrarpolitik, im wesentlichen zum heimischen Markt hin, das Verständnis zwischen Stadt und Land zum Wohle der Republik und unseres Volkes wachsen und vertiefen läßt. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Wiesinger: Wir sollen weniger und billiger produzieren!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Landmann das Wort.

Abgeordneter **Landmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich am Anfang mit ein paar Worten auf meine geschätzten Vorredner eingehe.

Herr Abgeordneter Meißl hat von zwei Typen von Betrieben gesprochen: von den auslaufenden und von den Vollerwerbsbetrieben. Herr Abgeordneter! Ich bin der Meinung, daß ein gesunder Nebenerwerbsbetrieb auch in Zukunft in der Landwirtschaft auf den besten Füßen stehen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Landmann

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat vom österreichischen Bauernführer Kudlich gesprochen und hat das in Zusammenhang mit den Bauernbünden gebracht. Der erste Bauernbund in Österreich wurde 1904 in Sterzing gegründet. Natürlich hat sich der Tiroler Bauernstand hinter die Worte Kudlichs — die Einigkeit — gestellt und hat es immer wieder bewiesen. Besonders bewiesen hat er es in der Zweiten Republik, als es darum ging, die Einigkeit der Bauern zu halten und zu festigen. Seit es Kammerwahlen gibt, hat doch der Arbeitsbauernbund immer wieder auf Land- und Bezirksebene kandidiert, aber es ist ihm bisher noch nicht gelungen, einen Einbruch in die Einigkeit der Tiroler Bauernschaft durchzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Pfeifer! Sie sind doch Betriebsführer oder Bauer, welche Bezeichnung mir persönlich als praktizierendem Bauern auch lieber ist. Aber mir scheint: Sie haben in den eindreiviertel Jahren, in denen wir gemeinsam die Ehre haben, dem Hohen Hause anzugehören, verlernt, Bauer zu sein, denn sonst hätten Ihre Ausführungen nicht solche Widersprüche ergeben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Auf die EWG-Fragen werde ich, Herr Abgeordneter Pfeifer, in meinen Ausführungen noch zurückkommen. *(Abg. Czettel: Es gibt auch andere Bauern als nur ÖVP-Bauern!)* Na freilich. *(Heiterkeit.)*

Die Debatte über das Budget 1968 soll Anlaß sein, das Augenmerk des Hohen Hauses auf jenen Teil der bäuerlichen Bevölkerung hinzulenken, der unter besonders schwierigen Voraussetzungen um sein Einkommen ringt, nämlich die Bergbauern.

Das Budget 1968 ist für diese von erhöhtem Interesse, nicht nur weil es dabei um den für die Zukunft der Bergbauern so bedeutsamen Grünen Plan geht, sondern vor allem auch wegen der sich direkt oder indirekt aus dem Budget 1968 ergebenden Belastungen für die Bergbauern, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil praktisch parallel zu den Verhandlungen über den Voranschlag für das Jahr 1968 eine Standortbestimmung der österreichischen Agrarwirtschaft im Hinblick auf die Entwicklung in den letzten 20 Jahren eingeleitet wurde. Die sich ändernden wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnisse erfordern für die Land- und Forstwirtschaft ganz allgemein von Zeit zu Zeit eine Standortbestimmung. Dies gilt umso eher für die Berggebiete, die sich unter ungleich ungünstigeren Bedingungen zu behaupten haben.

Eine der entscheidendsten Antworten auf die sich auf die wirtschaftliche Zukunft der Bergbauern beziehenden Fragen war der Grüne

Plan, der den Umstellungsprozeß in der Gebirgslandwirtschaft vom traditionsbedingten Selbstversorgerbetrieb mit einem hohen Anteil an Ackerbau zum heute bereits weitgehend auf die Vieh- und Waldwirtschaft spezialisierten Bergbauern in einem entscheidenden Maße beeinflusste. Dieser Umstellungsprozeß erfordert eine Mobilisierung aller Kräfte der Bergbauern und führt zu einer bis ans Äußerste gehenden Belastung. Es ist klar, daß wir alles zu unternehmen haben, um neue Belastungen für die Bergbauern zu vermeiden, damit das positive Ergebnis des Umstellungsprozesses nicht gefährdet wird.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist im besonderen dadurch gekennzeichnet, daß sich die Ackerbaugebiete fast ausschließlich in günstiger Lage zu den großstädtischen Konsumzentren befinden, während die Gebiete mit absoluter Viehwirtschaft ohne Ausweichmöglichkeit auf den Ackerbau eher den konsumfernen Regionen angehören.

Wenngleich der Wald und zum Teil auch der Nebenerwerb vor allem in Form von Fremdenverkehr — worauf mein Kollege Leimböck dann näher eingehen wird — eine gewisse Rolle für das bergbäuerliche Einkommen spielen, so ist es doch in erster Linie die Viehwirtschaft, die mit einem Anteil von mehr als 70 Prozent die Hauptstütze für das Einkommen der Bergbauern bildet. Im Hinblick darauf ist bei allen Maßnahmen, die Veränderungen der österreichischen Produktionsstruktur zur Folge haben, vorrangig auf die Gewährleistung einer gesunden und leistungsfähigen Viehwirtschaft in den absoluten Grünland- und Berggebieten zu achten. Nur so kann dieser Raum, der zwei Drittel unseres Staatsgebietes umfaßt, auf die Dauer gesehen, wirtschaftlich gesund erhalten werden. Diesen Gesichtspunkt herauszustellen, ist besonders bei der Budgetdebatte angebracht.

Wir müssen uns über eines klar sein: Der Industrialisierung sind vor allem wegen der Verkehrsungunst im Gebirge natürliche Grenzen gesetzt. Wollen wir diese Gebiete wirtschaftlich gesund erhalten, so müssen wir auf unsere Gebirgslandwirtschaft bauen und die Viehwirtschaft als Lebensgrundlage für die mehr als 120.000 Bergbauern sichern.

Mit aller Entschiedenheit möchte ich daher nochmals betonen, daß jede Neuorientierung der österreichischen Produktionsstruktur auf die Grünland- und Berggebiete besonders Bedacht zu nehmen hat. Nur eine gesicherte Viehwirtschaft bedeutet eine gesicherte Existenz für die Bergbauern. Wenn es eine Ordnung für den Markt von Rindern geben soll, dann nur unter den Voraussetzungen einer

Landmann

besonderen Berücksichtigung des für die Berggebiete entscheidenden Zucht- und Nutzviehs.

Ähnliche Überlegungen gelten für die Milcherzeugung der Bergbauern. Wie ich schon betont habe, besitzt Österreich auf Grund seiner besonderen geographischen Verhältnisse eine Produktionsstruktur, die unsere Bergbauern zur Milcherzeugung im Wege der Rinderproduktion zwingt. Dieser Tatsache ist bei allen Regelungen, die künftig für die Milchwirtschaft getroffen werden, Rechnung zu tragen.

Diese Überlegungen zu Existenzfragen der Bergbauern sollen Sie, meine geehrten Damen und Herren, nicht allein vom Gesichtswinkel der Agrarproduktion aus beurteilen, sondern auch unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer Erhaltung der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit weiter Teile unseres Landes. Ich meine damit, daß wir zur Land- und Forstwirtschaft im Gebirgsraum — dies gilt aber auch für einzelne Grenzgebiete — in vielerlei Hinsicht eine andere Einstellung als bisher gewinnen müssen. Bei der Land- und Forstwirtschaft in diesen Bereichen handelt es sich nicht um eine Restgröße, sondern um den tragenden Wirtschaftszweig, auf dessen Gesunderhaltung sich die Kräfte des Staates genauso zu konzentrieren haben wie auf die sehr wünschenswerte industrielle Expansion.

Die erforderlichen Anstrengungen sollen sich natürlich in erster Linie auf den Ausbau der Infrastruktur und hier wiederum vor allem auf die Verkehrserschließung richten. Gerade die Verkehrswege zeigen so drastisch, wie sehr der Gebirgsraum in der Vergangenheit beim Ausbau entsprechender Straßen benachteiligt wurde. Noch immer sind annähernd 30.000 Bergbauernhöfe ohne autobefahrbare Hofzufahrt und damit eigentlich vom technischen Fortschritt ausgeschlossen.

Jährlich wird vor allem im Rahmen des Grünen Plans viel für die Erschließung dieser Höfe geleistet. Dennoch ist der Beitrag der öffentlichen Hand im Vergleich zu den Eigenleistungen zu gering. Dies vor allem, wenn man sich auf die Verpflichtung des Staates besinnt, der zu jeder Produktionsstätte einer Volkswirtschaft eine autobefahrbare Straße zu bauen und für ihre Erhaltung zu sorgen hat. Dies gilt im besonderen Maße für die bergbäuerlichen Güterwege, die längst nicht mehr ausschließlich land- und forstwirtschaftliche Wirtschaftswege sind, sondern für die Erschließung unserer Heimat für den Fremdenverkehr geradezu eine Voraussetzung bilden. Wenn wir bedenken, daß unsere Bergbauern dem Staat noch einen Beitrag zum Ausbau der Infrastruktur leisten, so muß dies geradezu als grotesk erscheinen.

Sehen wir die Dinge doch im rechten Licht: Den Bergbauern werden beim Ausbau der Infrastruktur ungleich mehr Mittel vorenthalten, als ihnen vom Staat in Form von Investitionsbeihilfen im Rahmen des Grünen Plans wieder zufließen.

Betrachten wir doch die Bergbauernfrage auch von einer anderen Seite. Sicherlich sind Vieh- und Waldwirtschaft die tragenden Säulen der bergbäuerlichen Existenzen. Was wäre aber Österreich ohne den Kultur- und Erholungsraum, der weitgehend das Ergebnis des Fleißes unserer bergbäuerlichen Bevölkerung ist? Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade dazu aus allgemeiner Sicht einige grundsätzliche Bemerkungen.

Noch vor 20 Jahren konnte niemand ahnen, daß den europäischen Berggebieten neben der Agrarproduktion eine neue Aufgabe als Erholungsraum für die Bevölkerung Europas zu wachsen würde. Unsere Bergregionen, ein mehr als ein Jahrtausend alter Kulturraum, galten mancherorts schon als abgeschrieben. Wer schon die respektablen Leistungen der Bergbauern in der Agrarproduktion nicht zur Kenntnis nehmen wollte, mußte sich aber in den letzten Jahren davon überzeugen lassen, daß die Bewohner der durch Lärm, Rauch und Gestank verseuchten Großstädte unsere Berggebiete als Erholungsraum dringend nötig haben und daß auf die Bergbauern als Hüter und Bewahrer der Kulturlandschaft nicht verzichtet werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Heute noch für eine Aufgabe der Bewirtschaftung der Berggebiete eintreten zu wollen, hieße gegen die erholungsbedürftige städtische Bevölkerung Stellung zu nehmen. Die jüngste Entwicklung mag als warnendes Beispiel für jene gelten, die oft in geradezu leichtfertiger Weise ohne Rücksicht auf den langfristigen Entwicklungsablauf in der Land- und Forstwirtschaft über das Wohl und Wehe der Berggebiete urteilen.

Es ist einfach unhaltbar, daß man den Berggebieten nicht längst gleiche Chancen beim Ausbau der Infrastruktur eingeräumt hat wie den übrigen Bereichen der Wirtschaft. Durch die bisherigen finanziellen Anforderungen schwächt man gerade jene Betriebe entscheidend, die erst durch den Bau einer Straße in die Lage versetzt werden, die längst fälligen Investitionen, das heißt mit anderen Worten: eine Modernisierung der Betriebe, nachzuholen. Unter diesen Voraussetzungen ist eine entsprechende Bergbauernförderung Verpflichtung. Es darf gewürdigt werden, daß trotz schwieriger Budgetlage die Berg-

Landmann

bauernförderung im Rahmen des Grünen Plans auch für das Jahr 1968 gesichert werden konnte.

Es ist nicht nötig zu betonen, daß es sich bei den Mitteln des Grünen Plans um echte Investitionsbeihilfen handelt, denen gerade zur gegenwärtigen Zeit erhöhte Bedeutung zukommt.

Neben den ausgesprochen langfristigen Maßnahmen des Grünen Plans bedarf es aber immer wieder auch kurzfristiger Maßnahmen, um beispielsweise einen Preisverfall bei bergbäuerlichen Produkten zu verhindern. Wir befinden uns derzeit vor allem zufolge der Diskriminierung unserer Viehexporte in die traditionellen Abnahmeländer der EWG in einer sehr ernsten Situation. Ganz gefährlich aber hat sich die Lage am Rohholzsektor entwickelt. In beiden Fällen sind die Bergbauern am schwersten getroffen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mir die ins Detail gehenden Ausführungen darüber ersparen, da die Öffentlichkeit zur Genüge über die gefährliche Entwicklung bei Vieh und Holz unterrichtet ist. Ich muß namens der 120.000 Bergbauern mit größtem Nachdruck verlangen, alles mögliche zu unternehmen, um dieser verheerenden Entwicklung entgegenzutreten. Ich beantrage Sofortmaßnahmen für die Beseitigung der bei Vieh und Holz gegebenen Notlage. Im Rahmen des Budgets 1968 sollen besonders entsprechende Vor-sorgen getroffen werden. *(Abg. Zeillinger: So stellen Sie doch den Antrag, Herr Kollege!)*

Ich darf abschließend nochmals hervorheben, daß die Bergbauern eindrucksvolle Leistungen nicht zuletzt im Interesse der städtischen Bevölkerung erbringen. Es ist daher an der Zeit, daß auch der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Bergbauern in angemessener Weise nachkommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf zum Schlusse einen Abänderungsantrag der Abgeordneten Landmann und Genossen, betreffend Abänderung der Regierungsvorlage „Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968“, 630 der Beilagen, vorlegen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1968, Anlage I, sind folgende Richtigstellungen vorzunehmen *(Abg. Melter: Schon wieder Berichtigungen!)*:

Auf Seite 106 sind beim Ansatz 1/62006 die laufenden Ausgaben (sachliche) und die Summe von 381,000 Millionen Schilling auf 380,999 Millionen Schilling, auf Seite 106 sind beim Ansatz 1/62026 die laufenden Ausgaben (sachliche) und die Summe von ...

auf 0,001 Millionen Schilling, auf Seite 108 sind beim Ansatz 1/62226 die laufenden Ausgaben (sachliche) und die Summe von ... auf 0,001 Millionen Schilling, auf Seite 108 sind beim Ansatz 1/62266 die laufenden Ausgaben (sachliche) und die Summe von 59,750 Millionen Schilling auf 59,749 Millionen Schilling, auf Seite 108 sind beim Ansatz 1/62266, Aufgabenbereich 34 (aus zweckgebundenen Einnahmen), die laufenden Ausgaben (sachliche) und die Summe von 21,500 Millionen Schilling auf 21,499 Millionen Schilling richtigzustellen.

Zur Erläuterung dieses Abänderungsantrages darf ich noch ausführen, daß bei der Erstellung des Voranschlages auf Beamten-ebene angenommen worden war, daß bei den Ansätzen für zweckgebundene Gebarungen beim Brotgetreidepreisausgleich und Preisausgleich für Schlachttiere und tierische Produkte im Jahre 1968 keine Gebahrung anfallen wird.

Indessen hat sich herausgestellt, daß es notwendig ist, für diese Gebarungen Ansätze vorzusehen. Da ein Ansatz ohne Ziffernbetrag kein finanzgesetzlicher Ansatz im Sinne der haushaltsrechtlichen Bestimmungen ist, muß eine Umschichtung im Rahmen der bestehenden Ausgabenbeträge vorgenommen werden.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Abänderungsantrag, der genügend unterstützt ist, in die Beratungen miteinzubeziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Der vom Herrn Abgeordneten Landmann verlesene Abänderungsantrag ist genügend unterstützt. Er steht zur Debatte.

Als nächstem Debattenredner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zeillinger das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, warum Sie sich wundern, wenn einmal auch einer zu Agrarfragen spricht, der nicht Bauer ist. Ich glaube, für die Bauern ist es besser, wenn ein Nichtbauer im Interesse der Bauern zum Beispiel für eine europäische Lösung stimmt, als wenn Bauernfunktionäre dagegenstimmten, daß unsere österreichische Landwirtschaft europareif gemacht wird, wie dies tatsächlich geschehen ist. Denn es genügt nicht, hier im Haus von Sekretären schön aufgesetzte Aufsätze mehr oder minder schlecht vorzulesen, wie wir es zuvor gehört haben, sondern es kommt darauf an, daß man bei den Abstimmungen seine Haltung zeigt. Es genügt nicht zu sagen: „Ich beantrage“. — Wo ist denn der Antrag, die wirksame Hilfe, meine Herren? Ich habe heruntergerufen: „So stellen Sie doch den Antrag!“ — Keinen An-

Zeillinger

trag haben Sie gestellt. Sie haben nur gesagt — weil das Fernsehen gerade aufgenommen hat —, Sie beantragen. Nichts haben Sie getan! Aber sie berufen sich darauf, daß 86 Prozent der Bauern mit der Politik des Bauernbundes zufrieden sind, weil sie diesen Bauernbund wählen. Das ist interessant, das sollen die Bauern wissen, daß Sie glauben, Sie brauchen für die Bauern nichts mehr zu tun, weil die Bauern sowieso die ÖVP wählen. Das muß man einmal in aller Deutlichkeit den Bauern sagen. Das haben Sie doch zuvor gesagt: Aus der Tatsache, daß 86 Prozent der Bauern den Bauernbund wählen, leiten Sie ab, daß die Bauern mit der Politik des Bauernbundes zufrieden sind. Mit anderen Worten: Wer nicht zufrieden ist, der soll es nicht nur uns Freiheitlichen sagen — und deswegen habe ich mich zum Wort gemeldet —, sondern der muß sich auch entschließen, einmal den Bauernbund nicht zu wählen, meine Herren! Das ist nämlich der Kernpunkt der Sache.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil wir sehr interessante Unterlagen, zum Beispiel aus der Praxis, haben. Sie haben so wenig aus der Praxis gesprochen, Herr Präsident Griebner. Ich habe keine bäuerliche Praxis, aber die Bauern kommen zu uns und erzählen uns ganz andere Dinge als Ihnen. Bei Ihnen wird anscheinend nur gelobt.

Wir aber haben eine einstimmige Resolution des Salzburger Landtages beziehungsweise des Landwirtschaftlichen Ausschusses dieses Landtages. In dieser einstimmigen Resolution wird doch die Budgetpolitik der Regierung, des Herrn Ministers Schleinzer, des Ministeriums, vernichtend kritisiert. Da haben auch Ihre Bauern zugestimmt. Das sind nämlich noch Praktiker, Herr Griebner, die Bauern, die im Landtag sitzen. Dort haben die ÖVP-Bauern, die Freiheitlichen und die Sozialisten gemeinsam die Salzburger Landesregierung beauftragt, vorstellig zu werden in der Frage der Milchwirtschaft, in der Frage der Fleischwirtschaft. Aber Sie gehen her und sagen ins Fernsehen und in den Rundfunk: Es ist doch alles in Ordnung, 86 Prozent der Bauern haben den Bauernbund gewählt! Ja warum stimmen denn dann Ihre Leute in den Landtagen anders, warum protestieren sie denn? *(Zwischenruf des Abg. Griebner.)* Herr Kollege, wenn Sie nicht wissen, was drinnensteht, bin ich gerne bereit, es Ihnen vorzulesen. Ich habe nur angenommen, daß der Präsident sämtlicher Kammern — was Sie ja sind — weiß, welche Resolution die Bauern gefaßt haben. Aber wenn Sie jetzt fragen müssen, was drinnensteht, werde ich mir erlauben, mit Genehmigung des Präsidenten, die wesentlichen Punkte daraus vorzulesen.

Der Landwirtschaftsausschuß des Salzburger Landtages hat einstimmig eine Resolution gefaßt, in der es zum Beispiel heißt:

„Die lineare Belastung der ... Milchverarbeitungsbetriebe mit Abgaben, die ihre Ursache in der gegenwärtigen Budgetsituation haben“ — wobei man sich geeinigt hat, das Wort „katastrophale“, damit die ÖVP zustimmen kann, wegzulassen —, „verschlechtern jedoch die wirtschaftliche Lage und Rentabilität dieser Betriebe.“ — Herr Kollege Griebner, Ihre Bauern, Ihre bäuerlichen Abgeordneten sagen, daß die Situation durch die Budgetpolitik des Herrn Ministers Schleinzer und der Regierung Klaus verschlechtert wird, und Sie treten hier als der oberste Bauer Österreichs her und haben den Mut zu sagen: Es ist ja alles in Ordnung, 86 Prozent der Bauern haben die ÖVP gewählt! — Sie sollten zuerst einmal, bevor Sie uns hier mit unrichtigen Informationen versorgen, Ihre Bauern unten auf Vordermann bringen; die sind nämlich, Herr Griebner, nicht so zufrieden, wie Sie behaupten. Stellen Sie sich vor: Da wagen es sogar bäuerliche Abgeordnete der Volkspartei, also Ihrer Partei — das sind auch Mitglieder des Bauernbundes — zu sagen, daß sich die wirtschaftliche Lage und Rentabilität dieser Betriebe verschlechtert hat. Das, obwohl Sie jetzt schon 20 Jahre sagen, daß alles in Ordnung ist, daß die Politik so gut ist, daß die Bauern ja so zufrieden sind. Sie sind so zufrieden mit Ihnen! Wenn ich mich zum Beispiel erinnere, damals bei der EFTA-Abstimmung: Drei Tage vorher — da waren Sie, glaube ich, Vorsitzender der Präsidentenkonferenz — habe ich in der Zeitung gelesen, wie notwendig die Ausrichtung der Bauern auf Europa ist und wie gut es wäre, wenn man mit der EWG zu einem Arrangement käme. Und was war dann hier? Ich glaube, 33 Bauernbündler sind hier gesessen und haben für die EFTA und gegen die EWG gestimmt — soweit sie nicht in die Milchbar geflüchtet sind. Das war dann das Ergebnis. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Sie brauchen nicht zu lachen, Herr Kollege! Herr Kollege Griebner! Sie sind einer der Hauptverantwortlichen für die unglückselige Situation der Bauernschaft, weil Sie es nicht wagen, hier zu kritisieren, der Regierung die Wahrheit zu sagen. Seien Sie mir nicht böse.

Der oberste Bauer, der Bauernchef sozusagen, sagt der Regierungspartei, dem Minister: Herr Minister, es ist alles in Ordnung, die Bauern sind so zufrieden, 86 Prozent haben den Bauernbund gewählt! — Siescheinen zuzuglauben, daß der Minister Schleinzer ein schlechter Minister wäre — und dieses Zeugnis möchte ich ihm gar nicht ausstellen — und der Finanzminister ein schlechter Finanzminister, wenn

Zeillinger

sie sagen würden: Wir müssen für die Bauern noch etwas machen. — Nichts wird für die Bauern geschehen, weil Sie, Herr Griebner, und die Bauernbündler dauernd sagen, daß alles in Ordnung ist. Haben Sie doch den Mut, zu kritisieren und dem Minister einmal die Wahrheit zu sagen, so wie es die kleinen Abgeordneten im Landtag unten machen. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Nicht lachen, Kollege Steiner, nicht lachen! Das sagt jetzt einmal ein Nichtbauer. Als Nichtbauer möchte ich sagen: Ich höre immer wieder, daß die Situation der Landwirtschaft nicht so rosig ist, wie Sie, Herr Steiner, wie der Herr Griebner es hier dauernd darstellen.

Warum kriegen wir eine solche Resolution? Warum wird die Salzburger Landesregierung beauftragt, beim Herrn Minister vorstellig zu werden und auf die katastrophale Entwicklung und Situation hinzuweisen? Dem haben auch die ÖVP-Abgeordneten, Herr Steiner, auch Ihre Herren in Salzburg zugestimmt. Sie haben wesentlich mehr Mut! *(Abg. Steiner: Sie werden doch nicht sagen wollen, daß wir hier nichts machen?)* Ja, dann sagen Sie es doch hier! Herr Kollege Steiner! Ich höre mir auch Ihre Reden an. Ich unterstelle hier, daß die beiden bisherigen Sprecher der Regierungspartei nur gelobt und alles in Ordnung befunden haben. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* In einer Situation, in der Sie ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* — Sie da oben haben gesagt: „Ich beantrage“. — Beantragt haben Sie aber nichts, außer der Richtigstellung, daß irgendwo 1000 S eingesetzt werden — ich habe keine Ahnung, was das ist. Ich muß ehrlich sagen *(neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP)*: Meine Intelligenz reicht nicht aus — das gebe ich ehrlich zu —, ich würde jedem empfehlen, es zu lesen. Das ist wieder einmal so die typische Budgetsituation: schlecht gemacht, schlampig gemacht, Druckfehler, vergessen wurde etwas — jetzt kriegen wir etwas her. Herr Kollege! Ich darf Ihnen ruhig sagen: Meine durchschnittliche Bildung und Intelligenz reichen nicht aus, um zu verstehen, was Sie hier verlesen haben. Ich gratuliere Ihnen. Sie werden jetzt wieder alle höhnisch lachen, wie Sie es unlängst bei Camillo Sitte getan haben. Damals haben jene am lautesten gelacht, die es selber nicht gewußt haben. Aber Sie werden jetzt wieder lachen, weil ich das nicht verstehe. Ich gratuliere Ihnen, wenn Sie alle es verstehen. — Ich bin nur dagegen, daß wir uns von der Regierung alles gefallen lassen — jeden Druckfehler, jeden Irrtum, jedes Vergessen —, daß wir alles als selbstverständlich hinnehmen. Das wird heruntergeratscht, vorgelesen — zack!, die Mehrheit stimmt zu! Völlig wurscht, was da drinnen steht! — Das ist alles.

Sie haben großzügig gesagt: Ich beantrage Hilfe! — Weiß ich, für was alles. Beantragt aber haben Sie gar nichts! Leere Worte sind es geblieben. *(Abg. Steiner: Wollen Sie uns unterstellen, daß wir nicht den Mut haben, die Sorgen der Bauernschaft hier vorzutragen?)*

Ich erkläre Ihnen hier namens der Freiheitlichen: Wenn Sie heute noch einen echten Antrag für die Landwirtschaft stellen, dann werden wir gerne mit Ihnen stimmen! Aber bisher haben Sie noch keinen gestellt. Bisher haben Sie dem Landwirtschaftsminister immer nur gesagt: Es ist alles in Ordnung; 86 Prozent, Herr Minister, mehr können wirklich nicht — auch nicht bei größter Überwindung — ÖVP wählen. — Wozu soll man dann noch etwas für die Bauern machen, wenn sie eh ÖVP wählen. *(Zwischenrufe.)* Werben muß man nur jene Kreise, die noch keine bestimmte Partei zu wählen beabsichtigen.

Herr Kollege Griebner! Da Sie gefragt haben, was drinnensteht *(Zwischenruf bei der FPÖ)*, darf ich also weiter vorlesen:

„Die für das laufende Jahr ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Erfordernisse der Salzburger Verarbeitungsbetriebe erfolgte gleichmäßige Belastung muß in Zukunft durch Rationalisierungsmaßnahmen in Betrieben, die bisher unwirtschaftlich gearbeitet haben, ersetzt werden.“

Sehen Sie, hier wird also gesagt, daß die Budgetmaßnahmen keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Erfordernisse der Betriebe genommen haben. Herr Kollege Griebner! Welche Auflehnung der Salzburger Bauernführer gegen ihren obersten Chef und gegen Herrn Steiner, die sich hier aufregen und sagen: Es ist eh alles in Ordnung! *(Abg. Steiner: Wer behauptet denn das?)* Meine Herren Kollegen, da hätten Sie zuerst reden müssen. Sie hätten sagen müssen, daß die Bauern nicht zustimmen sollen. Denn der Landesrat Wolfgruber als Mitglied der Landesregierung — an ihn geht das Schreiben als ersten — ist nun beauftragt worden: „Der Landwirtschaftsausschuß kam daher zur einhelligen Auffassung“ — einhellig, also auch die Bauernbündler waren dieser Ansicht —, „das zuständige Regierungsmitglied zu ersuchen,

1. bei der Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds in Wien vorstellig zu werden und darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1968 die Abgänge des Milchwirtschaftsfonds nicht allein zu Lasten der Milcherzeugerbetriebe abgewälzt, sondern durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Rationalisierung der Verarbeitungsbetriebe aufgefangen werden sollen;“

Zeillinger

Ich erwarte die Anträge. Sie als Salzburger haben das genauso bekommen wie ich. Ich wundere mich nur, daß Sie das nicht gelesen haben. Denn wenn ich etwas von meinem Landtag bekomme, dann lese ich es. Und weiter heißt es dann:

„2. dem Landwirtschaftsausschuß über den Erfolg der Bemühungen zu berichten.“

Wissen Sie: Die Salzburger sind nämlich etwas mißtrauisch. Ich kann Ihnen auch sagen, warum: In Salzburg hat weder die ÖVP noch die SPÖ die absolute Mehrheit. Daher ist es so — und meistens ist es so, ich möchte das hier anerkennen —, daß alle drei Parteien zusammenarbeiten. Daher kann nicht eine Partei allein anschaffen und sagen: Hauptsache, wir haben etwas beschlossen! — Die Abgeordneten aller drei Parteien, auch die Abgeordneten der ÖVP, haben gesagt: Wir haben kein Vertrauen; wir wollen wissen, ob unsere Regierung auf Grund des Protestes bei Minister Schleinzer gegen die Budgetpolitik, die Sie, Herr Grießner, heute hier verteidigt haben, Erfolg haben wird.

Ich möchte jetzt wissen, was Sie auf Grund dieses Antrages, der von Ihren Bauern gestellt worden ist, heute hier noch beantragen werden. Es haben schon zwei Redner der Regierungspartei gesprochen, keiner hat etwas beantragt. Ich bin in Sorge: ein Salzburger war schon dabei. Es wird sicherlich der Kollege Steiner auch noch sprechen. (*Abg. Steiner: Ich bin nicht vorgesehen heute! — Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ.*) — Sie sind nicht vorgesehen? Das ist bedauerlich! Wer wird denn dann die Anträge stellen, die die Salzburger Bauernbündler hier gemeinsam mit den Sozialisten und mit den Freiheitlichen gefordert haben?

Das ist keineswegs eine so einfache Situation. Ich glaube schon, daß man sich hier etwas eingehender damit befassen muß. Ich möchte also noch einmal sagen: Ich möchte mich gar nicht dem Verdacht aussetzen (*Zwischenrufe der Abg. Steiner und Melter*), daß ich ein Fachmann auf dem Gebiet bäuerlicher Fragen bin. Aber ich lese das selbstverständlich mit Interesse, lasse mir Unterlagen geben, und dann informiere ich mich. Da wird hier — um ein Beispiel zu zeigen, Herr Grießner, jetzt passen Sie gut auf, denn Sie wissen das vielleicht auch nicht — gesagt: 110 Millionen Schilling muß die Landwirtschaft heute aus der Milchwirtschaft einsparen. Darüber sind wir uns im klaren. Wie schaut das nun in der Praxis aus? In einer kleinen Stadt wie Salzburg trifft das den Milchhof mit 2,150.000 S. Das ist also ein Milchhof mit einer Anlieferung von — ich habe mich erkundigt — etwa 80.000 bis 90.000 Liter Milch täglich. Das ist ein gutgeführter Milchhof, wurde mir gesagt.

Ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Man hat den Bauern, den Anlieferern, zugesagt, sie bekämen heuer 6 bis 8 Groschen pro Liter Milch als Weihnachtsgeld, wie es die Bauern nennen, ausbezahlt. Das macht bei einem kleinen Betrieb 2000 bis 3000 S aus, bei einem etwas größeren macht das 8000 S aus. Die Bauern haben sich gefreut. Das war immerhin eine gute Anlieferung, ein erfolgreicher Milchhof, ein rationell geführter Milchhof, und der Erfolg stellt sich ein.

Jetzt kommt die Regierung Klaus, jetzt kommt der Landwirtschaftsminister und sagt: Die Bauern haben etwas in der Kassa liegen! Her mit dem Geld, Herr Grießner! — Und da haben Sie gesagt: Alles ist in Ordnung! — Die Bauern bekommen nichts — weder in Salzburg noch in den anderen Bundesländern. Sie bekommen nichts, weil Sie, Herr Grießner, und die Bauernbündler hier im Parlament sagen: Es ist alles in Ordnung! — Nichts ist in Ordnung! Sie und wir alle wissen das genau! Warum sagen Sie es denn nicht dem Herrn Minister, daß die 120.000 Bauern, in deren Namen Sie hier protestiert haben, daß jene, die Milch liefern, heuer zu Weihnachten um Tausende Schilling weniger bekommen, weil Sie 110 Millionen Schilling abschöpfen, damit der Herr Klaus und seine Regierungsmitglieder dann doch wenigstens noch bis März im Amt bleiben können; denn konkursreif ist doch die Regierung heute schon.

Sagen Sie das den Bauern! Begründen Sie das! Warum protestieren Sie nicht dagegen? Sie als Bauer hätten protestieren müssen! Aber Sie als Bauer haben gesagt: Es ist alles in Ordnung! — Herr Minister, es ist nichts in Ordnung! Das steht hier. Heute protestieren die Abgeordneten eines Landtages, in dem keine Partei die absolute Mehrheit hat und in dem noch demokratisch gearbeitet werden kann und in dem dann auch Bauernbündler gerne einem solchen Antrag zustimmen — sie haben es mit beantragt! —, dagegen und sagen: Jetzt haben wir das ganze Jahr tüchtig gearbeitet, fleißig gearbeitet, eingespart — wir haben nur einen Fehler gemacht: wir haben das Geld liegengelassen, und jetzt zu Weihnachten sollten wir es ausbezahlt bekommen, aber jetzt bekommen wir die Verständigung, daß wir nichts bekommen, weil uns Klaus, Schmitz und Schleinzer, verteidigt vom Herrn Grießner und von den anderen Bauernbündlern, das Weihnachtsgeld wegnehmen. Sie, Herr Grießner, finden das in Ordnung. Ich bin kein Bauer. Ich finde das nicht in Ordnung. Um Ihnen ein Beispiel zu sagen — weil Sie zuvor gesagt haben, wir sollten Beispiele bringen —, ich werde mir erlauben, hier noch eine ganze Fülle von ähnlichen Beispielen zu bringen.

Zeillinger

Da die Milchsituation sehr ernst geworden ist, hat der Herr Verteidigungsminister (*Heiterkeit*) — pardon — der Herr Landwirtschaftsminister die Umstellung der Produktion auf Fleisch vorgeschlagen und verlangt. Auf diesem Gebiete scheinen aber doch Schwierigkeiten zu bestehen. Ich weiß also nicht, ob dieser Rat gut war. Das gibt es in meinem Beruf auch. Es gibt Anwälte, die gute Ratschläge und schlechte Ratschläge geben. Es gibt aber auch Minister, die gute Ratschläge und schlechte Ratschläge geben. Ich muß Ihnen sagen: die Kritik, die gerade vom fleischproduzierenden Bauern kommt, und die Vorwürfe, die man gegen die Regierung und gegen das Ministerium erhebt, sind doch noch viel größer. Für diese Bauern einige Worte zu verlieren, hat ja leider der Herr Kollege Griebner auch vergessen, obwohl diese Resolution auch davon spricht. Ich muß wirklich sagen: Der Salzburger Landtag scheint „schlampig“ zu sein, da er eine solche Resolution den oppositionellen Abgeordneten gibt und den obersten Bauernführer in Unkenntnis läßt. (*Abg. Griebner: Ich habe es!*) Ach so! Sie haben es! Und Sie haben dazu geschwiegen, Herr Griebner? (*Abg. Griebner: Ich habe nicht geschwiegen!*) Entschuldigen Sie bitte: Sie haben gelacht, weil ein Nichtbauer heruntergeht und redet. (*Abg. Steiner: Was hätten Sie sonst zu reden gehabt?*) Der Bauer schweigt dazu und sagt: Es ist alles in Ordnung! Glauben Sie nicht, daß es die Verpflichtung eines Nichtbauern ist, der das in der Hand hat, in der Mappe liegen hat, genauso wie Sie, Herr Griebner, zu sagen: Das ist doch nicht in Ordnung!? Die eigenen Abgeordneten protestieren und verlangen, daß Abhilfe geschaffen wird. (*Abg. Steiner: Man sollte ordentliche Rednerunterlagen haben!*) Herr Kollege! Ich habe ordentliche Rednerunterlagen, nur eines habe ich nicht: Aufsätze, die die Parteisekretäre daheim machen und die man dann so herunterliest (*Heiterkeit*), wobei man dann, wenn ein Zwischenruf kommt, sagt: Warten Sie einen Moment, ich werde Ihnen gleich antworten, ich muß nur zuerst fertiglesen! — Das ist nach der Geschäftsordnung verboten. (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.*) Das verdanken Sie nur der großzügigen Handhabung des Vorsitzes durch die Präsidenten, daß Sie bei derartigen Verlesungen nicht gestört werden. Aber, Herr Präsident, so weit darf es nicht führen, daß jetzt sozusagen Abgeordnete noch zur Ordnung gerufen werden, wenn sie keine vorher fertiggestellten Unterlagen vorlesen und sich bemühen, der Geschäftsordnung entsprechend, frei zu sprechen.

Der Herr Minister hat empfohlen, eine Umstellung auf Fleisch vorzunehmen. Auf

diesem Gebiet haben wir doch ähnliche Schwierigkeiten. Österreich ist Drittland und kann nicht ohneweiters Fleisch ausführen. Es bestehen Zolsschwierigkeiten und hohe Abschöpfungen bei Italien zum Beispiel. Es gibt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Unsere Bauern zittern doch täglich wegen der Konkurrenz, wegen der drückenden Konkurrenz. Da sind wir eben verschiedener Ansicht. Sie sagen: Es ist alles in Ordnung! Wir sagen: Unsere Bauern zittern deshalb, weil sie noch nicht europareif gemacht worden sind. Anscheinend sind Ihre Abgeordneten in Salzburg auch ungefähr der Ansicht wie wir Freiheitlichen, wie die zweite Resolution zeigt.

Zwei Resolutionen, die trauen sich etwas! Auf dem Gebiete der Milchwirtschaft und des Fleisches machen diese Bauernbündler in Salzburg eine Resolution! — Hut ab, muß ich sagen, vor solchen Abgeordneten, die sich ruhig zu sagen trauen: Wir glauben, der Griebner wird in Wien doch alles wieder nur loben, daher fassen wir schnell, am 5. Dezember, eine Resolution, damit auch die Wiener Abgeordneten wissen, daß nicht alles so rosig ist in der Landwirtschaft, wie es Herr Griebner und seine Parteifreunde im Bauernbund in Wien immer darstellen und wie es die Minister natürlich wohlgefällig hören. Was kann schließlich für einen Minister schöner sein, als von Abgeordneten gelobt zu werden, die sagen, daß alles in Ordnung befunden wird? Fordern, kritisieren sollen sie, nicht androhen: „Ich werde einen Antrag stellen!“ Das hat den Minister aber überhaupt nicht erschüttert, denn er hat genau gewußt, daß Sie keinen Antrag stellen dürfen; und keiner von Ihnen ird einen stellen außer dem Antrag, für irgend etwas 1000 S einzusetzen.

Nun also zurück zum Fleisch. Ich darf Ihnen ein Beispiel bringen. In Bergheim ist ein großes Kühlhaus. In diesem Kühlhaus lagern — Augenblick, es steht nicht in der Resolution, aber ich kann es Ihnen genau sagen — 674 t Fleisch, das sind 2800 Stück Rinder. Dieses Fleisch ist bereits seit Mai dort eingelagert. Es stammt vermutlich aus Bulgarien. Der derzeitige Besitzer ist „Progreß“. Das ist nicht Ihre Plakatgesellschaft (*Heiterkeit*), sondern eine jugoslawische landwirtschaftliche Produktionsgesellschaft, die sich mit dieser Fleischeinlagerung befaßt. Dieses Fleisch war für den EWG-Raum bestimmt. Die EWG nimmt nun dieses Fleisch nicht ab, sie verweigert die Einfuhr, weil es, wie es heißt, von nicht EWG-reifen Schlachthöfen geliefert worden ist. Die Europäer sagen also: Dieses Fleisch entspricht nicht den

Zeillinger

Bestimmungen, die wir in Europa dafür haben, um solche Ware für den Genuß freigeben zu können. Was tut man damit? Man gibt es den Unterentwickelten, man gibt es den Österreichern, die sollen das essen! (*Heiterkeit.*)

So ist es ungefähr, denn augenblicklich sind die Landwirte, die sich auf Ihre Empfehlung auf Fleisch umgestellt haben, mit Recht in Sorge, daß dahinter eine Mordspedition steckt. Das Fleisch also, 674 t, lagert dort bereits seit Mai, alle Interventionen haben nichts genützt; ich habe mir sehr viel auch von Abgeordneten erzählen lassen, auch von Abgeordneten Ihrer Partei, wie vergeblich man auf diesem Gebiet interveniert hat. Man befürchtet, daß irgend etwas gepackelt wird; das Fleisch wird freigegeben werden und eines Tages auf dem Markt erscheinen und wird dort den Preis zusammenhauen.

Dazu muß ich gleich sagen: Die Konsumenten werden gar nichts davon haben. Ich werde Ihnen das an einigen Beispielen vorführen. Einige werden sich daran „gesundstess'n“, wie der Volksmund sagt. Die Frage ist: Was wird hier wirklich gespielt? Warum sind alle Interventionen erfolglos? Warum müssen die Abgeordneten des Bauernbundes, der Sozialisten und der Freiheitlichen Partei in dieser Situation eine einstimmige Resolution fassen, in der es heißt: „Der Landwirtschaftsausschuß kam daher zur einhelligen Auffassung, das zuständige Regierungsmitglied zu ersuchen,

1. bei der Verwaltungskommission des Viehverkehrsfonds in Wien vorstellig zu werden und darauf hinzuweisen, daß ein Verkauf des im Zollfreilager im Kühlhaus Bergheim gelagerten ausländischen Rindfleisches auf dem österreichischen Markt unterbleiben muß und

2.“ — weil man nun einmal Mißtrauen hat, Herr Grießner, gegen eine gewisse Politik ... (*Abg. Steiner: Das haben wir schon vom Zillner gehört!*) Ob Sie das vom Kollegen Zillner gehört haben, weiß ich nicht, das ist auch uninteressant. Zu Ihrer Information sage ich, daß Kollege Zillner ein freiheitlicher Bauer im Salzburger Landtag ist, der dort sicherlich genauso wie die Bauernbündler zu diesem Problem positiv Stellung genommen hat. Aber deswegen, weil ein freiheitlicher Abgeordneter im Salzburger Landtag dazu gesprochen hat, dürfen doch wir als Abgeordnete auf Bundesebene nicht schweigen, wenn Abgeordnete aller Parteien größte Bedenken gegen die Agrarpolitik auf Bundesebene haben. Denn man hat kein Vertrauen, Herr Minister, und, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, man hat sich seit Mai vergebens bemüht, diese Frage zu lösen. Herr Kollege Steiner, das

Mißtrauen ist bei allen Fraktionen vorhanden, das können Sie nicht abstreiten. Man spricht ganz offen davon, daß irgend etwas geschoben und gepackelt werden muß — das ist die Ansicht aller Parteien bei uns im Lande —, weil man nämlich sagt: „2. dem Landwirtschaftsausschuß über den Erfolg der Bemühungen zu berichten.“ Das ist die sogenannte Mißtrauensklausel, die man im Landtag dagegen hat.

Herr Minister! Tatsache ist also, daß in Salzburg im Kühlhaus Bergheim 674 t Fleisch unter Zollverschluß liegen und daß die Gefahr besteht, daß dieses Fleisch überraschend freigegeben wird, weil es die Deutschen nicht abnehmen, da es nicht auf europareifen Schlachthöfen geschlachtet wurde. Für die Österreicher ist es auf jeden Fall gut genug. Die Frage ist aber: Wer macht außer der jugoslawischen Landwirtschaftsproduktengesellschaft noch das Geschäft mit? Seit Mai liegt das Fleisch dort, seit Mai geschieht nichts. Wir wollen rechtzeitig darüber reden, denn sonst heißt es nachher: Das Fleisch ist freigegeben! Und Grießner sagt nächstes Jahr: Es ist eh alles in Ordnung!

Ich werde jeden Bauern, auch jeden Bauern Ihrer Partei, der in Zukunft zu uns kommt, darauf aufmerksam machen, daß er auch Sie informieren soll, daß nicht alles so in Ordnung ist, Herr Grießner, wie Sie es hier gesagt haben.

Eben deshalb, weil Sie gesagt haben: Es ist eh alles in Ordnung!, darf ich ein anderes Beispiel bringen, das Ihnen genau so bekannt ist wie mir. Als die Israelkrise war, war ein größeres Loch entstanden, und die Italiener brauchten Fleisch; man hat damals auf die Abschöpfung seitens Italiens verzichtet. Nun begann unser Apparat zu laufen. „Zu laufen“ ist ein falscher Ausdruck: er hat sich langsam in Bewegung zu setzen begonnen, ob man nicht diese günstige Gelegenheit ergreifen und nicht Überkontingente preisgünstig nach Italien ausführen soll. Italien hat uns das angeboten.

Unser von Herrn Grießner so sehr gelobter Apparat hat also so langsam gearbeitet und so schwerfällig gearbeitet, daß, als wir endlich so weit waren, das irgendwie ins Auge zu fassen, das Loch bereits durch Lieferungen aus Oststaaten gefüllt war. Unsere Bauern aber haben durch die Finger geschaut.

Aber da sagen Sie: Es ist alles in Ordnung. Die einmalige Gelegenheit, Überkontingente preisgünstig ohne Abschöpfung nach Italien zu exportieren, war an unserer Bürokratie gescheitert. Aber Sie sagen: Es ist alles in Ordnung! Da soll einer noch schneller arbeiten?

Zeillinger

Was die Bauern erzählt haben, das sollten Sie einmal hören! Ich kann es nicht verstehen, daß die Bauern Ihnen das nicht auch erzählt haben! Ich glaube vielmehr, Herr Grießner, Sie haben es genauso gewußt wie wahrscheinlich jeder Bauernbündler. Ich kann doch nicht annehmen, daß ein Nichtbauer mehr weiß als ein Bauernbundabgeordneter. Diese Annahme wäre geradezu katastrophal. Sie haben es vielmehr nur verschwiegen. Sie haben nur gesagt: Es ist alles in Ordnung! Dagegen, gegen dieses „Es ist alles in Ordnung!“, habe ich mich gewendet!

Oder ein anderes Beispiel aus den letzten Tagen, es ist auch interessant. Eine Wiener Importfirma — ich glaube, Landesmann heißt sie — hat an 160 Händler je einen Waggon, also je 12.000 t, Schweinsbäuche aus Holland billig verteilt. Für uns ist aber nicht interessant, ob es billig verteilt wird, sondern ob der Konsument etwas davon hat. Wenn von der Bauernschaft ein Opfer verlangt wird, dann muß auch der Konsument etwas davon haben. Aber Ihre Politik geht immer nur darauf hinaus, daß die Bauern opfern müssen, daß aber der Konsument nichts davon hat, oder umgekehrt, wie es bei der Milch war, daß der Konsument mehr zahlen muß, daß aber die Bauern nichts davon bekommen haben.

Auch in diesem Falle war es so. Das Geschäft war vom Viehverkehrsfonds genehmigt — als die Bauern das gehört und gelesen haben, haben sie sich darüber aufgeregt —, und zwar genehmigt trotz eines Überangebotes auf dem Schweinesektor, und trotz einer rückläufigen Preistendenz hat das Ministerium das getan. Und man sagt ganz offen: Da ist etwas geschoben worden! — Das haben Sie genauso gehört, denn darüber ist offen in den Versammlungen geschimpft worden. Sie wissen ja, wie das auf dem Lande ist: Da kommen die Leute von Ihrer Partei, es kommen Sozialisten, es kommen Freiheitliche am Sonntagvormittag zusammen, und man redet mit dem Abgeordneten alles frei von der Leber weg. Ich glaube nicht, daß in Ihren Versammlungen die Leute das nicht ebenso offen aussprechen werden.

Nun ist also vom Landwirtschaftsministerium trotz Überangebotes auf dem Schweinesektor — ich glaube, das ist vorhanden —, trotz rückläufiger Preistendenz — ich glaube, die können Sie nicht bestreiten — dieser Import genehmigt worden. Fragen Sie nun die Konsumenten, ob diese auch nur um 1 S billiger eingekauft haben! Das ging zu Lasten der Landwirtschaft. Das finden wir Freiheitlichen nicht in Ordnung, das finden aber Sie, Herr Grießner, und das findet der Bauernbund in Ordnung.

Sie haben gesagt, daß Sie Beispiele hören wollen. Ich darf Ihnen ein anderes Beispiel bringen. Holländische Kälber sind nach Italien exportiert worden. Während des Transportes haben die Italiener die Einfuhr verweigert, weil diese Kälber hormongemästet waren — ich bin kein Fachmann, Sie werden sicherlich besser wissen, was das bedeutet. (*Zwischenruf und Heiterkeit bei der ÖVP.*) Italien hat mit Rücksicht auf die Konsumenten in Italien die Einfuhr dieser hormongemästeten Kälber verweigert. Was ist in Österreich geschehen? Mit Bewilligung des Ministeriums sind sie hier gekauft worden!

Jetzt zeigt sich ein Zweifaches — ich weiß nicht, ob Sie es wissen, aber Sie werden hoffentlich noch reden —: Waren die Bauern einmal so erfreut, daß man diese Bewilligung erteilt, nur damit die Holländer das Geschäft machen? Unter uns gesagt sind es ein paar Firmen in Österreich, die Sie noch besser als wir kennen, für die Sie letzten Endes doch immer die Politik machen und die die großen Profite dann einstecken. Und deretwegen sagen Sie immer: Es ist alles in Ordnung! Sie sagen das wegen dieser paar Firmen, die im großen abschöpfen, wofür die Kleinbauern bezahlen mußten.

Die Sache ist also in zweifacher Hinsicht bedenklich. Trotz der bestimmt bedenklichen Situation auf dem Viehsektor hat man sofort die holländische Ware, die die Italiener nicht hineingelassen haben, aufgefangen. Das Ministerium hat gesagt: Das wird aufgekauft!, und die Ware ist auf den Markt gekommen.

Herr Minister! Nun sagen Sie mir, wo auch nur um einen Schilling der Preis abgesenkt werden konnte! Sie machen eine bauernfeindliche und eine konsumentenfeindliche Politik. Und da steht Herr Grießner auf und sagt: In der Landwirtschaft ist alles in Ordnung!

Es kommt noch ein Zweites dazu. Diese Tiere sind hormongemästet. Die Italiener haben Bedenken. Ich bin kein Bauer und kein Arzt, und ich kann nicht sagen, ob das gut oder schlecht ist. Ich stehe nur auf dem Standpunkt, daß man die Ware zumindest als hormongemästet ausweisen mußte, wenn man sie verkauft. Herr Minister! Dieser Vorschlag ist im Ministerium gemacht worden, und man hat ihn bewußt unter den Tisch geworfen; denn kein Mensch hätte hormongemästetes Fleisch zum gleichen Preis wie das andere Fleisch gekauft.

Sie sehen also, wie das alles zusammenspielt: Da geht ein Geschäft von Holland nach Italien. Die Italiener — die wie die übrigen Europäer ja etwas strengere Bestimmungen haben — lassen das nicht herein.

Zeillinger

Da ist eine Gelegenheit: die Holländer müssen billiger verkaufen, da kann man also ein größeres Geschäft machen, und das Fleisch kommt in Österreich auf den Markt. Damit man aber hier nicht diese Verbilligung an den Konsumenten weitergeben muß, sagt man: Es wird nicht als hormongemästet ausgewiesen! Und damit kann man es genauso teuer wie das österreichische Kalbfleisch verkaufen. Und so ist das holländische Kalbfleisch in ärgste Konkurrenz zum österreichischen getreten. In Wirklichkeit haben die Konsumenten von der EWG nichtangenommenes, minderwertiges, hormongemästetes Kalbfleisch essen müssen um das gleiche Geld wie das vom österreichischen Bauern produzierte.

Aber, Herr Griebner, Sie haben gesagt: Beispiele! Sie finden alles in Ordnung. Na hoffentlich finden Sie jetzt nicht mehr alles in Ordnung, denn Sie haben von diesem Geschäft gewußt, das hat jeder Abgeordnete gewußt, und Sie haben dazu geschwiegen! Man sagt Ihnen ganz offen nach, daß Sie sogar beim Ministerium interveniert haben, damit dieses Geschäft ... Nun schütteln Sie den Kopf, Herr Kollege, aber protestiert haben Sie nicht! Und ich sage Ihnen jetzt, nicht nur, weil ich jetzt etwas für die Bauern gesagt habe: auch als Konsument protestiere ich dagegen. Denn ich sehe nicht ein, daß alles das, was man im europäischen Raum als minderwertig ablehnt, die Österreicher essen müssen, noch dazu um den gleichen Preis! Das ist die gefährliche Konkurrenz für die Landwirtschaft: diese Politik, diese Geschäftsmacherei, der leider Gottes an höchster Stelle Vorschub geleistet wird und wogegen nichts geschieht, solange eben Sie, Herr Griebner, erklären, daß alles in Österreich in Ordnung ist. *(Zwischenrufe.)* Das ist der Grund, warum ich mich zum Wort gemeldet habe, weil Sie einige Beispiele verlangt haben.

Das, glaube ich, war vielleicht notwendig zu sagen, aber nicht, wenn die Scheinwerfer aufgedreht sind, wenn der Rundfunk mitläuft, anzukündigen: „Ich beantrage für 120.000 Bauern ...“ Nichts haben Sie beantragt. Entschuldigen Sie, gar nichts haben Sie beantragt, weil Sie ja nicht dürfen, die Regierung erlaubt es ja nicht! Sie dürfen nur hier reden, wenn Fernsehen und Rundfunk eingeschaltet sind. Dann dürfen Sie reden, die Bauern beruhigen. Aber beantragen dürfen Sie nichts. *(Ruf bei der FPÖ: Lesen!)* Lesen, das dürfen Sie! Ich möchte feststellen: Das einzige, was Sie beantragt haben, ist ein für mich — ich bin „erst 14 Jahre“ Abgeordneter — vollständig unverständlicher Antrag. Irgendwo ist in der Schlamperei wieder einmal etwas

vergessen worden, aber es kann nichts Welterschütterndes sein, man wird sogar zustimmen können: es werden irgendwo 1000 S weggenommen und 1000 S hingegeben. Das ist in der gegenwärtigen Situation alles, was der Bauernbund zu beantragen hat: 1000 S, die vergessen worden sind!

Sehen Sie, das ist der Grund, warum wir Freiheitlichen gegen Ihre Politik stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Doktor Schleinzner. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzner:** Hohes Haus! Es ist im allgemeinen nicht üblich, daß der Ressortminister zu einer relativ frühen Stunde zu einer Kapiteldiskussion Stellung nimmt. Ich fühle mich aber veranlaßt, hier einige Ausführungen zu machen.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger meinte, daß es Minister gebe, die gute oder schlechte Ratschläge erteilen; er hat allerdings eingeräumt, daß es auch Rechtsanwälte gebe, die gute oder schlechte Ratschläge erteilen. Ich will die Ratschläge, die ein Rechtsanwalt zu Fragen der Agrarpolitik gibt, nicht qualifizieren — das ist hier von der Regierungsbank aus nicht meine Aufgabe —, wohl aber fühle ich mich verpflichtet, zu einigen Ausführungen, die hier gemacht worden sind, Stellung zu nehmen.

Hohes Haus! Ich darf darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten, die wir gegenwärtig in unserer Drittlandsposition bei den Exporten in unsere traditionellen Lieferländer haben, kein geeignetes Medium für eine unsachliche Kritik sind.

Herr Abgeordneter Zeillinger, ich weise es zurück ...

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Herr Bundesminister! Ich bitte, keine Zensur!

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzner** *(fortsetzend):* ..., daß wir unsere Aufgabe nicht sachgemäß erfüllt hätten, daß wir zur Zeit der Israelkrise mit einem schwerfälligen Verwaltungsapparat nicht in der Lage gewesen wären, die Chancen zu nutzen, die es im Export gegeben hätte.

Herr Abgeordneter Zeillinger, nehmen Sie zur Kenntnis, daß Ihre Ausführung, daß wir die Zeit abschöpfungsfreier Exporte nicht genutzt hätten, unrichtig ist! Ich stelle fest, daß es diese abschöpfungsfreien Exporte bedauerlicherweise nicht gegeben hat, sondern daß wir die ganze Zeit über genötigt waren, etwa mit der halben Abschöpfung unsere

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Exporte in die EWG-Länder durchzuführen. Wir haben die Gelegenheiten, die sich uns — wie und wo immer — für den Export geboten haben, sehr eingehend genutzt. Ich darf Ihnen auf Grund der Statistik der ersten drei Quartale dieses Jahres folgendes berichten:

Wir haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres an Schlachtrindern, einschließlich der Zuchtrinder und auch eingerechnet die Fleischexporte, in Lebendrinder umgerechnet, alles in allem 107.600 Stück exportiert gegenüber 64.600 Stück im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das bedeutet, daß wir in den ersten drei Quartalen bei Rindern einen Mehrexport von 43.000 Stück durchgeführt haben — bei all den Schwierigkeiten, die wir beim Export zu bewältigen hatten, und wobei es auch notwendig gewesen war, mit Exportstützungen einzugreifen, um das inländische Preisniveau zu stabilisieren.

Was allein die Schlachtrinder betrifft, darf ich auf folgendes verweisen: Wir haben bis zum 12. November — das war also jener Termin, zu dem die EWG, und hier insbesondere Italien, auf Grund der absinkenden Inlandspreise in Italien unter den Orientierungspreis die volle Abschöpfung eingeführt hat —, wir haben also bis zum 12. November dieses Jahres an Schlachtrindern und Fleisch — in Rinder umgerechnet — alles in allem 75.800 Rinder exportiert gegenüber 52.300 Stück Schlachtrinder im gesamten Jahr 1966. Das bedeutet also, daß wir bis zum 12. November allein um 23.500 Schlachtrinder mehr exportiert haben als im ganzen Jahr 1966.

Ich glaube, daß diese Ziffern für sich ein Beweis dafür sind, daß wir alle Möglichkeiten genutzt haben, unsere Exporte durchzuführen. *(Beifall bei der ÖVP.) Hohes Haus! Wir haben für die Verwirklichung ... (Abg. Zeillinger: Antworten Sie auf die konkreten Vorwürfe, die ich gemacht habe! Sie reden von ganz etwas anderem, Herr Minister! Die Salzburger Resolution — ich bin neugierig, was er dazu sagt! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)* Ich habe Ihnen mit konkreten Ziffern auf die Feststellung ... *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Zeillinger.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Herr Bundesminister ist am Wort!

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner (fortsetzend): Ich habe Ihnen mit konkreten Ziffern auf die Feststellung geantwortet, daß das Ministerium die Chancen, die sich anlässlich der Israelkrise ergeben hätten, nicht genutzt hätte. Das war meine Antwort! *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf noch auf folgendes hinweisen: Wir haben überdies im Hinblick darauf, daß

wir befürchten mußten, daß bei den rückläufigen Inlandspreisen in Italien die halbe Abschöpfung in eine volle umgewandelt wird, die Exportkontingente für die Monate November und Dezember als eingemeinsames Globalkontingent aufgegeben, haben die Ausnützbarkeit dieses Kontingentes auf die letzte Oktoberwoche vorgezogen, um hier einer allfälligen hundertprozentigen Abschöpfung vorzubeugen. Auf diese Weise ist es uns auch gelungen, einschließlich der Ausnützung der Exporte von der letzten Oktoberwoche an bis zum 12. November dieses Jahres vom Gesamtkontingent November/Dezember von rund 8000 Stück bereits innerhalb dieses Zeitraumes 2000 Stück dem Export zuzuführen. Ich glaube, wir haben auf diesem Gebiet getan, was angesichts der gesamten Marktsituation überhaupt nur möglich war.

Zu einer anderen Frage, die Sie hier angeschnitten haben: Wenn hier im Zollfreilager Rindfleisch eingelagert ist, so ist das im Augenblick weder eine Angelegenheit des Viehverkehrsfonds noch eine Angelegenheit des Ministeriums, weil kein Antrag vorliegt, dieses Fleisch innerösterreichisch zu verwerten. Ich darf im übrigen feststellen, daß wir auch im heurigen Jahr hinsichtlich der gesamten Importpolitik außerordentlich zurückhaltend waren, daß praktisch im Viehverkehrsfonds keine Anträge auf Rinderimporte gestellt wurden und daß wir infolgedessen, was die negative Exportbilanz betrifft, sogar zu einer wesentlich besseren Position kommen. Soviel also zu dieser Fleischeinlagerung. Ob ein Antrag auf inländische Verwertung gestellt wird, kann ich nicht beurteilen; das ist mir bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Was meine Empfehlung betrifft, auf Fleischproduktion auszuweichen: Herr Abgeordneter Zeillinger! Sie haben die Zweckmäßigkeit einer solchen Empfehlung in Ihren Ausführungen bezweifelt. Ich habe diese Empfehlung gemacht, wobei ich hier insbesondere an die Umstellung auf die Mast schwerer Kälber denke, die, wie vielleicht auch Ihnen bekannt ist, heute in die Länder der EWG abschöpfungsfrei exportiert werden können, sodaß wir auf diesem Sektor keine zusätzlichen Exportbelastungen zu tragen hätten.

Wir müssen in unserer Politik flexibel sein und müssen auch hinsichtlich unserer Produktion versuchen, die Exporte in jenen Kategorien zu forcieren, wo unter den gegebenen Verhältnissen noch relativ günstige Exporte durchführbar sind. Dazu gehören neben dem hochqualifizierten Zuchtvieh unter anderem schwere Mastkälber, dazu gehören die leichteren Einstellrinder, die zumindest in weiten

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Abschnitten des Jahres abschöpfungs- und zum Teil auch zollfrei exportiert werden können. Wir müssen uns auf die Situation einstellen, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen festzustellen ist.

Was nun die EntschlieÙung betrifft, von der Sie hier geredet haben: Herr Abgeordneter Zeillinger! Wir sind in unserer gesamten Politik nicht nur markt-, sondern auch zukunftsorientiert. Wir müssen auch den Mut haben, dort, wo wir eine Weiterentwicklung des Bestehenden benötigen, das auch klar auszusprechen.

Auf dem Gebiet unserer Molkereistruktur ist in den letzten zehn Jahren zweifellos außerordentlich viel geschehen. Aber wenn es heute darum geht, daß wir an allen Ecken sparen müssen, daß wir trachten müssen, rationeller zu arbeiten, kostensparender zu arbeiten, auch in unserer Molkereiwirtschaft, dann muß auch die Molkereiwirtschaft mithelfen, daß wir den Erzeugerpreis für unsere Bauern möglichst halten können. In einer Situation, in der wir 20 Prozent unserer Produktion im Export verwerten müssen, in der wir trachten müssen, daß auch die Produzenten selber durch 5 Groschen Absatzförderungsbeitrag, das sind etwa 2 Prozent des Erzeugerpreises, den die Bauernschaft heute für die Milch bekommt, zur Verwertung dieses Produktes beitragen, müssen wir auch von unserer Molkereiwirtschaft verlangen, daß sie sich bemüht, weitere Verbesserungen in der bestehenden Molkereistruktur durchzuführen. Heute sind doch die Verarbeitungsbetriebe in der Milchwirtschaft praktisch Industrieunternehmen geworden; sie müssen nach den gleichen Grundsätzen der Rationalität, der Betriebsvereinfachung und der Arbeitsteilung produzieren, wie das auch in der übrigen Industrie der Fall ist. Ich glaube, die Maßnahmen, die man hier ins Auge gefaßt hat, gehen in die Richtung, auch den Prozeß der weiteren Rationalisierung unserer Molkereiwirtschaft voranzutreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grundemann-Falkenberg das Wort.

Abgeordneter Grundemann-Falkenberg (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ich mich als nächster Redner mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zeillinger befasse; das hat der Herr Minister schon getan.

Aber gestatten Sie mir, den Worten des Herrn Ministers nur einen einzigen Satz anzufügen. *(Abg. Zeillinger: Das sind die Folgen, Herr Grießner!)* Die Bauern haben eben Ver-

ständnis dafür, daß sie zusammenhalten müssen, da sie nur 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung ausmachen. *(Abg. Zeillinger: Wenn Sie nicht zufrieden sind, dann protestieren Sie einstimmig gegen die Politik der Herren Schleinzer und Klaus!)* Allem Anschein nach fühlen sie sich von den von Ihnen verteuflerten Spitzenvertretern der Bauernschaft doch immerhin ganz gut betreut. *(Abg. Dr. Tull: Siehe Ihre eigene Gemeinde!)* Seien Sie sicher, Herr Abgeordneter Zeillinger, daß die österreichischen Bauern auch in Zukunft in überwältigender Mehrheit den Österreichischen Bauernbund wählen werden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Warum sind Sie denn nicht mehr Bürgermeister? — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn Sie sich beruhigt haben, will ich auf mein Thema zu sprechen kommen. *(Abg. Ing. Helbich: Herr Tull! Das haben Sie notwendig! Seien Sie erst einmal 20 Jahre Bürgermeister! Sie bringen nicht einmal ein Jahr zusammen! — Abg. Dr. Gruber zu Abg. Dr. Tull: Warum sind Sie denn nicht mehr Vizebürgermeister von Eferding? — Abg. Dr. Tull: Nicht einmal zum Stadtrat hat es bei ihm gereicht! — Abg. Minkowitsch: Wer selbst im Glashaus sitzt ...! — Abg. Czettel: Laßt doch den Grundemann reden!)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Redner ist am Wort!

Abgeordneter Grundemann-Falkenberg (fortsetzend): Hohes Haus! Die Gelegenheit, für die Standesgruppe, die man als Abgeordneter vorwiegend zu vertreten hat, zu sprechen, über ihre Sorgen, über ihre Schwierigkeiten und über ihre Nöte, vielleicht aber auch über Erreichtes und manchmal auch über Grundsätzliches zu reden, kommt selten, wenn aber, dann zumeist, wenn es sich um das zuständige Kapitel des Bundesbudgets handelt.

Zu meinen Aufgaben gehören in einem hohen Ausmaß neben anderen Dingen die Fragen der österreichischen Forstwirtschaft. Aber glücklicherweise haben wir hier im Hohen Haus auch Bauernvertreter, die für die Forstwirtschaft eintreten, sich für die Forstwirtschaft einsetzen, glücklicherweise auch solche, die da und dort einmal etwas erreichen. Wir kommen uns vielleicht ein bißchen wie die Verteidiger in einem Fußballteam vor: Wir müssen aufpassen, wir müssen das Tor hüten; wenn man uns auch manchmal ein Goal schießt. Aber nicht nur in der Verteidigung, auch im Angriff haben wir Vertreter, die es verstehen, die österreichische Bauernschaft trotz der Meinung anderer in einer wirksamen Weise zu vertreten, um einen ehrenvollen Platz in der „politischen Bundesliga“ behaupten zu können.

Grundemann-Falkenberg

ten zu können. Erlauben Sie mir es, das zu sagen! Das ist nicht ganz einfach, denn das Konsumententeam ist wesentlich zahlreicher und stärker als wir. Wir können also nur mit Qualität ausgleichen, was uns an Quantität fehlt. (*Abg. Czettel: Sie vergessen den Wirtschaftsbund!*) Kommt schon noch, Herr Minister Czettel! (*Abg. Czettel: Er schießt ein Eigengol nach dem anderen!*)

Die Forstwirtschaft Österreichs gehört zu denjenigen Standesgruppen, denen es an Quantität fehlt und die daher immer im Sturm des Konsumententeams stehen, bei dem die Annahme vorzuherrschen scheint, dieses Team der Forstwirtschaft ist ein solches, das reich ist und sich jeden Einkauf leisten kann.

Es wurde mir die ehrenvolle Aufgabe zuteil, für diese Standesgruppe ins Gefecht zu gehen, der Öffentlichkeit und unserem Volk zu erklären zu versuchen, daß der Wald Österreichs nicht nur dazu da ist, einigen wenigen ein bequemes Einkommen zu verschaffen, indem man eben nach Bedarf ein paar Bäume mehr oder weniger abschlägt, sondern daß dieser Wald eine Funktion zu erfüllen hat, die, wäre sie nicht da, dem Österreicher erst begreiflich machen würde, was es bedeutet, wenn Österreichs Wald nicht einer sorgfältigen Pflege unterzogen werden würde, die viel weniger im Interesse der Besitzer als im Interesse unserer Bevölkerung gelegen ist.

Man nimmt das höchst einfach: Der Wald wächst angeblich von selbst — das ist ein Relikt, das noch aus der Feudalzeit stammt — und garantiert dem Besitzer ein müheloses und reichliches Einkommen.

Wenn ich nun für Österreichs Wald und Österreichs Waldbesitzer hier im Hohen Hause die Möglichkeit zu sprechen habe, so darf ich vielleicht hoffen, daß wenigstens ein Bruchteil meiner Ausführungen an die Öffentlichkeit gelangt; wenn das der Fall ist, so ist der Sinn dieser Parlamentsrede erfüllt. Alle Jahre einmal ein Vertreter der Forstwirtschaft, und in Summe wird dann manches vielleicht auch denjenigen zu Ohren kommen, die den Wald lediglich als Kapitalistenanlage betrachten und dessen Probleme nicht zu würdigen wissen.

Der Jahresvoranschlag für 1968 der österreichischen Bundesforste vermittelt ein eindruckvolles Bild der Situation der österreichischen Forstwirtschaft. Das ist jener Betrieb, der über 400.000 ha der Waldbodenfläche unseres Landes umfaßt, der jahrelang als absoluter Aktivposten in den Bilanzen des Staates erschien, dann aber Jahr für Jahr trotz intensivster und trotz sorgfältigster Bewirtschaftung in den Erträgen um Dutzende von

Millionen zurückging und nunmehr im Voranschlag 1968 mit einem sorgfältig errechneten Passivum von 34 Millionen aufscheint, ein Betrieb, der viele Jahre hindurch eine nicht unbedeutende Melkkuh für die Staatsfinanzen gewesen war — er stellt heute einen Zuschußbetrieb dar.

Die Forstleute dieses größten Betriebes Österreichs haben jede nur mögliche Sorgfalt angewandt. Ich möchte den sehen, der das bestreiten könnte. Sie haben sich nach den Erkenntnissen der modernsten Waldwirtschaft ausgerichtet, trotzdem aber die gegenwärtige Situation nicht hintanhaltend können. Wenn ein Vorwurf, der aber sicher nicht an die Adresse der Bundesforste, sondern vielleicht an jene der Staatsfinanzen gerichtet werden kann, dann jener: Jetzt rächt es sich, daß man den Bundesforsten jahrelang den Gürtel enger schnallte, daß man ihnen ungenügende Möglichkeiten für Investitionen ließ, alles nur deshalb, weil der Staat die Erträge dieses nicht unbedeutenden Betriebes dringend dafür brauchte, um andere durch das Gesetz verlangte Ausgaben damit bedecken zu können.

Für die notwendigen Investitionen war lange zu wenig Geld vorhanden. Ich muß ehrlicherweise konstatieren: Jetzt ist es wesentlich besser. (*Abg. Skritek: Ist das Kritik am ÖVP-Finanzminister?*) Kommt schon noch. — Heute sehen wir das Ergebnis dieser Maßnahmen drastisch vor uns: Hunderttausende von Festmetern Bruch durch Windwürfe, die Notwendigkeit der Aufarbeitung! Und wo sind die Waldstraßen zum Abtransport, wo sind die Maschinen zur Aufarbeitung? Jetzt, da 900.000 Festmeter Bruch die Katastrophe herbeiführten, wo man eine Konzentration der Arbeitskräfte vornehmen muß, um den Gefahren des Borkenkäfers zu begegnen, um diese Holzmengen überhaupt bringen zu können, jetzt muß man teure Entrindungsmaschinen anschaffen, muß man neue Waldstraßen bauen und dergleichen mehr. Zuerst gab es Lohnerhöhungen, dann die Abfuhr der Erträge, dann natürlich die Steuerleistungen, die bei den Bundesforsten allerdings die Höhe der privaten Leistungen nicht erreichen — auch das darf ich betonen. Aber in den letzten zehn Jahren stiegen die Lohnkosten um 80 Prozent, und das wieder nicht nur bei den Bundesforsten, sondern überall in der Forstwirtschaft.

Selbst im letzten Jahr, als sich die finanzielle Katastrophe der österreichischen Forstwirtschaft bereits deutlich abzeichnete, hat man trotz dieser Verluste Lohnerhöhungen von 13 bis 15 Prozent gefordert, und man hat diese Forderungen zu einem wesentlichen Teil — das dürfen wir, glaube ich, auch behaupten — erfüllt.

Grundemann-Falkenberg

Die Bundesforste sind ein Staatsbetrieb. Ihr Defizit läßt aber Rückschlüsse auf die privaten Forstbetriebe zu. Österreichs Forstwirtschaft umfaßt 3,6 Millionen ha, davon sind über 50 Prozent bäuerlicher Wald, zirka 15 Prozent privater Großwald, zirka 15 Prozent Bundesforste; der Rest verteilt sich auf Gemeinde- beziehungsweise Kommunalwälder und auf Waldgenossenschaften.

Wenn Sie nun die Defizite der Bundesforste auf den privaten Forstbesitzer umrechnen, den Preissturz nach den Windwurfkatastrophen der Jahre 1966 und 1967 ins Kalkül ziehen, dann errechnet sich allein beim Privatwald ein Preisabfall in der Höhe von 500 Millionen Schilling pro Jahr, und das nicht bei gleichbleibenden, sondern bei steigenden Steuerleistungen und ständigen Steigerungen der Löhne und der Kosten der Erfordernisse der Betriebe.

Erlauben Sie mir aber, daß ich mich jetzt einmal mit dem dauernd gebrachten Schlagwort: Steuergeschenke für die Großgrundbesitzer und für die Kapitalisten!, auseinandersetze! Ich bin mit meinen 240 ha Wald in Ihren Augen wahrscheinlich auch einer von diesen verdammenswerten Großgrundbesitzern (*Abg. Weikhart: Kleinhäusler auch nicht!*), jedenfalls aber ein Vertreter dieser Kaste. Sicherlich, Sie sehen, es schlägt nicht sehr gut an, wenn man einen derartig großen Betrieb bewirtschaften muß. (*Abg. Weikhart: Das ist anderer Natur, da ist nicht der Wald schuld!*)

Zuerst also ein paar Worte über die steuerliche Belastung, die sowohl für die Bauern als auch für den größeren Waldbesitz bei Errechnung des Grundsteuermeßbetrages einen Fixbetrag darstellt. Die Grundlage für die Berechnung der Steuern und der Abgaben ist ja bekanntlich — nicht gerechnet eine gute und nicht gerechnet eine schlechte Ernte, nicht gerechnet die Naturkatastrophen, hohe oder schlechte Holzpreise — der Grundsteuermeßbetrag, auf dem sich alles aufbaut. Das ist der Betrag, nach dem die Land- und Forstwirtschaft ihre Steuerleistungen zu erbringen hat.

Ich darf jetzt mit ein paar Zahlen diese Steuerleistungen, die sich auf dem Grundsteuermeßbetrag aufbauen, vor Augen führen. Die Grundsteuer — das ist jedem bekannt — beträgt maximal 400 Prozent und wird meistens auch in dieser Höhe eingehoben; Landwirtschaftliche Unfallversicherung, gegenwärtiger Stand 420 Prozent des Grundsteuermeßbetrages; Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben — das ist also LZVG. — 245 Prozent, das ist im Laufe eines

Jahres um 20 Prozent angestiegen; Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds 125 Prozent.

Wenn Sie das alles summieren, kommen Sie zu einer Belastung, die zwischen 1470 und 1640 Prozent des Grundsteuermeßbetrages liegt, wobei der Kirchenbeitrag hiebei nicht berücksichtigt ist.

Wenn es so wäre, wie es heute anscheinend allgemein üblich ist, daß man ein dynamisches Einkommen hätte, dann wäre es auch in diesem Falle nicht ganz so schwierig.

Bei einem größeren Grundbesitz, also bei jenem, der buchführungspflichtig ist, kommt so wie bei jedem Buchführungspflichtigen dazu, daß er Steuerleistungen zu erbringen hat: die Einkommensteuer, die Vermögensteuer und schließlich auch, wenn so etwas anfällt, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Zu dieser Steuer bemerkt ein Kommentator, daß in England bei der Erbschaftsbesteuerung, die man dort hat, die Substanz in der dritten Generation bereits verloren ist.

Mag sein, daß diese Maßnahme in den Augen einiger richtig ist. Grundsatz scheint zu sein, daß man den Kapitalisten möglichst bald alles wegnehmen soll, natürlich zugunsten des Staates; dann bekommt man die so sehr erstrebenswerte Kolchosenwirtschaft wie in Rußland, bei der dieser Agrarstaat gezwungen ist, den Weizen aus anderen Ländern einzuführen.

Wie vereinbart sich nun diese Meinung etwa mit jener eines der größten Agrarfachleute, des Ministers Mansholt, der in umgekehrter Weise über das Ziel geschossen hat, indem er nämlich behauptete, daß die Konstruktion größerer Betriebe die einzig mögliche Zukunft in Europa darstellen würde, das natürlich auf Kosten der bäuerlichen Betriebe. Ebenso bedenklich wie die Meinung, eine komplette Verstaatlichung, wäre auch die des Herrn Ministers Mansholt. Irgendwie müßte eigentlich Kollege Staribacher mit dem Minister Mansholt verwandt sein. (*Abg. Dr. Staribacher: Stimmt nicht! — Ruf bei der ÖVP: Er hat sich schon gebessert!*) Denn er hat früher auch einmal derartige Ansichten vertreten, wie ich mir voriges Jahr auszuführen erlaubt habe. Also irgendeine Verwandtschaft müßte da eigentlich bestehen.

Und nun zurück, meine Damen und Herren, zum Grundsteuermeßbetrag. In der deutschen Bundesrepublik ist man jetzt daran, den Einheitswert für die forstlichen Grundstücke auf die Hälfte herabzusetzen. Dies geschieht in der Erkenntnis, daß der Wald erhalten bleiben muß. Ich darf Ihnen da vielleicht mitteilen, daß nach der Stellungnahme des Sachverständigen im Bundesfinanzministerium

Grundemann-Falkenberg

der deutschen Bundesrepublik die Meinung so wäre: Über 60 Prozent der Fläche der deutschen Forstwirtschaft werden als ertraglos behandelt und daher mit dem Mindestwert von 50 D-Mark, das sind 320 S, pro Hektar bewertet. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß in Österreich der forstliche Einheitswert je Hektar noch immer 3000 S beträgt.

Etwas weiteres — vielleicht interessiert Sie auch das —: Das hessische Kabinett, also das Kabinett eines Landes, das bekanntlich unter rein sozialistischer Regierung steht, hat die Weisung hinausgegeben, daß bei allen staatlichen und staatlich bezuschußten Baumaßnahmen ab sofort — befristet für die Dauer von zwei Jahren — die Verwendung einheimischen Holzes zwingend vorgeschrieben wird. Bei dieser Gelegenheit hat das hessische Kabinett eine gleichlautende Empfehlung an die Städte, Kreise und sonstigen Körperschaften im Land gerichtet und sie dringend ersucht, analoge Weisungen zu geben. (*Abg. Pansi: Aber Herr Abgeordneter Grundemann, die ÖVP-Regierung könnte das gleiche tun! Richten Sie einen Appell an die Regierungsbank! Wir haben eine ÖVP-Regierung, die kann alles tun, genauso wie die sozialistische Regierung in Hessen!*) Ich werde vielleicht die Meinung Ihrer Vertreter noch einmal vorbringen. Ich habe auch ein Beispiel dafür. Wir werden sehen, Sie werden von mir noch etwas hören, gerade über Ihr Land.

In Österreich darf man aber vielleicht einen solchen Wunsch gar nicht laut aussprechen; denn das wird wahrscheinlich wieder als ein Steuergeschenk an die Großgrundbesitzer bezeichnet.

Herr Kollege Pansi! Kein Geringerer als der SPÖ-Landtagspräsident von Kärnten, den ich persönlich ganz besonders schätze, weil er als Präsident des Kärntner Gemeindebundes und als Bürgermeister von Hermagor sicherlich mitten im Leben steht — er ist übrigens auch, soviel mir bekannt ist, der Präsident des Österreichischen Arbeitsbauernbundes —, hat in einer Rede vor der Kärntner Landwirtschaftskammer dringend empfohlen, dem deutschen Beispiel nachzukommen. Der Herr Präsident versteht aber auch etwas von der Forstwirtschaft, zum Unterschied von jenen, die nur davon reden.

Jetzt nochmals ein Wort zur Senkung der Erbschaftssteuer. Sind Sie, meine Damen und Herren, der Meinung, daß es gut und volkswirtschaftlich richtig wäre, im Falle des Anfalles einer Erbschaftssteuer den Wald auszuplündern? In meiner Nachbarschaft befindet sich ein Betrieb, der innerhalb der letzten 40 Jahre durch fünf Todesfälle fünf-

mal vererbt wurde und bis auf das letzte Mal jedesmal eine Erbschaftssteuer zahlen mußte. Die Folge davon war, daß der Wald heute ausgeschlagen und der Betrieb verschuldet sein muß und auch ist.

Wenn Sie sich einmal die Bilanzen der forstlichen Großbetriebe, also das Eigentum des immer wieder als so unheimlich reich hingestellten Großgrundbesitzers ansehen, dann, glaube ich, würden Sie sich wundern, was an Ertrag übrigbleibt! Die Größe meines Besitzes ist nicht maßgeblich, ich habe sie vorhin angeführt, aber ich darf Ihnen versichern, daß ich zur Zahlung der Löhne heute von meiner Aufwandsentschädigung als Abgeordneter zuschießen muß. So schaut das heute bei den sogenannten Erträgen des großen Grundbesitzers aus. Es wäre also wirklich nett von den Propagandisten, wenn sie sich einmal überzeugen würden, wie die Geschichte wirklich aussieht.

Es wäre zweckmäßig, sich ebenfalls davon zu überzeugen und einmal zu untersuchen, in welchen Verhältnissen etwa die Bergbauern, die mein Kollege Landmann bereits so schön charakterisiert hat, nämlich diejenigen Bergbauern, die mehr als 100 ha haben, leben. Ich glaube, es würde manchen geben, der dann seine Ansicht revidieren würde, und mancher würde nicht mit der Situation des „so reichen“ Bergbauern tauschen wollen.

Gestatten Sie mir nun noch ein etwas boshafte Wort zur Erbschaftssteuer: Ich weiß nicht, ob nicht auf der linken Seite dieses Hohen Hauses so mancher sitzt, dessen Erben sich einmal auch darüber freuen werden, daß die Erbschaftssteuer im Jahre 1967 herabgesetzt wurde. Vielleicht werden einige mehr darunter sein als auf der rechten Seite des Hohen Hauses. (*Abg. Weikhart: Für den Kleinen, aber nicht für den, der 60 Millionen hat!*)

Nun noch ein paar Worte zur Situation der österreichischen Forstwirtschaft. Die vorläufigen Endergebnisse der österreichischen Forstinventur strafen alle Kritiker Lügen. Nach der Schweiz, die allerdings nur etwa 1 Million Hektar Waldbestand gegenüber Österreich mit 3,6 Millionen Hektar aufweist, hat Österreich mit 201 Vorratsfestmeter je Hektar den größten Holzvorrat in Europa.

Der jährliche Zuwachs beträgt 17,6 Millionen Festmeter, die Nutzung knapp über 10 Millionen Festmeter, wobei allerdings Bedacht darauf genommen werden muß, daß etwa ein Viertel des österreichischen Waldbestandes Schutz- und Bannwälder sind, also der Schadensverhütung in den Tälern und der Sicherheit der Bewohner der Siedlungen dienen.

Grundemann-Falkenberg

Dies wird auch dadurch illustriert, daß etwa 52 Prozent des österreichischen Waldes in einer Seehöhe von mehr als 900 m liegen, 32 Prozent sogar über 1200 m, 100.000 ha über 1800 m. Entsprechend ausgeprägt ist auch die Steilheit: 24 Prozent haben einen Steilheitsgrad von mehr als 60 Prozent, nur 23 Prozent weisen einen Steilheitsgrad unter 20 Prozent auf.

Trotz allen diesen Faktoren zeigen Österreichs Wälder eine Situation auf, die nur als sehr befriedigend bezeichnet werden kann, die Folge eines ganz besonderen Verantwortungsbewußtseins der Forstwirte Österreichs, gleichgültig ob im Bauernwald, im Staatswald oder beim großen Grundbesitz.

Wohl aber führt diese sorgfältige Wirtschaftswaldform dazu, daß es dem österreichischen Waldbesitz immer schwieriger wird, sich den europäischen oder überseeischen Märkten anzugleichen und sich auf ihnen zu behaupten.

Die Kahlschlagwirtschaft ist schon ziemlich lange am Ende, die Einzelstammentnahmen an der Tagesordnung — ausgenommen in Katastrophensituationen selbstverständlich, wo man eben nicht anders kann, als Ausgleich zu schaffen. Außer in diesen und außer in den ehemaligen USIA-Betrieben findet man kaum mehr Kahlschläge von mehr als einem halben Hektar, die Einzelstammentnahme aber ist sicherlich kostspieliger.

Trotzdem wollen und können wir es uns als verantwortungsbewußte Forstwirte nicht leisten, andere Methoden zu propagieren oder solche früherer Jahrzehnte beizubehalten, zum Gegensatz von Rußland oder den Vereinigten Staaten, die immer noch mit riesigen Maschinen Hunderte von Hektaren niederwalzen und die Wiederaufforstung dem lieben Herrgott überlassen.

Hier möchte ich nur sagen: Anstatt immerfort gegen Österreichs Forstwirtschaft mit der Begründung, es handelt sich hier durchwegs um Kapitalistengruppen, aufzutreten, wäre es doch sinngemäß, die Leistungen und das Verantwortungsbewußtsein der österreichischen Forstwirte anzuerkennen und — gestatten Sie mir, das auch zu sagen — froh zu sein, daß wir in unserem Land kaum irgendwo Ausbeuter und Güterschlächter haben.

Damit aber möchte ich Ihnen sehr deutlich vor Augen führen, daß Österreichs Wald nicht nur die Funktion eines arbeitslosen Einkommens, wie aus den dauernden freundlichen Reden hervorzugehen scheint, besitzt, sondern für Österreichs Volk einen Wert darstellt, der gar nicht abzuschätzen ist und den man nicht andauernd verunglimpfen, sondern möglichst und vernünftigerweise unterstützen sollte.

Und jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, die in den Städten leben: Sind Sie nicht auch froh und glücklich, wenn Sie einmal außerhalb der Benzinabgase saubere Waldluft atmen können? Und wer — insbesondere jene, die über eine schmale Kasse verfügen — freut sich nicht, wenn er für sich und seine Familie einmal eine Sommerfrische entdecken kann, die ihm die Möglichkeit der Erholung in Österreichs Wäldern gibt?

Das bedeutet aber die Erhaltung des Waldes, das bedeutet seine Pflege. Wenn nun der Waldbesitzer wirklich einmal so handeln würde, wie man es ihm dauernd unterschiebt, dann gäbe es manche Stadt in unserem Land, deren Bürger keine Möglichkeit der Erholung in der unmittelbaren Umgebung hätten.

Meine Damen und Herren! Sehen Sie sich doch einmal die statistischen Durchleuchtungen des internationalen Fremdenverkehrs an. Sie werden daraus erkennen, daß die Abreisequoten sowohl in großen Städten als auch in Seebädern oder im Binnenland wesentlich höher sind als im Gebirge oder in den Dörfern. Heute wird niemand mehr bestreiten, daß der Trend der Erholungssuchenden immer mehr und mehr in jene Gegenden geht, die Ruhe und Erholung gewährleisten.

Aus diesen Gründen allein kommt der überwirtschaftlichen Funktion des Waldes und damit seiner Bewirtschaftung besondere Bedeutung zu. Aber nicht nur dieses Argument, etwa auch jenes, daß er Wasserspeicher sei, ist von Bedeutung. Es wurde auf Grund der wissenschaftlichen Untersuchungen errechnet, daß der Speicherwert des Waldes bei Unterstellung des gegenwärtigen Wiener Wassertarifes von 1,80 S im Jahr 12 Milliarden Schilling ausmachen würde. Wenn nun die Erhöhung des Wiener Tarifs kommt, können Sie sich das selber ausrechnen. — Aber das ist ein Spiel mit Zahlen, es soll nur ein Musterbeispiel für das Gesagte darstellen.

Der Wald hat aber auch eine besondere Bedeutung als Filter. Auch das darf ich Ihnen vor Augen führen. Die Untersuchungen stellten fest, daß etwa in Industriestädten zwischen 100.000 und 500.000 Staub- und Rußteilchen je Kubikmeter in der Luft schweben, während im Wald nur mehr 500 bis 5000 Teilchen zu konstatieren sind.

Natürlich muß aber auch der Forstwirt, muß der waldbesitzende Bauer ebenso wie der größere Grundbesitzer erwarten, daß man seinem Wald keinen Schaden zufügt. Weggeworfene brennende Zigaretten führen zu Waldbränden, bei Picknicks abgelegte Konservendosen und Papierservietten zu Verunreinigungen, Befahren von Waldwegen, die für Autos nicht geeignet sind, zu Schäden am

Grundemann-Falkenberg

Weg, Schreien beim Beerenpflücken und Pilzsammeln zu Beunruhigungen des Wildes, das mit unserem Wald untrennbar verbunden ist. Dies alles führt zu Beeinträchtigungen, die die Erhaltung des Waldes schwermachen. Schon gar Schäden an Kulturen, wie etwa die unregelmäßige Entnahme von Christbäumen.

Die Forstpolitik muß auch die Funktion der Erholung im Walde sehen und sich darnach richten. Sie muß aber auch erwarten können, daß Maßnahmen manchmal nötig erscheinen, die der Erhaltung des Waldes und damit dem Nutzen der Bevölkerung dienen. Nicht nur aus dem Grund, weil Tausende von Arbeitern und Angestellten hier ihre Lebensexistenz finden, sondern eben deshalb, weil daran viele und große Wünsche unserer eigenen Staatsbürger, aber nicht nur unserer Staatsbürger, sondern auch der erholungsbedürftigen Ausländer hängen, muß diese Funktion des österreichischen Waldes sorgfältig erhalten werden.

Meine Damen und Herren! Sie müssen aber wohl auch verstehen, daß sich die österreichische Forstwirtschaft da und dort vor der Öffentlichkeit meldet, wo immer sie die Möglichkeit dazu besitzt. Hier im Hohen Hause, in der gesetzgebenden Körperschaft ist eine solche Möglichkeit jedes Jahr einmal vorhanden. Man hat nur manchmal das Gefühl des einsamen Rufers in der Wüste. Sollten Sie aber der Meinung sein, daß es wert ist, den österreichischen Wald zu erhalten und damit den Menschen Freude und Erholung zu schaffen, dann darf sich die Auffassung der Volksvertreter nicht darin erschöpfen, daß nur gegen den Waldbesitz Stimmung gemacht wird, sondern dann muß man — was wir kaum zu hoffen wagen — seine Bestrebungen auch nachdrücklichst unterstützen. Dazu gehört etwa nicht nur die Toleranz in Steuerfragen, sondern auch, wenn ich das hier auch anschneiden darf, ein berechtigter und großer Wunsch der forstlichen Seite der Hochschule für Bodenkultur, die Möglichkeit der Errichtung eines Lehrforstes für Hochschüler, der nicht nur den Schülern die Möglichkeit des Unterrichtes gibt, sondern auch für die Forschung auf forstlicher Seite außerordentlich notwendig wäre. Wir halten das für begrüßenswert. Lernen und studieren und sich bilden ist auf diesem Gebiet genauso notwendig wie auf allen anderen. Ein solcher Lehrforst bestand einmal, soviel uns bekannt ist. Warum er aufgelassen wurde, ist nicht bekannt, aber ich glaube, daß diese Lehrforste, die in der unmittelbaren Gegend von Wien gelegen waren — man hörte in Hütteldorf oder in Dornbach —, der Besiedelung zum Opfer fielen. Den Wunsch nach der Wiedererrichtung hat bereits im Jahre 1948, wie sich die älteren unter Ihnen vielleicht erinnern können, der

Abgeordnete Strobl dem Hohen Hause vorgebracht. Ich möchte heute diesen Wunsch erneuern und alle beteiligten Stellen auffordern, für die baldige Verwirklichung Sorge zu tragen.

Wenn nun andere Gruppen der österreichischen Arbeitnehmer — nach Ihrer Meinung selbstverständlich berechtigt —, seit Wochen — nicht wie etwa die Wünsche der Arbeitgeber, die meistens auf Jahre zurückgehen — angemeldet, immer wieder erhöhte Forderungen stellen, muß man verstehen, daß sich auch hier die Organisation der Arbeitnehmer in der Forstwirtschaft um eine Besserstellung bemüht.

Die Festmetererträge aber sind — dank der Katastrophen — in einem Ausmaß gesunken, wie wir es seit den Zeiten der Weltkrise von 1929 und 1930 nicht mehr erlebten. Zugegeben, es ist bundesländerweise verschieden, die Konkurrenz gegenüber Deutschland und gegenüber der Schweiz spüren die westlichen Bundesländer sehr viel mehr. Preisabfälle bis zu einem Drittel sind an der Tagesordnung, vorausgesetzt, daß man überhaupt einen Käufer findet.

Hier lassen Sie mich etwas dazu bemerken. Im vergangenen Jahr habe ich mir erlaubt, die Situation der Papierfabrik in Steyermühl in Oberösterreich darzustellen. Ich darf heute wiederholen, daß damals die Papierfabrik Steyermühl den Bauern der Umgebung erklärte, sie wäre nicht in der Lage, Schleifholz aufzukaufen, weil es ihr an Geld mangelte.

Im Winter dieses Jahres — soviel ich mich erinnere, in den Monaten Februar oder März — wurde die Bilanz der Papierfabrik Steyermühl in den Zeitungen veröffentlicht. Darin zeigte sich ein Rohüberschuß — wenn ich mich richtig erinnere — von mindestens 130, es mögen aber auch 150 Millionen Schilling gewesen sein. Zuerst hatte Steyermühl kein Geld zum Ankauf, und dann hatte sie einen Rohüberschuß von 130 Millionen Schilling. Wirtschaftlich gerechnet ist das sicher sehr gut. Sie hat wahrscheinlich die Meinung vertreten: Wir werden das früher teuer eingekaufte Holz nunmehr verwenden und abstoßen und werden billiger eingekauftes Holz zur Fabrikation des Papiers gebrauchen.

Dazu darf ich doch eine Frage stellen; eine Frage vielleicht auch im Zusammenhang damit, was gestern Frau Dr. Firnberg im Finanzausschuß über das österreichische Buch gesagt hat. Wenn das Rohprodukt so viel billiger geworden ist, warum ist denn dann nicht auch das Endprodukt billiger geworden? Das wäre eine Möglichkeit gewesen, das österreichische Papier zu verbilligen und damit auch das österreichische Buch etwas billiger zu machen.

Grundemann-Falkenberg

Diese Frage darf ich vielleicht doch einmal stellen. (*Abg. Weikhart: Gestern hat es der Finanzminister verteuert!*)

Ein paar Worte möchte ich noch dem Kapitel Bundesforste anhängen, die sicherlich als Situationsbeispiel immer wieder herangezogen werden können, so wie im Privatwald auch. Naturkatastrophen bewirken die Notwendigkeit schleunigster Aufarbeitung, eine völlige Einschränkung in allen anderen Revieren kann man aber zumeist im Hinblick auf das dortige Erfordernis der Beschäftigung von Arbeitskräften nicht durchführen. Wenn das ginge, wenn diese Möglichkeit bestünde, dann wäre es sicherlich auch für die Bundesforste so weit, daß sie angesichts der Katastrophensituation ein viel größeres Defizit vorlegen müßten, als das gegenwärtig der Fall ist. Aber so muss — immer wieder werden die Bundesforste zitiert — außer den über 900.000 Festmeter Bruch — welch gewaltige Menge, wenn man bedenkt, daß das ungefähr ein Zehntel des österreichischen Jahreseinschlages ist, und das nur bei den Bundesforsten! — noch eine Menge anderes Holz vermarktet werden.

Nun, meine Damen und Herren, zum Schluß: Vieles, ja sehr vieles hat Österreichs Forstwirtschaft nachzuholen. Man hat als Forstwirt das unangenehme Gefühl, als würde man als außerhalb stehend betrachtet werden. Darf ich mir erlauben, zu bemerken, daß sehr viele europäische Länder glücklich und dankbar wären, wenn sie solche verantwortungsbewußte Forstwirte hätten, wie wir sie in Österreich haben. Denken Sie doch einmal an Situationen, wie wir sie in ganz Europa erleben. Griechenland ist ein verkarstetes Land ohne jeden Wald; dort hat man den Wald abgeschlagen. Dasselbe sehen Sie in Portugal, und ähnliches sehen Sie auch in Spanien. Österreichs Forstwirtschaft war der Meinung, daß wir eine Verpflichtung haben, nicht nur im Interesse dieses Waldkapitals, sondern auch im Interesse unserer gesamten Bevölkerung, diesen Wald so zu erhalten, wie er heute in einer sehr sorgfältigen Form bewirtschaftet dasteht.

Das Budget des Jahres 1968 weist Unterstützungen der Forstwirtschaft Österreichs auf, vorzugsweise auf dem Gebiete der bäuerlichen Wirtschaft durch Unterstützung der Aufforstungen der Grenzertragsböden und durch Hilfe bei der Aufforstung der bäuerlichen Schlägerungen.

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, darauf lenken, daß es für den größeren Forstbetrieb keine AIK-Kredite gibt, geschweige denn irgendwelche Subventionen.

Zum Schluß darf ich noch eine Frage anziehen: die Auswirkungen der Importe auf den österreichischen Holzsektor.

Österreich ist ein Holzüberschußland. Alle Jahre produziert dieses Land etwa 3,5 Millionen Kubikmeter, die exportfähig wären, die wir im Lande nicht brauchen können. In den Jahren 1964, 1965 und 1966 wurden an Schleifholz allein 1.700.000 Festmeter — nicht Raummeter — und an Laubrundholz 800.000 Festmeter importiert. Das sind zweieinhalb Millionen Festmeter-Importe, alles aus dem Osten. Die Verarbeitung lag bei der Papierindustrie und bei den Plattenwerken. Im Jahre 1967, also im heurigen Jahr, betrug in den Monaten Jänner bis September der Import an Laubschleifholz 215.000 Festmeter, an Nadelschleifholz 130.000 Festmeter und an Laubrundholz 259.000 Festmeter. Vielleicht eine Vergleichsziffer: Im Jahre 1956 hat Österreichs Papierindustrie 35.000 Festmeter importiert, im Jahre 1966, also zehn Jahre später, 572.000 Festmeter!

Diese Importe, meine Damen und Herren, sind auf Grund von Handelsverträgen zwischen Österreich und den östlichen Ländern festgelegt. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Wollen Sie, bitte, das einmal berücksichtigen, daß das Holzüberschußland Österreich diese riesigen Importe hereinkommen lassen muß, weil wir auf der anderen Seite österreichische Maschinen in diese Holzexportländer verkaufen wollen. Die österreichische Forstwirtschaft leistet damit auch auf diesem Gebiet eine Unterstützung aller jener Betriebe, die diese Maschinen erzeugen und die damit die Handelsbilanz Österreichs auf diesem Gebiet erweitern.

An meine Ausführungen, meine Damen und Herren, knüpfe ich aber eine Bitte: Sehen Sie, bitte, dazu, daß man endlich einmal mit den demagogischen Verteufelungsmethoden aufhört! Auch der größte Waldbesitzer Österreichs verdient heute bestimmt nicht mehr als etwa der Chef eines mittleren Großunternehmens der Konsumindustrie. (*Abg. Weikhart: Ein wengerl! Ein bisserl!*) Etwas Hoffnung haben wir für die Zukunft. Laut Professor Eckmüller, der von der „Wochenpresse“ interviewt wurde und der ein ganz großartiges Interview über die Situation der österreichischen Forstwirtschaft gegeben hat, hat die FAO Betrachtungen über die Situation der österreichischen Forstwirtschaft für die Zukunft angestellt. Sie ist der Meinung, daß das Defizit im Jahre 1975 im europäischen Raum etwa 70 Millionen Festmeter betragen wird. Wer wird diese 70 Millionen Festmeter decken? Wahrscheinlich

Grundemann-Falkenberg

wird es so kommen wie in den ersten Jahren nach dem Krieg. Es wird Rußland, es wird Kanada den Vorzug genießen, und die österreichische Forstwirtschaft wird durch die Einschränkungen, die man ihr immer auferlegt hat, das Nachsehen haben.

Wenn nun, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, der einsame Rufer in der Wüste ein bisserl etwas an Gehör für eine Gruppe Österreicher gefunden hat, die sicherlich mehr Heimatbewußtsein hat als manche andere, deren persönliche Wünsche allen anderen vorhergehen, dann, meine Damen und Herren, ist der Sinn dieser Parlamentsrede erfüllt. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Gorbach: Schwarz auf weiß oder weiß auf schwarz? — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Ganz genau! Wollen Sie es auf rot haben?)*

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als ich im Ausschuß festgestellt hatte, daß die Agrarpolitik der monocoloren Regierung Schiffbruch erlitten habe, teilte mir der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer mit, daß er sehr wohl eine moderne und in die Zukunft weisende Agrarpolitik betreibe.

Ich will dem Herrn Landwirtschaftsminister diese seine ehrliche Absicht gar nicht absprechen, aber er wird in seinem Willen immer wieder durch die Kugel des Bauernbundes an seinen Füßen gehindert. *(Abg. Dr. Withalm: Da müssen sogar Sie selber lachen!)* Ja, weil ich Sie ansehe, und Sie lächeln mir so freundlich entgegen. *(Abg. Minkowitsch: Gar so lächerlich ist der Withalm nicht für euch!)* Scheinbar ja, denn er lächelt mit mir.

Er, nämlich der Herr Landwirtschaftsminister, wird deshalb daran gehindert, weil die Spitzenfunktionäre des Bauernbundes noch in alten, antiquierten Vorstellungen verhaftet sind, wie wir heute wieder eine Kostprobe erhalten haben, als der Herr Präsident Griebner von dem „Mittelschulproletariat“ gesprochen hat.

Dazu kommt, daß dabei auch die mangelnde Einsicht dieser politischen Agrarfunktionäre eine entscheidende Rolle spielt, die noch immer glauben, unbequeme Maßnahmen deswegen ihren künftigen Wählern nicht zumuten zu können, weil sie beim nächsten Wahltag darauf eine negative Quittung erhalten könnten. Und das fürchten sie. Diese mangelnde Zivilcourage kann allerdings weder unserer Bauernschaft noch unserer Volkswirtschaft nützen.

Die vom Bauernbund bisher gemachte Agrarpolitik ist wie der Galopp eines wild gewordenen Pferdes, das kreuz und quer über die Wiese läuft. *(Abg. Dr. Gorbach: Er ist nicht mehr zum Stehen zu bringen!)* Richtig. — Im vergangenen Jahr zum Beispiel wurde das Budget, um, wie Finanzminister Dr. Schmitz erklärte, zusätzliche Investitionen zu ermöglichen, dadurch gerettet, daß man die Konsumenten durch den Abbau von 800 Millionen Schilling bei Milch- und Getreidepreisstützungen sehr erheblich belastete, wovon aber pikanterweise, muß ich sagen, für die Milch wieder 121 Millionen Schilling an die Landwirtschaft zur Stützung zurückgegeben wurden. Die Quittung der Konsumenten auf diese Maßnahme ist allerdings nicht ausgeblieben, und in verschiedenen Sparten, im besonderen bei der Frischmilch, ist ein Rückgang eingetreten.

Es ist eine Tatsache, daß erhöhte Stützungsbeträge zu einer erhöhten Produktion führen und daß bereits im heurigen Jahr, aber noch mehr im kommenden außerordentliche Schwierigkeiten auftreten werden und große Anstrengungen gemacht werden müssen, um dieser Überproduktion Herr zu werden.

Wir Sozialisten haben schon seit Jahren, allerdings bisher immer vergeblich, vor einer solchen Agrarpolitik gewarnt und immer wieder darauf verwiesen, daß es eines Tages zu einem für die Bauern sehr unliebsamen Erwachen kommen wird, wenn nicht radikal die Anpassung der Produktion an die Marktverhältnisse erfolgt.

Heute sind wir so weit, daß plötzlich von der Landwirtschaft selbst durch ihr „bestes Zugpferd“, wie Kollege Fachleutner in der vorjährigen Debatte zum gleichen Thema gesagt hat *(Abg. Fachleutner: Ich stehe dazu!)*, er meinte damit den Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer *(Abg. Weikhart: Jetzt bin ich erschrocken, ich habe geglaubt: der Fachleutner! — Heiterkeit)*, und vom Bauernbundobmann Präsident Wallner zwei Tage vor dem Bauernrat die Forderung nach einer Produktionsanpassung erhoben wurde. Ich glaube, daß der letztere, der Herr Präsident nämlich, wohl mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe für die Umstrukturierung der Agrarproduktion im Sinne einer besseren Anpassung an die Marktbefürfnisse ist und er damit auf eine neue Linie der Agrarpolitik einschwenkt, wie „Die Presse“ vom 12. Oktober 1967 schrieb.

Auch der Herr Minister Dr. Schleinzer stellte zum gleichen Thema fest, daß die dafür notwendigen Pläne darauf abzielen, den Anbau von Futtergetreide zu Lasten der Weizen-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

erzeugung zu steigern — ich glaube, wir haben das seit zehn Jahren vorgeschlagen, Herr Minister —, den Milchmarkt durch Übergang zur Fleischproduktion und durch Erhöhung des Inlandabsatzes zu entlasten — allerdings darf man dabei nicht die Preise erhöhen — sowie die Molkereiwirtschaft zu rationalisieren. Der Herr Minister hat heute bereits deutlich kundgetan, daß die Molkereiwirtschaft übersättigt ist und daß man durch diese Maßnahme eine Anpassung herbeiführen will. Man kann es auch anders sagen.

Diese neue Linie ist für uns Sozialisten gar nichts Neues und von uns schon seit vielen Jahren gefordert worden. Meine Damen und Herren! Sie können in den stenographischen Protokollen der letzten Jahre nachlesen, was heute als Leitbild einer modernen Agrarpolitik vom Bauernbund selbst gefordert wird.

Jetzt stellen wir also mit Befriedigung fest — es ist eine Befriedigung, wenn man einen Andersgläubigen bekehren kann —, daß auch die Spitzenfunktionäre des Bauernbundes, allerdings unter dem harten Druck der Realitäten und vielleicht unter der noch härteren Faust des Finanzministers, auch zur gleichen Ansicht gekommen sind (*Widerspruch bei der ÖVP*) — natürlich, er hat euch ja ziemlich stark beschränkt —, wenn sie unsere Landwirtschaft, die einem größeren Wettbewerb ausgesetzt ist, erhalten wollen.

Da aber diese Erkenntnis so spät gekommen ist, werden in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation große Nachteile auftreten, weil damit der Umstellungs- und Anpassungsprozeß außerordentlich erschwert wird, wie das Budget 1968 zeigt. (*Abg. Dr. Gorbach: Ui jegerl!*)

Nach der „Presse“ vom 12. September 1967 hat — ich hoffe nicht, Herr Altkanzler, daß Sie mit mir Agrarpolitik betreiben wollen — Minister Schleinzner auf der Präsidentenkonferenz in Linz den neuen Kurs der Agrarpolitik deklariert. Er sagte damals, daß die Vorstellungen der Agrartechnokraten — da kann man sagen, jetzt schieben wir das ein bisserl ab, wir schieben das auf die Agrartechnokraten ab (*Abg. Probst: So etwas gibt es auch?*), und dann werden wir sehen, wie sich die Funktionäre diesen Auffassungen anschließen —, die vorläufig noch von den politischen Vertretern der Bauernschaft abgelehnt werden — das hat er tatsächlich gesagt —, auf ein der EWG angepaßtes Marktordnungssystem hinauslaufen, das keine garantierten und fixen Preise kennt, sondern auf Interventions- und Richtpreise ausgerichtet ist. Eine solche Lösung hat der Herr Minister Schleinzner auch den Agrariern in Linz vorgeschlagen.

Allerdings las man in der „Presse“ vom 17. September 1967 — das ist „Die Presse“, wohlgemerkt —, daß die Bauern der Kärntner Landwirtschaftskammer zum Beispiel eine Erhöhung des Krisengroschens, um das Problem des Milchüberschusses zu regeln, scharf ablehnen. Unter anderem wurde in der Resolution jede Belastung des Produzentenmilchpreises durch einen Krisengroschen oder durch andere Preisabzüge — derzeit spricht man schamhaft von Absatzförderungsbeiträgen — abgelehnt. Ebenso wies die Kammer die indirekten Belastungen durch Kosten erhöhungen über die Futtermittel zurück, was auf Vorschläge zur Behebung des Getreideüberschusses zurückzuführen war.

Im Gegensatz zu den lauten Protesten der Spitzenfunktionäre des Bauernbundes, keine wie immer gearteten Belastungen auf sich zu nehmen, wurden diese Forderungen in der Endphase des Budgetkampfes der drei Bünde in der ÖVP sehr stark beschränkt. Sie mußten die Kürzung der Kredite für Förderungen — ich gebe zu, mit Ausnahme des Grünen Planes — um 20 Prozent vornehmen. Gestrichen wurde die Stützung für die Futtermagermilch im Ausmaß von 40 Millionen Schilling. Gestrichen wurden die Exportstützungen für Käse. Der Krisenfonds wurde von zwei Groschen auf fünf Groschen erhöht, wodurch weitere 60 Millionen Schilling — vielleicht sogar mehr, wenn die Milchproduktion noch steigt — für die Absatzverwertung der Milcherzeugnisse zur Verfügung stehen.

Wäre es aber nach dem Herrn Finanzminister Dr. Schmitz gegangen — (*Abg. Dr. Gorbach: Jetzt wird es gefährlich!*) ja, der redet halt immer so viel, Herr Altbundeskanzler, ich kann nichts dafür —, so würde die Situation für einen größeren Teil unserer Landwirtschaft noch wesentlich anders ausschauen.

Es erklärte nämlich der Herr Finanzminister Dr. Schmitz in einem Interview vom 6. September 1967 in der „Wochenpresse“ folgendes — ich zitiere wörtlich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten: „In einem Jahr, in dem man mit viel Zivilcourage Preisstützungen zu Lasten der Konsumenten abgebaut hat, könnten nicht die Produzentenstützungen erhöht werden.“ Trotzdem hat der Herr Finanzminister im Budget 1968 für die Milchpreisstützung gegenüber 1967 um 311 Millionen Schilling mehr gegeben.

Herr Minister Schmitz erklärte weiter, man müsse vielmehr die Bauern dazu bringen, selbst ihre Absatzchancen zu errechnen und danach die Produktion zu steuern. Der Krisengroschen, den die Milchproduzenten

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

für jeden Liter Milch in einen Fonds zahlen müssen, soll — nach Finanzminister Schmitz — wesentlich erhöht werden. Der Krisengroschen von 2,1 Groschen bei einem Milchpreis von 2,30 S sei entschieden zu wenig. — Nicht ich, sondern der Herr Finanzminister Schmitz hat dies gesagt.

Er führte weiter aus, es sei ein Unfug, daß der Steuerzahler zunächst Futter- und Düngemittel subventionieren müsse, damit durch die bessere Milchproduktion eine höhere Milchsubventionierung notwendig wird.

Und zur Höhe des Krisengroschens meinte der Herr Finanzminister Dr. Schmitz, etwa der zehnfache Betrag des jetzigen Opfers wäre gerade recht, das heißt, er plädiert für einen Krisengroschen von 20 Groschen pro Liter Milch.

Allerdings mußte er unter dem massiven Druck des Bauernbundes seine Meinung sehr rasch und sehr endgültig revidieren, denn er hat sich plötzlich mit einer eineinhalbfachen Erhöhung, nämlich von 2 Groschen auf 5 Groschen, begnügt oder begnügen müssen.

Und nun, meine Herren von der agrarischen Seite, was sagen Sie eigentlich zu dieser Bauernfeindlichkeit — Sie können es auch Bauernfreundlichkeit nennen — eines Ihrer Partei angehörigen Finanzministers, der Bauernfeindlichkeit, die Sie uns immer unter dem Motto von Neidkomplexen vorwerfen? (*Abg. Dr. Gorbach: Fachleutner, er meint dich!*)

Meine Damen und Herren! Im Kampf um das Budget 1968 waren weder Sie, Herr Landwirtschaftsminister, noch der Herr Minister Schmitz Sieger. Es wurde vielmehr eine echt österreichische Lösung gefunden, die sich allerdings letzten Endes immer wieder auf dem Rücken der Konsumenten auswirken wird. Per Saldo hat die Landwirtschaft doch immerhin von ihren Milliardenforderungen für das Budget 1968 178 Millionen Schilling erhalten. (*Abg. Deutschmann: Ist das zuviel?*) Meine Herren! Sie können sich nach mir zum Wort melden und begründen, ob das viel oder wenig ist. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Fragen Sie den Finanzminister! — Abg. Minkowitsch: Von Ihnen hätten wir es gern gewußt!*) Ich stelle fest, daß Sie von Milliardenforderungen 178 Millionen Schilling erhalten haben. Das ist eine Feststellung, über die Sie nachher reden können. (*Abg. Peter: Herr Dr. Weihs! Sie sollen den Bauernbund heute nicht überfordern! — Heiterkeit.*) Ich bin nicht zuständig für Hilflosenzuschüsse, Herr Kollege. (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Hohes Haus! Ich muß noch etwas dazu sagen. Auch nicht wieder zu Ihrer Freude, meine Damen und Herren, verlangte Ihr Parteifreund, der Präsident der Bundeswirtschaftskammer Ing. Sallinger, einen höheren Beitrag der Landwirtschaft zum Budget und warnte insbesondere vor den Folgen einer Preiserhöhung bei Speiseölen und Margarine, die gerade die Bauern in der Meinung, daß durch eine Erhöhung des Margarinepreises mehr Butter abgekauft würde, so strikte verlangt haben. Meine Herren vom Bauernbund! Ich glaube, es ist keine Neuigkeit, wenn ich Ihnen sage, daß Sie dann immer noch 2 kg Margarine um den Preis von 1 kg Butter erhalten werden.

Und das werden sich die „braven Konsumenten“ — ich muß Sie wieder zitieren, Herr Kollege Fachleutner (*Abg. Fachleutner: Sehr nett!*) —, wie Sie in Ihrer vorjährigen Budgetrede uns Konsumenten bezeichnet haben, keineswegs gefallen lassen, wenn sie laufend Belastungen für eine vollkommen falsche Agrarpolitik übernehmen müssen.

Aber zurück zum Ausgang des Budgetkampfes für das Jahr 1968. Dem Herrn Landwirtschaftsminister ist es, wie ich bereits gesagt habe, gelungen, für die Milcherzeugung um 311 Millionen Schilling mehr Stützung zu bekommen, damit der Milchpreis, wie er selbst gesagt hat und auch heute wiederholt hat, erhalten werden kann.

Für die Überschußverwertung bei Milch und Getreide werden den Produzenten allerdings unter dem Motto „neuer Kurs für Agrarpolitik“ Millionen Schilling wieder weggenommen. Das Motto heißt nämlich „Anpassung an die Marktordnungssysteme der EWG“. Dieses auf eine Preismanipulation hinauslaufende System bedeutet die Aufgabe der bisherigen festen Preise und läßt Preisschwankungen nur innerhalb bestimmter Grenzen zu. Außerdem besteht keine Garantie mehr, wie wir sie heute bei uns in Österreich haben, daß jede produzierte Menge Milch und Getreide auch von den zuständigen Betrieben übernommen werden muß.

Aber vorläufig kann ich Sie, meine Herren, beruhigen. Vorläufig brauchen Sie gar keine Angst davor zu haben, daß Sie die EWG-Preismanipulation jetzt trifft, weil die Landwirtschaft Österreichs in Brüssel nicht das erreichen wird, was ihr die Spitzenfunktionäre des Bauernbundes seit Jahren eingeredet haben. Die EWG ist nicht bereit, auf eine Harmonisierung der Agrarmärkte mit Österreich einzugehen. Die österreichische Landwirtschaft wird für ihre Produkte, wie die EWG-Vertreter dem Herrn Landwirtschaftsminister selbst anlässlich seines Besuches in

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Brüssel eindeutig erklärt haben, lediglich mit Präferenzzöllen rechnen können, obwohl sich die österreichischen Verhandlungspartner im Mai 1967 in Brüssel bereit erklärt haben, zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen die inländische Agrarmarkordnung dem Agrarsystem der EWG anzupassen.

Unsere Landwirtschaft würde durch die Integration vielleicht den Vorteil höherer Durchschnittseinkommen gewinnen. Sie müßte sich aber dazu mit einem geringeren wirtschaftspolitischen Einfluß, mit weniger Geborgenheit, als sie heute besteht, mit mehr Wettbewerb und verstärktem Zwang zur Orientierung auf dem Markt abfinden. Fixe Erzeugerpreise, direkte Beihilfen, regionale Ausgleichs, wie zum Beispiel der Transportausgleich bei der Milch und so weiter, Preisausgleichs zwischen zwei Produkten oder verschiedenen Produkten sind in der EWG nicht mehr vorgesehen. Da aber Österreich ... (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*) Natürlich nicht, Herr Kollege, Sie sind nicht vorgesehen. Da aber Österreich zur Ausstattung ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*) Ach so, entschuldigen Sie, ich habe gedacht, Sie wollten meine Worte in Zweifel ziehen. (*Abg. Dr. Gorbach: Unterstrichen hat er Ihre Worte!*) Dann ist es ja gut, meine Herren, dann kann ich ja weiter fortfahren.

Da aber Österreich zur Ausstattung der Landwirtschaftsbetriebe und zur Veränderung der Einkommen große Beihilfen gewährt, würden sich gerade in diesem Punkte in Österreich Schwierigkeiten ergeben.

Im Gegensatz zu einer solchen Anpassung verlangten alle Bauernführer allerdings in Österreich in allen möglichen Resolutionen und Protesten (*Zwischenruf bei der ÖVP*) — sagen Sie den Kollegen, sie sollen nicht so schreien, dann brauche ich auch nicht so zu schreien und dann hören sie mich besser — im Laufe des Jahres und besonders vor Abschluß des Budgets, die Einhaltung — und ich betone jetzt: die Einhaltung — der zusätzlichen Abnahmeverpflichtungen und des gesetzlichen Erzeugerpreises und lehnten die Erhöhung der Preise für Futtergetreide und Eiweißfuttermittel strikte ab.

Allerdings war der Finanzminister in der letzten Phase des Budgetkampfes, die mit den drei Obmännern der Bünde und dem Herrn Generalsekretär Dr. Withalm stattfand, in allen Punkten stärker als die Wünsche der Bauern.

Die Futtermittelpreise wurden erhöht, die Stützung für Magermilchpulver wurde aufgehoben, wie ich schon einmal erwähnte, dem Milchwirtschaftsfonds zur Strukturereinigung der Molkereien, wie man jetzt so

modern und neuerlich sagt, wurden 110 Millionen Schilling gestrichen und eine Mitfinanzierung der Produzenten für ihre Exporte und für die Verwertung von Milch- und Getreideerzeugnissen durch Erhöhung des Krisenfonds bei Milch und durch Einbehaltung von 7 Groschen beziehungsweise von 3 Groschen bei Getreide erzwungen.

Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß die Agrardebatte von so wenigen agrarischen Abgeordneten mitangehört wird. Nur einer sitzt auf der Lauer. Der hört zu. (*Abg. Dr. Gorbach: Der „Völkische Beobachter“!*) Nein, nein, da oben sitzt er. (*Heiterkeit.*) — Ich habe das Gefühl, Sie glauben nicht an die Agrarpolitik dieser Regierung. (*Abg. Peter: Die Agrarier glauben nicht mehr an die Zukunft! — Gegenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Die haben sie ja genau. Aber Herr Kollege, Sie kennen doch meine Stellungnahme. Das ist doch nichts Neues. Ich kenne doch Ihre auch schon sehr genau, nicht wahr?

In der EWG sind, wie bekannt, keine garantierten Abnehmerpreise, keine garantierte Abnahme, sondern nur sogenannte fixierte amtliche Richtpreise vorhanden.

Wenn ich Ihnen jetzt an einem Beispiel zeige, wie sich das auswirkt, darf ich folgendes bemerken: Nach Berichten aus der Bundesrepublik Deutschland erzielten die Bauern im Jahre 1966 bei 3,7 Prozent Fett einen Milchpreis von rund 2,15 S je Kilogramm, der für das Jahr 1967 mit 2,20 S je Kilogramm geschätzt wird, wobei in Deutschland die im Juni 1967 wirksam gewordene Erhöhung des Trinkmilchpreises bereits berücksichtigt ist. Meine Damen und Herren! Bei uns bekommen Sie immerhin noch 2,30 S, hat die Milch aber einen höheren Fettgehalt, dann 2,40 S. Diese Tatsachen, meine Herren Vertreter vom Bauernbund — leider sind nicht alle da — haben ... (*Abg. Fachleitner: Auch Ihr einziger ist nicht da! Wo ist Kollege Pfeifer?*) — Ich habe gesagt: vom Bauernbund! Herr Kollege, Sie hören schlecht; andernfalls hätte ich gesagt: Arbeitsbauernbund.

Diese Tatsachen haben Sie, meine Herren vom Bauernbund, Herr Kollege Fachleitner, bisher den Bauern wohlweislich verschwiegen, weil Sie nur einen möglichen Vorteil in der EWG sehen, und den hat hier der Herr Präsident Griebner heute angezogen, nämlich den Absatz von Vieh und Fleisch. Sie sind der Meinung, daß nach den Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes ein jährlicher Mehrertrag von einemviertel Milliarden Schilling eintritt. So hat das Wirtschaftsforschungsinstitut diese Exporterhöhung geschätzt. Aber gleichzeitig und im selben Artikel hat das Wirtschaftsforschungsinstitut allerdings ge-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

sagt, daß alle jene Erzeuger, die pflanzliche Produkte herstellen, eine halbe Milliarde verlieren, daß die Betriebsmittel im Preis steigen und daß letzten Endes die gesamte Landwirtschaft per saldo nur eine halbe Milliarde Schilling mehr erreichen wird. Alle übrigen Erzeugnisse, mit Ausnahme des Fleisches, werden den Wettbewerb mit der EWG nicht bestehen, sie werden schwere Einbußen erleiden, und das wird dann schwere Folgen für unsere Landwirtschaft nach sich ziehen.

Herr Kollege Minkowitsch, auch mit dem Wein werden Sie in der EWG Schwierigkeiten haben, wenn Sie sich die riesigen Überschüßländer Frankreich und Italien vor Augen halten. (*Abg. Minkowitsch: Wir erzeugen etwas anderes als die Überschüßländer!*) Das mag schon sein, es ist nur die Frage, wer es dann abkauft. (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*) In Ihrem Interesse will ich das hoffen.

Meine Herren! Sie übersehen aber dabei auch, daß eine Änderung in den Preisen für Agrarprodukte und Betriebsmittel sehr komplizierte Anpassungsvorgänge auslösen würde, da dadurch automatisch ein stärkerer Zug zur Veredelungswirtschaft, im besonderen eine forcierte Rindfleischproduktion eintreten würde, deren Absatz zurzeit, wie Herr Präsident Gießner mir und Ihnen allen auch gesagt hat, mit großen Schwierigkeiten verbunden ist und vielleicht auch noch zu großen Schwierigkeiten führen könnte.

Gerade der Rindfleischpreis war es aber, der im Mittelpunkt der Preisdebatte des Ministerrates der EWG stand. Bestimmend dafür waren die Bauernunruhen mit Traktorauffahrten in Frankreich und in Belgien und die harten Forderungen eines großen Kreises von Landwirten in verschiedenen EWG-Staaten.

Die Landwirte drängten auf höhere Preise. Wer will das nicht? (*Ruf bei der ÖVP: Mit Recht!*) Wer will das nicht, habe ich gesagt. Doch auch die Minister, nämlich die Landwirtschaftsminister der EWG, wußten interessanterweise, daß die EWG-Kommission recht hat, wenn sie vor Preiserhöhungen warnt; denn diese regen bekanntlich die Produktion an, ob das nun bei uns der Bauernbund, dort die Bauernverbände wahrhaben wollen oder nicht. Schon jetzt drücken die Butterberge in der EWG — meine Damen und Herren, derzeit liegen 300.000 t auf Lager —, schon jetzt läßt sich sehr deutlich erkennen, daß noch höhere Preise oder garantierte Abnahmen zu noch größeren Mengen und damit zu noch größeren Stützungsaktionen und damit zu noch größeren Schwierigkeiten in den Bud-

gets der einzelnen EWG-Staaten führen würden. Wären noch höhere Preise vereinbart worden, als sie, ich glaube, in einer Sitzung von 30 Stunden letztlich vereinbart wurden, dann hätten die Steuerzahler die Zeche bezahlen müssen. — So, meine Damen und Herren, die Auffassung der Landwirtschaftsminister der EWG, wie ich eingangs sehr deutlich hervorgehoben habe.

Was gibt es daher in diesen Ländern und vor allem im Analogieschluß auch bei uns in Österreich für einen Ausweg aus diesem Dilemma? Dieser Ausweg heißt Strukturvereinbarung, mit anderen Worten, zielgerechte Förderung der Betriebsvergrößerung in der Landwirtschaft, damit die landwirtschaftlichen Nutzflächen auch von wenigen Menschen bearbeitet werden können und damit der Gesamtertrag der Ernte weniger Familien besser entlohnern kann. Unbestritten ist es zum Beispiel in der EWG — und ich glaube, da Sie alle so sehr für die EWG sind, werden Sie sich diesen Ansichten akkommodieren —, daß für die Bewirtschaftung der Agrarflächen auch weniger Arbeitskräfte ausreichen, ohne daß damit Ernten und Erträge sinken müssen.

Es kam daher nicht von ungefähr, daß der EWG-Vizepräsident Mansholt vor dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft feststellte, daß es auf die Dauer unmöglich sei, nur über die Markt- und Preispolitik innerhalb einer vernünftigen Frist den europäischen Bauern ein angemessenes Einkommensniveau zu sichern. Notwendig ist ein Agrarprogramm. Was sagen Sie, meine Herren vom Bauernbund, zu dieser Tatsache, daß man in der EWG auch Programme zuläßt und nach Programmen arbeitet, bei uns aber laufend Programme oder Konzepte, oder wie immer Sie das nennen wollen, strikte negiert? (*Abg. Dr. Gorbach: Sparprogramm!*) Das hält die Regierung mit den Bauern, Herr Altkanzler, sie spart bei ihnen.

Der Kern dieses Programms, das der Vizepräsident der EWG Mansholt forderte, soll eine gemeinsame europäische Strukturpolitik sein, mit deren Hilfe die Markt- und Preispolitik ergänzt werden müsse.

Noch schockierender für die europäischen Landwirtschaftsminister und die europäische Landwirtschaft waren die Vorstellungen Mansholts — ich betone noch einmal, damit nicht wieder eine Legende entsteht: des Vizepräsidenten Mansholt! — über die künftige Größe eines Bauernhofes. Mansholt sagte, künftig werden tatsächlich nur Betriebe von mindestens 30 ha mit 80 bis 100 Kühen und zwei fremden Arbeitskräften rentabel sein. Kollege Zittmayr, bitte, das dazuzuschreiben!

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

In seinen Ausführungen forderte Mansholt dann noch nationale Pläne zur Verbesserung der Agrarstruktur, die auch — man höre — in den Rahmen des mittelfristigen Wirtschaftsprogramms der EWG passen müßten, wobei gleichzeitig auch Regionalpolitik betrieben werden soll und damit die Industrialisierung sogenannter unterentwickelter Gebiete eine Rolle spielen soll.

Für uns Sozialisten — muß ich hier wieder feststellen — ist auch das nichts Neues, denn unsere Vorschläge und Forderungen zielen schon seit Jahren auf ein solches Agrarprogramm ab, zu dessen Erarbeitung wir unsere Mithilfe oftmals angeboten haben. Ich glaube, mich erinnern zu können, daß wir dieses Angebot auch letztes Jahr dem Herrn Landwirtschaftsminister Schleinzer gemacht haben. Allerdings hat er davon keinen Gebrauch gemacht.

Aber Sie, meine Herren vom Bauernbund, haben zu diesen unseren Angeboten, wie Herr Generalsekretär Dr. Withalm bei einer anderen Gelegenheit — er ist leider nicht da, sonst hätte ich ihm gern das ins Gesicht gesagt — sich auszudrücken beliebt, „mit keinem Ohrwaschl gewackelt“, und sie stehen heute daher vor einem fast unlösbaren Debakel. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, der Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat die „Priorität der Ohrwascheln“.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen von der Warte eines Konsumenten zu dieser unserer Meinung nach verfehlten Agrarpolitik.

Der stark ansteigenden Milchschwemme wurde von den bäuerlichen Organisationen und vom Herrn Landwirtschaftsminister leider auch bis zum Herbst noch keine wesentliche Bedeutung beigemessen, obwohl wir Sie schon immer darauf hingewiesen haben und Ihnen erklärt haben, daß es gut wäre, etwas dagegen zu unternehmen. Es wurden daraus aber keine Konsequenzen gezogen, sondern man hat eher den Zustand verniedlicht, verkleinert, bis man jetzt vor den harten Realitäten steht.

Der Bauernbund betrachtete es als selbstverständlich, die Milchproduktion — koste es dem Staat, den Konsumenten oder auch damit den Steuerzahlern, was es wolle — nach freiem Belieben steigern zu dürfen!

Nun geht aber ein solches Verhalten auf die Dauer nicht und muß zu einer Katastrophe führen, weil trotz der gewährten hohen Subventionen eines schönen Tages kein Geld mehr vorhanden sein wird, um die vollen oder um überhaupt Unterstützungsbeträge zu zahlen. Trotzdem wurden keine Maßnahmen eingeleitet, damit die Produktion an die Nachfrage angepaßt wird.

Aber welche Konsequenzen hätten eigentlich gezogen werden müssen?

Der wichtigste Aspekt wurde bisher nicht oder kaum berücksichtigt! Man hat bis heute in der Frage der Qualität noch sehr wenig unternommen. Auf diesem Gebiet sieht es bei uns noch verhältnismäßig sehr schlecht aus. Aber gerade an der Qualität des Rohproduktes sind die Konsumenten sehr interessiert.

Diese muß man aber heute noch sehr stark heben, wenn hochwertige Fertigerzeugnisse hergestellt werden sollen. Erst dann könnte der Konsum gesteigert, im Inland mehr abgesetzt und dafür weniger zu hohen Verlusten exportiert werden.

Aber noch einen zweiten Aspekt darf ich hier erwähnen, der im Zusammenhang mit der Milchschwemme steht.

Glauben Sie nicht auch, Herr Landwirtschaftsminister, daß man noch mehr im Inland absetzen könnte, wenn die Preise für die diversen Erzeugnisse billiger wären und wenn Sie, wie es heute in Westeuropa gang und gäbe ist, die Preise entsprechend dem Angebot und der Nachfrage anpaßen?

Wir sind überzeugt — Sie gehen ja jetzt ein kleines Schrittel mit der verbilligten Abgabe eines halben Kilos Butter —, wir sind überzeugt davon, daß noch weite Kreise von Konsumenten erschlossen werden könnten, wenn sie ihrer Kaufkraft entsprechend in die Lage versetzt werden, solche Produkte zu erstehen.

Was machen Sie dagegen? Sie schöpfen die Kaufkraft ab, erhöhen zum Beispiel den Margarinepreis und glauben, daß damit das Problem der Milchschwemme gelöst ist.

Die Kindlichkeit solcher Auffassung, meine Damen und Herren, ist nur ein Ausfluß einer schlechten Politik, die Sie nun auf dem Rücken der Konsumenten austragen wollen.

Machen Sie, Herr Minister, eine bessere Konsumentenpolitik, und Sie werden in der Zukunft mit geringeren Schwierigkeiten zu rechnen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Leimböck. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Leimböck** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es wurde heute von dieser Stelle aus bereits betont, daß im Rahmen unserer Volkswirtschaft eine Vielzahl von Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen besteht. So möchte ich aus der Sicht der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs zum gegenständlichen Budgetkapitel „Land- und

Leimböck

Forstwirtschaft“ Stellung nehmen. Ich tue dies in der festen Überzeugung, daß die Entwicklung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft nicht ohne Bedeutung für unseren Fremdenverkehr sowie für Handel, Gewerbe und Industrie ist.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir sind uns dessen bewußt, daß die österreichische Land- und Forstwirtschaft neben ihrer eigentlichen Produktionsleistung auch eine Reihe sogenannter überwirtschaftlicher Leistungen erbringt. Die Erhaltung des Siedlungsraumes und die Pflege unserer Landschaft sind außerordentlich wichtige Faktoren für unser aller persönliches Wohlergehen, aber auch unsere Wirtschaft. Nicht nur für die heimische Bevölkerung wird so der dringend benötigte Erholungsraum gesichert, sondern es werden dadurch auch für den Fremdenverkehr wesentliche Voraussetzungen geschaffen und erhalten.

Welche Bedeutung der Fremdenverkehr für die Entwicklung der österreichischen Zahlungsbilanz hat, ist uns allen bewußt. Ich möchte hier nur das letzte Heft der „Agrarischen Rundschau“ erwähnen, in dem sehr interessante Beiträge zu diesem Thema aus der Sicht der Land- und Forstwirtschaft enthalten sind.

Daß man solche Diskussionen führt, ist in einem Fremdenverkehrsland sehr erfreulich. Eine rechte „Fremdenverkehrsgesinnung“ sollen nicht nur die unmittelbar im Fremdenverkehr beschäftigten Kreise, sondern alle Österreicher laufend unter Beweis stellen.

Ich möchte heute darauf hinweisen, daß die Land- und Forstwirtschaft auf vielfältige Weise am Ertrag der Fremdenverkehrswirtschaft teilhaben kann. Einerseits bestehen durch den Fremdenverkehr Möglichkeiten einer Erweiterung des Absatzes für landwirtschaftliche Erzeugnisse, andererseits bietet der Fremdenverkehr gerade für die Landwirtschaft eine willkommene Nebeneinnahme und trägt solcherart zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Betriebe in Österreich bei.

Die Fremdenverkehrswirtschaft bezieht von der Landwirtschaft eine Reihe von Produkten zur Versorgung der Gäste. Beispielsweise im Jahre 1965 wurden 2,6 Milliarden Schilling von ihr für die Deckung des Bedarfes ausländischer Gäste an die Landwirtschaft weitergegeben. Davon verbleiben der Landwirtschaft nach Abzug der Vorleistungen im gleichen Zeitraum 1,87 Milliarden Schilling aus dem Ausländerfremdenverkehr, das sind 12 Prozent aller Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte diese Form des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte als einen indirekten Export von Agrarprodukten bezeichnen. Wertmäßig kommt dieser indirekte Export der effektiven Ausführquote sehr, sehr nahe.

Da der moderne Fremdenverkehr weitgehend vom Erholungsgedanken getragen wird, konzentrieren sich seine Schwerpunkte nicht selten in ausgesprochen bergbäuerlichen Gebieten. In jenen Regionen findet der Urlauber landschaftlichen Reiz in Verbindung mit erholsamer Ruhe.

Es ist in der Struktur des Fremdenverkehrs gelegen, daß das Bettenangebot von relativ wenigen größeren Betrieben und einer Vielzahl kleinerer und kleinster Anbieter erbracht wird. Damit kommen die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr in sehr breiter Streuung Familien zugute, die, wie ich vorhin ausgeführt habe, ein subsidiäres Einkommen neben der Landwirtschaft zur Sicherung ihrer Existenz benötigen.

Der besonders von kinderreichen Familien neuerdings bevorzugte Urlaub im Bauernhaus ist auch für den lokalen Handel nicht uninteressant. Da auf Grund der fortschreitenden Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe Nahrungsmittel zugekauft werden, entstehen durch diese in den letzten Jahren beliebt gewordene Art des Urlaubs neue Absatzmöglichkeiten für unseren Handel.

Ich möchte hier feststellen, daß es keinen Konkurrenzkampf zwischen der Fremdenverkehrswirtschaft und den bäuerlichen Vermietern geben muß, wendet sich doch das Angebot beider Bereiche an ein völlig verschiedenes Publikum. Es wird daher sinnvoll sein, zusammenzuarbeiten und auf die gegenseitige Entwicklung Bedacht zu nehmen, wenn sich insgesamt ein günstiger Erfolg für unsere Volkswirtschaft ergeben soll. Land- und Forstwirtschaft und Fremdenverkehr sind also zwei Bereiche, die sich sehr, sehr eng berühren, die aufeinander angewiesen sind und die in der Folge eine Vielzahl gemeinschaftlicher Anliegen haben.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß der ländliche Raum auf dem Gebiete der Infrastruktur unterversorgt erscheint. Die sich daraus ergebenden Probleme, wie etwa in bezug auf den Ausbau der Verkehrswege, sind nicht allein ernste Anliegen der Landwirtschaft, sondern auch der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs.

Es gibt aber noch andere Berührungspunkte zwischen gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft.

Leimböck

Die Entwicklung der letzten Jahre hat für die österreichische Land- und Forstwirtschaft die Notwendigkeit einer Anpassung an die geänderten Verhältnisse mit sich gebracht. Nicht nur in Österreich besteht dieses Problem, ähnlich zeigt es sich in fast allen Industriestaaten der westlichen Welt. Die sich in der Folge ergebende Umstellung der Produktionsbedingungen schafft dem technischen Fortschritt auch in der Land- und Forstwirtschaft freie Bahn. Da derartige Maßnahmen aber oft über die Leistungskraft eines einzelnen Betriebes hinausgehen, hat die öffentliche Hand — wie in den meisten anderen Staaten der freien Welt — dieser Tatsache Rechnung getragen. Der heute bei diesem Kapitel mitbehandelte Grüne Plan ist ein wirksames Instrument, um der Landwirtschaft auf ihrem Wege zu helfen.

Die Mechanisierung und Technisierung in der Land- und Forstwirtschaft bringt auch eine andere Funktion dieses Wirtschaftszweiges in den Mittelpunkt der Betrachtungen — die Funktion der Land- und Forstwirtschaft als Auftraggeber für Handel, Gewerbe und Industrie. Erhaltung und Pflege des Maschinenparks, der Neubau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und die Anpassung an den modernen Wohnkomfort bringen Aufwendungen mit sich, die in die Milliarden Schilling gehen. Demgemäß ist die gewerbliche Wirtschaft sehr daran interessiert, daß die Entwicklung in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft so verläuft, daß die Investitionen möglich sind.

Abschließend möchte ich sagen, daß im Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft auch die für die gesamte Volkswirtschaft so bedeutenden Fragen des Schutzwasserbaues behandelt werden. Ich möchte an dieser Stelle anerkennend hervorheben, daß der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nach den Unwetterkatastrophen der vergangenen Jahre in ganz Österreich rasche und wirksame Hilfe angedeihen ließ. Durch diese Arbeiten wurden nicht nur Arbeitsplätze gesichert, sondern auch die Wirtschaft erhielt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Aufträgen. Als Salzburger Abgeordneter danke ich dem Herrn Bundesminister für das bewiesene Verständnis.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zum Schluß möchte ich sagen: Land- und Forstwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr sind nicht für sich abgesonderte Bereiche, die mit hohen Mauern umgeben sind. In der österreichischen Volkswirtschaft soll es keinen Gruppenegoismus, sondern ein einträchtiges Miteinander geben, weil wir nur dann den Aufgaben der Zukunft gewachsen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pansi (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf mich im Rahmen der Budgetdebatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft vor allem wieder mit den Problemen der Arbeiter dieses Wirtschaftszweiges beschäftigen. Ihre berechtigten Wünsche werden ohnehin nicht gern gehört und sehr oft im zuständigen Kreis auch überhört. Die Richtigkeit meiner Feststellung wird durch den Grünen Bericht bestätigt.

Ein kurzer Abschnitt dieses Berichtes — es sind nicht ganz zwei Seiten und einige Tabellen — stellt auch die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstarbeiter dar. Dieser Abschnitt ist zweifellos der unerfreulichste des ganzen Grünen Berichtes.

Die wirtschaftliche Lage der Land- und Forstarbeiter ist im Vergleich zu anderen Berufsgruppen im Jahre 1966 nicht besser, sondern wesentlich ungünstiger geworden. Hatte die Differenz zwischen den Löhnen der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und jenen in den anderen Berufsgruppen im Jahre 1961 monatlich 389 S betragen, so ist sie in fünf Jahren, also bis zum Jahre 1966, auf 680 S monatlich angestiegen. Die tatsächlichen Verhältnisse sind aber noch wesentlich ungünstiger. Von den Land- und Forstarbeitern sind jährlich rund ein Viertel zwei bis drei Monate, teilweise aber auch vier und fünf Monate arbeitslos. Bei diesen ist die Differenz gegenüber ihren Kollegen in den anderen Berufsgruppen noch bedeutend größer. Dieser Zustand ist für die Land- und Forstarbeiter alles andere als befriedigend.

Der Herr Abgeordnete Grundemann — er ist leider nicht hier *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Hier!)* — hat sich darüber beklagt, daß im Vorjahr für die Forstarbeiter eine Lohnerhöhung von 12 und 15 Prozent gefordert worden ist, und hat das gewissermaßen als eine unberechtigte Forderung hingestellt. Was sagen Sie denn, Herr Abgeordneter Grundemann, zu den Löhnen der Land- und Forstarbeiter, die um 680 S monatlich unter den Löhnen der übrigen Berufsgruppen liegen? *(Abg. Grundemann-Falkenberg: Das ist ein Zahlenspiel!)* Das ist kein Zahlenspiel! Nehmen Sie den Grünen Bericht zur Hand und schauen Sie sich diesen an! Ich nehme nicht an, daß Sie den Grünen Bericht, der vom Landwirtschaftsministerium erstellt wird, anzweifeln; denn das Ministerium ist ja seit jeher unter ÖVP-Führung. Sie können dann nicht uns vorhalten, es sei eine Zahlenspielerlei; sie finden das im Grünen Bericht

Pansi

Bitte sehen Sie dort nach, und dann werden Sie zugeben müssen, daß die von mir genannten Zahlen diesem Bericht entstammen und nicht von irgendwo hergenommen werden. (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Gilt das auch für die Forstwirtschaft?*)

Noch krasser als in den genannten Zahlen kommt die ungünstige wirtschaftliche Lage einzelner Gruppen zum Ausdruck, wenn man die im Tabellenanhang des Grünen Berichtes enthaltenen Löhne näher untersucht. Die Löhne der Landarbeiter in den Gutsbetrieben, also in den Großbetrieben, weisen noch halbwegs ein Niveau auf; sie liegen aber ebenfalls erheblich unter den Löhnen vergleichbarer Berufsgruppen. Bei den Landarbeitern in den bäuerlichen Betrieben hingegen ist die Lohnhöhe teilweise katastrophal. (*Abg. Steiner: So wie beim Bauern selbst!*)

Der leichteren Vergleichsmöglichkeit wegen habe ich die angegebenen Monatslöhne in Stundenlöhne umgerechnet. Der Wert der freien Station ist voll berücksichtigt. Es handelt sich also um Bruttolöhne.

So erhält — immer wieder laut Grünem Bericht — der Traktorfürer — dieser ist heute in der Landwirtschaft neben dem Melker unbestritten die Hauptperson — in Tirol einen Stundenlohn von 11,59 S. Ein solcher Lohn entspricht unserer Meinung nach bei weitem nicht der Qualifikation und Leistung dieser Berufsgruppe. Er ist aber der höchste Lohn, den wir im Grünen Bericht überhaupt finden. In Salzburg bekommt ein Traktorfürer — schade, daß der Herr Präsident Griebner nicht hier ist, aber der Herr Kollege Steiner ist ja anwesend — sage und schreibe einen Stundenlohn von 6,77 S. (*Abg. Steiner: Das gibt es ja gar nicht!*) Die Löhne in den anderen Ländern liegen dazwischen. Der Stundenlohn für den Feldarbeiter liegt zwischen 10,67 S in Tirol und 6,36 S in Oberösterreich und jener für eine Landarbeiterin zwischen 9,24 S in Tirol und 6,10 S in der Steiermark. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Herr Präsident Pansi! Die familieneigenen Arbeitskräfte haben nicht einmal diesen Lohnanspruch! Sagen Sie das auch!*) Ich komme ja auf die Gründe noch kurz zurück, Herr Abgeordneter Zittmayr. Sie wissen ja, welches die hauptsächlichsten Ursachen dieses Zustandes sind. Geben Sie nicht uns die Schuld, sondern suchen Sie die Schuld in der Agrarpolitik; denn seit es eine Agrarpolitik gibt, ist stets ein konservativer Landwirtschaftsminister für die Agrarpolitik verantwortlich gewesen. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*)

Ich darf Sie aber auch eines fragen, Herr Abgeordneter Zittmayr: Warum ist es mög-

lich, daß in Tirol doch fast doppelt so hohe Löhne bezahlt werden wie im Nachbarland Steiermark oder in dem ausgesprochenen Großbauernland Oberösterreich? (*Abg. Nimmervoll: Oder in Kärnten!*) Bitte richten Sie Ihre Argumente an die Kärntner Bauernvertreter und nicht an mich, warum die Bauernvertreter in Kärnten nicht bereit sind, bei den Lohnverhandlungen bessere Löhne zuzugestehen! Ich wollte das ohnehin feststellen, Herr Kollege Nimmervoll. Tun Sie doch nicht so, als ob die Gewerkschaft oder die sozialistische Landarbeiterkammer schuld wäre, wenn die Bauern nicht bereit sind, bessere Löhne zu zahlen! Fragen Sie die Kärntner Bauern, warum sie nicht bessere Löhne bezahlen, aber doch nicht mich! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das ist Demagogie, wenn Sie solche Behauptungen aufstellen.

Wie hoch der Lebensstandard unserer Landarbeiter bei solchen Löhnen ist, können Sie sich selbst ausrechnen, meine Damen und Herren! Dazu kommt aber, daß diese katastrophal niedrigen Löhne auch noch eine Fernwirkung haben. Die Lohnhöhe ist entscheidend für das Krankengeld, sie ist entscheidend für das Arbeitslosengeld — ich habe ja gerade festgestellt, daß jährlich ein Viertel aller Land- und Forstarbeiter arbeitslos ist —, und die Lohnhöhe ist auch entscheidend für die Pension. Gerade bei der Pension wirkt sich dieses niedrige Lohnniveau katastrophal aus.

Die von der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt im Jahre 1966 — also nicht früher! — neu zuerkannten Alterspensionen betrugen im Durchschnitt bei den Männern — das geht noch einigermaßen — 1432,80 S und bei den Frauen 736,80 S. Die Invaliditätspensionen waren sogar noch wesentlich niedriger und haben bei Männern 832,50 S und bei Frauen — und jetzt hören Sie gut zu — 549 S betragen. Dazu darf ich aber noch bemerken, daß nur rund ein Drittel die Alterspension und zwei Drittel die Invaliditätspension bekommen. Die Schwere der Arbeit und die Witterungseinflüsse, denen die Land- und Forstarbeiter ständig ausgesetzt sind, führen viel früher zur Arbeitsunfähigkeit als in anderen Berufen.

67,08 Prozent der Invaliditätspensionisten und 52 Prozent der Alterspensionisten der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt erhalten wegen der geringen Pensionshöhe eine Ausgleichszulage. In Anbetracht dieser Verhältnisse müßte das Gefasel vom Zuviel des Guten im Bereiche der Sozialversicherung, das man immer wieder gerade in Ihren Kreisen hört, endlich ein Ende finden.

Pansi

Schade, daß der Herr Abgeordnete Scrinzi nicht hier ist. Ich hätte an ihn gerne die Frage gerichtet, wie er sich bei solchen Einkommensverhältnissen eine Reform der Krankenversicherung in der Form vorstellt, daß der Selbstbehalt eingeführt werden soll. Wie sollen Empfänger solcher Einkommen noch in der Lage sein, bei Inanspruchnahme des Arztes, des Krankenhauses und so weiter selbst einen erheblichen Teil zu bezahlen? *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi darf bei solchen Überlegungen nicht von den Einkommensverhältnissen der Ärzte ausgehen. Diese können selbstverständlich einen Selbstbehalt in Kauf nehmen, aber das können nicht hunderttausende Arbeiter und kleine Angestellte in Österreich. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)* Das möge er sich doch noch einmal sagen lassen.

Nun, Herr Abgeordneter Steiner, kurz zur Frage, ob das auch wirklich so sein muß, ob denn die Landarbeiter wirklich so stiefmütterlich behandelt werden müssen. Ich sage Ihnen: Das müßte nicht sein. *(Abg. Steiner: Bei uns werden sie auch nicht so stiefmütterlich behandelt!)* Wo bei uns? *(Abg. Steiner: In Salzburg!)* Nehmen Sie den Grünen Bericht zur Hand und schauen Sie nach, wie die Löhne in Salzburg aussehen. Ich darf Ihnen sagen, daß Herr Präsident Griebner derjenige ist, der am wenigstens bereit ist, bei Kollektivvertragsverhandlungen Zugeständnisse zu machen. *(Abg. Steiner: Da ist ein sehr wesentlicher Unterschied, Herr Abgeordneter! Soll ich Ihnen sagen, was ich für meinen Knecht zahlen muß? — Rufe bei der SPÖ: Knecht!)* Lassen Sie das Wort Knecht lieber sein, das Wort Landarbeiter paßt doch besser! — Das sind ja nicht die Löhne, die jetzt im Kollektivvertrag bei den Differenzen stehen, sondern das sind diejenigen Löhne, die bei der Sozialversicherung gemeldet sind. Oder Sie melden den halben Lohn bei der Sozialversicherung nicht *(neuerliche Zustimmung bei der SPÖ)*, dann sind Sie mit daran schuld, wenn dann später die Landarbeiter eine solch niedrige Rente bekommen, wie ich sie Ihnen eben vorgelesen habe. *(Abg. Steiner: Das wissen unsere Bauern sehr wohl! Sie machen sich schon nicht strafbar, seien Sie dessen vollkommen sicher!)* Weshalb sind dann die Renten so niedrig? Erklären Sie mir das! 500 S für die Frau! Erklären Sie mir das einmal! *(Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Steiner: Dann rechnen Sie nicht dazu, daß der Arbeitnehmer ja meistens vom Arbeitgeber auch den Krankenversicherungsbeitrag bezahlt bekommt, und dann hat er noch die Wohnung!)*

Die Differenz von 680 S, die ich Ihnen genannt habe, ist die Differenz der Bemes-

sungsgrundlage bei der Sozialversicherung, bei den Gebietskrankenkassen und bei den Landwirtschaftskrankenkassen. Das ist ja nicht die Differenz zwischen den kollektivvertraglichen Löhnen. Daher sind sie dort zu niedrig gemeldet, und daher werden die niedrigen Löhne bezahlt, oder — wie ich Ihnen schon gesagt habe — sie melden sie nicht richtig an! Eines von beiden muß nun richtig sein. Versuchen Sie zu klären, daß sie auch bei den Krankenkassen richtig gemeldet werden.

Nun dazu zurück, ob das so sein muß. Unsere Landwirtschaft bekommt ja seit vielen Jahren oder ständig viele Milliarden Schilling an Subventionen. Darüber hinaus darf ich feststellen, daß unsere Landwirtschaft im Durchschnitt europäische Preise für ihre Produkte bekommt. Das habe ich schon wiederholt festgestellt, und das ist unbestritten geblieben. Wir haben bei Getreide, Milch und Milchprodukten mitteleuropäische Preise. Wir sind einzig und allein bei den Fleischpreisen zurück, aber auch dort werden wir bald europäisches Niveau erhalten. *(Zwischenrufe.)* So sind die Preisverhältnisse. Aber bei den Löhnen sind wir gerade bei den Landarbeitern weit, weit von den europäischen Löhnen entfernt.

Wie wir dem Grünen Bericht, der meiner Meinung nach ohnehin ziemlich grau gefärbt ist — ich kenne ihn ziemlich genau, weil ich auch dieser Kommission angehöre —, entnehmen können, erzielen aber größere Betriebe recht gute Einkommen. So beträgt das Betriebseinkommen bei Betrieben in der Größenordnung von 20 bis 25 ha — laut Grünem Bericht — im nordöstlichen Flach- und Hügel-land doch immerhin 52.160 S je Arbeitsplatz im Jahr. Das sind keine schlechten Einkommen. *(Ruf bei der ÖVP: Wie groß ist es denn in Salzburg?)* Wenn in kleineren Betrieben oder in Betrieben in ungünstiger Lage geringere Einkommen erzielt werden, so ist das doch zu einem erheblichen Teil auf unsere Agrarstruktur zurückzuführen. Wir sind der Meinung, daß auf dem Gebiete der Agrarstruktur in Österreich doch manches zu geschehen hätte. Außerdem darf ich aber auch feststellen, Herr Abgeordneter Kern, daß in diesen kleinen Betrieben und in den Betrieben mit ungünstiger Agrarstruktur — das sind vor allem die Bergbauern — keine Landarbeiter beschäftigt sind. Diese sind in größeren Betrieben beschäftigt, wo größere Einkommen erzielt werden. *(Abg. Kern: Aber diese Einkommensverhältnisse werden in ganz Salzburg festgestellt, ohne Unterschied der Betriebsgröße! Das müssen Sie zugeben!)*

Ich muß aber auch zum wiederholten Male feststellen, daß die Arbeiter in der Land-

Pansi

und Forstwirtschaft mit dem bestehenden Zustand der geteilten Gesetzgebung keinesfalls zufrieden sein können, und ich muß daher immer wieder die Bundeskompetenz fordern. Einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit beweisen neuerlich, wie benachteiligt die Land- und Forstarbeiter durch den bestehenden Zustand sind.

Am 14. Juli 1965 hat das Hohe Haus sehr bedeutende Novellen zum Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz und zur Landarbeitsordnung beschlossen, um die so wichtige Berufsausbildung zu verbessern. Nach zweieinhalb Jahren müssen wir feststellen, daß noch immer nicht alle Ausführungsgesetze von den Landtagen beschlossen worden sind. (*Abg. Nimmervoll: Von Kärnten und Burgenland noch nicht!*) Es ist egal, welche Länder das sind, aber sie sind nicht beschlossen worden! Ich darf Ihnen aber sagen, Herr Abgeordneter Nimmervoll, daß durchaus nicht Kärnten immer unter den letzten war (*Abg. Nimmervoll: Aber diesmal war es so!*), und Ihnen darlegen, warum es vielfach in Kärnten etwas länger dauert. Ich war lange genug im Kärntner Landtag und habe dort Gelegenheit gehabt, meine Kollegen im Kärntner Landtag zu vertreten. Wir haben dort immer die größten Schwierigkeiten der ÖVP überwinden müssen, weil wir immer bestrebt waren, einstimmige Beschlüsse und keine Mehrheitsbeschlüsse zu fassen. Wenn Sie das nicht glauben, können Sie den Herrn Landwirtschaftsminister fragen, der das bezeugen wird, denn wir waren zur gleichen Zeit im Kärntner Landtag, und er war auch dort schon mein Widerpart. (*Abg. Dipt.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Warum blockieren Sie das Fachschulgesetz?*)

Am 28. Juni dieses Jahres wurde mit einer Novelle zum Landarbeitsgesetz die Voraussetzung dafür geschaffen, daß der 26. Oktober auch für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft Staatsfeiertag wird. Der 26. Oktober 1967 ist längst vorüber, aber keine einzige Landarbeitsordnung wurde bis zu diesem Zeitpunkt geändert.

Im Herbst 1964 hat der Verfassungsgerichtshof im Zusammenhang mit der Anfechtung der Landarbeiterkammerwahl in Steiermark auch einige Bestimmungen des dortigen Landarbeiterkammergesetzes und der Landarbeiterkammerwahlordnung als verfassungswidrig aufgehoben. Bis heute, also nach mehr als drei Jahren, hat Steiermark es nicht für notwendig gehalten, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die für ungültig erklärte Landarbeiterkammerwahl endlich durchgeführt werden kann.

Ich darf nun an jene Damen und Herren des Hohen Hauses, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit so lautstark nach dem Rechtsstaat rufen, die Frage richten, was sie denn in diesem Fall zu unserer Rechtsstaatlichkeit sagen. Es ist nur ein Unterschied: bei diesen Landarbeiterkammerwahlen geht es um 20.000 Land- und Forstarbeiter — nur um Land- und Forstarbeiter! — und nicht etwa um einen Dr. Habsburg. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Auch die länderweise unterschiedliche Arbeitszeit in den bäuerlichen Betrieben ist zu erwähnen. Sie liegt zwischen 45 und 51 Stunden. Auf die verschiedenen Abfertigungsbestimmungen und auf das Fehlen der Dienstnehmerschutzverordnungen in sieben Bundesländern, obwohl das Landarbeitsgesetz seit 1948 solche vorschreibt, will ich nur am Rande hinweisen. Dabei wären gerade für die Land- und Forstarbeiter Unfallverhütungsvorschriften dringend notwendig. Die Unfallhäufigkeit ist bei diesen Berufsgruppen, besonders aber bei den Forstarbeitern, erschreckend hoch. Über 20 Prozent der Forstarbeiter erleiden jährlich einen Arbeitsunfall.

Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß die Land- und Forstarbeiter mit dem bestehenden Rechtszustand, der ihnen nur Nachteile bringt, nicht zufrieden sein können und daher immer wieder die Bundeskompetenz fordern.

Die sozialpolitischen Maßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, besonders der Landarbeiterwohnungsbau, geben mir auch immer wieder Anlaß zu kritischen Bemerkungen. Ich will nicht die Höhe der Beträge kritisieren, die der einzelne bekommt, wenn er sich ein Eigenheim errichtet, denn diese haben heuer eine wesentliche Erhöhung erfahren und können derzeit als angemessen bezeichnet werden. Das Auslangen wird mit dem im Budget vorgesehenen Betrag nach Meinung des Herrn Landwirtschaftsministers auch gefunden werden.

Ich möchte aber auf eine Feststellung zurückkommen, die ich schon anläßlich der Budgetdebatte im Jahre 1964 hier im Hohen Hause getroffen habe. Ich habe damals gesagt: „Durch die Förderung des Dienstwohnungsbaues, für den auch erhebliche Mittel aufgewendet werden, wird der Förderungszweck kaum erreicht, ja ich getraue mich zu behaupten, daß in den mit Förderungsmitteln errichteten Dienstwohnungen zum größten Teil keine Landarbeiter wohnen. Im Gegensatz zu den Eigenheimbauten wird dort eine Kontrolle so gut wie nicht durchgeführt.“ Meine Behauptung ist damals unwidersprochen geblieben, und ich darf heute feststellen, daß im

Pansi

Rechnungshofbericht, der ja vor einer Woche hier im Hohen Hause behandelt worden ist, meine Behauptung voll und ganz bestätigt wurde.

Viele Millionen Schilling wurden in der Vergangenheit den Land- und Forstarbeitern entzogen und vollkommen zweckwidrig verwendet: ein deutlicher Beweis, meine Damen und Herren, der ÖVP-Politik, wie man den Besitzenden auf Kosten der Besitzlosen Vorteile verschafft. Bei richtiger Verwendung der Mittel könnten heute schon wesentlich mehr Land- und Forstarbeiter ein Eigenheim besitzen. Die Beihilfensätze für Eigenheimbauer waren lange Zeit völlig unbefriedigend und damit natürlich auch der Kreis derjenigen, die in der Lage waren, sich ein Eigenheim zu bauen, verhältnismäßig klein. Wir wollen hoffen, daß in Zukunft die für den Wohnungsbau der Land- und Forstarbeiter vorgesehenen Mittel, die ohnehin bescheiden sind, auch tatsächlich diesen zugute kommen.

Ich habe in diesem Zusammenhang den Herrn Abgeordneten Griebner nicht verstanden, als er gemeint hat, „wie bevorzugt die Land- und Forstarbeiter sind“, nachdem nun für sie heuer der Betrag von 30 Millionen Schilling nicht gekürzt wurde. Die 30 Millionen Schilling sind in der Vergangenheit keinesfalls den Land- und Forstarbeitern allein zugute gekommen, sondern ein erheblicher Teil wurde abgezweigt für den sogenannten Dienstwohnungsbau und, wie wir aus dem Rechnungshofbericht entnehmen können, in Wirklichkeit zur Verbesserung der Wohnungen für die Selbständigen in der Landwirtschaft.

Ich darf aber in diesem Zusammenhang noch auf eine andere Äußerung des Herrn Präsidenten Griebner kurz zu sprechen kommen. Er war der Meinung, daß es sich die Landwirtschaft nicht leisten könnte, ein Mittelschulproletariat zu schaffen. Ich kann diese Äußerung wirklich nicht verstehen. Ich glaube vielmehr, daß bis heute viel zu wenig Bauerntöchter und Bauernsöhne die landwirtschaftlichen Mittelschulen besuchen. Ich kann das nur so verstehen, daß er der Meinung ist, daß man über die landwirtschaftlichen Mittelschulen nur die Berufsberater und die Landwirtschaftslehrer heranbildet. Aber wäre es nicht höchste Zeit, daß wesentlich mehr Besitznachfolger auch eine Mittelschulbildung besitzen! Meiner Meinung nach könnte erst dann das Ziel erreicht sein, wenn die Besitznachfolger der 200.000 Vollerwerbsbetriebe eine Mittelschulausbildung oder eine Hochschulausbildung besitzen. Es könnte höchstens der Herr Präsident Griebner noch immer der Meinung sein, daß es nicht gut sei, wenn die

Bauern zu gescheit sind und dann nicht mit jeder Agrarpolitik einverstanden sind; anders kann ich das nicht verstehen.

Gestatten Sie mir auch einige Worte zu dem Vorwurf, die große Opposition sei schuld, daß die landwirtschaftlichen Schulgesetze noch nicht beschlossen sind. Ich habe schon einmal festgestellt, was die Ursache ist. Die Ursache ist, daß in Niederösterreich die Schulgesetze bei der Bestellung der Leiterposten nicht eingehalten werden. Wenn Ihnen die landwirtschaftlichen Schulgesetze so viel wert sind, müssen Sie doch in der Lage sein, innerhalb der ÖVP den Arbeiter- und Angestelltenbund dazu zu bringen, daß er in Niederösterreich bereit ist, das einzuhalten, was seinerzeit zwischen Neugebauer und Drimmel vereinbart worden ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wenn Sie dazu nicht imstande sind, sind Ihnen die landwirtschaftlichen Schulgesetze nichts wert. (*Ruf bei der ÖVP: Genau umgekehrt!*)

Und nun, Hohes Haus, darf ich mich den Österreichischen Bundesforsten zuwenden. Der Herr Abgeordnete Grundemann ist leider nicht hier. Leider hat sich die wirtschaftliche Lage dieses Betriebes sehr verschlechtert. Schon im laufenden Jahr wird statt des veranschlagten Überschusses von rund 21 Millionen Schilling ein erheblicher Abgang zu verzeichnen sein. Im Jahre 1968 rechnet man mit einem Abgang von rund 34 Millionen Schilling.

Was sind nun die Ursachen dieser Entwicklung; haben doch die Bundesforste von 1952 bis 1966, also in 15 Jahren, dem Staate fast 1 Milliarde Schilling an Reingewinn abgeführt.

Unsere Methoden der Holzerzeugung haben mit jenen anderer Holzausfuhrländer nicht Schritt gehalten. Die Holzerzeugung ist bei uns zu teuer. Die ungünstige geographische Lage und Struktur unserer Wälder erschwert zum Teil eine rationellere Holzernte, macht sie aber durchaus nicht unmöglich. Außerdem haben im Herbst 1966 und Frühjahr 1967 Sturm und bei uns teilweise Schnee in ganz Mitteleuropa große Mengen Schadholz verursacht. In Österreich waren davon besonders die Bundesforste mit rund 850.000 fm betroffen. Es kam zu einem Überangebot an Holz auf dem mitteleuropäischen Markt und damit zu einem weiteren Preisabfall. Auch unsere Papierindustrie hat die Notlage der österreichischen Forstwirtschaft für sich ausgenutzt und den Schleifholzpreis auf ein Niveau gesenkt, welches teilweise die Erzeugungskosten heute tatsächlich nicht mehr deckt. Den Mindereinnahmen stehen Mehraufwendungen infolge höherer Lohnkosten bei der Aufarbeitung des Schadholzes gegenüber.

Pansi

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß die Aufarbeitung der gewaltigen Menge von rund 850.000 fm Schadholz bei den österreichischen Bundesforsten, welches noch zum größten Teil auf einem sehr begrenzten Raum in der Obersteiermark angefallen ist, durch zielbewußte und gute Arbeit fast zum Abschluß gebracht werden konnte. Das war möglich, weil von den österreichischen Bundesforsten neue Geräte und Maschinen eingestellt wurden und Forstarbeiter aus fast ganz Österreich bereit waren, an der Beseitigung der Folgen der Katastrophe mitzuhelfen.

Im Hohen Haus wird des öfteren — auch heute ist das schon geschehen — verschiedenen Berufsgruppen für ihre Arbeit der Dank ausgesprochen. Ich erlaube mir, unseren Forstarbeitern, die unter schwierigsten und oft lebensgefährlichen Bedingungen große Arbeitsleistungen vollbracht haben — meist unbeobachtet, weil in den entlegensten Gegenden unserer Heimat —, dafür bestens zu danken. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber auch den leitenden Herren der Bundesforste und den Angestellten in den Katastrophengebieten gebühren für ihre Arbeit Dank und Anerkennung.

Die zweite Ursache der ungünstigen Wirtschaftslage der Österreichischen Bundesforste sind die hohen Servituts-, Patronats- und Pensionslasten. So müssen die Bundesforste im Durchschnitt jährlich 245.543 fm Holz, 200.000 rm Aststreu und 75.000 rm Bodestreu gratis abgeben und verschiedene andere Leistungen erbringen. In den Jahren 1957 bis 1966, also in zehn Jahren, mußten für diese Zwecke Leistungen im Werte von rund 703 Millionen Schilling, das sind im Durchschnitt rund 70 Millionen Schilling pro Jahr, erbracht werden.

Die Pensionslasten betragen laut Budget 55 Millionen Schilling pro Jahr; sie sind darauf zurückzuführen, daß die Österreichischen Bundesforste früher nicht ein eigener Wirtschaftsbetrieb waren. Derzeit fallen ja Pensionszahlungen für die Arbeiter in den Österreichischen Bundesforsten nicht mehr an.

Können nun diese beiden aufgezeigten Ursachen der unbefriedigenden Gebarung von den Bundesforsten beziehungsweise von deren Eigentümer nicht beeinflußt werden, so trifft das für den dritten Grund, die ungünstige Wirtschaftslage, keinesfalls zu. Den Österreichischen Bundesforsten wurden nämlich in der Vergangenheit durch die Finanzminister viel zu viele Mittel entzogen, die für Investitionen dringend notwendig gewesen wären. Wenn man nämlich den Österreichischen Bundesforsten in den vergangenen Jahren, vor allem in der Zeit der Hochkonjunktur in

der Forstwirtschaft, die notwendigen Investitionsmittel gelassen hätte, so wäre die wirtschaftliche Lage dieses Betriebes in den letzten Jahren wesentlich günstiger gewesen, und sie hätten im laufenden Jahr und voraussichtlich auch im nächsten Jahr, trotz der Servituts-, Patronats- und Pensionslasten, Überschüsse zu verzeichnen. Ich glaube aber auch, daß der Entzug an finanziellen Mitteln durch den Finanzminister ungesetzlich ist.

Als am 22. Mai 1925 im Hohen Hause das Bundesgesetz über die Bildung eines Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ behandelt wurde, hat der damalige Landwirtschaftsminister Buchinger erklärt:

„Bei der Errichtung des selbständigen Wirtschaftskörpers ist die Möglichkeit vorhanden, daß die Einnahmen dieses selbständigen Wirtschaftskörpers auch sofort für die Deckung seiner Ausgaben verwendet werden.“

Das ist in der Vergangenheit leider überhaupt nicht geschehen, sondern man hat den Bundesforsten viel zu viele Mittel entzogen.

Die Bundesforste sind heute durch die falsche Wirtschaftspolitik nicht ein fortschrittlicher, sondern einer der rückständigsten Forstbetriebe Österreichs. Da ich befürchten muß, daß meine Feststellungen angezweifelt werden, darf ich zitieren, was kürzlich ein erstklassiger und auch an sehr verantwortungsvoller Stelle stehender Fachmann gesagt hat:

„Investitionsrückstände rächen sich. Seit 1952 haben die Bundesforste dem Staat 1 Milliarde Schilling eingebracht, aber die Investitionsrate ist von 11,6 Prozent der Einnahmen im Jahre 1954 in der Hochblüte der Konjunktur auf 6,81 Prozent gesunken, und erst 1966 hat sie wieder knapp die 10 Prozent-Grenze überschritten. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit sind Investitionen von 12 bis 14 Prozent der Einnahmen. Dies wären 1967 85 Millionen Schilling, tatsächlich sind aber nur 55 Millionen Schilling vorhanden. Diese decken nicht einmal den laufenden Bedarf, ganz abgesehen von dem aus der Katastrophe resultierenden Bedarf. Umso weniger kann damit begonnen werden, den Investitionsrückstand der Österreichischen Bundesforste von 500 Millionen Schilling abzubauen. Für den Wegebau besteht ein Zusatzbedarf von 5000 km. Der Rückstand im Hochbau ist ein besonderes Problem, da viele Forsthäuser noch aus der Zeit Maria Theresias stammen.“

Soweit der erwähnte Fachmann. Inzwischen sind den Bundesforsten bescheidene Mittel zur leichteren Beseitigung der Folgen der Katastrophe zugeführt worden. Der enorme Investitionsrückstand bleibt. 5000 km Forstwege fehlen. Dadurch ergeben sich bei den Bundesforsten vielfach noch enorme Brin-

Pansi

gungskosten, und durch die lange Lagerung des Holzes treten erhebliche Qualitätsverluste und damit verbunden bedeutende Einnahmefälle ein. Viele Forstarbeiter und Forstangestellte müssen bei schwerster Arbeit in total veralteten und ungesunden Häusern wohnen.

Aus dem Beispiel Österreichische Bundesforste sehen wir wieder einmal, daß in der ÖVP zwischen Worten und Taten ein großer Unterschied ist. Die ÖVP predigt ununterbrochen, daß den Betrieben das notwendige Kapital zur Verfügung gestellt werden müsse, damit sie Investitionen durchführen und damit mit der Entwicklung Schritt halten können. Herr Abgeordneter Dr. Withalm! Sie haben uns das hier im Hause ja wiederholt erklärt. Wir bestreiten das auch nicht, sind aber der Auffassung, daß die Betriebe dazu angehalten werden müssen, tatsächlich und vor allem richtig zu investieren.

Die Österreichischen Bundesforste wurden von jeher von Exponenten, die der ÖVP nahestanden, geführt und sind stets einem ÖVP-Landwirtschaftsminister unterstanden. Warum haben sie dort genau das Gegenteil von dem getan, was sie wirtschaftlich für richtig halten? Sie können sich dort keinesfalls auf die Koalition berufen, weil die Sozialisten bei den Österreichischen Bundesforsten nie einen Einfluß gehabt haben. Ich will nicht annehmen, daß lange Zeit hindurch — oft hatte man diesen Eindruck — die Absicht bestanden hat, die Österreichischen Bundesforste infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten konkursreif zu machen, um dann die guten und ertragreichen Wälder — die schlechten hätte man schon dem Staat gelassen — leichter an bestimmte Interessenten, darunter auch Dr. Habsburg, abgeben zu können.

Wer sind nun aber die Leidtragenden dieser verfehlten Wirtschaftspolitik der Österreichischen Bundesforste? In erster Linie die Forstarbeiter. Das haben wir bereits heuer bei den Lohnverhandlungen zu spüren bekommen. Mit der Begründung, daß die wirtschaftliche Lage der Bundesforste schlecht sei, war man nicht bereit, den Forstarbeitern eine Lohnerhöhung zuzugestehen, die der allgemeinen Lohnentwicklung entsprochen hätte.

In familienpolitischer Hinsicht werden die Bundesforstarbeiter ohnehin als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die Angestellten erhalten zum Beispiel eine Kinderzulage von 150 S pro Kind und Monat, außerdem eine Familienzulage. Die Forstarbeiter erhalten keine Familienzulage, und die Kinderzulage beträgt 44 S. Sie werden also wesentlich schlechter behandelt als die Angestellten in

den Bundesforsten. Und trotz dieser Verhältnisse getraut sich dann der Herr Abgeordnete Grundemann noch zu sagen, daß die Forderungen der Forstarbeiter unberechtigt sind.

Die privaten Forstbetriebe, die keine Servitutslasten, kaum Patronatslasten und keine Pensionslasten zu tragen haben und denen in den guten Jahren die Überschüsse nicht entzogen worden sind — denn sie hatten ja die Möglichkeit, in den Betrieben zu investieren; sie haben es auch getan und stehen daher wirtschaftlich wesentlich günstiger da als die Österreichischen Bundesforste —, haben sich bei den Lohnverhandlungen natürlich mit Freuden hinter der schlechten oder ungünstigen Wirtschaftslage der Österreichischen Bundesforste versteckt, ja sie waren nicht einmal mehr bereit, mit der Gewerkschaft eine neue Lohn tafel abzuschließen. Wir mußten buchstäblich die Lohnverhandlungen in den einzelnen Forstbetrieben weiterführen.

Für die Zukunft sieht es für unsere schwer arbeitenden Forstarbeiter anscheinend leider noch ungünstiger aus. Schon müssen wir immer wieder hören — auch der Herr Abgeordnete Grundemann hat ja in dieses Horn geblasen —, daß mit einer Nachziehung der zurückgebliebenen Forstarbeiterlöhne trotz der ständig steigenden Lebenshaltungskosten auf Grund der ungünstigen Wirtschaftslage der Forstbetriebe nicht zu rechnen sei.

Die Forstarbeiter sind also dafür ausersehen, für die Sünden der Vergangenheit zu büßen. Sie werden das nicht tun, sie werden dazu nicht bereit sein! Ich ersuche Sie, Herr Minister, dafür einzutreten, daß den Bundesforsten jene Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ihnen ermöglichen, auch den Forstarbeitern Löhne zu zahlen, die mit der allgemeinen Lohnentwicklung Schritt halten.

Ich anerkenne, daß die derzeitige Leitung der Österreichischen Bundesforste alles tut, um bei ungünstiger Wirtschaftslage nachzuholen, was in der Vergangenheit in guten Zeiten versäumt wurde.

Der für das Jahr 1968 vorgesehene Investitionsaufwand ist, soweit ich das abschätzen kann — er wurde zum Teil auch durch die Mehraufwendungen für die Beseitigung der Folgen der Katastrophe verursacht —, der höchste seit dem Bestehen des eigenen Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste.

Anscheinend hat auch der derzeitige Herr Landwirtschaftsminister für die Österreichischen Bundesforste etwas mehr Verständnis als seine Vorgänger. Investieren Sie aber nicht nur in den Betrieb, sondern auch in

Pansi

die dort tätigen Menschen! Denn ohne Forstarbeiter gäbe es sehr bald auch keine österreichischen Bundesforste mehr.

Wenn es Ihnen möglich ist, Herr Minister, für die Landwirtschaft jährlich Milliarden Schilling zu erreichen, um damit auch die Überproduktion, deren Absatz uns die allergrößten Schwierigkeiten bereitet, zu stützen und teilweise sogar zu vergrößern, so muß es Ihnen auch möglich sein, einige Millionen Schilling für die Bundesforste zu bekommen, damit der leichtfertig — ich sage absichtlich „leichtfertig“ — verursachte Investitionsrückstand aufgeholt werden kann und die Bundesforste ein gesunder Forstbetrieb werden, der einen Ertrag abwirft und auch in der Lage ist, den dort beschäftigten Forstarbeitern entsprechende Löhne zu bezahlen.

Ich muß Sie, sehr verehrter Herr Minister, aber auch daran erinnern, daß Sie laut unserer Bundesverfassung nicht nur für die Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft, sondern auf Bundesebene auch für die Unselbständigen dieses Wirtschaftszweiges zuständig sind. Bisher ist aber für diese Gruppe von Ihrem Ministerium aus verhältnismäßig wenig geschehen.

Ich habe eingangs auf die ungünstige wirtschaftliche Lage dieser Gruppe hingewiesen. Die aufgezeigte ungünstige Wirtschaftslage der Land- und Forstarbeiter und die damit verbundenen Nachteile sowie die Nachteile der geteilten Gesetzgebung sind Grund genug dafür, daß Sie, Herr Minister, in Zukunft für die Belange der wirtschaftlich stark zurückgebliebenen Land- und Forstarbeiter mehr Interesse zeigen, als das bisher der Fall gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Nimmervoll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Nimmervoll (ÖVP): Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Es ist geradezu ein Zufall, daß ich nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Pansi ebenfalls für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, aber von einer anderen Schau aus gesehen, in diesem Forum das Wort ergreife.

Zuerst zu einem Vorwurf gegenüber den Bundesforsten. Ich habe nicht die Absicht, die Bundesforste zu verteidigen; ich habe dazu auch keinen Auftrag. Ich habe dazu nur zu sagen, daß bisher, so wie mitgeteilt wurde, die Einnahmen aus den Bundesforsten bekanntlich im Budget aufgeschienen sind. Man hat den Vorwurf erhoben, daß Gelder gesetzwidrig verwendet wurden. In all den vergangenen Jahren hat bei den

Budgetverhandlungen die Verwendung der Mittel aber auch die Zustimmung der SPÖ gefunden. *(Abg. Spielbüchler: Aber seit 20 Jahren kritisieren wir das!)* Damit ist deutlich zum Ausdruck gebracht: Wenn hier tatsächlich gesetzwidrige Handlungen gesetzt wurden, dann war die Sozialistische Partei genauso mit von der Partie. *(Abg. Spielbüchler: 20 Jahre haben wir das kritisiert!)* Das möchte ich einleitend feststellen.

Nun komme ich zu meinen besonderen Ausführungen. Herr Kollege Pansi hat ein düsteres Bild von der Stellung der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft gemalt. Ich habe mir dabei gedacht: Können wir als freigewählte Präsidenten — Sie in Kärnten und ich in Oberösterreich — die Verantwortung tragen? Ist es uns wirklich nicht gelungen, die Dienstnehmer aus dieser „Niederung“ — Sie haben ein Bild davon dargestellt — herauszuführen, dann, das müßte ich allerdings sagen, haben auch wir als Kammerpräsidenten versagt. *(Abg. Dr. Haider: Sehr richtig!)*

Nun möchte ich ein etwas anderes Bild zeigen. Ich glaube, daß wir gerade auch bei den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft trotz aller Benachteiligung, die wir bisher in Kauf nehmen mußten, doch auch einige Lichtblicke und auch einige schönere Bilder aufweisen können.

Wenn ich heute für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft das Wort ergreife und hier die Probleme dieser Dienstnehmer ein klein wenig aufzeige, dann möchte ich sagen, es gibt manche Menschen — und da wird es Ihnen, Kollege Pansi, genauso gehen —, die da sagen: Ja, es gibt ja doch für die Dienstnehmer in der Landwirtschaft keine Probleme mehr, es gibt ja doch sowieso keine Landarbeiter mehr! Dazu darf ich sagen: So ist das doch nicht. Statistisch ist nachgewiesen, daß am 31. Juli dieses Jahres in der Land- und Forstwirtschaft 97.314 Dienstnehmer ihre Tätigkeit entfaltet haben. Von diesen 97.314 waren 62.369 männliche Dienstnehmer und 34.945 weibliche. Hier sehen wir, daß im allgemeinen gesehen die männlichen Dienstnehmer weit in der Überzahl sind.

Leider müssen wir feststellen, daß dieses Bild für die reinen Landarbeiter nicht so ganz stimmt. Wir haben rund 40.000 Dienstnehmer als reine, ausgesprochene Landarbeiter. Wenn hier einmal das Wort „Knecht“ gefallen ist, dann, glaube ich, ist Knecht niemals im schlechten Sinne gemeint, wir wissen, daß hier in mancher Gegend noch eine Bezeichnung aus längst vergangenen Zeiten anhaftet, daß damit aber niemals eine Diskriminierung zum Ausdruck gebracht wird.

Nimmervoll

Die neue Bezeichnung ist „Landarbeiter“, und wir wissen, daß wir in der Landwirtschaft insgesamt 39.910 Landarbeiter haben. Erfreulich ist da eine Entwicklung: Es sind in der Hausgemeinschaft 27.900 Dienstnehmer tätig, und hier können wir einen sehr, sehr schönen Aufstieg feststellen; ich glaube, das bedeutet einen Fortschritt, fast ein Drittel der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, also der ausgesprochenen Landarbeiter, leben nicht mehr in der Hausgemeinschaft, denn 12.100 Landarbeiter haben eine eigene Hausgemeinschaft gegründet.

Wenn wir diese Zahlen hören, wird die nächste Frage die sein: Braucht Österreichs Landwirtschaft diese Kräfte noch, oder kann sie von diesen Kräften noch etwas abgeben? Ich bin der festen Überzeugung, daß durch die gewaltige Abwanderung oder, sagen wir besser, dadurch, daß jugendliche Dienstnehmer nach dem Ausscheiden älterer Dienstnehmer nicht mehr eingetreten sind, in der Vergangenheit eine gewaltige Reduzierung der Zahl der Arbeitskräfte eingetreten ist. Ich bin aber doch der Meinung, daß diese Abwanderung, daß dieser Rückgang allmählich abgestoppt werden soll. Wir können feststellen, daß in den westlichen Bundesländern, in Tirol und Vorarlberg — und mein Kollege Pansi hat darauf hingewiesen —, wo derzeit die besseren Löhne gezahlt werden, geradezu schon ein Stopp der Abwanderung eingetreten ist. Eine bestimmte Zahl wird immer auch in der Landwirtschaft notwendig sein. Diese Zahl ist notwendig, um die Landwirtschaft zu erhalten, aber auch im Interesse der Ernährungssicherung Österreichs.

Es wurde heute schon wiederholt angedeutet: Wir leben in einer Zeit des rasanten Umbruches. Ein gewaltiger Wandel in der Land- und Forstwirtschaft geht vor sich. Während gestern noch Arbeitskräfte gesucht wurden, die möglichst viel Kraft einsetzen konnten, so sind wir heute gerade auf diese Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft angewiesen, die viel Können, Wissen und Geschick haben.

Hier muß ich denn doch ein wenig einschalten und muß sagen, daß wir es nicht verstehen können, daß man hier die landwirtschaftlichen Schulgesetze deswegen blockiert, weil wir in Niederösterreich mit der Lehrerbesetzung nicht zu Rande kommen. Falsch scheint es mir (*Zwischenruf bei der ÖVP*), so zu tun, als wäre hier eine Erpressermethode angewendet worden. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Lukas: Gebt euren Terror in Niederösterreich auf!*) Ich glaube, es besteht kein Zusammenhang, ich glaube,

es ist absolut keine Koppelung möglich und notwendig, eine ganzösterreichische Angelegenheit mit einer rein niederösterreichischen Angelegenheit zu koppeln. (*Abg. Lukas: Ordnen Sie das in Ihrer Partei, Herr Kollege!*) Ich sage nochmals, ich empfinde dies als eine Erpressung an dem jungen bauerlichen Menschen, der auch nach vorne strebt, den Weg nach vorne antreten will. (*Abg. Lukas: Sie erpressen in Niederösterreich Ihre Partei!*) Das hätte ich dazu gesagt.

Ich habe ausgeführt, daß bereits durch diesen Strukturwandel in der Landwirtschaft, also durch die Mechanisierung und Technisierung, ein neuer Typ von Landarbeitern im Entstehen ist, ja bereits entstanden ist. Das ist der Landarbeiter, der gut ausgebildet mit Freude und Genugtuung seinem Beruf nachgeht, der aber auch dank der Ausbildungsgesetze, die wir im Jahre 1965 beschlossen, neu geformt und den modernen Verhältnissen angepaßt haben, dank dieser Gesetze, aber auch dank der Bildungsfreudigkeit unserer bauerlichen Jugend gerade auf dem Gebiete schöne Fortschritte erzielen konnte. Ich möchte nochmals diese Gelegenheit benützen, um an jene Länder zu appellieren, die die Durchführungsgesetze noch nicht erlassen haben — das ist Kärnten und das Burgenland —, endlich daran zu denken, auch den jungen Menschen ihres Landes das moderne Berufsausbildungsgesetz unseres Staates zu geben.

Wie schaut es mit der Berufsausbildung im allgemeinen aus? Laut Grünem Bericht wurden im Jahre 1966 353 Gehilfenprüfungen abgelegt. 1402 Facharbeiterprüfungen und 327 Wirtschaftsprüfungen sind in einem Jahr abgelegt worden. Und ich bin überzeugt, daß wir auch in diesem Jahr ungefähr diese Zahlen erreichen werden.

Von dieser Stelle aus möchte ich aber allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Berufsausbildung meinen aufrichtigen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringen, denn sie haben in dieser schwierigen Zeit wahrlich Großes geleistet. Ja ich darf feststellen, daß der bauerliche Mensch die Wichtigkeit der Berufsausbildung erkannt hat, er ist mit Eifer am Werk, und das vom Hohen Haus beschlossene Gesetz hat alle Erwartungen erfüllt. Möge es gelingen, daß alle land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer in ihrem Berufe so viel Arbeitsfreude und Selbstbewußtsein finden, daß sie mit Berufsfreude ans Werk gehen und in Zukunft nicht jeden Berufswechsel als einen Aufstieg ansehen.

Neben der Berufsausbildung spielt das Selbständigwerden, die Familiengründung eine

Nimmervoll

sehr, sehr große Rolle. Hier denke ich zuerst an das Heim; es wurde heute besonders auch der Landarbeiter-Wohnungsbau von meinem Kollegen etwas angezogen. Hier konnte er doch — und darüber habe ich mich gefreut — kein besonderes Haar an dieser Aktion finden, mit Ausnahme dessen, daß auch die Betriebswohnungen noch irgendwie berücksichtigt werden. Es sei klargestellt, daß auch mir persönlich selbstverständlich der Eigenheimbau viel sympathischer und interessanter und für den Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft viel vorteilhafter erscheint als die Dienstwohnung. Darüber hinaus aber wissen wir, daß mancher Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft nicht in der Lage ist, sich ein Eigenheim zu bauen, und daher auch manchmal gezwungen ist, in eine Betriebswohnung einzuziehen. Wenn hier gerade von der sozialistischen Seite in der Vergangenheit die Betriebswohnung bei den Eisenbahnern, die Betriebswohnungen in den VÖEST-Werken und sonst immer wieder als ein sozialer Fortschritt bezeichnet wurden, dann, glaube ich, kann man doch diesen Gedanken mit gleichem Recht auch auf die Landwirtschaft anwenden und könnte ebenfalls sagen, daß es einen Fortschritt bedeutet, wenn auch dort den Dienstnehmern entsprechende Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Wir wissen, daß der Rechnungshof da und dort etwas kritisiert hat. Es ist dennoch nicht so, wie Herr Kollege Pansi es zum Ausdruck gebracht hat, als wäre hier überhaupt keine Kontrolle gegeben und überhaupt keine Kontrolle vorhanden. Allein der Umstand, daß wir uns vergangene Woche hier in diesem Haus mit einem Rechnungshofbericht beschäftigen mußten, der besonders auch in dieser Richtung einiges aufzeigt, ist ein Beweis dafür, daß es auch Kontrollen gibt.

Darf ich nun zum Budget 1967 gerade hinsichtlich des Landarbeiter-Wohnungsbaues einige Zahlen aufzeigen. Wir finden im Normalbudget des vergangenen Jahres 6,6 Millionen Schilling. Aus diesen wurden 20 Eigenheime bezuschußt, 66 Dienstwohnungen wurden geschaffen. Für die Eigenheime wurden 647.000 S, für die Dienstwohnungen 437.000 S aufgewendet. 280 Familiengründungsbeihilfen in der Höhe von insgesamt 1,218.000 S wurden ausgegeben und Treueprämien in der Höhe von 1,224.000 S zur Verfügung gestellt. Für die Berufsausbildung wurden 1,186.000 S gegeben.

Aus dem Grünen Plan waren im Jahresvoranschlag 1967 34 Millionen Schilling vorgesehen; vom Jänner bis Dezember wurden bereits 30 Millionen in Anspruch genommen,

für den Dezember selbst stehen noch 3 Millionen zur Verfügung. Damit wurden — ich glaube, das ist eine schöne Zahl — mit einem Betrag von 25 Millionen 793, also fast 800 Eigenheime und — hören Sie zu, Herr Kollege — 884 Dienstwohnungen mit 5 Millionen Schilling errichtet, also 25 Millionen für den Eigenheimbau und 5 Millionen für die Betriebswohnungen zur Verfügung gestellt.

Mit Freude wurde auch festgestellt, daß die Mittel erhöht wurden; die Zahl wurde aber nicht genannt. Darf ich vielleicht doch die Summe aufzeigen, die dem einzelnen Eigenheimwerber zur Verfügung gestellt wird. In den Jahren 1955 bis 1961 wurden einem Landarbeiter, wenn er sich ein Eigenheim schuf, 20.000 S als Beihilfe zur Verfügung gestellt; gegenwärtig sind es 60.000 S, die dem einzelnen Bauwerber, der in der Urproduktion tätig ist, zur Verfügung gestellt werden. Bei den Forstarbeitern waren es seinerzeit 16.000 S; gegenwärtig sind es 40.000 S, die dem einzelnen Eigenheimwerber zur Verfügung stehen.

Diese Maßnahmen allein genügen selbstverständlich nicht, um auch in Zukunft die Dienstnehmer für die Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung zu haben, die wir brauchen. Daher sind noch einige andere Maßnahmen notwendig. Hier bin ich mit meinem Kollegen Pansi vollkommen auf einer Linie, und auch die Landwirtschaft ist hier der gleichen Meinung, daß der gleiche Lohn gegeben werden muß, den auch vergleichbare Berufsgruppen haben. Von diesem Standpunkt können und werden wir nie abgehen, solange wir Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft zu vertreten haben.

Ich darf doch auch eine kleine freudige Mitteilung machen: Im Jahre 1966 machte die Differenz zwischen den Löhnen der Dienstnehmer anderer Berufsgruppen und den in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen noch 680 S aus. Dieser Unterschied ist gegenwärtig auf 584 S abgesunken. Ich bin überzeugt, daß noch einige Verbesserungen kommen werden, da gegenwärtig in verschiedenen Ländern Lohnverhandlungen durchgeführt werden und in Oberösterreich bereits in den letzten Tagen eine Verbesserung der Löhne erreicht werden konnte, sodaß sich doch vielleicht — das hoffe und wünsche ich von ganzem Herzen — die Differenz noch verkleinern wird.

An Hand des Grünen Planes mußte festgestellt werden, daß das Einkommen, verglichen mit dem vergleichbarer Berufsgruppen, wahrlich noch zurück ist. Ich habe die Zahl

Nimmervoll

ja bereits aufgezeigt, aber eines darf hier auch gesagt werden: Wenn wir aus dem Grünen Bericht und dem Grünen Plan das Einkommen der Landwirtschaft sehen, so ist das für uns wahrlich keine recht gute Verhandlungsbasis. Da hilft es auch nichts, wenn man hier auf der linken Seite von einer Unverfrorenheit spricht, wenn die Landwirtschaft um ihre Lebensrechte kämpft. Diese Lebensrechte sind auch die Lebensrechte der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nicht nur die Fachausbildung, sondern die gesamte Bildung des bäuerlichen Menschen muß uns am Herzen liegen. Der junge Mensch darf nicht nur von der gewaltigen Entwicklung der Technik etwas hören, er muß sich auch für die Zusammenhänge seiner Arbeit interessieren, von der Größe und Schönheit der Natur und von den Wundern des Wachstums und Werdens in der Natur einiges erfahren. Dazu können wir, glaube ich, mit Freude feststellen, daß verschiedene Einrichtungen und Bildungswerke sehr, sehr eifrig am Werke sind, um den bäuerlichen Menschen, auch den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft, ein anderes Bild zu vermitteln, als es ihnen vielleicht bisher das eine oder das andere Mal gezeigt wurde.

Den Lehrpersonen auf dem Lande möchte ich heute meinen besonderen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß sie in unzähligen Fortbildungskursen, Vorträgen und Bildungsseminaren auf dem Lande wertvollste Arbeit leisten. Auch das Jugendwerk der österreichischen Landwirtschaftskammern, in die auch die Dienstnehmer der Land- und Forstwirtschaft mit eingebaut sind, verdient besondere Erwähnung. Auch unsere Landwirtschaftsschulen sind gegenwärtig wieder voll besetzt, und ich bin davon überzeugt, daß sie wertvollste Bildungsstätten für den jungen bäuerlichen Menschen sind.

Nun darf ich doch noch einige Gedanken aufgreifen, die gerade auch Herr Kollege Pansi hier vom Rednerpult aus gebracht hat. Ich möchte dazu kurz Stellung nehmen.

Wir haben heute nicht zum erstenmal gehört, daß die Verbundlichung des Arbeitsrechtes einen ungeheuren Fortschritt darstellen würde und mit einem Schlage alle Schwierigkeiten behoben wären, wenn die Verbundlichung des Arbeitsrechtes durchgeführt würde. Sehr geehrter Herr Kollege! Sie wissen, daß wir auf Bundesebene seit langem in Verhandlungen stehen und daß wir dabei in den letzten Jahren nicht vorwärtsgekommen sind, daß es uns aber doch gelungen ist, auf Länderebene einige Ver-

besserungen herbeizuführen. Darf ich daher auch in dieser Frage ein Angebot machen — ich habe es schon einmal von dieser Stelle aus getan —: Setzen wir uns doch einmal ehrlich zusammen, überlegen wir die Für und Wider in Aufrichtigkeit, und kommen wir zu der festen Überzeugung, daß dies eine Verbesserung darstellt, dann werden Sie auch bei uns entsprechende Unterstützung finden; denn eines ist klar: Eine Verbesserung für die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft herbeizuführen, darin sehen wir unsere Aufgabe.

Es wurde auch wiederholt — besonders im Ausschuß — verlangt, daß eine besondere Berufsausbildung für die Lagerhausarbeiter eingeführt werden müßte. Dazu darf ich sagen, daß wir selbstverständlich mit dabei sind, nur sind die Schwierigkeiten ungeheuer groß, weil die Tätigkeit dieser Menschen viel zu weit auseinandergeht und ein Lehrplan in dieser Richtung sehr schwer auszuarbeiten ist.

Jawohl, auch ich bin damit einverstanden, daß wir europäische Löhne haben müßten, weil wir schon annähernd europäische Preise erreichen. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn diese europäischen Preise in unserem Staate vorhanden sind, dann werden die Verhandlungsgrundlagen für uns wesentlich besser sein, und dann werden wir auf dem Gebiet der Löhne sicher einige Fortschritte für den Dienstnehmer erzielen.

Ich darf abschließend denn doch sagen, daß wir uns gegenwärtig und selbstverständlich auch in Zukunft mit den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft und ihren Problemen beschäftigen müssen, und daß es unsere Aufgabe ist, Schwierigkeiten, soweit sie irgendwie abzubauen sind, zu beseitigen. Und wenn in diesen Verhandlungen einmal gebeten wurde, man möge doch Verständnis für die Dienstnehmer in der Industrie und in den verstaatlichten Betrieben haben und ihnen bei uns offene Türen eingeräumt werden, dann hätte ich nur eine Bitte an die Linke: man möge auch den Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft eine entsprechende Unterstützung gewähren. Dann — davon bin ich überzeugt — werden diese Dienstnehmer mit Freuden ihre Aufgabe erfüllen, und wir können überzeugt sein, daß die österreichische Landwirtschaft und damit selbstverständlich auch die Ernährung unseres Volkes für die Zukunft gesichert ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fux. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Fux** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der Beratungen über das Bundesfinanzgesetz 1968 mußte bei den einzelnen Beratungsgruppen teils heftige Kritik an den zu niedrigen Ansätzen bei fast allen Kapiteln geübt werden. Immer wieder wurde von den Sprechern Beschwerde geführt, daß mit den niedrigen Ansätzen oft nicht das Auslangen zu finden sei.

Bei der heute zur Behandlung stehenden Beratungsgruppe VIII, beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft, Grüner Plan, würde es in der Öffentlichkeit kaum Verständnis finden, wenn die Behauptung aufgestellt würde, die Dotierung des Kapitels Land- und Forstwirtschaft sei zu niedrig bemessen. Ganz im Gegenteil. Die Öffentlichkeit, besonders auch die unabhängige Presse, hat zu wiederholten Malen die hohen Ansätze des Agrarbudgets 1968 zum Anlaß ihrer Kritik genommen.

Der Landwirtschaft wird vorgeworfen, ungebührlich hohe Mittel von der öffentlichen Hand zu beanspruchen, und immer wieder werden Stimmen laut, daß diese hohen öffentlichen Mittel anderswo besser und für die Gesamtheit wirkungsvoller angewandt werden könnten. Die Öffentlichkeit erhebt sehr oft diesen Vorwurf. (*Abg. Fachleutner: Dem Czettel müssen Sie das sagen!*) Der österreichischen Landwirtschaft wurde der Ruf zuteil, Geschenk- und Almosenempfänger zu sein.

Diese Ansicht hat sich so tief in das Denken vieler Einzelpersonen eingewurzelt, daß zum Beispiel, ein hoher Wiener Beamter, ein Ministerialrat des Finanzministeriums, der draußen in Niederösterreich eine Jagd gepachtet hat, seine ihm durch das niederösterreichische Landesjagdgesetz auferlegten Wildschadensvergütungen als ungebührlich ansieht und die Zahlungen, laut seinen wiederholten Äußerungen, als seinen privaten Beitrag zum „Grünen Plan“ bezeichnet.

Bei Betrachtung all dieser Stimmen, Stellungnahmen und Kritiken muß der Eindruck entstehen, die österreichische Landwirtschaft lebe in Wohlstand von den Zuwendungen des übrigen Volkes. Nimmt man sich aber die Mühe, völlig unvoreingenommen auf das Leben der österreichischen Bauernschaft zu sehen, so muß eindeutig festgestellt werden, daß die österreichische Bauernschaft, soweit sie nicht in einem besonders begünstigten Landstrich wohnhaft ist oder über eine günstige Betriebsgröße verfügt — und das ist nur beim kleinsten Teil der Bauernschaft der Fall —, bei schwerer Arbeit und längster Arbeitszeit das niedrigste Einkommen, wie wohl kein anderer Personenkreis in Österreich,

bezieht. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in der österreichischen Landwirtschaft eine große Unzufriedenheit herrscht. Wenn hier in diesem Hohen Hause von den wirtschaftlich Schwachen gesprochen wird, so denke ich unwillkürlich an dieses Heer von kleinen Bauern — denen auch ich entstamme —, es sind in Österreich immerhin noch einige Hunderttausend, die bei Leistung schwerer Arbeit, die fast keine Freizeit kennt, kaum mehr als das Existenzminimum verdienen.

Die österreichische Agrarpolitik, die der Herr Bundesminister selbst bescheiden als stets zukunftsorientiert bezeichnet, hat es zuwege gebracht, daß das Ansehen der Landwirtschaft in der breiten Öffentlichkeit des eigenen Volkes durch die dauernde Beanspruchung hoher Budgetmittel denkbar niedrig ist, und daß auf der anderen Seite der Großteil der österreichischen Bauernschaft berechnete Ursache hat, in hohem Maße unzufrieden zu sein.

Aber mit Entrüstung wird von den verantwortlichen Agrarpolitikern in Österreich der ob dieses Tatbestandes erhobene Vorwurf einer „verfehlten Agrarpolitik“ zurückgewiesen. Aber was soll es denn sonst sein als eine völlig verfehlte Agrarpolitik, wenn die von der Öffentlichkeit der österreichischen Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Geldmittel anstatt für eine vernünftige Strukturpolitik für die Steigerung einer nicht absetzbaren Produktion verwendet werden.

Reichlich spät kommt der Herr Bundesminister zur Erkenntnis, daß der Milchstrom gedrosselt werden muß. Laut Bericht des „Volksblattes“ vom 18. November 1967 fordert der Herr Bundesminister die Umstellung von der Milcherzeugung auf die Fleischproduktion. Schönheitsfehler dieses Aufrufes des Herrn Bundesministers ist nur, daß dieser Appell erst im November 1967 unter dem Eindruck des neuerlich zu erwartenden Anstieges des Milchpreisausgleiches um 300 Millionen Schilling von der präliminierten Summe von zirka 1,3 Milliarden im Jahre 1967 auf 1,6 Milliarden Ansatz im Jahre 1968 erfolgt.

Einer erst kürzlich in diesem Hohen Hause erfolgten Anfragebeantwortung durch den Herrn Bundesminister war zu entnehmen, daß die Milchanlieferung 1967 um 7,5 Prozent gegenüber 1966 gestiegen war, während gleichzeitig eine Abnahme des Trinkmilchkonsums um 2,1 Prozent zu verzeichnen war, sodaß 1967 mit einem abermaligen finanziellen Mehrerfordernis der Milchpreisstützung zu rechnen ist.

Fux

Es ist daher begrüßenswert, daß der Herr Bundesminister auf die Senkung der Milcherzeugung zugunsten einer erhöhten Fleischproduktion hinweist und den Versuch unternimmt, die Produktion der österreichischen Landwirtschaft auf den Bedarf des österreichischen Marktes abzustimmen.

Erst vor kurzem hat es Engpässe in der österreichischen Fleischproduktion gegeben, wenngleich es auch bei der Fleischversorgung bereits notwendig wäre, rechtzeitig Sicherheitsventile einzubauen, um nicht bereits in kurzer Zeit vor einer Überproduktion an Fleisch zu stehen.

Nicht gerade förderlich für die angestrebte Steigerung der Fleischproduktion ist die Maßnahme, die heuer erstmals seit Bestand des Rindermastförderungsgesetzes die gesetzliche Verpflichtung der Mastrindereinstellung wegfallen läßt. In einer kurzen Notiz, ganz am Rande, hat die Kammerzeitschrift „Die Landwirtschaft“ diese Nachricht gebracht.

Diese unscheinbare Berichterstattung läßt schon den Schluß zu, daß der Wegfall der gesetzlichen Verpflichtung der Mastrindereinstellung nicht ein Vorteil für die große Masse der bäuerlichen Viehzuchtbetriebe ist, sondern nur einer kleinen bestimmten Gruppe zum Vorteil gereicht. Tatsächlich hat diese Änderung im Rindermastförderungsgesetz zum Preisabfall bei dem von den kleinen Bergbauern gezüchteten Einstellvieh geführt, da diese auf den Absatz an die Mastbetriebe des Flachlandes angewiesen sind.

Es ist ein wichtiges Erfordernis der Zeit, die Produktion auf die Bedürfnisse des Marktes hin zu planen. Nur so kann den Landwirten ein kostendeckender Preis garantiert werden. Als geeignete Maßnahme zur Lenkung der Produktion erscheint mir eine Kontingentierung von gestützten Erzeugnissen, um allen Landwirten die gleichen Möglichkeiten des Absatzes und der Erzielung eines gerechten Arbeitslohnes zu bieten.

Eine weitere dringende Notwendigkeit ist die Steigerung der Produktivität. Es mutet geradezu eigenartig an, wenn sich die Kärntner Landwirtschaftskammer hartnäckig weigert, der schwarzbunten Rinderrasse, die leistungsfähiger als die im Lande anerkannten Pinzgauer ist, im Lande Kärnten die Anerkennung zu geben. (*Abg. Dr. Zittmayr: Weil sie mehr Milch geben! — Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Das ist der einzige Vorteil!*) Der in Kärnten vor einiger Zeit errichteten Genossenschaft, die diese leistungsfähige Rinderrasse eingeführt hat und ihre Zucht betreibt, werden für ihre Tätigkeit keine Förderungsmittel zuteil. Ungefähr 120 Betriebe halten heute schon 1250 Stück dieser Rasse. Es

sind die fortschrittlichsten Kräfte, die sich mit der Züchtung der schwarzbunten Rasse befassen.

Bei dieser Gelegenheit und in diesem Zusammenhang möchte ich gleich ein Wort zu dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen sagen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen böte noch die vielseitigsten Möglichkeiten des Ausbaues. Durchaus förderungswürdig wäre die verstärkte Ausdehnung der Genossenschaftsidee auf die gemeinsame Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Ob diese geförderten Einrichtungen nun Maschinenhöfe oder sonstwie genannt werden, ist völlig belanglos.

Wichtig wäre, daß Institutionen geschaffen werden, die die Benützung moderner Maschinen auch den kleineren Landwirten ermöglichen, ohne daß sie finanziell zu schwer belastet werden. Häufig setzen sich heute noch Landwirte durch Ankauf von teuren Maschinen, die sich auf ihren Wirtschaften niemals amortisieren, schweren Belastungen durch Abzahlung fälliger Kapitalraten und hoher Schuldzinsen aus. Von Zahlungsverpflichtungen getrieben, stürzen sie sich unter Ausnützung ihrer und ihrer Familienmitglieder äußersten physischen Kräfte in jenen Produktionszweig, der ihrer Meinung den höchsten Gewinn abwirft.

Durch intensive Aufklärung könnte erreicht werden, daß die vielfach vorhandenen Vorurteile vieler Landwirte gegen den gemeinsamen Besitz von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten beseitigt wird und diese sich freiwillig entschließen, solche Genossenschaften und Gemeinschaften zu errichten und zu benützen. Schon im Mittelalter haben sich Landwirte zu solchen ähnlichen Genossenschaften zusammengeschlossen und haben erreicht, was dem einzelnen nicht möglich gewesen wäre — nach dem aber ein Bedarf vorhanden war —: Mühlen zu errichten. Diese Mühlen waren gemeinsamer Besitz und konnten von jedem einzelnen benützt werden. Um eine geordnete Benützung zu erreichen, hat man sich bereits ein Statut gegeben, das aber nicht aufgeschrieben wurde, sondern sich nur mündlich weiterpflanzte. Dieses Statut hatte nur einen Paragraphen, der ganz einfach lautete: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst!“

Genauso müßte heute wieder der Geist der gemeinsamen Benützung von Maschinen und Geräten gepflegt werden. Gegen die Forcierung dieser Art von Genossenschaften, die ihren Mitgliedern die Benützung moderner Maschinen ermöglicht, hätte auch bestimmt die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft nichts einzuwenden. Diese Genossen-

Fux

schaften hätten nur schlicht und einfach den Bedürfnissen ihrer Mitglieder zu dienen und bräuchten keineswegs neuerliche Bastionen und Hausmachtstellungen für Dorfgewaltige zu sein.

Ich möchte zum Abschluß auf ein kleines Beispiel hinweisen, das der Abgeordnete Robak in der Ausschusssitzung über die Gruppe Landwirtschaft brachte. Er erzählte, daß er anlässlich eines Besuches in Israel feststellen konnte, wie das ganze Volk mit Interesse hinter seiner Landwirtschaft steht. Als es längere Zeit keinen Regen gab, bangten nicht nur die Landwirtschaftstreibenden um die Ernte, sondern das ganze Volk war in banger Sorge. Als der langersehnte Regen fiel, freute sich ebenso das ganze Volk. Das ganze Volk in Israel weiß, daß es die Landwirtschaft braucht, und umgekehrt die Landwirtschaft produziert, wie es dem ganzen Volke nützlich ist.

Niemand kann in Österreich dem einfachen Bauern einen Vorwurf machen, wenn er so produziert, wie er glaubt, für sich den möglichst größten Nutzen zu ziehen. Er kann die Zusammenhänge nicht so sehen und die Bedürfnisse des Volkes nicht in dem Maß wahrnehmen. Wohl aber wäre es Aufgabe der Agrarpolitik, die Produktion so zu lenken, daß sie dem ganzen Volke in hohem Grade nützlich ist.

Die österreichische Agrarpolitik hat aber nicht erreicht, daß die Leistung der Landwirtschaft, ähnlich wie in Israel, die Anerkennung des ganzen Volkes findet. Sie findet nicht einmal die volle Zufriedenheit der Bauernschaft.

Ich will absolut nicht die Absicht der österreichischen Agrarpolitiker, für die Bauernschaft das Beste zu tun, bezweifeln. Ich will absolut nicht leugnen, daß in den vergangenen Jahren auf dem Agrarsektor auch viel Positives geschehen ist. Nur glauben die Vertreter des Bauernbundes, allein das Rezept für eine allgemein gültige und richtige Agrarpolitik zu haben, und wachen eifersüchtig darüber, daß ja niemand dreinredet. Hätten die Vertreter des Bauernbundes öfters auch auf die gutgemeinten Ratschläge von der linken Seite dieses Hauses gehört, der österreichischen Agrarpolitik hätte manche harte Kritik der Öffentlichkeit, wie wir sie in den letzten Wochen erlebt haben, erspart bleiben können, eine Kritik am Berufsstand, die auch mich persönlich als Bauer immer wieder schmerzlich berührt.

Das österreichische Volk hat bestimmt Verständnis dafür, wenn der österreichischen Landwirtschaft in ihrem derzeitigen großen Umstellungs- und Umwandlungsprozeß öffent-

liche Mittel zugewendet werden. Die Führung der Agrarpolitik hat aber den Nachweis zu erbringen, daß diese Mittel richtig und zielstrebig angewendet werden. Dieser Nachweis ist der österreichischen Agrarpolitik laut den zitierten unabhängigen Pressestimmen nicht voll gelungen. Auch die Bauern sind mit der Agrarpolitik nicht voll zufrieden.

Da die Ansätze des zur Debatte stehenden Agrarbudgets auf eine Fortführung dieser Agrarpolitik hinweisen, können wir auch dem Kapitel Landwirtschaft im Rahmen des Budgets nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Tschida. Ich erteile es ihm. *(Abg. Haas: Burgenland-Stunde!)*

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wer die Ausführungen meines geschätzten Vorredners verfolgte, kam oft in Verlegenheit, wie er diesen Redner nun einstufen sollte: War er Pro- oder Kontraredner? *(Abg. Steiner: Eher pro!)* Ich werde im Laufe meiner Ausführungen noch auf die Zwiespältigkeit Ihrer Agrarpolitik zurückkommen. *(Abg. Czettel: Sie machen die Agrarpolitik, nicht wir! — Abg. Robak: Esterhazy — ein Bauer wie alle anderen! — Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wer die Diskussionsbeiträge sowohl im Finanz- und Budgetausschuß, aber auch hier in der Debatte — aber nicht nur beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft, sondern auch zu allen anderen Kapiteln — aufmerksam verfolgt hat, der muß zuerst feststellen, daß sich drei Schwerpunkte herauskristallisierten, die von der Opposition besonders hart kritisiert wurden. *(Abg. Dr. van Tongel: Von welcher Opposition?)*

Zunächst zog sich wie ein roter Faden durch die langen Debatten der Vorwurf — manchmal allerdings sehr gut getarnt, manchmal auch ganz offen —, daß die Land- und Forstwirtschaft bei diesem Budget neuerdings bevorzugt behandelt worden sei. Der Herr Abgeordnete Pfeifer, der es zugegebenermaßen als Vertreter des Arbeitsbauernbundes oft nicht ganz leicht hat, war in seiner Argumentation etwas vorsichtiger, indem er im Finanz- und Budgetausschuß die neutrale Presse zitierte, die angeblich behauptete, die Landwirtschaft hätte den großen Sieg bei den Budgetverhandlungen davongetragen. Ja, Herr Abgeordneter, das stimmt, das hat die neutrale Presse gesagt, aber Sie haben wohlweislich verschwiegen, was die sozialistische Presse dazu gesagt hat und was viele Ihrer Kollegen bei den anderen Kapiteln zu dieser Frage gesagt haben.

Dipl.-Ing. Tschida

Eine zweite allgemeine Feststellung von seiten der Opposition ist der zur Genüge bekannte Vorwurf, die Förderung in der Land- und Forstwirtschaft werde nach dem Gießkannenprinzip durchgeführt, passe die Produktion dem Markt nicht an und wäre überhaupt nicht zielstrebig.

Dabei konnte auch hier aus der Debatte entnommen werden, daß die Linke über die Lösung der schwierigen Probleme, die zweifelsohne vorhanden sind, keineswegs einer einheitlichen Auffassung ist. Ein Teil nämlich, vor allem die Theoretiker (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ha, ha!*) — es fühlt sich anseheinend einer betroffen (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: O nein! Es hat mich nur einen Lacher gekostet!* — *Abg. Steiner: Jetzt wissen wir es genau!*) —, die reinen Agrartheoretiker meinen nämlich, man könne diese Situation nur nach rein ökonomischen Gesichtspunkten meistern, indem einzig und allein nur Vollerwerbsbetriebe ab einer gewissen Größe gefördert werden sollen. Die Durchführung dieses Grundsatzes müßte logischerweise über Nacht ein Massensterben vieler noch gesunder Nebenerwerbsbetriebe, vor allem in den entlegenen Gebieten, nach sich ziehen. Der andere Teil — da meine ich jetzt wieder die Herren Arbeitsbauernbündler — vertritt aber gerade die gegenteilige Meinung. Er fordert ständig mehr gerade für die kleinen Betriebe und diejenigen Betriebe, die eben dieser Nebenbeschäftigung nachgehen. (*Abg. Dr. Tull: Und Sie für den Esterhazy!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß es sich hier um ein äußerst heikles und schwieriges Problem handelt. Auch das wird einer Lösung zugeführt werden. — Es ist nur so: Wenn der Name Esterhazy fällt, dann verbindet man das sofort mit dem ÖVP-Politiker, der ihn verteidigt. (*Abg. Dr. Tull: No na!*) Uns macht Esterhazy viel größere Sorgen als Ihrer Partei, denn für Sie ist er nach wie vor ein Zugpferd bei allen Wahlen! (*Abg. Weikhart: Das könnte leicht erledigt werden! Sie brauchen nur gemeinsam mit uns ein Gesetz zu beschließen! Sie brauchen nur zuzustimmen! Und der Esterhazy ist erledigt! Dann gibt es nur mehr den Tschida-hazy!*) Sie brauchen nur die Politik mehr außer acht zu lassen, und wir können die Esterhazy-Frage lösen. Das stimmt. (*Abg. Dr. Tull: Was heißt das? Kommentieren Sie das: Politik ausschalten!*) Ich habe Ihnen schon gesagt, daß die Sozialistische Partei in Esterhazy immer einen Mann sieht, dessen Name bei sämtlichen politischen Wahlen aber schon richtig ausgeschlachtet wird. (*Abg. Dr. Tull: Sie können sich dadurch distanzieren, daß Sie unseren Vorschlägen zustimmen!*) Oder daß Sie unseren

Vorschlägen im Burgenländischen Landtag zustimmen, dann ist das Problem einer Lösung zugeführt. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Horr: Esterhazy plus Tschida-hazy!*)

Meine Herren! Ich bin mir dessen vollkommen bewußt, daß es sich bei dieser Struktur um ein äußerst heikles und schwieriges Problem handelt, nämlich: Vollerwerbsbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe. Ich kann nur immer wieder betonen, daß diese Frage nur aus dem Blickwinkel der Gesamtwirtschaft einer richtigen Lösung zugeführt werden kann.

Ich glaube an dieser Stelle wieder feststellen zu müssen, daß die bisherige Agrarpolitik der ÖVP-Regierung und auch das heurige Budget diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen haben: Schaffung und Sicherung familieneigener bäuerlicher Betriebe, worunter auch unter allen Umständen die Unterstützung und Förderung gesunder Nebenerwerbsbetriebe zu verstehen ist, war und ist das Ziel dieser Politik, die direkt oder indirekt ganz wesentlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt. Darum geht es ja heute, die Arbeitsplätze in Zukunft der Gesamtbevölkerung zu sichern. Dazu tragen gerade wieder diese vielen kleinbäuerlichen Betriebe, die noch Nebenerwerb haben, bei. (*Abg. Probst: Wenn es aber keinen Nebenerwerb gibt?*) Die Menschen dieser Betriebe muß man eben in die Industrie oder in die Stadt überleiten. Aber ich komme darauf noch zu sprechen. (*Abg. Dr. Tull: Dann müssen Sie in der Industrie zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und nicht abbauen!*) Das werden wir machen und veranlassen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Ihr Wort in Gottes Ohr!* — *Abg. Dr. Tull: Warten wir, was im Jänner kommt!* — *Abg. Weikhart: Im Augenblick schaut es nicht so aus!*) Herr Kollege Tull! Es ist in der Debatte hier immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß die ÖVP-Regierung nicht Vorsorge getroffen hat, die freiwerdenden Arbeitskräfte in anderen Betrieben unterzubringen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Stimmt ja auch!*) Sie müssen aber objektiverweise zugeben, daß immer wieder ein sehr großer Widerstand vorhanden war, diese Arbeiter rechtzeitig in andere Betriebe überzuführen. (*Abg. Dr. Tull: Das ist eine Mär!*)

Herr Kollege Czettel! Ich gebe Ihnen vollkommen recht, daß diese Umsiedlung in andere Betriebe mit riesigen sozialen Schwierigkeiten verbunden ist. Dabei gebe ich Ihnen vollkommen recht. Aber bedenken Sie, daß aus der Landwirtschaft schon Jahre hindurch massenweise die Leute ihren Hof verlassen mußten ... (*Abg. Czettel: Durch Ihre Politik!*) Das ist sehr einfach gesagt: Durch Ihre Politik! Ist das ein österreichisches Problem, oder

Dipl.-Ing. Tschida

ist es ein internationales Problem? (*Abg. Czettel: Sie sind die Bauernvertreter! Bis jetzt konnten sie wenigstens in der Industrie Zuflucht nehmen, aber jetzt ist das auch vorbei!*) Ich frage Sie, ob das ein österreichisches Problem oder ein internationales Problem ist. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Kern: Auf der einen Seite verlangen Sie es, und jetzt halten Sie es uns vor!*)

Präsident: Kehren wir zum Monolog zurück! (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Kern: Czettel, Gegenbeweis! — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. — Abg. Dr. Tull: Zittmayr, du rutschst auf dem Butterberg aus!*) Am Wort ist der Abgeordnete Tschida.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida (*fortsetzend*): Sicherlich ist es möglich, in Zeiten der Hochkonjunktur Leute von ihren Betrieben in die Städte zu locken, was vielfach heute noch geschieht und zum Teil leider Gottes auch propagiert wird. Es wird aber dabei kaum überlegt, daß in einer Rezession, in der wir uns befinden, bei einer drohenden Arbeitslosigkeit auf die rund 200.000 landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe als Ausgleichsmöglichkeit kaum verzichtet werden kann. (*Abg. Czettel: Helfen Sie mit, daß andere Arbeitsplätze da sind!*) Die Agrarpolitik sorgt dafür, daß wir diese landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe weiter fördern und unterstützen werden.

Es ist ferner zu bedenken, daß die bereits spezialisierten und produktivstarken Kleinbetriebe im Hinblick auf die katastrophale Welternährungssituation einen wichtigen Rückhalt darstellen. Ferner darf nicht vergessen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß gerade diese Landbevölkerung noch Funktionen auf siedlungs-, kulturell- und bevölkerungspolitischem Gebiet zu erfüllen hat. Denken wir nur zum Beispiel an die Gesunderhaltung unserer Landschaft, die bei dem in Gang befindlichen Strukturwandel und der neuen Raumordnungsplanung von ganz ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Ich möchte aber absolut nicht verschweigen, daß es ebenso falsch wäre, die natürliche Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft abzubremsen oder gar zu verhindern. Dies zuletzt nicht deshalb, weil eine günstige Geburtenrate die Abgabe von Arbeitskräften erlaubt und es noch immer landwirtschaftliche Notstandsgebiete gibt, wo das Existenzminimum ganz einfach nicht gefunden werden kann.

Ausschlaggebend dürfte allerdings in dieser Frage sein, die Abwanderung in richtige Bahnen zu lenken. Konnten wir doch bedauerlicherweise vielfach feststellen, daß die

Abwanderung gerade in der Nähe von sogenannten Ballungszentren nicht nur weit größer war, sondern vielfach auch aus Betrieben erfolgte, die eventuell in der Landwirtschaft noch ohneweiters ihr Auskommen hätten finden können.

Umgekehrt besteht in landwirtschaftlichen Notstandsgebieten — Bergbauerngebieten und Grenzland — keinerlei Möglichkeit, freiwerdende Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft anderweitig unterzubringen. Die Gründe hierfür liegen in der unterschiedlichen regionalen Wirtschaftsentwicklung, die sich dahin gehend auswirkt, daß viele agrarische Gebiete gegenüber den industrialisierten Gebieten oft arg ins Hintertreffen gekommen sind beziehungsweise — das kann man ruhig sagen — auch vernachlässigt wurden.

Diese Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsentwicklung waren auch der Anlaß für die österreichische Bundesregierung, ein regionalpolitisches Konzept zu erstellen, das eine günstigere Entwicklung in diesen Gegenden, aber auch eine günstigere Entwicklung für die gesamte Volkswirtschaft erwirken soll. (*Abg. Czettel: Welches Konzept war das? — Abg. Dr. Tull: Wo ist das Konzept? Im Schrank des Herrn Ministers? — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie „prüfen“ und studieren es schon!*)

Der dritte Vorwurf gipfelt nun darin, daß der Landwirtschaft ständig und immer wieder vorgeworfen wird, sie sei zuwenig flexibel, zuwenig anpassungsfähig und zuwenig modern. Daraus resultierten auch in erster Linie die großen Überschüsse vor allem auf dem Gebiete des Getreidebaues und der Milchwirtschaft. Dazu gestatten Sie mir aber doch, meine Damen und Herren, daß ich ein wenig rückblende.

Die Landwirtschaft sah es in den Jahren von 1945 bis 1955 als ihre vordringlichste Aufgabe an, eine möglichst rasche und vollständige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in die Wege zu leiten. Riesige Investitionen mußten getätigt werden, um durch Rationalisierung und Mechanisierung die Produktion so weit zu steigern, daß die Ernährung unseres Volkes auch sichergestellt werden konnte. Die Leistung, das möchte ich doppelt unterstreichen, der Motor jeder gesunden Entwicklung und die Grundlage jedweder kostendeckenden wirtschaftlichen Maßnahme — nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in allen Wirtschaftssparten — kann aber nicht einfach über Nacht abgebremst werden. Dies schon deswegen nicht, weil sich die Preisschere in der Landwirtschaft wegen der sehr langsam nachgezogenen beziehungsweise oft vollkommen stagnierenden

Dipl.-Ing. Tschida

Agrarproduktenpreise auf der einen Seite und des raschen Anstiegs der Aufwandskosten auf der anderen Seite ständig weiter öffnet. Jeder Wirtschaftler wird daher automatisch versuchen, diesem Übelstand wirksam zu begegnen. Das ist auch neben vielen anderen mit eine der Hauptursachen, die Leistung weiter zu steigern, die dann wahrscheinlich eine Überproduktion zur Folge haben wird. Das ist weiterhin einer der Hauptgründe, daß die Landwirtschaft auf den Export ihrer Produkte genauso angewiesen ist wie die Industrie.

Der sicherlich gut gemeinte Rat, die Produktion in der Landwirtschaft so weit einzuschränken, daß sie zu befriedigenden Preisen abgesetzt werden kann, müßte unausweichlich eine Einschränkung des Lebensstandards unserer Bauernschaft bedeuten.

Größte Aufregung gibt es aber, wenn die österreichische Landwirtschaft Überschußprodukte zu zugegeben ausgesprochenen Dumpingpreisen ins Ausland verkauft, um die Inlandproduktion nicht zusammenbrechen zu lassen. Auch sämtliche anderen Staaten des westeuropäischen Raumes gehen denselben Weg. Nicht zuletzt ist auch die österreichische Industrie zu solchen Maßnahmen gezwungen. Im Gegenteil, jeder normal denkende Mensch würde es als eine Narretei ansehen, wenn man unserer Industrie zumutete, die Produktion und damit die Leistung einzuschränken und auf den Export womöglich zu verzichten. Das wäre der Todesstoß für die Gesamtwirtschaft. (*Abg. Robak: Was ist mit der Kohle?*)

Die großen Probleme, die es heute in unserer Volkswirtschaft zu meistern gibt, liegen zunächst in der Umstrukturierung — das Wort ist schon gefallen —, die die Landwirtschaft besonders hart trifft, weil sie in ihrer Beschäftigung mit lebenden Organismen, Pflanzen und Tieren, die Errungenschaften der Technik nicht im gleichen Maße nutzbar machen kann wie die Industrie. Der Umstellungsprozeß in der Agrarwirtschaft erfordert viel mehr Zeit, ist komplizierter und außerdem durch nicht dirigierbare Einflüsse, wie zum Beispiel Wetter und Klima, mit einem weit größeren Risiko belastet.

Wenn nun immer wieder der Vorwurf erhoben wird, die Landwirtschaft sei nicht in der Lage gewesen, sich der modernen Industriegesellschaft anzupassen, so darf ich doch einige Tatsachen in diesem Zusammenhang anführen.

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs hat sich von 1960 bis 1965 neuerlich um 5,6 Prozent vermindert. Gleichzeitig ist die Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirt-

schaft um 219.000 Personen zurückgegangen. Diese Tatsache hat wesentlich zu einer Strukturverbesserung innerhalb der Landwirtschaft beigetragen, mußten doch mit demselben Grund und Boden, der nach wie vor bewirtschaftet wird, weit weniger Personen ihr Auslangen finden. Zum anderen hat die Freisetzung von 219.000 Arbeitskräften sehr wesentlich zum Wirtschaftserfolg in Gewerbe und Industrie beigetragen.

Das Freiwerden dieser hohen Zahl von Arbeitskräften beweist aber auch, in welchem Ausmaß die österreichische Landwirtschaft sich ständig rationalisieren und anpassen muß.

In Österreich gab es zum Beispiel 1946 7344 und im Jahre 1966 bereits über 200.000 Traktoren. Eine ähnliche Entwicklung ist bei sämtlichen anderen landwirtschaftlichen Maschinen festzustellen. Nach Schätzung des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung betrugen die Bruttoinvestitionen für Landmaschinen im Jahre 1966 3665 Millionen Schilling. Für bauliche Maßnahmen wurden 1966 4600 Millionen Schilling ausgegeben. Die Ausgaben für Maschinen und bauliche Maßnahmen zusammen ergeben allein 12 Prozent der Investitionen der Gesamtwirtschaft.

Diese Zahlen beweisen, daß die Landwirtschaft nach wie vor einer der größten Konsumenten und damit ein sehr wichtiger Auftraggeber für die österreichische Wirtschaft ist. Es muß daher im Interesse, speziell im Hinblick auf die Vollbeschäftigung, aller gelegen sein, das Einkommen unserer bäuerlichen Betriebe auch in Zukunft zu erhalten und zu fördern.

Aber auch in der Produktion und deren Verwertung suchte man stets neue Wege, und es bedurfte keineswegs erst der jetzigen Schwierigkeiten, um die Landwirtschaft sozusagen wachzurufen. In den letzten zehn Jahren wurden zum Beispiel 56.000 ha Grenzertragsböden aufgeforstet.

Die größte Sorge bereitet uns derzeit der Weizenüberschuß, und auch hier ist die Entwicklung sehr interessant. Noch in den fünfziger Jahren war es notwendig, Weizen zu importieren. Der Weizenpreis wurde damals angehoben, die Produktion stieg, und im Jahre 1960 konnten wir uns mit Weizen selbst versorgen. Die Weizenproduktion stieg weiterhin rasant an. Es wurde daraufhin die Qualitätsweizenaktion ins Leben gerufen, um einerseits die inländische Weichweizenproduktion zu drosseln, andererseits den Qualitätsweizenimport zu reduzieren. Die zwei aufeinanderfolgenden Weizenrekordjahre haben die schwierige Situation weiterhin verschärft. Es mußte daher der Preis leider Gottes um

Dipl.-Ing. Tschida

7 Groschen gesenkt werden. Hand in Hand damit wurde der Futtergetreidepreis abermals erhöht. Die Ausweitung der Futtergetreideanbauflächen wurde weiterhin mit gutem Erfolg forciert.

Meine geschätzten Damen und Herren! Bedenken Sie doch: Wenn ein Bauer vor der Situation steht, Weizen oder Gerste zu bauen, so wird er doch immer zu dem greifen, bei dem mehr herauskommt. Das gilt heute für jeden Arbeitnehmer und für jeden Arbeitgeber. So macht es heute auch der Landwirt. Ich möchte nochmals darauf hinweisen: Gerade deswegen, weil sich die Preisschere ganz gefährlich öffnet, muß der Bauer und der Landwirt gezwungenermaßen Auswege finden. Das findet er eben dort, wo mehr herauskommt. Diese Situation wurde auch von uns erkannt, und wir haben auch rechtzeitig mit den entsprechenden Gegenmaßnahmen eingesetzt. Ich möchte nochmals betonen, daß das nicht über Nacht geht, denn es wären ansonsten viele Existenzen in der Landwirtschaft arg gefährdet. Ich darf aber trotzdem darauf hinweisen, daß zum Beispiel die Maisanbaufläche von 1957 bis 1967 um über 10.000 ha erweitert wurde, die Gerstenanbaufläche im gleichen Zeitraum sogar um rund 60.000 ha.

Auch innerhalb der tierischen Produktion hat eine Umorientierung stattgefunden; es wurde heute schon x-mal darüber gesprochen. Aber ich möchte doch zu bedenken geben, daß gerade bei der Milchproduktion die Leistung wahrscheinlich nicht sehr leicht zu drosseln sein wird, wofür mehrere Überlegungen maßgebend sind: Die Marktleistung unserer bäuerlichen Betriebe hat noch lange nicht den europäischen Durchschnitt erreicht; wir müssen leider Gottes auch hier zur Kenntnis nehmen, daß die Marktproduktion unserer bäuerlichen Betriebe noch weiter anziehen wird. Wir zählen mit der Milchleistung pro Kuh und Jahr noch lange nicht zu der Spitzenklasse, sondern rangieren erst an der achten Stelle. Wir müssen berücksichtigen, daß wir ein Exportland von Zuchtvieh sind und daß der Käufer von Zuchtvieh wahrscheinlich den Milchausweis genauestens unter die Lupe nehmen wird. Schließlich geht, was heute hier auch schon festgestellt wurde, der Eigenverbrauch leider Gottes zurück. Aber wo geht er zurück, meine Damen und Herren? In den Gegenden, die von der Milchwirtschaft abgekommen sind, vor allem in Agrargebieten! Das weiß ich ganz genau aus meinem Bezirk. Hier gibt es fast keine Milchkuh mehr, die Milchgenossenschaften mußten geschlossen werden. Und der Bauer hat vielfach gar nicht die Zeit, daß er in der Früh ins Milchgeschäft

geht, um sich eine Flasche Milch zu holen. Das ist leider sehr unerfreulich, aber ich konnte das jetzt schon in sehr vielen Gebieten feststellen. Ich glaube weniger, daß es die Milchpreiserhöhung war, die an diesem Rückgang schuld wäre. Das ist meine Anschauung. Das wäre auch in dieser Hinsicht besonders zu beobachten.

Aber auch diesem Umstand, daß die Milchproduktion nur schwer zu drosseln sein wird, wurde Rechnung getragen. Ich habe es schon betont — das wurde angezogen —, daß man eben von Milch auf Fleisch umschalten will.

Die österreichische Landwirtschaft hat aber auch ebenso frühzeitig erkannt, daß der Export von Butter immer schwieriger wird, und man hat sich deshalb auch hier sehr früh um Ausweichmöglichkeiten gekümmert. Ich darf auf das Trockenmilchpulver, auf Vollmilchpulver und so weiter und so fort, hinweisen.

Eine ganze Reihe von weiteren Maßnahmen könnte noch angeführt werden, die beweisen, daß die Landwirtschaft zukunftsorientiert ist und sich den Erfordernissen eines modernen Industriestaates immer wieder angepaßt hat.

Wenn ich im Zuge meiner Ausführungen besonders auf das Getreide- und Milchproblem hingewiesen habe, soll nicht verschwiegen werden, daß gerade diese zwei Sparten durch die derzeitige Marktordnungsgesetzgebung und das Preisregelungsgesetz einer schweren Belastung ausgesetzt sind. Ich will daher offen zugeben, und auch der Herr Landwirtschaftsminister hat es bereits angekündigt, daß es unbedingt notwendig sein wird, diese Gesetze in allernächster Zeit den geänderten Verhältnissen anzupassen.

Abschließend darf ich feststellen, daß die Agrarpolitik im Zuge des gewaltigen Umstellungsprozesses, der in allen Industriestaaten vor sich geht, nicht leichter, sondern schwieriger geworden ist. Das gilt nicht nur für Österreich, wo eine monocole Regierung regiert, sondern das gilt auch für alle anderen Länder, auch unter sozialistischer Führung, die Agrarpolitik betreiben. Die Landwirtschaft ist eben ein Teil der gesamten Wirtschaftspolitik und bedarf daher derselben Obsorge wie alle anderen Wirtschaftszweige. Die Landwirtschaft geht alle an. Ist sie gesund, wird auch die gesamte andere Wirtschaft blühen und gedeihen. Sie wird dadurch die Vollbeschäftigung, die momentan unsere größte Sorge ist, wesentlich beeinflussen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wielandner, Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wielandner** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Tschida hat zwar vorher die Vermutung aufgestellt, daß sich die linke Seite dieses Hauses in der Agrarpolitik nicht einig wäre, ich darf ihm aber sagen: Wir sind uns sicherlich einig! Doch ich stelle dazu fest: Hat es nicht sogar langwieriger Verhandlungen bedurft, daß man sich innerhalb der monocoloren Bundesregierung über das Budget 1968 einig geworden ist? (*Ruf bei der ÖVP: Freilich!*) Jeder Minister gegen jeden, und schließlich und endlich ist es doch nur zu einem Kompromiß gekommen, das uns zuwenig sagt. (*Abg. Offenböck: Was ist das schon Außergewöhnliches?*)

Es wird hier von der rechten Seite immer wieder auch die Behauptung aufgestellt, daß die Bauern in der schweren Zeit ihre Arbeit wirklich voll erfüllt hätten. Dem können wir absolut zustimmen. Aber wir dürfen doch auch sagen, daß damals, in dieser schweren Zeit, doch alle Österreicher ihren Mann stellen mußten, um unser Vaterland wiederaufzubauen, und immerhin hat die Landwirtschaft aus dieser Zeit gewisse Erfolge erzielen können. Ich brauche nur daran zu erinnern: 1 kg Butter — ein Klavier; etwas übertrieben zwar, aber ungefähr in dieser Art und Weise ist es doch gewesen. (*Abg. Hartl: Ein Klavierhaxn!*) Damals hat es doch nur mehr die Frage gegeben: Was brauchen wir noch? Ich bin selbst oft genug mit dem Rucksack hinausgegangen oder habe bei einem Bauern einen Tag gearbeitet, um meine Familie ernähren zu können. Auch das muß man, glaube ich, hier einmal feststellen. (*Abg. Steiner: Wir haben nebenbei abliefern müssen! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Aber was!*) Doch nicht alle Produkte vom Hof, sonst wären wahrscheinlich damals diese Handelschaften nicht zustande gekommen, Kollege Steiner!

Kollege Griebner hat heute noch gemeint, daß die ÖVP in der Agrarpolitik allein stünde. Sicherlich steht sie in der Agrarpolitik in der Form, wie sie betrieben wird, allein, in der Politik für die Großbauern und für die Großforstwirte. Der Bauernbund kann ja dafür sorgen, er ist ja eine der drei Parteien in der heutigen Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei.

Aber ich glaube, in der heutigen Debatte ist schon dargestellt worden, daß die Sozialistische Partei sicherlich auch Interesse an der Landwirtschaft hat. Ich möchte nur an die Ausführungen meiner Kollegen erinnern, die sich sehr intensiv mit den landwirtschaftlichen Fragen befaßt haben und auch ent-

sprechende Verbesserungsvorschläge machten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Kern: Billige Preise!*)

Vor wenigen Tagen hat man hier darüber gesprochen, daß die Österreichischen Bundesbahnen einen Abgang haben, und — das ist heute vom Abgeordneten Grundemann und auch von meinem Klubkollegen Pansi bereits angezogen worden — man hat gesagt, es sei die unerfreuliche Tatsache eingetreten, daß bei den Österreichischen Bundesforsten erstmals seit dem Jahre 1952 wieder ein Abgang präliminiert werden muß.

Pansi hat auch einen Auszug aus dem „Holzkurier“ gebracht, und ich darf diese Ausführungen wahrhaft nur unterstreichen. Der Kernpunkt dieser Ausführungen und Feststellungen eines Fachmannes war, daß mangelnde Investitionen die Ursache für den Abgang bei den Österreichischen Bundesforsten sind. Man hat in den guten Jahren abgeschöpft und muß jetzt selbstverständlich zusätzlich helfen.

Dazu stellen die „Salzburger Nachrichten“ am 12. August 1967 fest — ich darf zitieren —:

„Das Hauptziel der Tätigkeit der Bundesforste ist naturgemäß die Holzproduktion ... Es ist zu befürchten, daß die Entwicklung, die sich bereits in den jüngsten Jahren abgezeichnet hat, im Jahre 1967 sprunghaft und einschneidend fortschreitet und der wirtschaftliche Erfolg der ÖBF keineswegs zu einem günstigen Ergebnis führt ...“

Wir haben nun die Auswirkungen. Es war vorgesehen, daß das Budget 1967 für die Bundesforste noch einen Überschuß von etwa 21 Millionen Schilling bringen würde. Wir haben das letzte Budgetüberschreitungs-gesetz gestern im Finanz- und Budgetausschuß behandelt und mußten feststellen, daß bereits auch dort ein weiterer Zuschuß von 20 Millionen gegeben werden mußte. Dadurch ist praktisch dieser Überschuß bereits auch für 1967 aufgehoben.

Wir wollen den Bundesforsten absolut keinen Vorwurf machen, denn der Herr Generaldirektor, sozusagen der oberste Förster der Österreichischen Bundesforste, hat auch in diesem „Holzkurier“ vom 8. Juni festgestellt, man sehe, wie unglücklich es sei, wenn ein Wirtschaftskörper im Staatshaushalt verwaltet werden müsse und nicht in die Lage versetzt werde zu wirtschaften, im Staatsbudget seien die Bundesforste mit 0,9 Prozent ein unbeachteter Zwerg.

Es wird dort weiter ausgeführt, daß in verschiedenen Gebieten Österreichs die Verkarstung diesmal ernstlich droht. Windbrüche größten Ausmaßes ergeben ein völlig neues

Wielandner

Bild, und besonders in der Umgebung Wiens, im Hochquellgebiet draußen, besteht ernsthafte Gefahr für die Verkarstung des Bodens durch Flächenwürfe. Aber diese Flächenwürfe kennen wir auch draußen in unseren Alpenländern, sie sind schon heute oft genug zitiert worden: Aufreißung des Bodens, Abschwemmung des Erdreiches durch Unwetter — das ist eine unmittelbare Gefahr —, und jetzt komme ich zu dem Kernpunkt meiner Ausführungen, zur Gefahr von Katastrophen.

Ich möchte hier eindringlich fordern, daß diese Kulturen, die vernichtet worden sind, dringend wiederaufgeforstet werden. Die Kulturgattung Wald hat unter normalen Witterungsverhältnissen — das stellen Fachleute fest — die Möglichkeit, etwa 70 Prozent des Niederschlages aufzunehmen und im Boden festzuhalten.

Der indirekte Abgang bei den Bundesforsten ist auch eine echte Gefährdung, wenn wir nicht die Mittel bekommen, die notwendig sind, um diese Aufforstungen durchzuführen. Es würde dadurch die Entstehung von Hochwässern unterhalb der Einzugsgebiete verhindert. Wir sollten bemüht sein, jeden Landstrich unseres Heimatlandes, bei dem es irgendwie die Möglichkeit gibt, entsprechend mit Bewaldungsprozentsen zu versehen. In Zeiten großer Niederschläge ist das Vorhandensein von Wald von größter Bedeutung.

Das Ausmaß der letzten Katastrophen in den Alpenländern in den Jahren 1965 und 1966, in Kärnten, in Osttirol, in Tirol und in Salzburg, wäre unabschätzbar, wenn dort nicht Wald bestanden hätte. Das sagt der Jahresbericht der Forstwirtschaft von 1966. Es wird dort immer wieder darauf hingewiesen, keine Kahlschläge zu tätigen. Wir haben es in der Praxis gesehen, was diese Kahlschläge zum Beispiel im Raum Gastein, aber auch in Kärnten bedeutet haben.

Da möchte ich ein besonderes Beispiel herausgreifen, und zwar das Gailtal. Nach der Waldbestandsaufnahme ist dort eine jährliche Gesamtnutzungsmenge von 71.000 Erntefestmeter tragbar, der tatsächliche Einschlag von 1950 bis 1960 lag aber im Durchschnitt bei 200.000 Erntefestmeter, das ist ungefähr die dreifache Einschlagsmenge. Es soll eine Warnung an die Bundesforste sein, insbesondere aber an den Ressort- und den Finanzminister: Kein Raubbau an unseren Wäldern, Ermöglichung entsprechender Subventionen und Investitionen, damit die den Waldbeständen zugedachte Aufgabe auch tatsächlich erhalten bleibt!

Wir lasen am 1. Dezember in der „Salzburger Volkszeitung“: „Alarm um Hochgebirgswälder: Schlägerungen erhöhen Gefahr“. Hier

ist ausgeführt, daß in Gebieten, in denen 7000 Jahre noch nicht geschlägert werden konnte, auf Grund der nunmehr gegebenen technischen Möglichkeiten entsprechende Schlägerungen durchgeführt werden können und daß man beispielsweise im Bereich Ötztal, Stubaital, im Mölltal, im Debanttal, im Defreggental, also in Gebieten, die echt gefährdet sind, derzeit derartige Schlägerungen durchführt, wo man keine Aufforstungen in nächster Zeit machen kann, weil ja sofort das Erdreich in diesen großen Höhen abgeschwemmt wird. Man sollte hier die Hieb- genehmigung absolut nicht erteilen. Ich darf noch einmal auf die große Gefahr, die mit diesen Schlägerungen verbunden ist, hinweisen.

In einer anderen Zeitung ist darauf hingewiesen worden, daß die Überschlagerungen insbesondere im Bauernwald größte Probleme hervorbringen würden und daß gerade diese Frage jeweils wirklich einer sehr reiflichen Prüfung bedarf. (*Abg. Steiner: Wer überschlägert denn im Bauernwald?*) Das stellen die „Wirtschaftsnachrichten“ fest! (*Abg. Steiner: Das ist eine allgemeine Formulierung! — Ruf: Wir haben 10.000 fm Zuwachs, und 11.000 fm werden geschlägert! — Abg. Steiner: Es ist dort wesentlich weniger geschlägert worden, als allgemein zuwächst!*) Kollege Steiner, ich gebe dir nachher die „Wirtschaftsnachrichten“. Das steht da drinnen. Kollege Steiner! Sogar eure Zeitung stellt fest, was durch diese Schlägerungen und insbesondere durch Überschlagerungen entstehen kann. (*Abg. Steiner: Ja: „entstehen kann!“; wenn geschlägert wurde!*) Ja, und das ist in der Praxis bereits geschehen! (*Ruf: Es wird jetzt nicht geschlägert!*) Wenn das hier drin steht, dann wird es wohl richtig sein. Ihr habt ja anscheinend die Land- und Forstwirtschaft gepachtet, und niemand anderer versteht etwas von diesen Dingen. (*Abg. Steiner: Das wollen wir gar nicht behaupten, aber wir sind sogar Besitzer und nicht nur Pächter der Landwirtschaft!*) Besitzer? — Ich habe das mehr ideell gemeint, ich glaube, du wirst mich schon richtig verstehen, Kollege Steiner! Tatsache ist, daß es draußen so aussieht, als habe die ÖVP die Landwirtschaft wirklich allein gepachtet.

In Österreich haben wir sehr dringliche Aufgaben auf dem Gebiete der Wiederbewaldung. Es sind ungefähr 300.000 ha, die im Bereich der rund 4000 Wildbäche und der 2600 Lawinengänge liegen. Zudem wäre es notwendig, den Wald zur biologischen Grenze hinaufzurücken, was etwa einen Kostenaufwand von 3 Milliarden Schilling erfordern wird. Sicherlich ist es klar, daß diese Beträge nicht sofort

Wielandner

auf den Tisch gelegt werden können, aber wir sollten alles tun, denn wenn wir uns überlegen, daß die Katastrophen der vergangenen Jahre etwa 4 Milliarden Schilling gekostet haben, müssen wir wirklich alles daransetzen, um vorbeugend zu wirken.

Nun zu einer anderen Schadensfrage im Wald. Da schreibt „Der Salzburger Bauer“ am 9. November 1967 unter dem Titel „Enorme Wildschäden im Wald“ unter anderem:

„Nach den Bruch-, Liefer- und Fäulnisschäden stehen die durch das Wild verursachten Schälschäden ... an vierter Stelle.“ Es heißt, nur 48 Prozent des Jungwaldes seien verbißfrei. Betroffen ist der Kleinwald genauso wie der private Großwald und die Bundesforste; auch hier sollte für eine entsprechende Eindämmung entsprechend Vorsorge getroffen werden.

Zur Frage der Wildbach- und Lawinerverbauung darf ich feststellen, daß absolut weitere Schritte unternommen werden sollten. Heuer sind wir von diesen Schäden verschont geblieben. Wir haben gewissermaßen nur als Warnung zwei Ereignisse miterleben müssen, in Muhr beziehungsweise in Obervellach. Diese Ereignisse sollten uns zeigen, wie vermurte Äcker und Wiesen, mit Schotter gefüllte Einfamilienhäuser, verschüttete Straßen und so weiter aussehen. Wir sollten uns immer wieder vor Augen halten, daß bereits morgen eine derartige Katastrophe wieder eintreten kann. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, aber wir werden die Erledigung dieser Frage immer wieder urgieren, damit nicht die zahlreichen Baustellen, die man draußen zwar einrichtet, wieder vereinsamt werden, sondern auch tatsächlich weitergeführt werden.

Der Herr Bundesminister meinte im Ausschuß, daß die Verminderung der Personalkosten auf einen vermehrten Maschineneinsatz zurückgeführt werden könnte. Nun ist erfreulich, daß wir diese Maschinen zur Verfügung haben, aber man sollte doch dieser Personalfrage eine ganz besondere Bedeutung beimessen und kontinuierlich die Menschen beschäftigen, denn schließlich und endlich ist es nicht jedermanns Sache, in einem Wildbach beziehungsweise bei einer derartigen Verbauung mitzuarbeiten; sie ist schwierig genug.

Nun eine weitere Frage und eine weitere Sorge: Der Bund hat für den Schutzwasserbau zweckgebundene Mittel aus den Katastrophenfondsbeiträgen zur Verfügung. Er schüttet nun diese Gelder aus. Die Länder und Gemeinden, aber natürlich auch die privaten Interessenten müssen entsprechende Zuschüsse leisten. Es ergibt sich hier wirklich und

ernstlich die Frage, wie lange die Länder und die Gemeinden angesichts der ständigen Umschichtung des Finanzausgleiches in der Lage sein werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Das ist eine ernste Sorge, die wir in den Gemeinden draußen haben. Wenn wir heute — das muß ich feststellen — in sehr vielen Fällen in ausreichendem Maß Beträge zur Verfügung erhalten, so darf ich weiter sagen, daß man doch etwas dazutun müßte, um auch die Länder und die Gemeinden an den Mitteln entsprechend partizipieren zu lassen, und zwar nicht nur bei den tatsächlichen Katastrophen, sondern auch bei den vorbeugenden Maßnahmen. Wir dürfen keineswegs wieder in den Fehler der fünfziger Jahre verfallen und den Katastrophenfonds abbauen.

Noch eine Feststellung: Keinesfalls sollen diese Beträge dem Finanzminister als Reserve für allfällige Kreditoperationen zur Verfügung stehen. Derzeit sind auf dem Konto für die Behebung von Sofortschäden 82 Millionen Schilling, die an physische oder juristische Personen geleistet werden könnten. Dazu kommen die 21,5 Millionen Schilling für den Bund, 18 Millionen Schilling für die Länder und 18 Millionen Schilling für die Gemeinden; zusammen sind das also rund 140 Millionen Schilling. Ich glaube, bei dieser Budgetsituation werden diese Beträge sicherlich für irgendwelche Kreditoperationen verwendet.

Bei der Betrachtung des Abganges der Österreichischen Bundesforste müssen alle Möglichkeiten beachtet werden, und ich möchte hier eine Frage, die ich bereits im Ausschuß angezogen habe, wiederholen. Vor kurzem hat sich in meiner Gemeinde zwischen den Bundesforsten und der Wasserrechtsbehörde die Streitfrage ergeben, wer über das angelandete Gut Verfügungsberechtigt wäre. Da das zwei Dienststellen eines Ministeriums sind, dürfte sich die Klärung nicht sehr schwierig gestalten, und die Österreichischen Bundesforste müßten alles tun, um die Beträge aus den durchgeführten Schotterverkäufen hereinzubringen.

Das Kapitel Landwirtschaft des Bundesvoranschlages 1968 enthält zahlreiche Förderungsmittel für die Besitzfestigung und ähnliche Maßnahmen in der Landwirtschaft. Es ist auch notwendig, daß man die Besitzer bei ihren Bemühungen entsprechend unterstützt.

1951 bis 1961 sind 312.000 Erwerbstätige oder 28,9 Prozent aus der Landwirtschaft abgewandert. Während die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung im Jahr 1880 noch 52 Prozent der gesamten Bevölkerung ausgemacht hat, waren es 1961 nur mehr 16,3 Prozent. Das ist in einer Zeit der Industrialisierung, Technisierung und Automatisierung nicht ver-

Wielandner

wunderlich. Deshalb sollte man gerade die vorgesehenen Förderungsmittel richtig einsetzen.

Wir haben im Lande Salzburg eine Aktion zur Förderung kinderreicher Bauernfamilien, zur Erneuerung und Verbesserung der Wohnhäuser und Höfe. Da möchte ich ein Beispiel erzählen: Vor zirka 20 Jahren hat der Älteste auf einem Hof das Erbe übernommen, 10 Geschwister waren auszuzahlen, und mit größten Schwierigkeiten konnte der in rund 1000 m Seehöhe gelegene Hof gehalten werden. Für die Verbesserung der Wohnverhältnisse war selbstverständlich sehr wenig Geld vorhanden. In der Zwischenzeit sind wieder neun Kinder im Alter zwischen 4 und 18 Jahren auf dem Hof. Sicherlich ist die Kinderbeihilfe, die seinerzeit von uns, von der linken Seite, gefordert wurde, eine Hilfe für diese Bauernfamilien; es zeichnete sich auch in der Aktion für kinderreiche Familien eine Möglichkeit ab. Ein Beamter der Landesregierung machte einen entsprechenden Plan, der aber dann bei der Bauverhandlung in dieser Form nicht genehmigt werden konnte. Die Folge war, daß er in seiner Verärgerung die Mittel gekürzt hat und für zirka 160 m² — Haus mit Nebenräumen — 377 S als Grundbeiträge festgelegt hat. Unberücksichtigt ist geblieben, daß der Hof in 1000 m Höhe liegt und daß selbstverständlich allein die Materialtransporte äußerst schwierig und kostspielig gewesen sind. Die Familie — die Eltern und die Kinder — hat in Eigenarbeit die Maurer- und Handlangerarbeit zur Gänze durchgeführt. Diese Leistung wird beispielsweise nicht einmal angerechnet. Jetzt vor Weihnachten bekommt die Familie von einem Unternehmer eine Wechselklage, nur wegen der Säumigkeit dieses Mannes bei der Landesregierung, die, obwohl verschiedene Bittgänge zum Ressortchef in der Landesregierung gemacht wurden und der Beamte wiederholt den Hof besuchte, der Familie bisher nicht die entsprechende Hilfe angedeihen ließ.

Auf diese Weise, meine Damen und Herren, kann man kinderreichen Bauernfamilien nicht helfen. Zuerst macht man Zusagen, zieht sie in die Aktion mit hinein, aber schließlich und endlich läßt man sie trotz aller selbstgemachter Anstrengungen im Stich.

Ich habe diesen Fall als Mahnung und Forderung herausgegriffen, daß auch die Abgeordneten dieses Hohen Hauses darauf achten sollen, daß diese Förderungsmittel auch wirklich zugunsten des Bauernstandes eingesetzt werden.

Herr Kollege Griesner hat gemeint, 4,6 Milliarden Schilling seien für Neubauten im Bereiche der Land- und Forstwirtschaft aus-

gegeben worden. Das ist richtig, aber ich glaube, gerecht aufteilen wäre noch viel wichtiger und zweckmäßiger.

Nun zum Schluß: Herr Kollege Landmann hat heute beantragt, daß man Maßnahmen gegen die schlechten Holz- und Fleischpreise zugunsten der Bergbauern ergreifen möge. Solche Maßnahmen sind bestimmt nötig, aber ich frage mich: Ist es nicht das Eingeständnis einer schlechten oder verfehlten Agrarpolitik, wenn er hier in diesem Hause diese Forderungen gerade an einen Minister richtet, den seit dem Jahre 1945 die Österreichische Volkspartei stellt?

Wenn wir uns all das überlegen, dann ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, kein Wunder, wenn wir als Opposition dieses Budget ablehnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Minkowitsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Minkowitsch (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Vorwoche war ich leider sehr, sehr oft durch die diversen Besprechungen, die es um diese Zeit meistens gibt, verhindert, hier immer den Verhandlungen zuhören zu können. Ich war deshalb umso glücklicher, daß ich wenigstens an dem Tag, an dem die Fragen des Verkehrs und der verstaatlichten Betriebe behandelt wurden, die meiste Zeit hier im Saal sein konnte. Ich habe mich bemüht, sehr aufmerksam die Sorgen, die von hüten und drüben an diesem Tag vorgebracht wurden, in mich aufzunehmen, die Sorge um den Arbeitsplatz, die Sorge um die Zukunft der Familie, die gerade in der vorweihnachtlichen Zeit so besonders drückend empfunden wird. Es ging nicht nur um Kohle, die Elektroindustrie, den Edelstahl und so weiter — diese Sorgen kennen wir ja schon länger —, sondern auch neue Bereiche sind plötzlich in den Sorgenbereich miteinbezogen worden. Als dann von einem Ihrer Kollegen — ich hoffe, nicht in böser Absicht — die Unterstellung gemacht wurde, wir von der ÖVP hätten ja ein Interesse daran, eine Arbeiterreserve vor den Fabrikstoren zu haben, da hat sofort unser Generalsekretär Dr. Withalm darauf erwidert, daß man uns doch nicht für politische Selbstmörder halten möge. Diese sozialistische Behauptung ist nicht nur unrichtig, ich darf Ihnen sagen, daß diese Unterstellung auch regelrecht verletzend war.

Ich habe mir Gedanken darüber gemacht, wie es überhaupt dazu kommen konnte, und bin für mich zu dem Schluß gekommen, daß diese Unterstellung eigentlich nur aus einem jahrzehntelang gedrillten Klassendenken überhaupt erklärbar ist. Es war bis jetzt in der SPÖ weitgehend Maxime, daß derjenige,

Minkowitsch

der das Größtmögliche für die Arbeiter herausholt, auch der beste Arbeitervertreter ist. Deshalb ist der Umkehrschluß sehr naheliegend gewesen, daß der Unternehmer, der momentan das meiste und das Größtmögliche für sich herausholt, auch der beste Unternehmer wäre.

Dazu muß ich sagen, daß dieser Standpunkt einmal — ich weiß nicht, vor wieviel Jahren — richtig gewesen sein mag, zu einer Zeit, als die ganz große Sozialschere noch Gültigkeit hatte, daß er aber in die Jetztzeit überhaupt nicht hineinpaßt und völlig falsch ist. Denn nicht — das ist meine Auffassung — das augenblicklich größtmögliche Durchsetzen von Wünschen sichert einem Stand auf Dauer den verdienten Lebensraum, sondern nur die Beachtung auch der legitimen Interessen des anderen. Nicht das einmalige Übervorteilen des Partners ist es, was einem die Existenz sichert, sondern der Vorteil von beiden Seiten, auf Dauer gesehen. Diese antiquierte unselige Politik des „Ich“ muß sich also möglichst rasch und allumfassend zur modernen Politik des „Wir“ hinaufentwickeln, die aber dann alle Stände gerecht wertend umfaßt.

Jetzt spreche ich etwas aus, was vielleicht manchem nicht angenehm in den Ohren klingen mag: Eine wohlverstandene Aufgabe der bürgerlichen Interessenvertretung ist es, nicht nur für gerechte Preise als Lohn der Arbeit des eigenen Berufsstandes einzutreten, sondern gleichzeitig sich auch um die Kaufkraft des Konsumenten seiner Ware intensiv zu bemühen. Kein Bauernvertreter, der auch an das Übermorgen denkt, hat irgendwie Interesse an Arbeitslosen oder Bettlern, die kein Geld in der Tasche haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Genauso aber darf ich, wenn wir diesen Standpunkt hier einnehmen, wohl mit Fug und Recht erwarten, daß auch die Konsumentenvertreter irgendwie darauf bedacht sind, daß auch die Kaufkraft der österreichischen Landwirtschaft erhalten bleibt. Das wurde heute auch schon vom Herrn Präsidenten Griesner als erstem, ich glaube, von Dipl.-Ing. Tschida als zweitem und anderen ausgeführt: daß nämlich die österreichische Landwirtschaft im Laufe des Jahres mindestens um 12 Milliarden Schilling Aufträge an die heimische Wirtschaft vergibt.

Jetzt möchte ich wieder zur Debatte über die Fragen des Verkehrs und der Verstaatlichten zurückkommen. Vielleicht — es ist bitter, wenn man das aussprechen muß — war diese Phase der Fühlbar- und Sichtbarmachung der industriellen Strukturschwächen gerade noch rechtzeitig und vielleicht auch irgendwie nötig. Denn so lange „eh alles

rennt“, meine Herrschaften, denkt doch niemand gern ans Übermorgen; jedenfalls handelt er nicht danach!

Ich kann mich sehr wohl an einen Bericht über die verstaatlichte Industrie im Jahre 1964 oder 1965 erinnern, in dem sehr deutlich ausgeführt wurde, daß unzeitgemäße Lohnforderungen die letzten Investitionsmöglichkeiten in manchen Bereichen derart ausgeräumt haben, daß eben der notwendige Anschluß nicht gefunden werden konnte. Wenn es irgend jemand wünscht, kann ich das aus meiner Bibliothek noch heraussuchen.

Aber vielleicht verstehen jetzt auch manche Exklusiv-Arbeitervertreter besser, wie es uns Bauern hier im Parlament seit Jahren ums Herz war und ist, wenn man uns in perfider Ignoranz das böse Wort von den „pragmatisierten Almosenempfängern“ entgegenschleuderte, die sich nur nicht schnell genug geschrumpfen wollten, um ihre Einkommenslage zu verbessern. Das hat man einem Stand gegenüber — auch in der Presse — vertreten, der von 1950 bis 1965 420.000 Arbeitskräfte freigestellt und an andere Berufe abgegeben hat! Derzeit haben wir noch rund 700.000 — ich sage das, um die Größenordnung ins richtige Licht zu stellen —, wovon etwa 100.000 fremde Arbeiter und Angestellte sind. 420.000 Arbeitskräfte in 15 Jahren!

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das bedeutet? Wir haben hier keinen Sklavenmarkt! Ich habe, nachdem ich unvorbereitet in meinen Beruf als Bauer hineingestellt worden bin und damals, im Jahre 1946, keine Ahnung von der Landwirtschaft hatte, mich sehr intensiv mit der Stoppuhr, mit dem Lehrbuch und so weiter zu beschäftigen gehabt. Ich habe nichts Überkommenes übernommen, weil niemand da war, der mir etwas an Arbeitswissen übergeben hätte, und habe, wenn ich als Bauer am Leben bleiben wollte, sehr genau zu kalkulieren beginnen müssen, was mich die Produktion in der einen oder in der anderen Sparte selbst kostete. Ich habe seit Beginn der fünfziger Jahre also sehr intensive Gestehungskostenberechnungen gemacht, nicht nur bei Wein, nicht nur bei Getreide, sondern in all den Sparten, in denen ich selbst erzeugt habe. Ich habe — das sagte ich schon und brauche es daher nicht zu wiederholen — sehr schnell mit der Milchproduktion aufgehört, denn eine so billige Milch, wie ich sie mir kaufen kann, konnte ich in meinem Betrieb leider nie erzeugen. Aber ich habe mir auch Gedanken darüber gemacht, was ein junger Mensch, den man dann, bis er selbst zu verdienen beginnt, ins Leben hinausstellt, der Familie kostet. Ich weiß nicht, wer von euch das auch schon gemacht hat: Glauben Sie nicht, daß die

Minkowitsch

Kosten für die Ausbildung und Erziehung eines Kindes zwischen 100.000 und 200.000 S schwanken? Wenn wir also einen Schnitt von etwa 130.000 S nehmen, dann glaube ich auf keinen Fall zu überhalten. Meine Damen und Herren! Haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, daß diese Freigabe von 420.000 Arbeitskräften die Summe von rund 55 Milliarden Schilling, aus der Landwirtschaft hervorgebracht, anderen Berufen zur Verfügung gestellt, ausmacht?

Wenn ich eine Berufsbilanz aufstellen will, dann fällt mir ein Gespräch ein, das in meinem Dorfwirtshaus geführt wurde, welches ich jetzt leider nur mehr sehr selten besuchen kann: Ein weichender Bauernsohn, der jetzt Eisenbahner ist, hat am Wirtshautisch, sagen wir, ziemlich groß angegeben, was er sich alles leisten kann. Und ein anderer an diesem Tisch hat dann das treffende Wort gefunden: Weißt was? Du kannst ja auch nur deshalb so einen feschen Weaner spielen, weil deine 70jährige Mutter noch immer fleißig in den Weingarten geht und dir jeden Sonntag die Packeln nach Wien mitgibt! — Ich will mich nicht über diese Kleinigkeiten, könnte man sagen, verbreiten, aber ich möchte Sie bitten, einmal auch diese Gedankengänge irgendwie anzunehmen.

Wenn wir jetzt von der Einkommenslage sprechen, dann erhebt sich der große Vorwurf, der uns immer wieder gemacht wird: Ja die österreichische Agrarstruktur! Dazu möchte ich ganz klar wiederholen — ich habe es schon ausgesprochen —: Im Zentrum aller Betrachtungen steht der Mensch und nicht das Hektar! Wenn auch ein Mansholt anderer Auffassung sein sollte, dann muß ich feststellen: Ich habe mich sehr bemüht, darüber nachzudenken, habe meine Schlüsse gezogen und bin dazu gekommen, daß das, was mir jemand vorsagt, von mir noch lange nicht nachgebetet werden muß. Ich halte in meinem Dorf die Augen offen und weiß, daß die Betriebsgröße dann, wenn nicht ein richtig wirtschaftendes Ehepaar dort ist, null und nichtig ist und daß der kleine Betrieb daneben mit einem tüchtig wirtschaftenden Ehepaar weitaus eher seine Existenzgrundlage findet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch etwas: Herr Dr. Weihs, Sie wissen ja, daß ich Sie sehr, sehr schätze — der Tull geht eh schon aus dem Weg, sodaß wir einander dabei wenigstens ins Gesicht schauen können; wir sagen einander immer gerne direkt alles ins Gesicht —: Auch Sie haben den Standpunkt vertreten: Unbedingt der größere Betrieb! Ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, daß man in den Vereinigten Staaten den größeren Betrieb schon lange hat, daß

die amerikanische Durchschnittsfarm derzeit ja schon bei rund 130 ha hält und daß trotzdem ... *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: 200!)* Meine Information ist leider schon eineinhalb Jahre alt. *(Abg. Dr. Tull: Der Fortschritt ist doch hier!)* Also 200 ha. Ich bin sehr dankbar für diese Information. Jetzt kommt es aber erst: Wissen Sie nicht, daß trotzdem 70 Prozent aller amerikanischen Farmer im Existenzminimum der Amerikaner liegen? Wo ist also die gepriesene Wirtschaftsstruktur, wenn das Volksganze nicht bereit ist, den Bauern — und wenn sie 1000 ha Betriebsstruktur hätten — einen gerechten Lohn zuzubilligen? *(Beifall bei der ÖVP.)* Da muß auch noch etwas anderes mitspielen!

In Österreich hatten wir im Jahre 1951 433.000 Betriebe. Im Dezember 1965 waren es noch 380.000, derzeit sind es rund 375.000. Die genauen Zahlen liegen uns ja jetzt nicht vor. *(Abg. Pansi: Sie stehen im Grünen Plan!)* Nein, über den derzeitigen Stand steht nichts im Grünen Plan. *(Abg. Pansi: Im Grünen Plan stehen die Zahlen!)* Ich habe ihn mir sehr genau angesehen. Die Zahlen vom Dezember 1965, Herr Präsident Pansi, habe ich sehr gerne genommen, und unter Berücksichtigung der Schrumpfrate — wenn man das so nennen kann — bin ich auf derzeit 375.000 gekommen.

Ich habe auch die Analyse meines Heimatdorfes — ich gestehe offen, ich habe das vorher noch nie gemacht — für diese heutige Rede durchgeführt. Ich möchte vorausschicken: Ich wohne in einem schönen Haufendorf, also nicht in einem langgezogenen Straßendorf, das vielen, die dort geboren sind, sehr gut gefällt. Aber mir gefällt halt das Haufendorf besser. Es ist ein sauberes Dorf. Wir haben einen wunderschönen Kellerberg, einen Berg, wo nur Weinkeller sind! Also das hat nicht jedes Dorf. Wir sind sehr nahe an der Schnellbahn, wir liegen an der Nordbahn, also nicht an einer der Bahnen, die im Professorenbericht angeführt sind, von denen wir nicht genau wissen, wie lange sie noch Bahnen bleiben dürfen. Wir haben ein herrliches Freibad, wir verfügen über beste sandige Lehm Böden und haben, vom Herrgott geschenkt, ein Weinklima, das es uns auch gestattet, die Krone der Weine, Beeren auslesen, zu erzeugen.

Wir wohnen also in einem, ich möchte beinahe sagen, optimalen Gebiet. Und trotzdem folgende Entwicklung der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe: Um 1900 hatten wir etwa 80 landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe; 1947 waren es noch 36; im Jahre 1967, also 20 Jahre später, waren es noch 23 — gegenüber 1947 eine Abnahme um 36 Prozent —, und das bei einer Anzahl von 200 Haus-

Minkowitsch

nummern. In wenigen Jahren werden wir nur mehr 17 sein unter der Voraussetzung, daß kein Unglücksfall eintritt und von den vorgesehenen Hoferben keiner verunglückt, wie es leider in den abgelaufenen Jahren der Fall war. Eine weitere Abnahme von 25 Prozent der Betriebe in einem Gebiet, das, wovon ich selbst überzeugt bin, zu den Gegenden mit den besten Produktionsmöglichkeiten der österreichischen Agrarwirtschaft gehört! Wir jammern nicht deswegen; wir sind eben bereit, die harten Konsequenzen aus der Mechanisierung in Feld- und Weinbau sowie aus der Rationalisierung der Betriebe auf uns zu nehmen!

Meine Damen und Herren! Welche Ehre, Ulbrich ist da! Ich habe mir schon die ganze Zeit gedacht: Hoffentlich kommt er, bis ich rede! (*Abg. Meißl: Jetzt haben wir auch 86 Prozent!*) Jetzt haben wir auch 86 Prozent — beinahe! Herr Kollege Ulbrich: Wenn mir jemand vor 15 Jahren gesagt hätte, wie ich heute wirtschaftete, dann hätte ich ihm — das gestehe ich frank und frei — gesagt: Du bist ein Narr, du gehörst zwar nicht gleich nach Steinhof, aber zumindest zum Scrinzi! (*Heiterkeit.*) Wenn Ihnen genausoviel eingefallen wäre, wie mir in den 19 Wirtschaftsjahren eingefallen ist, dann — davon bin ich überzeugt — würden die Österreichischen Bundesbahnen auch etwas anders dastehen! Und deshalb kann ich Ihr letzthin gemachtes Angebot, zu Ihnen als Verschieber zu kommen, leider nicht annehmen. Aber ich mache Ihnen ein Gegenangebot: Kommen Sie zu mir als Traktorführer, wenn Sie vor einer harten Lehre keine Angst haben! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: Kann ich ohneweiters machen, weil ich den Führerschein besitze!*) Reden wir nachher über die Einzelheiten!

Ich darf hier noch auf einige Zahlen eingehen: Von 1958 bis 1966 ist der Rohertrag je Vollarbeitskraft in der Landwirtschaft um 109 Prozent gestiegen. Das ist zum Teil nur durch dramatische Kapitalintensivierungen möglich gewesen. Der letzte Bericht, der von 155 Milliarden Aktivkapital spricht, wobei derzeit 7,7 Prozent als Verschuldungsrate gelten, bringt aber auch zum Ausdruck, daß die Verschuldung gerade im letzten Jahr um 11 Prozent zugenommen hat.

Ich darf dies mit anderen Zahlen noch einmal untermauern: Von 1950 bis 1965 betrug der jährliche Produktivitätszuwachs der österreichischen Landwirtschaft 5,3 Prozent. Meine Damen und Herren! Die gesamte österreichische Industrie hat es nur auf 4,9 Prozent gebracht, das Baugewerbe mit seinen modernen Baumaschinen — man wundert sich ja, was sie in einem Tag alles weiter-

bringen — hat es auf 4,3 Prozent gebracht. Als einzige Branche war die österreichische Elektroindustrie in der Lage, es auf 6,5 Prozent zu bringen.

Ich möchte jetzt vor dem Rückschluß warnen: Es geht also den österreichischen Bauern ohnedies ausgezeichnet! — Ich möchte über dieses Thema momentan nicht zu sprechen beginnen, möchte Ihnen aber nur berichten, daß man in einem Dorf noch immer anders lebt als in der Stadt, daß im Dorf noch immer jeder jeden kennt, jeder vom anderen sogar meistens mehr weiß als von sich selbst und daß man deshalb in einem Dorf sehr genau auch die Arbeitszeit, den Lebensstandard und den Gesundheitszustand vergleicht. In einem Dorf wie in dem meinen, wo der Ö-larbeiter genauso wie der Eisenbahner und der Bauer nebeneinander leben, lebt der Arbeiter nicht schlechter und kann nicht als ausgebeutet bezeichnet werden.

Ich darf jetzt auf ein anderes Thema übergehen: Bedingt durch die schlechte Ernte 1965 — Sie wissen ja, das war das Katastrophenjahr, das uns sehr, sehr viele Sorgen bereitet hat — war es auch nötig, einen ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelimport durchzuführen. Auch durch diese ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelimporte bedingt, haben wir eine Leistungsbilanz zu verzeichnen gehabt, von der wir mit Recht sagen müssen, daß sie uns Sorgen bereitet hat. Ganz kurz die entsprechenden Zahlen: Im Jahre 1962 hatten wir noch eine Leistungsbilanz von plus 2049 Millionen Schilling, im Jahre 1964 waren es plus 1223, im Jahre 1965 minus 927, im Jahre 1966 minus 4893 Millionen. Ich will, da wir in der Zeit doch schon etwas fortgeschritten sind, mir die Grundbilanz ersparen. Im September 1967 hatten wir Gott sei Dank schon eine aktive Zahlungsbilanz aufzuweisen, wie die „Wiener Zeitung“ vom 8. November ausführte. Ich darf Ihnen hier einige Zahlen ganz kurz in Erinnerung rufen und Sie bitten, daran zu denken, daß das nicht von ungefähr gekommen ist, sondern daß das zum Beispiel auch darauf zurückzuführen ist, daß, wie der Herr Bundesminister vorhin schon ausgeführt hat, im ersten, zweiten und dritten Quartal 1967 um 23.500 Stück Rinder mehr exportiert werden konnten als im ganzen Jahr 1966 zusammengekommen.

Infolge einer guten Getreideernte hatten wir weniger Importbedarf. Dadurch haben wir viele Hunderte Millionen Schilling dem österreichischen Staat erspart. Doch da gibt es Leute in Österreich, die eine Mehrernte in unserem Lande — auch wenn es sich um Weizen handelt — direkt als nationales Unglück hinstellen!

Minkowitsch

Wir hatten auch eine gute Weinernte. Wir werden im nächsten Jahr — das wird sich erst 1968 auswirken — bedeutend weniger oder fast überhaupt keine Weinimporte brauchen und werden dadurch von unserer Seite wieder ein paar hundert Millionen Schilling dem österreichischen Staat an Ausgaben ersparen.

Ich möchte — nur um Zeit zu sparen — aus dem erwähnten Artikel in der „Wiener Zeitung“ über die aktive Zahlungsbilanz nur den letzten Satz vorlesen:

„Die Währungsreserven der österreichischen Volkswirtschaft erhöhten sich um 6341 Millionen Schilling auf insgesamt 36.881 Millionen Schilling per Ende September. Zum gleichen Stichtag des Vorjahres beliefen sie sich auf 32.863 Millionen Schilling.“

Meine Damen und Herren! Warum habe ich das jetzt vorgelesen? Daß wir nach der Pfundabwertung nicht eine Schillingabwertung mitmachen mußten, ist doch im wesentlichen in dieser Zahlungsbilanz begründet. Daß zu dieser aktiven Zahlungsbilanz die österreichische Landwirtschaft einen sehr wesentlichen Teil beigetragen hat, wollen nur Leute bösen Willens nicht wahrhaben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Haas: Wer sind diese Leute?*) Ich würde gerade Ihnen empfehlen, von mir keine Details zu verlangen, sonst könnten Sie nachher ein etwas unfreundliches Erwachen erleben!

Im Jahre 1966 sind für ... (*Unruhe bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren! Ich rede noch ziemlich lange, wenn Sie mich stören, noch länger! (*Abg. Weikhart: Es ist selbstverständlich, daß die Landwirtschaft lang dauert! Seit 20 Jahren immer das gleiche!*) Weikhart ist heute in Geberlaune, Parlamentsfahne haben wir ohnehin eine draußen, so können wir keine mehr rausgeben!

1966 waren für 21.000 Menschen in der österreichischen Landwirtschaft keine pragmatisierten Arbeitsplätze mehr da. Viele glauben, das wäre eine Selbstverständlichkeit. Manche — auch von eurer Seite — haben gemeint, diese Tendenz wäre noch zu langsam.

Ich möchte jetzt um Gottes willen nicht haben, daß mir irgend jemand Schadenfreude unterstellt, ganz im Gegenteil: Wenn Kollege Sekanina in der Vorwoche sorgenvoll ausgedrückt hat, daß es in der Alpine Montan um 350 Arbeitsplätze weniger geben wird, dann möchte ich aus seiner Ausführung nur eine einzige Hoffnung ableiten: daß man uns endlich auf allen Gebieten der österreichischen Landwirtschaft mehr Verständnis entgegenbringen wird. Ich bitte um dieses Verständnis, aber ich winsle nicht darum. Ich rate vielmehr, auch im wohlverstandenen Interesse der Konsumenten, die hüben und drüben sitzen

— das möchte ich festgestellt haben —, bei der Lösung der Agrarprobleme entsprechend mitzuhelfen, denn noch kein Volk hat in seiner Geschichte ungestraft seine Bauern vergessen dürfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf zu einem Stichwort, das einem als Landwirtschaftsvertreter auch öfters an den Kopf geworfen wird, Stellung nehmen: Na ja, wir brauchen wohl die österreichische Landwirtschaft, irgendwie sehen wir das ein, aber ein teures Hobby ist das schon! — Dazu gestatten Sie mir doch eine ganz offene Frage: Ist Gerechtigkeit teilbar? Oder gilt vielleicht doch der Satz: Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu! Also: Gilt es für keinen oder für alle, daß die Schutzwürdigkeit des Arbeitsplatzes, eine gerechte Arbeitsplatzbewertung, soziales Gewissen, Recht auf Urlaub, Arbeitszeitbeschränkung und so weiter und so fort Berechtigung haben? Aber wenn, dann bitte nochmals: für alle oder für keinen!

Ich möchte noch einmal auf die Debatte der vorigen Woche Bezug nehmen: Es war für mich heute ein sehr, sehr peinliches Gefühl, daß ausgerechnet der Abgeordnete Pfeifer, der eigentlich selbst genau wissen müßte, unter welchen Schwierigkeiten die Landwirtschaft heute produziert und zu wie mäßigen Preisen sie ihre Produkte verkaufen kann, den Vorschlag gemacht hat, die Landwirtschaft müßte durch Preisreduktionen ihre zufälligen Überschüsse im Inland abzusetzen versuchen.

Bedeutet das also, daß Gerechtigkeit doch teilbar ist, daß sie für alle gilt mit Ausnahme jenes Standes, der Jahrtausende älter und generationserfahrener ist als so manche „noch nicht pubertätsentwachsene Altklugheit“, die momentan glaubt, das Gras wachsen zu hören? (*Rufe bei der SPÖ: Na, na, na! — Abg. Weikhart: Jetzt hören aber Sie das Gras wachsen!*) Reden wir doch einmal offen auch über einige andere Probleme! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Nein, nicht mißverstehen, nicht zu einer Person gesprochen! Ich hoffe doch, daß Sie das Niveau verstehen! Jetzt reden wir noch über andere Probleme in aller Offenheit! (*Abg. Lukas: Jetzt haben wir Sie kennengelernt! Das war nicht von Bauernart, was Sie da gesagt haben!*) Entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie in Ihrer Kapazität überschätzt habe! Ich bedaure das, ich werde meine Formulierungen in der Zukunft darauf einzustellen versuchen.

Reden wir in aller Offenheit jetzt auch über das Problem der Weltmarktpreise, auch über das Problem der Weltmarktlöhne, der Agrarexporte, der Subventionen und der Entwicklung der Löhne und Preise in Österreich!

Minkowitsch

Zum Thema Weltmarktpreis: Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen an einem einzigen Beispiel die Unechtheit des sogenannten Weltmarktpreises vor Augen führe, und zwar an der Weltzuckerproduktion.

Die Produktion 1966 hat 64,5 Millionen Tonnen betragen, der Verbrauch 59,6 Millionen Tonnen. Der Überschuß belief sich demnach auf 4,9 Millionen Tonnen — obwohl die FAO gleichzeitig einen Fehlbedarf von 50 Millionen Tonnen errechnet hatte! —, der nur deshalb nicht abgesetzt werden kann, weil die unterentwickelten Länder eben zuwenig Geld haben. Nur schwach 10 Prozent der gesamten Weltzuckerernte werden ohne langjährigen Kontrakt verkauft. Nur diese 10 Prozent gehen über die Börse. Jetzt kommt etwas, was wir der gesamten österreichischen Öffentlichkeit doch einmal sagen müssen: Der Börsenpreis für Zucker betrug 1966 1,34 bis 2,60 Cents für 1 Pfund. Gleichzeitig aber kauften die Vereinigten Staaten in ihren langjährigen Verträgen Zucker um 6,80 bis 7,20 Cents pro Pfund. Gleichzeitig kaufte die UdSSR um 6,10 Cents pro Pfund, während der Börsenpreis, der Überschußpreis nur 1,34 bis 2,60 Cents betragen hat. Im Herbst 1966 betrug in Frankreich der Zuckerpreis 7,34 S im Detail — und gleichzeitig hat Frankreich nach Salzburg im Vormerkverkehr Zucker um 1,90 S exportiert.

Meine Damen und Herren! Bitte, nehmen Sie doch endlich einmal zur Kenntnis, daß der Weltmarktpreis überhaupt nicht als Maßstab für Preise, die in Österreich verlangt werden, herangezogen werden kann. Ich darf eine bittere Wahrheit aussprechen: Früher einmal haben sich Staaten, die einen Überschuß an irgendwelchen Produkten hatten, noch getraut, den Überschuß in das Meer zu schütten, um irgendeinen Preis zu halten. Das getraut man sich angesichts der Millionen Menschen, die jährlich Hungers sterben, jetzt nicht mehr!

Man organisiert das Verschenken, und diese sogenannte verschenkte Ware wird zu Dumpingpreisen — man hat versucht, es auch in Österreich anzubieten — überall angeboten. Ich erspare mir weitere Beispiele und bin davon überzeugt, daß Sie wenigstens in diesem Punkt mit mir einverstanden sind.

Ich darf doch noch ein weiteres Beispiel bringen: Schwedische Eier sind im Sommer 1965 um 45 Groschen nach Österreich geliefert worden, dies zu einer Zeit, als der schwedische Staat seinen Eierproduzenten im Inland 1,20 S garantiert hat. Man konnte nun leicht als Konsumentenvertreter sagen: Hurra! Herein mit den billigen Eiern!, was auch damals im Jahre 1965 geschehen ist. Die Folge davon war, daß die Legehennenhaltung

in Österreich rapid zurückgegangen ist, daß man die Legehennen abgestochen hat, denn nur als tote Hennen konnten sie nicht noch defizitärer werden, als sie schon waren. Zu Weihnachten kostete ein Frischei — auch hier in Wien — bereits 2,50 S und in Innsbruck 3 S, wie mir die Kollegen Dr. Halder und Regensburger sagten.

Man soll nicht glauben: Kaufen wir doch aus dem Ausland, dort ist alles viel billiger. Dann, wenn wir etwas brauchen, hat meistens das Ausland auch nichts, und die Konsumenten sind diejenigen, die letztlich die Zeche dabei zu bezahlen haben. Denn die wenigen Eier, die dann zu diesen horrenden Preisen hier gekauft worden sind, wurden importiert, und das Geld ist in das Ausland abgeflossen.

Ich könnte da unendlich fortsetzen und über Weizen, Schweine, amerikanische Butter und alles mögliche sprechen, aber ich möchte Sie in dieser Angelegenheit wirklich nicht auf die Folter spannen.

Die Arbeitsplätze der Arbeiter sind weitgehend abgesichert. Die Sicherungen genügen jetzt nicht mehr, wir sehen das, aber sie sind doch gegen diese Auslandsschwemme weitgehend durch Zölle, Abschöpfungen und Ausgleichsabgaben abgesichert. Wenn trotzdem irgend etwas passieren sollte, haben wir als Generalriegel das Antidumpinggesetz 1967 beschlossen, wobei ich denjenigen, die es genau wissen wollen, empfehlen würde, den § 1 noch einmal nachzulesen.

Die Arbeitsplätze der Bauern sind einzig und allein durch eine Agrarmarktordnung abgesichert. Da werden wir sehen, wie weit den Beteuerungen, ein Herz für die Landwirtschaft zu haben, in der nächsten Zeit auch die Taten folgen werden.

Ich möchte das Kapitel Weltmarktlöhne heute hier nicht behandeln, weil ich davon überzeugt bin, daß dieses Kapitel so ausführlich behandelt werden muß, daß wir uns gelegentlich einmal darüber separat werden unterhalten müssen. Ich habe nur eine Bitte: Bei Weltmarktlöhnen kann man nicht nur von den Löhnen in der Schweiz und in der Bundesrepublik reden, sondern zu den Weltmarktlöhnen gehören auch die Löhne, die die afrikanischen Neger erhalten.

Mit Recht würde es sich jeder österreichische Arbeiter selbstverständlich verbitten, wenn er in einem Atemzug damit genannt wird. Nur uns österreichischen Bauern möchte man selbstverständlich zumuten, daß die heimische Produktion nicht abgeschirmt wird, sondern daß man zollfrei und umsatzsteuerbegünstigt Pflanzenfette auf der Basis „Negerschweiß“ als Grundstoffe der Margarineindustrie weiterhin nach Österreich einführen lassen muß. Die

Minkowitsch

Folge davon ist eine Fettlücke, die wir in Österreich haben. Haben Sie einmal daran gedacht, daß zur Zeit des Israelfeldzuges wohl sofort eine Benzinhamsterei von vorsorglichen Leuten einsetzte, aber niemand das Gefühl hatte, daß in Österreich über Nacht die Nahrungsmittel zuwenig werden könnten? War das nicht eines der größten Komplimente, das der österreichische Konsument in dieser Krisenzeit der österreichischen Landwirtschaft ungewollt gezollt hat? Komplimente hören wir ja nie. Nur wenn wir ein sehr feines Ohr haben, dann bemerken wir sie hin und wieder.

Als Herr Minister Prader die Autobestellung bei der Firma Perlier vorgenommen hat, gab es hier im Haus einen Krach. (Abg. Exler: *Mit Recht!*) Es hat jeder gewußt, daß Minister Prader nur einen Auslandskredit zur Verfügung hatte und das Geld gar nicht im Inland hätte verwenden dürfen. Ich glaube, das war den Herren bekannt.

Wenn man aber die österreichische Pflanzenfettproduktion betrachtet, die nur 8 Prozent des tatsächlichen Bedarfes decken darf, nur deshalb, weil man billige Auslandsprodukte hereinlassen mußte, weil es in der Koalition gar nicht möglich war, auf dem Margarine-sektor etwas zu tun, wenn man also der österreichischen Landwirtschaft einen ganzen Betriebszweig stiehlt — und als nichts anderes kann man das bezeichnen —, dann sollten wir das in aller Ruhe hinnehmen? Bitte, sehen Sie auch von dieser Seite einmal an, daß die Anhebung der Umsatzsteuer für die Margarine ohnedies nicht einmal ein Schritt, sondern nur ein Hauch von einem Schritt gewesen ist (Abg. Skritek: *Wollen Sie es noch teurer haben?*), um auch uns gegenüber endlich einmal Gerechtigkeit obwalten zu lassen. (Abg. Weikhart: *Dort ein Hauch und da ein Hauch, und die Preise steigen!*) Herr Staatssekretär! Ich habe mich sehr bemüht, in all dem, was ich vorhin gesagt habe, darauf hinzuweisen, daß Gerechtigkeit nicht teilbar ist. Ich habe gesagt, daß es unser Interesse ist, den Arbeitsplatz des Arbeiters zu sichern, um seine Kaufkraft zu erhalten. Ich habe nur die Bitte ausgesprochen, daß das auf Gegenseitigkeit wirkt!

Wenn wir bei der Bestellung von ein paar Autos im Ausland bereits — vielleicht mit Recht, ich weiß es nicht — hier etwas sagen, so darf ich zum Ausdruck bringen: Ich selber habe für meinen Betrieb nur Steyr-Traktoren zu einem Zeitpunkt gekauft, als ich davon überzeugt war, daß es weitaus bessere und preiswertere Traktoren auf dem österreichischen Markt gegeben hat. Ich habe mich bemüht, den österreichischen Arbeitern auch

durch einen kleinen Auftrag zu helfen. Aber dann muß von euch endlich einmal die Bereitschaft erwartet werden können, daß ihr dann, wenn es bei uns um die Wurst geht, wenn auch wir, wie die enormen Abwanderungszahlen beweisen, um unseren Arbeitsplatz zu bangen beginnen, auch der österreichischen Landwirtschaft Betriebssparten ermöglicht, die durch Dumpingimporten bisher ganz einfach nicht möglich gewesen sind! Gleiches Recht für alle, Herr Staatssekretär, dann bin ich überzeugt, wir sind gar nicht so weit auseinander, wie es manchmal nur dummerweise den Anschein hat.

Ich darf zu Agrarexporten und -importen ... (Zwischenrufe der Abg. Weikhart und Dr. Withalm.) Ich glaube, ich rede schon zu lange. (Abg. Dr. Gruber: *Ach wo!*) Ach wo? Nicht? (Abg. Weikhart: *Nein, nein, nein! Reden Sie nur weiter!*) Nur weiter. Also ich darf über Agrarexporte und -importe etwas sagen. (Abg. Czettel: *Das gehört zur Landwirtschaft!*) Ja wissen Sie: So streng ist das Reglement wieder nicht, wie Sie meinen. (Abg. Wodica: *Aber streng ist es schon!*) Wenn bei uns ein Abgeordneter glaubt, unbedingt etwas sagen zu müssen, dann sagt er das auch, ohne daß er nachher zurechtgepiffen wird. (Abg. Weikhart: *Na, na, na! Wenn er vorher fragt!* — Abg. Dr. Withalm: *Nein, das glaubt er schon wieder nicht!* — Abg. Weikhart: *Solange der Generalsekretär lächelt, kann der Redner weiterreden!*) Ah so? (Abg. Dr. Withalm: *Das können wir uns merken für die Zukunft!*) Herr Generalsekretär! Ich schaue öfters hin auf deinen Platz, aber das müßte dann ... Ich weiß nicht, gilt das jetzt nur für uns oder auch für Ihre Redner, das müßte noch geklärt werden. (Abg. Weikhart: *Das fehlte uns noch!* — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt wieder zum Thema Agrarexporte und -importe etwas sagen (Abg. Dr. Tull: *Ja, ja! Stundenlang!*), was gar nicht schadet, einmal in dieser Ausführlichkeit besprochen zu werden.

Der Agrarexport ist eine zitternde Freude. Das hat einmal jemand ausgesprochen, der wirklich davon sehr viel verstanden hat: mein verehrter, lieber Vorgänger auf meinem Nationalratsmandat, Minister Hartmann.

Wenn uns von irgend jemandem der Rat erteilt wird, die österreichische Agrarproduktion möge sich gefälligst auf den Bedarf im Inland einrichten, muß ich fragen: Meine Damen und Herren! Haben Sie sich dann schon einmal überlegt, was es bedeuten würde, wenn irgend jemand von uns sagen würde, auch die Industrieproduktion Österreichs müsse sich auf den Inlandsbedarf ein-

Minkowitsch

richten? Wir bemühen uns sehr, primär das zu erzeugen, was wir noch aus dem Ausland einführen müssen. Meine Damen und Herren! Ich habe zum Beispiel heuer eine Getreidernte eingebracht — ich spreche das ganz offen aus —, die ich vorher auf derselben Fläche noch nie eingebracht habe, und ich möchte nicht Rattengift — das wäre von hier vielleicht gar nicht so weit weg —, sondern Gift darauf nehmen, daß ich, solange ich auf der Wirtschaft sein werde, auch nie mehr eine solche Ernte einbringen werde. Wir haben Schwankungen, die von einem gewissen Maß pro Flächeneinheit auf mehr als das Doppelte steigen. Wie wollen Sie dann eine Agrarplanung auf den Zentimeter genau durchführen?! (*Abg. Ing. Kunst: Hoffen wir, daß wir das Getreide billiger kriegen!*) Ja sehen Sie, das ist der Zauber! Sie wollen es nur billiger bekommen. Ihnen ist es ganz egal, welchen Stundenlohn ein Arbeitsplatz im landwirtschaftlichen Sektor erhält. Sie wollen nur die Sachen billiger erhalten!

Meine Damen und Herren! Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß Dänemark oder Holland überhaupt nicht daran denken, diesen Rat, den man hier der österreichischen Landwirtschaft gibt, zu befolgen? Ganz im Gegenteil! Diese Länder führen in enormem Ausmaß landwirtschaftliche Exporte durch. Haben Sie daran gedacht, daß wir ohnedies Einfuhren agrarischer Erzeugnisse im Ausmaß von 9307 Millionen Schilling im Jahre 1966 durchführten und Ausfuhren nur in der Größenordnung von 2219 Millionen Schilling durchgeführt haben, daß wir also auf dem Ernährungssektor ohnedies um rund 7 Milliarden Schilling mehr importieren müssen, als wir exportieren? Dann will uns tatsächlich jemand noch den Rat geben: Die 2 Milliarden, die ihr exportiert, die brauchen wir auch nicht mehr, auf diese kommt es auch nicht mehr an! Womit wollen wir dann unsere Importe, die wir nicht nur auf dem Agrarsektor, sondern auch auf allen übrigen Sektoren dringend benötigen, um unseren Lebensstandard aufrechtzuerhalten, überhaupt finanzieren? Vielleicht mit einer negativen Zahlungsbilanz? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kleiner.*) Mein lieber Herr Dr. Kleiner, ich habe vorhin gesagt: Gott sei Dank, daß wir aus der negativen Zahlungsbilanz endlich herausgerutscht sind, denn wären wir heuer nicht so gut dagestanden, ich weiß nicht, ob wir die Pfundabwertung mit einem ganzen Schilling überlebt hätten und ob wir nicht einen Betrug an all denen, die sich Spargroschen angesammelt haben, hätten durchführen müssen.

Meine Damen und Herren! Die Exportstützungen sind doch um Gottes willen nicht eine Erfindung der Landwirtschaft. Ich darf

Ihnen — falls Sie es vergessen haben sollten — sagen, daß das österreichische Nitramoncal aus Linz in Ägypten weitaus billiger zu haben ist, als wir Bauern es in Österreich kaufen müssen. Ist Ihnen bekannt, daß Steyr-Traktoren ... (*Abg. Weikhart: ... und daß die österreichische Butter im Ausland billiger ist als im Inland?*) Ja, ja! Sie haben vollkommen recht, nur wirft man uns das vor, während das bei den Stickstoffwerken vollkommen in Ordnung ist, und das ist der Unterschied! Ich möchte nur haben, daß man das, was man auf der einen Seite anerkennt, in Gottes Namen dem anderen aus Gerechtigkeitsgründen auch endlich einmal konzediert.

Der Steyr-Traktor wurde in Afghanistan bereits in moderner Ausführung geliefert, als man im Inland noch immer Monate hindurch die alte Ausführung zu einem weit höheren Preis kaufen mußte. Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, daß man italienische Orangen nicht etwa im Lande der Erzeugung, in Italien, am billigsten essen kann, sondern daß die italienischen Orangen am billigsten in Österreich zu kaufen sind? Wissen Sie, daß die holländische Butter, daß der dänische Bacon in England weitaus billiger zu haben ist, als er in Dänemark erzeugt werden kann, weil alle diese Länder ungeheure Beträge in die landwirtschaftlichen Exportstützungen hineinstecken?

Meine Damen und Herren! Nur die eine Bitte habe ich — Sie haben mir das Wort weggenommen, Herr Staatssekretär Weikhart —: Was man für den einen als richtig anerkennt, soll man endlich auch einmal den anderen konzedieren, und man soll dann nicht immer so tun, als würde die Welt zusammenfallen, wenn man einen produktionsbedingten Überschuß nicht zum vollen Erwerbspreis auch ins Ausland schicken kann.

Noch ein kurzes Wort zur Lohn- und Preisentwicklung in Österreich. Lieber Herr Dr. Oskar Weihs! Hier konnte ich Ihren Ausführungen, die Sie vorhin gemacht haben, mit bestem Willen nicht folgen. Sie haben dem Landwirtschaftsminister empfohlen, er möge sich mehr darum kümmern, daß die Kaufkraftabschöpfung der Konsumenten nicht solche Ausmaße annehme. Ich glaube, sinngemäß sagten Sie es so. Ihnen ist doch genauso bekannt wie mir, daß die Verbraucherpreise in Österreich von 1965 bis 1967, im Laufe dieser drei Jahre, im Durchschnitt jährlich um etwa 4 Prozent gestiegen sind, daß aber die Lohnsteigerungen in dieser Zeit im Durchschnitt jährlich 9 Prozent betragen haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Nominell!*) Nominell, jawohl. Sie haben mich nur nicht aussprechen lassen, ich sage aber selbstver-

Minkowitsch

ständig, daß die reale Verbesserung des Lebensstandards 5 Prozent pro Jahr betragen hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das ist übertrieben! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Dr. Weihs! Wenn Sie jetzt sagen möchten, daß unser Landwirtschaftsminister zuwenig mithilft, die Kaufkraft der Konsumenten zu erhalten, dann haben Sie — Sie haben es bewiesen, daß Sie diese Zahlen kennen — vorhin entweder eine Gedächtnislücke gehabt, was ich annehmen möchte, oder wider besseres Wissen Ihre Äußerungen hier gemacht! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Nein, Sie brauchen keine anzunehmen! Wir können verschiedene Dinge aufzählen, wenn wir wollen!*)

Jetzt noch ein Kapitel, das ich Ihnen leider nicht ersparen kann: Es geht dabei darum — um es offen auszusprechen —, welche Fürchterlichkeit die Subventionen in Österreich an sich haben! Herr Kollege Dr. Schwer, ein Bauernbündler aus der Steiermark, den wir jetzt nicht mehr hier haben, hat vor einigen Jahren von derselben Stelle aus ausgeführt, was an versteckten Beihilfen in ganz Österreich herumschwimmt, wo kein Mensch sagt, das wäre eine Subvention, oder wo es einem gewiegten Menschen gar nicht erkennbar wäre, daß da etwas Ähnliches dahintersteckt.

Ich darf noch etwas an die Spitze stellen. Frau Dr. Firnberg ist leider nicht da, aber es wäre ja auch eine Zumutung, einem Redner dauernd zuhören zu müssen, wenn er so lange redet. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Selbsterkenntnis!*) Der österreichische Konsument möchte sehr gerne Bauernprodukte haben und ist nur bereit, Farmerpreise und manchmal nicht einmal diese, zu konzedieren. Das wird mir jede Hausfrau bestätigen, die weiß, daß ein Kilogramm Fleisch nicht gleich ein Kilogramm Fleisch ist. Man braucht nur das eine und das andere in einen Topf zu werfen und weiß dann, was herauskommt, je nachdem, wie das betreffende Tier gefüttert worden ist. Jede Hausfrau und auch jeder Mann werden mir bestätigen, daß ein Ei nicht gleich einem Ei ist. Gestatten Sie mir, jeder Liter Wein ist auch nicht gleich einem Liter Wein! (*Abg. Weikhart: Das stimmt! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Tull: Es kann auch ein bisserl Wasser dabei sein!*) Das andere aber hat genauso gestimmt. Ich bin ja glücklich, daß Tull nicht auch noch ein Weinbauer ist, denn mit ihm, glaube ich, hätte ich allerlei Sorgen, wenn ihm gar nichts anderes einfällt, als daß man zum Wein auch Wasser dazuschütten könnte. (*Abg. Dr. Tull: Das habe ich von Ihnen gelernt!*) Von mir gelernt? Also das ist eine Unterstellung, das ist ja beinahe eine

Diskriminierung! (*Heiterkeit.*) Da irren Sie sich. Da habe ich damals bestimmt genau dasselbe gesagt wie jetzt. (*Abg. Peter: Der Tull trinkt den G'spritzen! — Abg. Doktor Gruber: Du redest jetzt über den Wein! Er redet nachher über das Wasser!*) Ja, ja.

Aber jetzt kommen wir wieder zu den Subventionen zurück! Lieber Herr Dr. Weihs! Ich muß Sie schon wieder in der Lektüre Ihrer Zeitung stören. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Er läßt mich nicht lesen!*) Nein, er läßt Sie nicht lesen, es ist fürchterlich. Ich habe Ihnen da nämlich vielleicht ein bißchen zu genau zugehört. Sie haben vorhin gesagt, in Österreich werde zuwenig für die Qualität unternommen. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Stimmt!*) Ich darf Ihnen sagen, daß es gerade der österreichische Konsument ist, der denjenigen, die willig sind, Qualität zu erzeugen, das Erzeugen der Qualität systematisch abgewöhnt, weil er nicht bereit ist, den Preis, der auf Grund der höheren Qualität erforderlich ist, zu bezahlen. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs.*) Jawohl, aber nicht alle. Vielleicht der Dr. Weihs und noch ein paar andere.

Jetzt darf ich zu einem Problem Stellung nehmen, ohne eine alte Streiterei heraufbeschwören zu wollen: Sind die Stütungen, die im Budget stehen, Produzentenstützungen oder Konsumentenstützungen? Ich mache Ihnen hier einen Vorschlag, ich wiederhole das, was Herr Präsident Wallner vor einigen Jahren Ihnen angeboten hat (*ein Bedienter des Hauses stellt eine Flasche Wasser neben das Rednerpult*) — na endlich (*Heiterkeit — Rufe bei der SPÖ: Das ist Wasser!*) —: Suchen wir uns einen fortschrittlichen guten Betrieb aus, wo die Gewerkschaft die Arbeiter stellt, die Kammern die Berechnungen machen, und nachher rechnen wir uns aus, was die einzelnen Produkte kosten müßten! Machen wir endlich einmal eine echte Arbeitsplatzbewertung!

Ich gehe so weit und biete Ihnen an: Als Betriebsführer verzichte ich auf jede Kapitalverzinsung eines Betriebes, der immerhin einiges Geld ausmacht. Ich möchte nur den Stundenlohn kalkuliert wissen, den mein Traktorfürer erhält, den jeder Traktorfürer erhält.

Wir verzichten von Anfang an gerade bei der Milchkalkulation auf Nachtzulage, Sonntagszulage, Überstundenzulage. Meine Damen und Herren! Sie werden dann sehen, wenn Sie österreichische Kollektivvertragsverhältnisse unterstellen, was die einzelnen agrarischen Produkte kosten, und der ganze Streit, wem die Stützung zufließt, hat ein für allemal ein Ende.

Minkowitsch

Es blieb wieder einem Bauern, dem Herrn Abgeordneten Pfeifer, vorbehalten, zu sagen, es wären Produzentenstützungen, und der Finanzminister habe sie trotzdem auf die Konsumenten überwältzt.

Ich darf Ihnen hier einige Angelegenheiten in Erinnerung rufen: Wir haben alle miteinander freudig zugestimmt, daß das Ofenheizöl eine Mineralölsteuerermäßigung von 80 Groschen bekommt, damit man die großen Bestände endlich verwerten und damit man auch den Konsumenten von Ofenheizöl eine Freude machen kann. Meine Damen und Herren! Das ist ein Ausfall von — ich weiß es nicht genau — 50, 60 oder 80 Millionen Schilling im Jahr. Kein Mensch spricht darüber. Trotzdem ist es doch irgendwie auf der Welt.

Als vor drei Jahren der Tee- und Kaffeepreis in der ganzen Welt angezogen hat, hat der österreichische Finanzminister sofort den Zoll für diese Waren entsprechend gesenkt. Viele Millionen Schilling an Abgabeneingang waren es; sie werden nicht eingenommen, kein Mensch spricht darüber.

Wir haben gestern im Handelsausschuß das neue Bergbauförderungsgesetz an das Haus weitergehen lassen. Der Bericht wurde einstimmig angenommen. Das sind Mittel, die man zahlenmäßig greifen kann. Jeder von uns steht auf dem Standpunkt: Selbstverständlich muß in dieser Angelegenheit diesen schwer kämpfenden Bergleuten geholfen werden!

Ich darf noch ein Stichwort geben: die Pensionsbeiträge. Da weiß ich genau, daß das vielen auf manchen Seiten überhaupt nicht paßt. Aber ich darf den „Kurier“, der manchmal in seiner Schreibweise nicht unbedingt nachahmenswert ist, vom 24. November zitieren; und zwar heißt es unter dem Titel „Beamte besser dran?“:

„Zu den 8 beziehungsweise 8¼ Prozent Pensionsbeitrag der ASVG.-Versicherten legt der Unternehmer noch einmal denselben Prozentsatz hinzu, und der Finanzminister muß pro Schilling Pension im Durchschnitt 27,5 Groschen ... aus dem Staatssäckel zuschießen. Bei der Beamtenpension muß der Staat noch tiefer in die Tasche greifen.“

Ich berede das nicht, sondern stelle nur fest, daß es hier um Milliardenbeträge geht, von denen aber niemand gerne spricht.

Gestatten Sie mir noch eine Feststellung! Ich habe mir bei der Vorbereitung der heutigen Rede die Bundesgesetzblätter, die wir im heurigen Jahr schon aus diesem Haus herausgegeben haben, durchgesehen. Ich behaupte nicht, daß ich alles, was ich dabei erwischen

wollte, erwischt habe, aber es wird bestimmt der eine oder andere nicht mehr all das präsent haben:

Nr. 41 vom 2. 2. 1967: Umwandlung von Forderungen des Bundes an die Dachstein-Fremdenverkehrs-AG. in Grundkapital: 52 Millionen; für die Axamer Lizum, Sacheinlage — so nennt man das! — 24 Millionen Schilling, Verzicht 6,7 Millionen Schilling.

Nr. 53: Übergang einer Verbindlichkeit der Steinkohlen-Bergbau-Grünbach-GesmbH. auf den Bund: 74,653.431 S.

Nr. 194: Alle miteinander ... (*Abg. Weikhart: Das haben wir nicht alle miteinander beschlossen, Herr Kollege! Sie, die ÖVP, ohne uns!*) Entschuldigen Sie, ich habe nicht mehr alle Beschlüsse nachgesehen, das ist sicherlich ein Mangel, aber das steht jedenfalls hier zu Buch.

Nr. 194: Erlöschen von Forderungen gegen die SGP und die Raxwerke: SGP rückwirkend per 31. 12. 1966 342,109.493 S.

Regreßforderungen gegen die Raxwerke GesmbH., rückwirkend 31. Dezember 1966: rund 22 Millionen Schilling.

Abschreibung von Forderungen des Bundes gegen die Wien-Film-GesmbH.: 33 Millionen Schilling.

Erlöschen von Forderungen des Bundes gegen die Trauzl-Werke AG.: 9 Millionen und etliche Schilling.

Erlöschen einer Regreßforderung gegen die Franz Schmitt-Lederindustrie: 4 Millionen und etliche Schilling.

Und über Hofherr-Schranz — eine Angelegenheit, die wir schon vor einigen Jahren gehabt haben — möchte ich gar nicht sprechen!

Meine Damen und Herren! Hier werden Milliardenbeträge zur Sicherung einzelner Arbeitsplätze als eine Selbstverständlichkeit in diesem Haus beschlossen. Wenn irgendwo der österreichischen Landwirtschaft im Budget sichtbar eine Unterstützung gewährt wird, gibt es hier und dort sehr viele Leute, die dabei immer ein Haar in der Suppe finden! (*Abg. Dr. Tull: Und wenn sie unsichtbar sind? Sichtbar und unsichtbar!*)

Meine Damen und Herren! Nicht derjenige, der zu mir sagt: Freund, Freund!, ist es schon, sondern nur derjenige, der auch Handlungen setzt, aus denen ich Freundschaft erkennen kann. Und bei den Handlungen für die österreichische Landwirtschaft fehlt es allenthalben bedenklich, denn viele gerechte Sozialforderungen der Bauernschaft sind in der Koalitionszeit blockiert worden und können bei der jetzigen Budgetsituation auch bei bestem Willen aller Beteiligten ganz einfach nicht realisiert werden. (*Abg. Ing. Hänser:*

Minkowitsch

Die Bauernkrankenkasse!) Vom „Ich“ zum „Wir“ heißt die Parole moderner integrierender Politik, und das auf Gegenseitigkeit! Ein Umdenken tut not — für viele streitverfangene, neidisch-selbstschädigende Gehirne!

Ich jedenfalls, meine Damen und Herren, kenne kein Österreich der Arbeiter oder der Bauern, der Gewerbetreibenden oder der Freischaffenden, der Kammern oder der Gewerkschaften, der Schwarzen, der Roten oder der Blauen. Ich will nur eine unteilbare Heimat für uns alle kennen, in der wir uns gerade in der jetzigen schwierigen Zeit mit mehr Achtung voreinander und mit mehr Verständnis füreinander bemühen sollten, auch zueinander immer mehr Österreicher zu werden, wie es schließlich eine ganze Welt von uns erwartet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Generaldebatten der letzten Jahre über das Kapitel Landwirtschaft nachblättert, dann sieht man, daß sich die Debatte eigentlich immer um die gleichen und, wie ich gleich sagen muß, bis heute nicht gelösten Probleme dreht: die Preisdisparität, den Arbeitskraftmangel auf dem Land, die Landflucht, die relative Abnahme des Anteils der Landwirtschaft am National- und Sozialprodukt, das Problem der sogenannten Überproduktion auf der einen Seite, die Absatzkrisen, die Absatzsorgen auf der anderen Seite, besonders im Zusammenhang mit der für die Landwirtschaft stark fühlbaren Exportdiskriminierung auf dem freien europäischen Markt; die Klage über die mangelnde soziale Sicherheit der Landbevölkerung, die Klagen über den schlechten Gesundheitszustand der Landbevölkerung, die berechtigte Klage über die Ausbeutung der Bäuerin, aber auch der Bauernkinder.

All das sind Themen, die immer wieder anklingen, die immer wieder in Beratung gezogen werden. Ich muß sagen — ich habe das aus Anlaß eines Debattenbeitrages schon vor einigen Tagen getan —, nirgends sieht man den Ansatz zu einer langfristigen und progressiven Landwirtschaftspolitik.

Es ist natürlich ein schlechter Trost, Herr Abgeordneter Minkowitsch, wenn Sie gesagt haben, daß die Strukturmaßnahmen in den USA zu Betriebsgrößen geführt haben, die offensichtlich geeignet sein müßten, für amerikanische Produktionsverhältnisse produktive und in bezug auf den Ertrag adäquate Betriebsgrößen zu schaffen, daß es auch dort so sei, daß 70 Prozent der amerikanischen

Farmer zu der Gruppe der schlecht verdienenden Bevölkerung, also in die unterste Einkommensgruppe der USA, zu zählen seien. Man tröstet sich also damit. Es ist aber nicht gut, wenn wir als Resultat 20jähriger Nachkriegsagrarpolitik in Österreich feststellen müssen, daß über 80 Prozent der österreichischen bäuerlichen Betriebe bei oder unter Größen liegen, von denen wir, ohne Rücksicht auf die Probleme, die aus dem europäischen Raum auf uns zukommen, nur abgestellt auf die Frage der Existenzfähigkeit im österreichischen Produktions- und Absatzraum, sagen müssen, sie sind weitgehend nicht existenzfähig, wenn wir existieren nicht mit vegetieren gleichsetzen wollen. Ja, vegetieren können viele dieser Betriebe, aber einen gerechten Anteil am Einkommen, das wir jedem zusprechen, hat ein Großteil dieser Betriebe nicht erreicht und kann ihn nicht erreichen.

Wir leben doch in einer Zeit, in der wir uns Gedanken darüber machen müssen, ob uns die Fortsetzung der Subventionswirtschaft jemals aus diesem Teufelskreis herausbringen wird. *(Abg. Minkowitsch: Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Anführung der amerikanischen Betriebsgrößen hatte lediglich den Zweck, darzulegen, daß die Betriebsgröße allein Schall und Rauch ist, daß das zentrale Problem immer der Mensch ist! Der tüchtige Mensch wird auf einer kleinen Wirtschaftsfläche eher zu einer Existenzsicherung kommen als irgend jemand auf einer noch so großen!)* Herr Kollege Minkowitsch! Aber Sie werden mir zugeben müssen, daß auch die tüchtigste bäuerliche Familie bei den Größen, die bei uns rund vier Fünftel der Betriebe haben, nicht in der Lage ist — auch dann nicht, wenn es Genies wären, die dort arbeiten —, aus einem solchen Betrieb wirklich einen entsprechenden Ertrag herauszuwirtschaften, der ein einigermaßen gerechtes Einkommen garantiert. Darüber kommen wir nicht hinweg. Ich gebe selbstverständlich zu, daß der Betrieb und der Mensch, die Familie, die diesen Betrieb führt, eine untrennbare Einheit sind, daß natürlich auch ein Betrieb von 50 oder 60 ha — Beispiele haben wir genug — zugrunde gehen kann und auch zugrunde geht, wenn nicht nach modernen Erkenntnissen und Erfordernissen gewirtschaftet wird, wenn nicht die entsprechende Anpassungsfähigkeit da ist. Wenn nicht die Bereitschaft da ist, sich auch in der Landwirtschaft bestimmten wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu unterwerfen, dann gibt es keine optimale Betriebsgröße, dann gehen natürlich auch Betriebe mit Tausenden von Hektaren zugrunde. Insofern stimme ich Ihnen zu.

Dr. Scrinzi

Daß wir uns aber auf diesem Gebiet nur auf das Absterben und Abwandern verlassen haben, nur auf die Nichtbereitschaft von Zehntausenden von Besitznachfolgern, die elterlichen Besitzungen zu übernehmen, das ist nicht aktive Agrarpolitik! Das ist der Vorwurf, den wir Freiheitlichen erheben müssen.

Sie haben im letzten Teil Ihrer Ausführungen eine Reihe von Dingen angeschnitten, bei denen Ihnen, wie ich glaube, jeder zustimmen wird, der nicht einseitig dem Konsumenten denken verfallen ist. Zu einem solchen Denken, das uns alle als eine echte Funktionsgemeinschaft empfindet, wollen wir durchstoßen, aber — auch das muß man sagen — nicht nur auf diesem Gebiet.

Ich kann es nur immer wieder wiederholen: Man hat die Familie Österreicher dazu erzogen, daß drei Dinge nach Möglichkeit nicht echte Preise haben sollen: die Wohnung, die Grundnahrungsmittel und die Vorsorge für die Gesundheit.

Daß man diesen Zustand 20 Jahre, ja zum Teil 50 Jahre hingeschleppt hat, ist für uns ein echtes Problem. Das macht alle Sanierungsmaßnahmen, die auch auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik notwendig wären, so unendlich schwierig und komplex. Kein Mensch wird behaupten, daß etwa die Lösung der ärztlichen Versorgung der bäuerlichen Bevölkerung heute darin gefunden werden könnte, daß man plötzlich einen großen Selbstbehalt oder Kostenanteil auf die große Masse der Bauern überwälzt. Das ist jedem Einsichtigen klar. Ich möchte aber trotzdem empfehlen, dieses Thema nicht aus der Perspektive, wie es leider auch Präsident Griebner getan hat, zu diskutieren, daß nämlich hier eine Interessengemeinschaft besteht, die die Frage nur vom Finanziellen, vom Honorarsektor her sieht.

Das gleiche Problem, das vielfach für die bäuerlichen Betriebe gilt, hat doch offensichtlich auch für den landärztlichen Betrieb Geltung. Wenn die Verhältnisse so großartig wären, wie es aus diesen emotionalen Debattenbeiträgen klingt, müßte ich fragen: Warum können wir dann seit Jahren 200 Landarztposten in Österreich nicht besetzen? Doch offensichtlich nicht zuletzt deshalb, weil auch wie beim Bauern die materielle Seite des landärztlichen Daseins in keinem Verhältnis zu den Anforderungen psychischer und physischer Art steht, die an den Arzt gestellt werden. Das gleiche Problem haben wir auch beim bäuerlichen Familienbetrieb. Das hat eben dazu geführt, daß auch an sich lebensfähige Betriebe — es werden da ja Zahlen zwischen 80.000 und 90.000 genannt —

keinen Besitznachfolger haben. Man sollte diese Überlegungen leidenschaftslos anstellen, man sollte auch auf diesem Gebiete prüfen, wo die Lösung liegt, und wenn man die Lösung grundsätzlich erkannt hat, ist die Frage zu prüfen, ob der Weg dorthin unter den gegebenen Voraussetzungen gangbar ist. Selbstverständlich wird jede Sanierung auf diesem Gebiet wie auch auf dem Sektor der nach wie vor dringenden Preisdisparität der Landwirtschaft nur schrittweise zu erreichen sein.

Aber wenn wir die Probleme nicht einmal grundsätzlich diskutieren, weil das alles Tabus sind, dann laufen wir Gefahr, daß die Verzerrung ein Ausmaß annimmt, das eine Heilung unmöglich macht. Das kommt mir so vor, wie wenn Sie einen Patienten, den Sie wochenlang fiebern lassen, kreislaufmäßig so herunterbringen, daß Sie selbstverständlich dann eine wirksame Therapie etwa bei einer Infektion deshalb nicht mehr durchführen können, weil der Kreislauf sie nicht mehr trägt. In so einer Situation ist ja zum Teil auch die Landwirtschaft.

Da haben uns nun die Redner der Regierungspartei und zum Teil auch der Herr Minister in seinem Zwischenbeitrag zur Debatte, bei der er offensichtlich den Vorlesern aus den Bänken der Regierungspartei ein wenig zu Hilfe kommen wollte, Rezepte vorgeschlagen, die wir Freiheitlichen nicht für zielführend halten. Ich will gar nicht behaupten, daß ich ein Fachmann auf dem agrarpolitischen Gebiete bin. Aber ich habe mir jetzt im Laufe der Monate die Debatten der letzten zehn Jahre über dieses Kapitel schrittweise durchgelesen. Es ist immer wieder die gleiche Thematik, und wir kommen nicht vom Fleck. Es ist immer wieder die gleiche Widersprüchlichkeit hinsichtlich der Rezepte, die Sie zur Behebung der Probleme in der Landwirtschaft vorschlagen, gegeben. Ich werde Ihnen das an Hand von Protokollen, eingengt auf ein paar Spezialfragen, unter Beweis zu stellen versuchen.

Herr Minister! Sie werden sich besser als ich daran erinnern, daß es, als vor Jahren eine anwachsende Diskriminierung unserer landwirtschaftlichen Exporte auf dem europäischen Markt feststellbar war, der Vorschlag Ihres Ministeriums war, diese Schwierigkeiten abzufangen, indem man die Milchproduktion verstärken, sich also mehr auf die Landwirtschaft verlegen sollte. Das ist zum Teil auch geschehen.

Aber jetzt, wenige Jahre später, haben Sie aus Anlaß einer Konferenz sagen müssen, der Milchstrom in die Molkereien müsse unbedingt gedrosselt werden. Sie haben neuerlich die Notwendigkeit der Umstellung von

Dr. Scrinzi

der Milch- auf die Fleischproduktion geordert. Gut: Im Sinne einer elastischen Anpassung an die Marktlage, an die Exportlage wird man selbstverständlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß von Zeit zu Zeit gewisse Umstellungen erforderlich sind. Aber bedenklich — und das macht Ihre ganze Politik unglaublich — ist, daß die neuen Rezepte immer dann verschrieben werden, wenn der Kranke schon fast am Eingehen ist; es kommt die Erkenntnis immer viel zu spät. Ich erwarte nun, daß der Herr Minister Schleinzer uns sagen wird: Hier haben sich eben auch die Experten in ihren Prognosen geirrt! — wie es sich der Herr Finanzminister sehr einfach gemacht hat. Von unserer Seite ist in dieser Richtung wiederholt gewarnt worden, und Sie werden zugeben, daß der Erfolg solcher Maßnahmen, die eine sehr aktive Politik auch jedes einzelnen Bauern erfordern, sehr stark davon abhängt, ob er zu den Grundsätzen einer solchen Politik Vertrauen hat, ob ihre psychologischen Voraussetzungen gegeben sind. Diese scheinen uns nicht gegeben zu sein. Trotz Ihrer großen Erfolge bei den einschlägigen Fachwahlen, mit denen Sie sich auch heute hier gebrüstet haben, genießen Sie in dieser Richtung nur bedingt das Vertrauen der Bauernschaft. Daß Sie sie trotzdem, dank der Verfügung über die Subventionsmittel, an der Kandare halten können, das dürfen Sie natürlich nicht als ein Ja zu Ihrer Agrarpolitik auslegen. Nicht zuletzt hat Ihnen der Abgeordnete Zeillinger mit dem Zitat der Salzburger Beschlüsse dargetan, daß dort, wo über unsere agrarpolitische Situation grundsätzlich gesprochen wird, auch Ihre eigenen Anhänger nicht sehr viel von dieser Ihrer Agrarpolitik halten.

Ich brauche unsere hier schon oft vorgebrachten Vorwürfe nicht zu wiederholen, daß nämlich das Hauptproblem unserer Landwirtschaft, welches die Exportkrise, die Zolldiskriminierung und die Importabgabenbelastung darstellt — Dinge, die ja besonders uns in den Alpenländern beziehungsweise die Bauern des Alpenlandes betreffen —, nicht gelöst wurde. Niemand von Ihnen hat hier in diesem Hause zeitgerecht, zu einem Zeitpunkt, als man vielleicht noch die Weichen in der Frage EWG oder EFTA hätte anders stellen können oder unter wahrscheinlich durchaus zumutbaren Bedingungen zu einem besonderen Abkommen, zu einer Sondervereinbarung, zu einem Präferenzsystem — um das einmal ganz allgemein zu formulieren — hätte kommen können, etwas Positives gesagt; in dieser Zeit haben Sie, die bäuerlichen Vertreter, es verabsäumt, Ihre Stimme laut und unüberhörbar zu erheben.

Sie können alle diese Protokolle durchschauen, und es wird sich immer wieder das gleiche ergeben. Ich darf nur aus dem Protokoll der 66. Sitzung vom 9. Dezember 1964 mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten ganz kurz zum Thema Milchproduktion zitieren. Damals hat Ihr Sprecher — es war derselbe Präsident Griebner — gesagt:

„Wenn die Rentabilität der Milchproduktion nicht verbessert wird, muß eine Einschränkung der Milcherzeugung befürchtet werden. Es entsteht die Gefahr, daß die Versorgung der Bevölkerung mit diesem wichtigen Grundnahrungsmittel nicht mehr gewährleistet ist.“

Wir haben damals gewarnt. Eine Milchpreiserhöhung, die — 30 Groschen sollte sie dem Produzenten bringen — den Konsumenten mit 1 S belastet, wird die Lösung des Problems der Milchwirtschaft nicht leichter machen, sondern es erschweren. Und prompt ist dies auch eingetreten. Ich werde dazu am Ende noch etwas zu sagen haben.

Zwei Jahre später, in der Juni-Debatte, hatten wir das gleiche Bild. Auch da war es wieder Herr Präsident Abgeordneter Griebner, der nunmehr, nachdem die Subventionspolitik mit einer sehr unglücklichen Milchpreispolitik, vom Konsumenten her gesehen, die Milchkrise verschärft hatte, der Butterberg angewachsen und unsere Absatzsorgen sprunghaft angestiegen waren, folgendes gesagt hat:

„Wenn man uns bei jeder Gelegenheit vorwirft, daß die österreichische Landwirtschaft an einer Überproduktion besonders auf dem Sektor der Milchwirtschaft leidet, so muß man doch ehrlicherweise raten, diese Frage objektiv und sachlich zu prüfen.“

Welch ein Ergebnis hat die objektive und sachliche Prüfung dieser Frage, die Sie jetzt offensichtlich vorgenommen haben, gehabt? Sie raten nunmehr dem Bauern: Drossle die Milchproduktion und gehe wieder zur Fleischproduktion über!

Meine Damen und Herren! Eine solche Politik kann nicht Vertrauen erwecken, eine solche Politik wird den Bauern nicht dazu verhalten und nicht dazu veranlassen, elastisch mitzugehen. Er hat ja jetzt schon zweimal draufgezahlt.

Und jetzt kommt das neue Rezept! Obwohl ja die Diskriminierung auf dem freien Markt bekanntlich im nächsten Jahr wahrscheinlich ihren Höhepunkt erreichen wird — wobei ja die Pfundabwertung unsere Exportsituation, insbesondere in Anbetracht des Umstandes, daß Dänemark ihr nachgefolgt ist, noch verschärfen wird —, sagen Sie: Stellen Sie nun

Dr. Scrinzi

von der Milchproduktion auf jene Form von Viehproduktion um, welche derzeit nicht der Diskriminierung unterliegt!

Natürlich fragt sich jeder Bauer: Wie lange wird denn das bestehen bleiben? Wann wird auch bei den Mastkälbern in der genannten Gewichtsklasse die Exportabgabe kommen und die Zolldiskriminierung in voller Schärfe wirksam werden? Dann hat er gewissermaßen seine Milchkühe zugekehrt und wird nun erst recht mit den Kälbern vor den verschlossenen Toren des europäischen Marktes stehen.

Was damals Griebner zu dem Problem zu sagen hatte — ich bitte, das harte Wort zu entschuldigen —, waren Gemeinplätze. In einem der folgenden Absätze seiner damaligen Rede heißt es:

„Der Bauernstand ist in unserer modernen Gesellschaftsordnung der letzte Berufsstand, der noch nicht von der Flut der Vermassung ergriffen wurde. Er stellt den letzten großen Bereich menschlicher Lebens- und Arbeitsform dar, der innere Stabilität besitzt und durch seine familienhafte Lebens- und Arbeitsweise staats- und gesellschaftspolitisch ein stabilisierendes Element von größter Bedeutung ist.“

Das sind Deklamationen in Anbetracht der Lage, in der sich derzeit die Kärntner Landwirtschaft befindet. Das ist ja kein agrarpolitisches Programm. Dem kann man im grundsätzlichen zustimmen. Kein Mensch wird die gesellschaftspolitische Bedeutung des Bauernstandes leugnen; im Gegenteil! Aber damit kann man doch aus der akuten Krise, in der sich die Landwirtschaft befindet, nicht herauskommen.

Herr Abgeordneter Minkowitsch! Sie haben damals den gleichen Gesang gesungen, den Sie uns heute wieder dargebracht haben. Es ist das, was Sie in der gleichen Debatte zu sagen gewußt haben, das gleiche. Mit Recht sagen Sie: Man kann der Landwirtschaft nicht einseitig vorwerfen, daß sie Subventionen beansprucht und daß sie ihre betriebsbedingten Defizite aus öffentlichen Mitteln abdeckt. — Aber Sie haben noch voriges Jahr der Milchproduktionssteigerung das Wort geredet. Heute muß Ihr Minister sagen: Wir müssen — wie heißt es so schön? — den Milchstrom in die Molkereien drosseln. Voriges Jahr haben Sie gerade im Hinblick darauf mit genau derselben Argumentation gesagt: Wir müssen ja unsere Zahlungs- und Handelsbilanz durch Warenexport aktivieren und die Steigerung der Milchproduktion veranlassen.

Was soll sich jetzt der Bauer denken? Er muß sich doch sagen: Wenn ich nunmehr wiederum umstelle, dann bekomme ich nächstes Jahr vielleicht wiederum den Rat, nunmehr wieder mehr Milch zu produzieren.

Dann kommt noch etwas dazu: Dieses Rezept, nämlich auf Mastkälber in der Gewichtslage zwischen 100 kg und 200 kg und auf Einstellrinder auch in dieser Gewichtslage — ich glaube, Sie haben 200 kg bis 300 kg genannt — umzustellen, verlangt eine Form der Produktion, von der zumindest unsere Kärntner Bauern sagen, daß sie nicht produktiv ist. Es ist bei dieser Produktionsform unmöglich, die Almen wirklich auszunutzen. Es ist nicht möglich, Mastkälber mit Vollmilch zu mästen, weil man schon längst zur Vollmilch-Ersatzmast übergegangen ist. Für die Bergbauern — und diese machen doch in Österreich einen beträchtlichen Anteil in der Landwirtschaft aus — ist das Mastvieh in der Gewichtslage zwischen 500 kg und 600 kg interessant, es ist das, was ihm Gewinn bringt. Mag diese Umstellung im Flachland möglich sein, mag sie dort vielleicht einkommensichernd, vielleicht sogar -steigernd wirken, für die Bergbauern gilt das nicht! Wenn der Bergbauer heute wiederum seine Milchproduktion drosseln muß, dann drosseln Sie ihm damit seine einzige einigermaßen sichere Bargeldeinnahme. Denn daß der Wald heute für die meisten Bauern nicht mehr „angreifbar“ ist, da er in diese Sparkasse ja schon jahrelang gegriffen hat, das brauche ich, glaube ich, hier nicht zu sagen. Wenn es nichts anderes wäre, dann brauchte ich nur zu sagen: Hochwasserkatastrophen.

Meine Damen und Herren! Man hat immer wieder argumentiert, die Überschlagerung sei keine der Ursachen der Katastrophen. Ich habe mir die Referate, die auf der wissenschaftlichen Tagung im Oktober in Klagenfurt gehalten wurden, im Manuskript zum größeren Teil schon anschauen können; sie werden jetzt ja alle schon im Druck sein. Wir werden uns da von internationalen und — das möchte ich ganz besonders betonen — unabhängigen Fachleuten belehren lassen müssen, daß sehr wohl nicht zuletzt die Überschlagerung eine der Ursachen — nicht die einzige, das gebe ich zu — nicht für die Katastrophen an sich — das wäre ungerecht —, aber für das Ausmaß der Katastrophen war.

Das ist also die Situation nur auf diesen beiden Gebieten: Milchwirtschaft und nunmehr Umstellung auf die Viehproduktion, gesehen vom Standpunkt des Kärntner bäuerlichen Betriebes, der zum großen Teil bergbäuerlicher Natur ist.

Ich persönlich glaube nicht, daß es nicht noch andere Wege gäbe, ohne wesentliche Drosselung der Milchproduktion den Milcherzeugern zu helfen. Der Österreicher ist immer noch ein relativ bescheidener Milchkonsument. Aber die Molkereien sind Monopolbetriebe, sie haben keine Konkurrenz. Sie

Dr. Scrinzi

haben garantierte Preise, und sie bemühen sich nach wie vor zuwenig, den Inlandsabsatz der Milch zu steigern. Hier wäre meines Erachtens noch allerhand drinnen; das wäre ein Weg, der bisher nicht einmal mit einem Wort erwähnt wurde. Da wären echte Maßnahmen möglich, um dem milcherzeugenden Bauern wirksam zu helfen. Natürlich ist es einfacher, Exportstützungen zu empfangen; da braucht man — im allerschlimmsten Fall — nur gute Beziehungen zur nächsten Bezirksbauernkammer zu haben.

Aber selbst wenn das nicht die Voraussetzung ist, ist es natürlich schwierig, auf dem Gebiete des Inlandsabsatzes eine Absatzsteigerung hervorzurufen, wenn ein monopolisiertes Unternehmen da ist, das sich zum Teil nicht recht bemüht. Es gibt in Österreich zum Beispiel eine ganze Reihe von großen Krankenhäusern, wo wohl neben der Kinderabteilung die Schnapsbude steht, wo es aber keine Milchautomaten gibt.

Wir haben seinerzeit bei der Milchpreissteigerung gewarnt und gesagt: Es ist nicht hart kalkuliert worden, vor allem nicht kalkuliert worden von der Überlegung ausgehend, daß man dem Bauern nicht hilft, wenn man ihm 20 oder 30 g für den Liter Milch mehr gibt, aber nicht zur gleichen Zeit den Milchabsatz fördert. Sie haben den Konsumenten mit Zwischengewinnen der verschiedenen Molkereibetriebe ganz gewaltig belastet, haben eine entsprechende Absatzsteigerung nicht erzielen können und müssen heute die zwar für den Konsumenten teure, für den durchschnittlichen Bauern aber noch immer bescheiden bezahlte Milch drosseln. Denn die Exportförderung — Herr Kollege Minkowitsch, das werden Sie mir doch zugeben — hat irgendwo eine Grenze: das ist jene Grenze, bei der die Stützungsaktionen ein Ausmaß annehmen, das der übrigen Wirtschaft, dem Steuerträger schlechthin, nicht mehr zugemutet werden kann, und jene Grenze, wo zum Teil die Diskrepanz zwischen dem Exportpreis und dem Inlandspreis so groß ist, daß der Inlandsconsument vom österreichischen Produkt abweicht.

Sie werden keine Erfolge erzielen, wenn Sie jetzt Ausweichprodukte mit der Ausgleichsteuer belasten. Sie werden den Konsumenten nicht in diese Richtung zwingen. Sie müssen vielmehr bei gleichzeitiger Preisermäßigung den Absatz steigern. Das würde der Landwirtschaft mehr bringen, und das käme uns insgesamt viel, viel billiger als die beste Exportförderung.

Meine Damen und Herren! Es waren nur diese paar Dinge, die ich herausgreifen wollte, weil es Fragen sind, die von den Bergbauern her gesehen von Bedeutung sind; ich vertrete

nicht zuletzt einen Wahlkreis, in dem es sehr viele bergbäuerliche Betriebe gibt, die ich auch aus der Praxis kenne und nicht nur aus der Theorie und deren Recht und Anspruch auf einen entsprechenden Anteil am Nationalprodukt und am steigenden Wohlstand ich voll bejahe.

Es war also notwendig, von hier aus doch eine ganze Reihe von Bedenken gegen jene Rezepte anzumelden, die wir heute als Ausweg aus der derzeitigen Misere der Landwirtschaft von Ihnen vorgesetzt bekamen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Tull das Wort.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Meine Damen und Herren! Es wäre sicherlich sehr verlockend, auf die mit viel Pathos vorgetragenen Ausführungen des Herrn Kollegen Minkowitsch eingehen zu können, und zwar recht ausführlich eingehen zu können. Im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit möchte ich vor allem jene Passagen, die sich mit der Agrarphilosophie beschäftigt haben, hier außer acht lassen und mich lediglich auf einige konkrete Feststellungen und Behauptungen des Herrn Abgeordneten Minkowitsch einlassen und darauf ganz kurz replizieren.

Zunächst das Problem der Landflucht. Darüber ist heute in diesem Hause ausführlich gesprochen worden. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Minkowitsch, hat der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida ausdrücklich festgestellt, daß es sich dabei nicht um ein spezifisch österreichisches Problem handelt, sondern um ein gesamteuropäisches Problem. Auch darüber muß man sich im klaren sein: Wenn diese Leute aus der Landwirtschaft abwandern, so doch nicht unter einem bestimmten Zwang, sondern freiwillig, aus freien Stücken, aus einem freien Entschluß, wobei sie zweifelsohne gute Gründe haben, und darüber hinaus muß man wissen, daß das zweifelsohne für die in der Landwirtschaft weiter Tätigen insoweit nicht ein Nachteil sein kann, als ja dadurch das Pro-Kopf-Einkommen der weiter in der Landwirtschaft Tätigen entsprechend ansteigen kann.

Herr Kollege Minkowitsch! Sie haben einen neuen wirtschaftlichen Begriff geprägt. Mir ist dieser Ausdruck bisher unbekannt gewesen; Sie sprachen nämlich von einer sogenannten dramatischen Kapitalinvestition. Was ist darunter zu verstehen, was ist das für eine Kapitalinvestition? Ich weiß, und zwar aus vielen Erfahrungen, die ich sammeln konnte — ich bin auch nebenbei tätig, zum Beispiel im Oberösterreichischen Landmaschinenfonds, und ich weiß es aus meiner Tätigkeit im Ober-

Dr. Tull

österreichischen Landtag —, daß aus öffentlichen Mitteln für die Landwirtschaft entsprechende Investitionsgelder, Investitionsmittel zu außerordentlich günstigen Konditionen, zu sehr niedrigen Zinssätzen bereitgestellt werden. Sind Sie der Auffassung, daß die Tatsache, daß diese Gelder so billig bereitgestellt werden, so niedrig verzinst sind, als dramatisch zu bezeichnen ist? (*Abg. Minkowitsch: Nein!*) Oder aber sind Sie der Auffassung, daß die Vergabe vieler dieser Mittel, dieser Subventionen und Beihilfen, nach ausschließlich parteiprotektionistischen Gesichtspunkten (*Ruf bei der ÖVP: Das ist unrichtig!*) unter der Kuratel Ihres Bauernbundes als dramatisch zu bezeichnen ist? Da haben Sie recht! Das ist wahrlich ein Drama; darüber könnte man, glaube ich, Bände schreiben. (*Abg. Minkowitsch: Weder das eine noch das andere! Aber, Herr Dr. Tull, dramatisch ist es zum Beispiel, wenn ein Bauer besten Glaubens einen Mähdrescher kauft, von dem er noch nicht gewußt hat, daß diese Serie noch nicht ganz ausgereift war, und diesen Mähdrescher nach zwei Jahren, wo der noch absolut nicht ausgenützt ist, wieder verkaufen muß, weil er so ungeheure Körnerverluste hat und sich eine neue Type anschaffen muß! Das ist eine dramatische Kapitalinvestition!*) Ja glauben Sie, daß das in anderen Bereichen der Wirtschaft bisher noch nicht passiert ist? (*Abg. Minkowitsch: Aber das habe ich gemeint!*) Glauben Sie, daß man nicht vielfach auch schon Konsumenten übervorteilt hat? Morgen beziehungsweise übermorgen wird das Kapitel Handel beraten werden. Vielleicht wird man bei dieser Gelegenheit auch über das Problem der Konsumenteninformation sprechen. Vielleicht wird man dann Gelegenheit haben, Ihnen aufzuzeigen, was zum Beispiel der Verkauf von verschiedenen Waren durch herumziehende Händler für Unheil auslöst. Ja das, was den Bauern im konkreten Fall widerfährt, das passiert morgen dem Gewerbetreibenden, das passiert aber letzten Endes unter Umständen auch einem Arbeiter, einem Angestellten, der unvorsichtigerweise etwas bei einem Hausierer bestellt und kauft.

Herr Kollege! Aber Sie haben auch über etwas anderes gesprochen, und zwar haben Sie sich sehr ausführlich mit dem Problem der sogenannten Margarinesteuer hier auseinandergesetzt. (*Abg. Minkowitsch: Umsatzsteuer!*) Sie haben nämlich verlangt, wie ja Ihre Partei jetzt mit Nachdruck die Forderung vertritt, der Margarinepreis müsse erhöht werden, um auf diese Art und Weise ... (*Abg. Minkowitsch: Ich habe keinen Ton davon gesagt!*) Aber natürlich wird der Margarinepreis erhöht werden! Sie wollen doch damit — das ist letzten Endes der Zweck, den Sie vor-

schützen; in Wirklichkeit verfolgen Sie einen anderen Zweck — den Leuten einreden, daß dadurch der Butterabsatz erhöht werden kann. Darüber ist heute sehr ausführlich gesprochen worden, das können Sie heute nicht bestreiten.

Sehr geehrter Herr Kollege! Wir sind der Meinung, daß dem bei weitem nicht so ist. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß gestern im Finanz- und Budgetausschuß das 4. Budgetüberschreitungsgesetz behandelt worden ist. Da hat sich eine sehr unangenehme Situation für den Herrn Bundesminister für Finanzen ergeben, als unser Kollege Dr. Weihs eine konkrete Anfrage bezüglich des Zuschlags zum Erzeugerpreis der Milch gestellt hat und sich herausstellte, daß der Herr Finanzminister diese Frage nicht beantworten konnte. Als dann Herr Kollege Dr. Weihs das eine oder das andere, was darunter zu verstehen sei, gesagt hat, hat der Herr Finanzminister gesagt: Na wenn Sie's eh wissen, warum fragen Sie dann noch mich? Das war das Ende seines Lateins.

Das ist aber nicht das entscheidende, was ich in diesem Zusammenhang sagen möchte. Ich komme jetzt auf den Kern der Sache, bezüglich der Margarine. Die Milchaufbringung ist nach den Erläuternden Bemerkungen zum Ansatz 1/62106, Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch, im Jahre 1967 um rund 65.000 t höher, als ursprünglich angenommen war. Herr Kollege Minkowitsch! Sind die Bauernbundvertreter wirklich so einfältig, anzunehmen, daß, wenn nun der Margarinepreis meinerwegen um 5 S oder um 6 S erhöht wird, deswegen die Rentner, die Pensionisten, die Arbeiter und Angestellten Butter und keine Margarine mehr kaufen werden? Sind Sie wirklich der Überzeugung, Herr Kollege? Ich glaube, damit kann man doch wirklich eine solche Frage nicht lösen.

Geben Sie doch zu — stellen Sie die Dinge nicht auf den Kopf —, worum es in Wirklichkeit geht! Sie sind zu dieser Maßnahme wie zu allen anderen Maßnahmen, die verschämt als „Abgabenänderungsgesetz“ dem Nationalrat präsentiert werden, wie zu allen weiteren Maßnahmen, die wir hier im Jänner behandeln müssen, gezwungen, weil Sie Österreich durch Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik in eine verhängnisvolle Situation geführt haben. Das ist doch die Folge Ihrer verhängnisvollen Finanzpolitik, die Sie, seit Sie allein dieses Land regieren, konsequent durchsetzen — gegen unsere Stimmen durchsetzen, gegen unsere Ratschläge durchsetzen, weil Sie eben Interessen zu dienen haben, auf die ich in diesem Zusammenhang wohl nicht weiter zu sprechen kommen muß.

Dr. Tull

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch etwas anderes behandeln. Sie sprechen von einem „Abgabenänderungsgesetz“. Was umfaßt dieses Bukett? Erhöhung der Umsatzsteuer, die Stempel- und Rechtsgebühren werden erhöht, die Versicherungssteuer wird erhöht, die Tabaksteuer wird erhöht und so weiter. Sie bringen darüber hinaus auch weitere Vorlagen ins Haus.

Gehen Sie einmal hinaus auf die Straße, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, und fragen Sie einen Passanten, was er unter der Bezeichnung verstehen kann: „Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz hinsichtlich der Verwaltungsabgaben geändert wird“! Was heißt geändert? In Wirklichkeit werden die Verwaltungsabgaben um ein Vielfaches erhöht, weil Sie sich in einem Finanzdebakel, in einem finanziellen Fiasko befinden! (*Ruf bei der ÖVP: Wasserpreis in Wien!*) Was versteht man darunter? Was versteht der einfache Staatsbürger?

Gehen Sie auf die Galerie und fragen Sie irgend jemanden, eine Frau oder einen Mann, was er darunter versteht, wenn ich hier zitiere: „Bundesgesetz, mit dem das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962 neuerlich geändert wird“. Was heißt „geändert wird“? Auch hier werden die Gebühren entsprechend erhöht!

Oder: „Bundesgesetz, mit dem das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 neuerlich geändert wird“. Die Prozeßgebühren werden wesentlich erhöht, alles wird verteuert. (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Das ist der Kern der Sache, geben Sie es doch zu!

Wenn Sie die Margarine nun verteuern werden, so werden Sie das in Wahrheit nicht deswegen tun, um den Bauern den Mehrabsatz an Butter zu ermöglichen, sondern Sie müssen es deswegen tun, weil Sie sich in eine Sackgasse hineinmanövriert haben und nun keinen anderen Ausweg finden, als der Bevölkerung neue, zusätzliche, schwere Lasten aufzubürden. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Das ist die Wahrheit! Bekennen Sie sich! Haben Sie den Mut, das offen und ehrlich auszusprechen!

Herr Kollege Minkowitsch! Nun noch etwas. Sie haben hier den Herren Kollegen Pfeifer und Fux apostrophierend Zensuren erteilt, Sie haben hier gewisse Qualifikationen vorgenommen, ursprünglich auf die Person bezogen, Sie haben nachher gesagt, das betreffe eigentlich nicht die beiden Abgeordneten, sondern das könnte man auf Gruppen beziehen. (*Abg. Minkowitsch: Schauen Sie ins Protokoll!*) Herr Kollege! Ich möchte

Ihnen in diesem Zusammenhang — Sie haben sehr salbungsvoll, geradezu pastoral gesprochen — eine Empfehlung geben, sich jenes Gleichnisses der Heiligen Schrift vom Zöllner und Pharisäer öfter zu erinnern, ehe Sie über unsere Abgeordneten solche diffamierende Bemerkungen machen! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Kummer hat vor einigen Jahren anlässlich einer Budgetdebatte eine sehr interessante und außerordentlich gescheite Rede gehalten. Er beschäftigte sich damals mit Problemen, die nicht hochaktuell, politisch brisant sind, die uns noch nicht unmittelbar bewegen und berühren, die aber zukunftsweisend von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Er sprach damals über die Fragen der Luftverunreinigung, er sprach damals über die Probleme, die mit den Abwässern und mit der Trinkwasserversorgung verbunden sind. Aber der Abgeordnete Dr. Kummer hat offenbar in den Wind gesprochen. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an das Wort von Weigel, der einst sagte: Es muß etwas geschehen, denn wenn nichts geschieht, passiert etwas. — Und wenn nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf diesen Gebieten — nicht heute und nicht morgen, aber ehestens — etwas unternommen wird, nähern wir uns, glaube ich, außerordentlich schwierigen und kritischen Situationen.

Die Österreichische Volkspartei hat vor einigen Jahren — ich glaube, es war vor der Wahl 1966 — eine sogenannte Aktion 20 in die Welt gesetzt. Sie haben damals erklärt, Aufgabe dieser „Aktion 20“ sei, sich mit den Problemen des Jahres 2000 zu befassen, sich auf das Jahr 2000 vorausschauend und planend damit zu beschäftigen. Zu meiner großen Verwunderung mußte ich allerdings — ich habe in den letzten Tagen die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers noch einmal durchgesehen — feststellen, daß zum Beispiel keine einzige Zeile dem Problem der Luftverunreinigung, der Abwässergerfahr und der Trinkwasserversorgung gewidmet war.

Noch ist es nicht so weit, verehrte Frauen und Männer, Hohes Haus, daß bei uns Städte oder ganze Gebiete unter einer ähnlichen Dunst- und Rauchglocke liegen, wie dies im Ruhrgebiet oder in England der Fall ist. Allerdings haben wir vor einigen Tagen eine interessante Nachricht aus der Presse vernommen, und zwar las man da, daß die Linzer Luft für den Linzer Dom außerordentlich abträglich sei und daß für den Linzer Dom durch die schlechte Linzer Luft, durch Schwefelstoffe, durch Kohlenabgase und

Dr. Tull

so weiter eine ernste Gefahr entstanden sei. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn schon ein Bauwerk darunter leidet — in Wien sind ähnliche Verhältnisse —, wie muß dann erst der Mensch unter diesen furchtbaren Zuständen zu leiden beginnen!

Nicht alle Gewässer sind in Österreich total verunreinigt. Wir können uns glücklich preisen, daß viele unserer Seen noch verhältnismäßig sehr sauber sind. Aber ich glaube, daß man die Bemühungen der Anrainergemeinden der Seen, Ringwasserableitungen zu schaffen, Ringkanalisationen zu errichten, um die Verunreinigung der österreichischen Seen hintanzuhalten, tatkräftigst unterstützen muß!

Vor einigen Tagen sind aber nun zum erstenmal sehr ernst zu nehmende Alarmsignale aus verschiedenen Gemeinden an unsere Ohren gedrungen, und zwar droht gewissen Gemeinden, die über keine zentralen Wasserleitungsanlagen verfügen, die auf Trinkbrunnen angewiesen sind, die Gefahr eines echten Trinkwassernotstandes.

Anläßlich der Konstituierung der Gemeindevertretung von Eferding hat der Bezirkshauptmann dieses Gebietes eine geradezu niederschmetternde Mitteilung gemacht. Er sagte, wenn er den Untersuchungsbefund der zuständigen Gesundheitsbehörde zum Anlaß nehmen müßte, amtszuhandeln, so müßten alle Brunnen dieser Stadt eigentlich für die Trinkwasserversorgung gesperrt werden.

Wer trägt für einen solchen Notstand die Verantwortung? Die Gemeinden sind moralisch verantwortlich — zweifelsohne —, denn als erstes wendet man sich an das Gemeindeamt, an den Bürgermeister; aber die Gemeinden werden diese Probleme nicht allein lösen können. Der krassste Fall der letzten Wochen lieferte viel Material für Schlagzeilen oberösterreichischer Zeitungen. Und was, meine Damen und Herren, heute in Oberösterreich vorkommt, was dort möglich ist, das kann unter Umständen übermorgen in dem einen oder in dem anderen Bundesland ebenso aktuell werden.

Ich zitiere hier aus verschiedenen Zeitungen: „Ein Sturm im Welser Grundwasserspeicher“, „Wels: Verwaltungsgerichtshof schlug Bresche in Wasserschutz“, „Beschwerde der Stadt Wels abgelehnt“, „Wasserqualität nicht Gemeindegache“, „Höchstgericht wies Stadt Wels ab — Schotterabbau-Projekt geht durch“, „Wasserqualität nicht Gemeindegache“, „Schottergrube bei Wels: Höchstgericht spricht Stadt Interesse an der Grundwasserqualität ab“ und so weiter, und so weiter.

Meine Damen und Herren! Wir stehen also vor der Tatsache, daß unter Umständen 46.000 Menschen, die Wels heute zählt, in ihrer Trinkwasserversorgung — sie sind ausschließlich auf Hausbrunnen angewiesen — gefährdet werden. Ein Schock erfaßte die dortige Bevölkerung. Darüber hinaus darf man nicht vergessen — ich betone noch einmal —: Was gestern dort geschehen ist, wird morgen oder übermorgen zwangsläufig anderen Gemeinden passieren, wird dort auf die Tagesordnung kommen.

Ein Schock erfaßte die Menschen, als sie hörten, daß mitten in einem Gebiet, das für die Wasserversorgung außerordentlich wichtig ist, eine Schottergrube errichtet wird. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat entgegen dem Rahmenplan für die Welser Heide hier die Eröffnung einer Schottergrube gebilligt und damit Konsequenzen ausgelöst, deren Ausmaß und deren Tragweite man sich noch nicht bewußt ist. *(Zwischenruf.)* Ich darf Ihnen eines sagen, Herr Kollege: Sie täuschen sich, das ist ein Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gewesen.

Durch die Errichtung einer solchen Schottergrube — es liegen auf Grund des nunmehrigen Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes, auf das ich noch später zu sprechen kommen werde, bereits mehrere Ansuchen vor, weitere Schottergruben in der ganzen Welser Heide zu errichten — ist die Selbstreinigungskraft des Wassers in chemisch-biologisch-physikalischer Hinsicht weitestgehend beeinträchtigt.

Die Stadt Wels hat gegen diesen Bescheid des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof eingebracht. Der Verwaltungsgerichtshof traf eine formalrechtliche Entscheidung. Er konnte nicht anders. Aber diese Entscheidung — und das ist das entscheidende, meine Damen und Herren — legte nun zum erstenmal in aller Öffentlichkeit die Unzulänglichkeit des österreichischen Wasserrechtsgesetzes bloß und zeigte auf, welche gefährliche Lücke wir in diesem für den Bestand des ganzen Volkes so wichtigen Gesetz haben. Dieses Erkenntnis zeigte aber darüber hinaus noch etwas anderes auf, nämlich wie schutz- und rechtlos alle österreichischen Gemeinden hinsichtlich der Trinkwasserversorgung sind.

Meine Damen und Herren, in diesem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes heißt es: Der Verwaltungsgerichtshof wies diese Beschwerde mit Beschluß zurück und führte in seiner Begründung aus, daß der Gemeinde gemäß § 102 Abs. 1 lit. d des Wasserrechtsgesetzes 1959 nur zur Wahrung des ihr nach

Dr. Tull

§ 13 Abs. 3 Wasserrechtsgesetz zustehenden Anspruches Parteistellung zukommt, nicht aber für den Fall des § 32 Wasserrechtsgesetz.

Diese Rechtslage, meine Damen und Herren, bedeutet in der Praxis, daß den Gemeinden nach den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes 1959 lediglich Interesse am Maß, also an der Quantität, des Wasserbezuges, nicht aber an der Reinhaltung des Grundwassers, also der Qualität des Trinkwassers, zusteht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie werden mit mir der Meinung sein und Sie werden es bestätigen, daß diese Entscheidung — an der Entscheidung selbst übe ich keine Kritik, aber an der Tatsache — einen effektiven Rückschritt gegenüber dem Jahre 1904 bedeutet, dem Jahre 1904 nämlich deswegen, weil damals der Verwaltungsgerichtshof auf Grund des damals geltenden Wasserrechtsgesetzes eine Entscheidung wesentlich anderen Inhaltes fällen konnte. In dieser Entscheidung heißt es: „Mit Rücksicht auf § 35 ..., welcher an wirtschaftlichen Zwecken unter anderen speziell das Trinken, Kochen, Waschen und Tränken aufzählt, kann weiter auch nicht bezweifelt werden, daß § 19“ des damaligen Wasserrechtsgesetzes „nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität des Wassers bezogen werden müsse und daß durch eine bewilligte Anlage Gemeinden und Ortschaften auch in Rücksicht der Eignung des Wassers für Zwecke der Wirtschaft nicht einer Wasser- not ausgesetzt werden können.“

Meine Damen und Herren, ich habe bereits gesagt: Diese Entscheidung kann, wenn die Volksvertretung nicht bereit ist, das derzeitige Wasserrechtsgesetz ehebaldigst zu ändern, zu einer Katastrophe führen. Heute sind es Wels und Eferding, morgen sind es andere Gemeinden der Welser Heide, übermorgen sind es vielleicht Gemeinden in Salzburg, in Niederösterreich, im Burgenland, ich weiß nicht, wo noch überall. Eile tut daher außerordentlich not.

Was tut nun das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft? Meine Damen und Herren! Das „Linzer Volksblatt“ hat vor einigen Tagen einen Erlaß des Herrn Landwirtschaftsministers mit der Überschrift kommentiert: „Verschmutzte Gewässer gefährden Österreich“. Das ist eine goldrichtige Feststellung. Aber was geschieht? Ein Erlaß allein, meine Damen und Herren, mag er noch so gut gemeint sein, glaube ich, kann nicht genügen. In diesem Erlaß wird davon gesprochen, daß verstärkte Maßnahmen erforderlich seien, daß ein koordiniertes Vor-

gehen zu gewährleisten wäre. Es wird hier festgestellt, daß die derzeitige Gewässergüte in Österreich nicht befriedigend sei.

Das ist richtig. Das wissen wir aus unseren täglichen Erfahrungen. Es wird auch empfohlen, daß in jedem Bundesland Kontaktkomitees aus Vertretern von Behörden und Vertretern der Wirtschaft, der Wissenschaft und so weiter zu bilden seien, um dieser Notlage abzuweichen, um die Zustände zu verbessern. Es müsse eine Sanierung der Gewässer herbeigeführt werden. Es müßte das Wasserrechtsgesetz strengstens angewendet werden.

Ja, Herr Bundesminister, schön und gut! Diese Empfehlung ist richtig. Ihre Botschaft hör' ich wohl, aber wie soll man ein solches Gesetz wirklich konsequent anwenden können, wenn Ihr Ministerium dann hergeht und solche Maßnahmen setzt und damit all die Bemühungen der Komitees, der Behörden, der Gemeinden im Grunde genommen zerstört?

Sehr geehrter Herr Minister! Es ist nicht genug, wenn hier eine „Aktion ‚Scharf‘ für Gewässerschutz“, wie es in der Presse geheißen hat, in die Wege geleitet wird. Es genügt nicht, hier schöne Proklamationen zu geben. Was notwendig ist, glaube ich, ist, daß endlich hier alles unternommen wird, um in dieser für die weitere Entwicklung in Österreich, für die Gesunderhaltung unseres Volkes so wichtigen Angelegenheit jene Voraussetzungen zu schaffen, die dem österreichischen Volk die Sicherheit geben, daß es auch morgen mit gutem, gesunden Trinkwasser versorgt werden kann. Ich glaube, sehr geehrter Herr Minister: Verheißungsvolle Worte, mögen sie noch so fein verpackt und noch so wohl dosiert sein, werden zu wenig sein. Was wir brauchen, sind ehestbaldige Taten. Ich kann Sie von einer Unterlassung nicht freisprechen: Wenn Sie zu dem Zeitpunkt, als der Bescheid in Ihrem Ministerium ausgearbeitet wurde, die Absicht gehabt haben, eine solche Aktion in die Wege zu leiten, so hätte es möglich sein müssen, hier den Wünschen, den berechtigten elementaren Lebensinteressen der Welser Bevölkerung entsprechend Rechnung zu tragen.

Herr Bundesminister! Heute ist mit Ihnen bereits scharf ins Gericht gegangen worden. Ich will Sie nicht so attackieren, wie dies der Herr Abgeordnete Zeillinger getan hat. Ich möchte vielmehr abschließend ein Urteil aus einer Zeitung bringen, die nicht uns nahesteht, die auch mit uns nicht sympathisiert, die aber in diesem Fall — glaube ich — den Nagel auf den Kopf getroffen hat. In den „Salzburger Nachrichten“ heißt es:

Dr. Tull

„Wenn Landwirtschaftsminister Schleinzner, Chef der Obersten Wasserrechtsbehörde, die Gewässergüte in den Ballungsräumen trotz aller Bemühungen unbefriedigend findet, die zunehmende Gefährdung der Gesundheit durch Wasserverschmutzung sieht und die Länder, Wirtschaft und Wissenschaft wie am Dienstag um Hilfe und Zusammenarbeit bittet, dann möge er vorerst dafür sorgen, daß nicht in seinem Ministerium ein Keim für die Verschmutzung gesät wird.“

Das wurde Ihnen, Herr Minister, von den „Salzburger Nachrichten“ ins Stammbuch geschrieben. Ich kann mich dieser Empfehlung nur anschließen und hoffen, daß ehestmöglich jene Maßnahmen gesetzt werden, die das Volk dieses Landes berechtigterweise im Interesse seiner Gesunderhaltung von Ihnen erwarten kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Schleinzner. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Schleinzner**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist in der heutigen Diskussion zu den Fragen des Ressorts in einer sehr eingehenden Weise Stellung genommen worden. Ich glaube, daß wir die Anregungen und Gedankengänge, die hier geäußert worden sind, sehr eingehend zu prüfen haben. Ich glaube auch, daß Sie von mir nicht erwarten, daß ich zu allen Fragen, die heute angeschnitten wurden, Stellung nehme.

Ich habe den Eindruck, dieser Diskussion richtig gefolgt zu sein, wenn ich meine, daß darin zwei Schwerpunkte sichtbar geworden sind. Es waren auf der einen Seite die Marktfragen, und auf der anderen Seite war es — wie es der Herr Abgeordnete Pfeifer nannte — das „heiße Eisen der Strukturpolitik“.

Hohes Haus! Wenn ich mich zunächst mit den Marktfragen beschäftige, so glaube ich, daß wir gut daran tun, wenn wir tatsächlich in unserer Betrachtung den Zeitraum umfassen, der auch in der heutigen Debatte über zwanzig Jahre Agrarpolitik in Österreich zum Ausdruck kam. Ich glaube, wir sollten uns vergegenwärtigen, daß die landwirtschaftliche Produktion in unserem Vaterlande vor zwei Jahrzehnten auf einem Tiefstand gewesen ist. Es mußten damals die kriegs- und nachkriegsbedingten Schäden überwunden, vernachlässigte Investitionen aufgeholt und mit dem Aufbau, so wie nach dem ersten Weltkrieg, gleichsam wieder von vorn begonnen werden. Es waren damals an die 14.000 Gehöfte zerstört, die im wesentlichen von der Landwirtschaft allein wieder aufzu-

bauen waren. Der sogenannte Südostwall und zahlreiche Bombentrichter waren einzu-ebnen, zu rekultivieren und neuerlich der landwirtschaftlichen Produktion zuzuführen.

Vielleicht ist es ganz gut, wenn man sich einmal vor Augen hält, daß wir im Jahre 1948 eine landwirtschaftliche Erzeugung hatten, die noch immer um 35 Prozent unter dem Stand des Jahres 1937 lag; das Produktionsausmaß des letzten Nachkriegsjahres konnte erst wieder im Jahre 1953 erreicht werden. Es ging zunächst darum, die Erzeugung von Nahrungsmitteln möglichst rasch auszuweiten, da die heimische Landwirtschaft die Bevölkerung bei Kriegsende nur etwa mit der Hälfte des notwendigen Bedarfes versorgen konnte. Das agrarpolitische Ziel war damals folgerichtig die Massenerzeugung in der Landwirtschaft und die Ernährungssicherung zugunsten der Konsumenten. Es war schließlich erst im Jahre 1950 möglich, daß die Bewirtschaftung der Lebensmittel zur Gänze aufgehoben werden konnte.

Seither, meine Damen und Herren, hat sich allerdings die Situation sehr wesentlich verändert. Während wir zu Beginn der fünfziger Jahre noch an die 350.000 t Weizen importieren mußten, um die Inlandsversorgung mit Mahlweizen sicherzustellen, haben wir es heute mit einer Mehrproduktion an Weizen zu tun, die uns nicht unwesentliche Schwierigkeiten bereitet. Aber wir haben schon damals in der Zeit des Überganges des Mangels zur Bedarfsdeckung und fallweiser Überschußproduktionen in bestimmten Bereichen das Konzept verfolgt, soweit wie möglich eine Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse und auch an die Möglichkeiten des Marktes herbeizuführen.

Damit möchte ich aussagen, daß es kein sinnvolles Konzept der Agrarpolitik etwa sein könnte, die Produktion ausschließlich auf den inländischen Bedarf abzustellen. Wir haben zum Beispiel im Jahre 1952 die Situation gehabt, daß zwar bei Roggen die Bedarfsdeckung erreicht und sogar überschritten wurde, hingegen bei Weizen immer noch ein großer Mangel bestand. Damals wurde der bis dahin einheitliche Roggen- und Weizenpreis differenziert, der Roggenpreis zugunsten des Weizenpreises abgesenkt, um auf diese Weise die Produktion zu steuern.

Als dann gegen Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre sichtbar wurde, daß wir beim Normalweizen, beim Füllweizen, allmählich die Bedarfsdeckungsgrenze erreichen, ist man an eine sogenannte Qualitätsweizenaktion geschritten, um auf diese Weise auch das an Qualitätsweizen im Inland zu erzeugen, was in unserem pannonischen

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

Klima Niederösterreichs und Burgenlands möglich ist, um damit auch hinsichtlich des Manitobaweizens praktisch weitestgehend von Importen unabhängig zu werden. So hat sich im Verlauf etlicher Jahre diese Qualitätsweizenproduktion auf etwa 150.000 t entwickelt.

Ich habe Ihnen das dargestellt, um sichtbar zu machen, daß diese Anpassung der Produktion an die Möglichkeiten des Marktes immer schon mit zum Konzept der Agrarpolitik gehörte.

Was die derzeitige Regelung betrifft, so war sie sicherlich nicht einfach herbeizuführen, wenn man bedenkt, daß ein seit zwölf Jahren unveränderter Weizenpreis durch die Verkürzung der Stützung um 7 g praktisch abgesenkt werden muß, sodaß zu Beginn der Ernte der Weizenpreis mit 2,30 S zu beziffern sein wird, während auf der anderen Seite, wenn vom Lagerhaus oder vom Landesproduktenhandel der Futterweizen oder die Futtergerste rückgekauft wird, dafür ein Preis von 2,35 S zu bezahlen ist. In dieser Tatsache der Preisdifferenzierung um 5 g liegt ein außerordentlich wichtiger und, wie ich glaube, wirksamer produktionspolitischer Effekt im Sinne der Umlenkung der Produktion auf einen verstärkten Futtergetreideanbau, bei dem wir naturbedingt oder strukturbedingt immer noch auf erhebliche Importe angewiesen sind.

Ich glaube, daß hier ein sehr konstruktiver und sicherlich auch ein mutiger Schritt getan wurde, um eine verstärkte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse und an die Möglichkeiten des Marktes herbeizuführen. Wenn hier der Vorschlag gemacht worden ist oder daran Kritik geübt wurde, daß man nicht den Weg der Kontingentierung beschritten hat, so, Hohes Haus, deshalb, weil die Kontingentierung kein geeigneter Weg sein würde, das Problem der Weizenproduktion zu lösen. Man kann den Weizen nicht mit der Zuckerrübe vergleichen, wo es praktisch zwischen Produzenten und Zuckerfabrik keine Zwischenstufe des Handels gibt und wo insbesondere auch die Zuckerrübe, sofern sie nicht von der Zuckerfabrik übernommen wird, außerhalb des Marktes keinen Marktwert besitzt. Es wäre völlig ausgeschlossen, das Problem des Weizenanbaues über eine Kontingentierung zu regulieren, abgesehen davon, daß Kontingentierungen in letzter Konsequenz ja nur zu einer Erstarrung der Produktionsstruktur führen und vernünftigen Anpassungen gerade in den Grundnahrungsproduktionen entgegenstehen würden.

Es wurde hier auch die Meinung vertreten, daß mit diesen Regelungen und mit der ganzen Weizenpreisregelung die soge-

nannten Großgrundbesitzer gefördert werden und daß von der Weizenpreisstützung diese den Löwenanteil bekommen, ein Argument, das auch in anderen Zusammenhängen mehrfach gebraucht wurde. Ich möchte daher doch ein klärendes Wort dazu sagen, weil diese Schlüsse unrichtig sind und weil allein schon die Anbaustruktur bei Weizen solche Schlußfolgerungen in der Sache selber ausschließt.

Wir haben im Jahre 1966 in Österreich 173.400 Betriebe gehabt, die Weizen angebaut haben. Davon waren: Betriebe bis zu 5 ha 115.000, Betriebe zwischen 5 und 10 ha 42.800 und solche zwischen 10 und 20 ha 14.200, und über 20 ha hatten insgesamt 1142 Betriebe.

Dazu kommt noch, daß die größeren Betriebe in Österreich ja primär auch die Saatguterzeugung durchführen, sodaß vom Standpunkt der Normalweizenproduktion diese Anbaustruktur keineswegs in einer hier kommentierten Form ins Gewicht fällt.

Soviel möchte ich also zu den Regelungen sagen, die hinsichtlich des Getreides vorgenommen wurden und von denen wir glauben, daß sie tatsächlich eine stärkere Umlenkung der Produktion in Richtung auf den Futtergetreideanbau zur Folge haben. Hier in diesem Bereich war die Anpassung leichter und wird auch in Zukunft in verschiedener Beziehung leichter sein.

Erheblich schwieriger ist die Lage bei der Milchwirtschaft. Die Milchwirtschaft ist nun einmal auf die Grünlandgebiete angewiesen. Wir hatten in den letzten Jahren ohnehin eine zunehmende Arbeitsteilung zu verzeichnen. Von den 380.000 Betrieben in Österreich sind es ohnedies 100.000, die rinderlos wirtschaften, keine Kuhhaltung betreiben, sodaß sich ohnehin zwischen Flachlandgebieten und Grünlandgebieten eine weitgehende Arbeitsteilung vollzogen hat. Dazu kommt, daß wir heute einen Kuhbestand haben, der um etliche tausend Stück geringer ist als jener des Jahres 1950. Allerdings hat die Individualleistung durch bessere Fütterung und bessere Zuchtwahl erheblich zugenommen.

Die Milch ist aber primär eine Angelegenheit unserer klein- und mittelbäuerlich strukturierten Betriebe. Wir haben in Österreich insgesamt 724 Betriebe mit einer Kuhzahl von mehr als 20 Stück. Allein aus dieser Tatsache können Sie ableiten, wie sehr die Milchproduktion mit unseren klein- und mittelbäuerlichen Betrieben verbunden ist.

Zwei aufeinanderfolgende recht gute Ernten brachten eine größere Futtervorratsmenge; auch dadurch ergab sich ein gewisser Impuls zu einer verstärkten Milchproduktion. Be-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

trachten Sie den Absatz unserer Molkereiprodukte angesichts der Entwicklung, die der Herr Abgeordnete Dr. Weihs heute gesamt-europäisch beleuchtet hat, als er sagte, daß über 300.000 t Butter in Europa lagern und allein die Bundesrepublik Deutschland, die ja all die Jahre hindurch immer ein Importland gewesen ist, an die 80.000 t Butter vorrätig hat, dann können Sie daran zumindest ermessen, Hohes Haus, daß dies kein spezifisch österreichisches Problem ist, mit dem wir es im Augenblick zu tun haben.

Daß durch die Pfundabwertung unsere Exportsituation gerade auf dem englischen Markt nicht leichter wurde, hat man heute ebenfalls bereits ausgeführt. Wir exportieren ja an die zwei Drittel unseres Milchpulvers und über 50 Prozent unserer Butter nach England. Es ist richtig, daß Dänemark mit abgewertet hat, aber was mindestens ebenso empfindlich ist, ist die Tatsache, daß Neuseeland abwertete und Neuseeland ja den Agrarmarkt in England maßgeblich bestimmt, sodaß für uns die Exportsituation gerade auf diesem Gebiete, wie gesagt, nicht leichter, sondern schwieriger geworden ist.

Es ist also eine Reihe von Faktoren, die zusammenwirken und die als Ganzes gesehen werden müssen, wenn wir zu einer objektiven Beurteilung der Sachverhalte kommen wollen.

Hohes Haus! Wenn ich den Standpunkt vertrete, daß wir trachten müssen, die zunehmende Produktion an Milch zu drosseln, das heißt also, daß die Zunahme der an die Molkerei abgelieferten Milch möglichst in Grenzen gehalten und wenn möglich in eine verstärkte Fleischproduktion umgelenkt werden soll, dann ist das nichts anderes als eine sinnvolle und laufende Anpassung an eine wirtschaftliche Situation, wie sie gegenwärtig nun einmal besteht.

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi! Ich kann Ihnen versichern: Ich habe in großen Bauernversammlungen gesprochen, habe die Sachverhalte dort dargestellt und habe für die gegebene Marktsituation und für die Notwendigkeiten auch einer gewissen produktionspolitischen Umlenkung absolutes Verständnis gefunden. Daß wir gegenwärtig in dieser Drittlandsposition sind, ist ein Erschwernis für uns.

Was den Absatz von Schlachtrindern nach Italien betrifft, so möchte ich nur hoffen, daß das nächste Jahr uns keine größeren Schwierigkeiten bringen wird als das gegenwärtige. Wenn die Statistik der EWG stimmt, dann haben die EWG-Länder in der Schlachtrinderproduktion im heurigen Jahr ihren Kulminationspunkt erreicht, sodaß der Importbedarf in den kommenden Jahren eher größer

sein dürfte, sodaß auch die inländischen Preise in der EWG den Orientierungspreis wieder erreichen und überschreiten dürften.

Aber gewisse Erleichterungen, glaube ich, haben wir jedenfalls beim Export von Einstellerrindern. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe mich bisher eigentlich nicht für eine Politik ausgesprochen, daß wir Einstellerinder, die erst im Ausland aufgemästet werden, exportieren, weil ich der Meinung bin, wenn wir die Möglichkeit haben, sollen wir das Produkt im Inland veredeln und das veredelte Produkt erst dem Export zuführen. Aber wenn man für die gemästeten Rinder außer 16 Prozent Zoll Abschöpfungen zu zahlen hat, die bis zu 6 S je Kilogramm Lebendgewicht gehen, dann haben wir doch in einer solchen Situation keine andere Wahl, als uns produktionspolitisch auf diese Lage einzustellen, daher auf Kälberexporte, die abschöpfungsfrei sind, beziehungsweise zum Teil auch auf Einstellerexporte auszuweichen. Das hat noch den tieferen Sinn, daß wir auf diese Weise die Einstellerpreise ein bißchen anheben, auf diese Weise einen Anreiz geben, mehr Rinder nachzuziehen, dadurch das Verhältnis der Kühe zu den übrigen Rindern erweitern, wir einen gewissen Druck auf die Kuhzahl ausüben und daher auch versuchen, den Zustrom der Milch zur Molkerei unter einer gewissen Kontrolle zu halten.

Hohes Haus! Daß wir die Mastverpflichtung aufgehoben haben, hat mit der Absatzsituation und vor allem mit den Preisen der Einsteller, die Gott sei Dank im heurigen Herbst recht stabil gewesen sind, überhaupt gar keinen Zusammenhang. Diese Mastverpflichtung war Ende der fünfziger Jahre eine Notwendigkeit, heute ist sie auf Grund der Arbeitsteilung, die sich zwischen Berg- und Flachland vollzogen hat, dem Sinne nach überholt. Ich bin der Meinung, wir sollen dort lenkend eingreifen, wo es notwendig ist, aber Lenkungsmaßnahmen dort beseitigen, wo sie sich der heutigen Situation entsprechend als entbehrlich erwiesen haben. Soviel zu dieser Frage.

Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Doktor Weihs, dem ich sehr aufmerksam bei seinen Ausführungen zuhörte, hat gemeint, daß man der Qualitätsproduktion bisher vielleicht doch nicht das gebührende Augenmerk zugewendet hat. Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Mit dem Augenblick, in dem wir die Bedarfsdeckung erreicht haben, wo es nicht mehr primär um die Massenproduktion, sondern darum geht, auch auf dem Markt den zunehmend schärfer werdenden Wettbewerbsbedingungen und auch den erhöhten Ansprüchen der Konsumenten — auch das sollen wir sehr offen aussprechen — gewachsen zu

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

sein und Genüge zu tun, haben wir uns im verstärkten Umfange den Bedürfnissen der Qualitätsproduktion zugewendet.

Ich darf zum Beispiel daran erinnern, daß wir ein Pflanzenschutzgesetz haben, das durchaus modernen Bedürfnissen entspricht, das letzten Endes das Ziel hat, eine inländische Pflanzenschutz zu sichern und von da her auch der Qualitätsproduktion eine gewisse Grundlage zu bieten.

Wir haben ein Saatgutgesetz und ein Rebenverkehrsgesetz, Gesetze, die ebenfalls sehr positive Auswirkungen haben, weil nur anerkanntes Saatgut in Verkehr gesetzt werden darf und nur solche Reben in Verkehr kommen dürfen, die hinreichend geprüft sind.

Ich darf das Hohe Haus daran erinnern, daß seit geraumer Zeit die Tbc- und Bangbekämpfung der Rinder in Österreich durchgeführt wird, daß wir mutmaßlich im Jahre 1968 mit der gesamten Tbc- und Bangbereinigung zu Ende sein werden. Ich glaube, das ist eine Maßnahme, die vom Standpunkt der Qualitätsproduktion absolute Bedeutung besitzt, damit wir unsere Konkurrenzfähigkeit auch auf den internationalen Märkten verbessern können.

Ich darf schließlich daran erinnern, daß wir erst im heurigen Frühjahr das Qualitätsklassengesetz in diesem Hohen Haus beschlossen haben, über das viele Jahre verhandelt wurde und das uns die Grundlage bieten wird, daß auch die einheimische Qualitätsproduktion auf dem Markt geschützt wird, andererseits dem Konsumenten ein preisgünstiges Angebot auf dem Markt gesichert und ihm die Auswahl erleichtert wird. Gleichzeitig bekommen wir mit dem Qualitätsklassengesetz auch bei den Importen die Qualitätskontrolle in den Griff, die wir bisher nicht zur Verfügung hatten.

Ich darf schließlich an die zunehmende Verbreitung der Milchleistungskontrolle erinnern, die zweifellos wiederum eine wesentliche Voraussetzung für die gesamte Selektion und züchterische Arbeit ist.

Ich darf zum Beispiel daran erinnern, daß die gesamte künstliche Besamung bei Rindern heute bereits in einer derart intensiven Form Eingang gefunden hat, daß wir damit in der Lage sind, unsere Zuchtwahl auf vollkommen neue Grundlagen zu stellen und dadurch der Qualitätsproduktion ganz entscheidende Impulse zu geben.

Schließlich darf ich daran erinnern, daß wir in Österreich eine Reihe von Fleischleistungsprüfanstalten errichtet haben, um auch dadurch unsere Erzeugung, unsere Produktion auf die

Qualität hin immer wieder zu testen und zu prüfen und um dadurch den Konsumentenwünschen zu entsprechen.

Ich glaube daher, daß wir den Problemen des Marktes vom Anbeginn und zeitgerecht die notwendige Aufmerksamkeit zugewendet haben.

Hohes Haus! Ich darf vom Standpunkt der Marktprobleme aus und auf Grund der Tatsache, daß wir heute nicht mehr in erster Linie nur in den Vorstellungen der Produktion, sondern auch des Absatzes und der Vermarktung der Produkte denken müssen, auf einige Maßnahmen verweisen. Wir haben zum Beispiel für unsere modernen Obstanlagen, die in den Obstbaugebieten geschaffen worden sind, die Lagerkapazität für eine sachgemäße Lagerung von Frischobst von 5600 t im Jahre 1950 auf 23.500 t im Jahre 1967 erhöht. Für Fruchtsäfte hatten wir eine Lagerkapazität von 9000 hl im Jahre 1950, die in der Zwischenzeit auf 52.000 hl ausgeweitet worden ist. Herr Abgeordneter Meißl! Ich möchte noch hinzufügen, daß diese 52.000 hl im heurigen Jahr praktisch überhaupt nur mit Konzentraten gefüllt worden sind, sodaß wir praktisch die sechsfache Menge in diesem Lagerraum unterbringen konnten; das ist auch ein gewisser Beitrag zur Bewältigung der Rekordobsternte, die im heurigen Jahr zu verzeichnen war.

Die Weinlagerräumlichkeiten haben im Jahre 1950 80.000 hl betragen, sie sind in der Zwischenzeit auf 582.000 hl erweitert worden.

Für Getreide sind in diesen Jahren allein 367 Siloanlagen mit einer Kapazität von mehr als 300.000 t errichtet worden. Es sind dafür ERP-Kredite mit einem Gesamtvolumen von 525 Millionen Schilling verwendet worden.

Die Trocknungsanlagen für das Getreide, die im Zuge der Umstellung auf den gesamten modernen Mähdrusch errichtet wurden, sind heute von einer Kapazität, daß wir in Österreich insgesamt eine Stundenleistung von 650 t zur Trocknung des Getreides erzielen können.

Ich glaube also, daß zeitgerecht, planmäßig und vorausschauend auch Vorsorgen zur Bewältigung der Marktprobleme ergriffen wurden.

Allerdings — das gebe ich zu — stehen wir noch vor einer Fülle sehr großer Aufgaben. Denn auf dem Agrarmarkt ist eine fortschreitende Konzentration der Nachfrage im Gange, die zur Folge hat, daß immer mehr große Partien landwirtschaftlicher Erzeugnisse von einheitlicher Qualität verlangt werden. Die Ursache hierfür steht im Zusammenhang mit den Handelsketten, mit dem Verlangen der Konsumenten nach möglichst konsumfertiger Ware von guter Qualität und nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung, die die Lebensmittelindustrie ge-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

winnt. Es muß sich auch auf diesem Gebiet die ganze Erzeugung der Entwicklung anpassen, weil wir ansonsten Gefahr laufen, daß sich die Nachfrage immer mehr auf ausländische Angebote richtet, die diesen Voraussetzungen der Nachfrage entsprechen. Die notwendige Anpassung, das heißt also vor allem die Lieferung von großen Partien einheitlicher Qualität, übersteigt heute zweifellos die Möglichkeit des einzelnen Erzeugerbetriebes. Es werden daher auf der Produktionsstufe gewisse Zusammenschlüsse zu Erzeugergemeinschaften notwendig. Die Mitglieder solcher Erzeugergemeinschaften müssen heute auch Verpflichtungen hinsichtlich Art, Qualität und Menge der Erzeugung sowie auch der ausschließlichen Lieferung an die Organisation eingehen. Ich habe den Eindruck, daß wir heute auch mit den Entwicklungen von Erzeugergemeinschaften in Österreich auf den verschiedensten Gebieten bereits einen sehr modernen Weg beschritten haben.

Hohes Haus! Was die Marktordnung betrifft, möchte ich folgendes sagen: Zweifellos hat sich die bestehende Marktordnung in den letzten Jahrzehnten sehr gut bewährt. Sie hat eine ordnungsgemäße Marktversorgung gewährleistet und den Produzenten und Konsumenten in gleicher Weise gedient.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieses Marktordnungsgesetzes stammen allerdings aus dem Jahre 1950. Damals befanden wir uns in der Zeit des Überganges vom Mangel zur Bedarfsdeckung. Überschußprobleme hat es in der damaligen Zeit praktisch noch nicht gegeben. Ich bin der Auffassung, daß die Agrarmarktordnung heute an diese neue Situation angepaßt werden muß. Es wird notwendig sein, daß wir die bewährten Elemente der bisherigen Marktordnung beibehalten, im übrigen die Marktordnung anpassen, darüber hinaus aber auch ausbauen und auf weitere Produkte erstrecken, für die es zum Beispiel auch in der EWG Marktordnungen gibt.

Ich rede hier keineswegs einer völligen Kopierung der EWG-Marktordnungen das Wort. Wir werden uns sicherlich an diesen wesentlich jüngeren Marktordnungen der EWG, vor allem bei den Veredelungsprodukten, orientieren müssen, aber wir werden vor allem auch auf die Besonderheiten des kleineren Wirtschaftsraumes und der österreichischen Agrarwirtschaft in entsprechender Weise Rücksicht zu nehmen haben.

Hohes Haus! Soviel zu dem umfangreichen Problem der Marktfragen, die heute sehr eingehend diskutiert wurden.

Nun zur Lage der Landwirtschaft: Der Herr Abgeordnete Meißl hat heute gemeint, daß der Grüne Bericht, den wir dem Hohen Hause vor-

gelegt haben, mit einer Rosafärbung ausgestattet wäre, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Auf der anderen Seite hat sich der Herr Abgeordnete Pansi ebenfalls zum Grünen Bericht geäußert und gemeint, die Farbe wäre eher mit einer Grautönung versehen. Ich möchte diese Dinge jetzt nicht untersuchen, sondern lediglich feststellen, daß praktisch der gesamte Grüne Bericht, den wir dem Hohen Hause vorgelegt haben, von der § 7-Kommission Seite für Seite durchdiskutiert und gemeinsam erstellt worden ist. Außerdem bin ich in der Farbenlehre nicht hinreichend bewandert, um etwa beurteilen zu können, ob sich aus einer Mischung von Rosa und Grau Grün ergeben könnte. Wenn ja, würde es der Farbe und dem Charakter dieses Berichtes entsprechen.

Wie steht es nun aber um die Lage der Landwirtschaft? Ich möchte diese Gedankengänge deshalb hier ausführen, weil ich damit zum zweiten Schwerpunkt Ihrer heutigen Diskussion herüberleiten möchte, nämlich zu den Strukturproblemen. „Strukturpolitik“ ist sicherlich ein sehr modernes Wort, Strukturpolitik und Anpassungen hat es zu jeder Zeit gegeben. Daß in unserer Periode, in der Periode einer enormen Technisierung, diese Anpassungen wesentlich dynamischer sind, liegt auf der Hand. Daß die Landwirtschaft davon vielleicht mehr als viele andere Wirtschaftsbereiche betroffen wird, wissen wir.

Wenn ich feststelle, daß wir seit 1951 über 324.000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in andere Berufe abgegeben haben, so will ich damit nur dieses Faktum unterstreichen. Pro Jahr sind es durchschnittlich 21.500 Personen, die den Beruf wechseln. Das ist, auf Industriebetriebskategorien umgerechnet, immerhin eine Anzahl von 20 bis 22 Betrieben mit einer Belegschaft von je 1000 Personen. Ich möchte damit deutlich machen, was sich an stiller Revolution, möchte ich geradezu sagen, in der strukturellen Umstellung ergeben hat.

Auch die Zahl der Betriebe ist geringer geworden: wir hatten 1950 430.000 und haben gegenwärtig an die 380.000 Betriebe. Die Abnahme beträgt rund 53.000, und es ist eine Tatsache, daß die Abnahme vor allem in den kleinsten Betriebsgrößenklassen, und dort am stärksten, stattgefunden hat.

Es ist auch die Dynamik dieser strukturellen Veränderungen in Zunahme begriffen. Zwischen 1950 und 1960 waren es 7 Prozent, zwischen 1960 und 1965 5,6 Prozent der Betriebe, die ihre bäuerliche Existenz aufgegeben haben.

Ich sage das auch mit dem Bemerken, daß ich den Eindruck habe, daß diese Anpassung und dieser Umstrukturierungsprozeß noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Heute sind an

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

die 20 Prozent der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. In der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz, also in Ländern mit einer vergleichbaren sonstigen, allgemeinen Struktur, sind es 12 beziehungsweise 10 Prozent. Wir müssen also damit rechnen, daß dieser Anpassungs- und Umstellungsprozeß auch bei uns, wie gesagt, noch nicht zum Abschluß gekommen ist.

Daß die fehlenden Arbeitskräfte natürlich mit sehr viel Investitionen ersetzt werden mußten, liegt auf der Hand. So hat das Aktivkapital, das in der Landwirtschaft investiert ist, in den Jahren von 1958 bis 1966 um 30 Prozent zugenommen. Und wenn im vergangenen Jahr für bauliche und maschinelle Investitionen an die 8 Milliarden Schilling ausgegeben wurden, dann sehen Sie auch, meine Damen und Herren, welche Bedeutung die Landwirtschaft heute als Konsument in unserer gesamten Volkswirtschaft hat. Ich bringe diese Beispiele, um damit zu zeigen, wie sehr heute die verschiedenen Wirtschaftsbereiche miteinander verflochten sind, wie sehr auch heute die Landwirtschaft integriert ist in der gesamten übrigen Volkswirtschaft und daß wir daher die Zusammenhänge im Auge behalten müssen, wenn wir über die Probleme der Landwirtschaft hier sprechen.

Die Arbeitsproduktivität ist erheblich gestiegen, von 1958 bis 1966 um 37 Prozent. Hohes Haus! Hinter dieser Zahl verbirgt sich eine ungeheure Leistung und Anstrengung des bauerlichen Berufsstandes. Von 1955 bis 1966 betrug die Zunahme der Produktivität in der Landwirtschaft 8,1 Prozent, in der Industrie 4,5 Prozent. Ich weiß schon, daß man Prozentzahlen allein nicht so ohne weiteres vergleichen kann. Man muß auch die Ausgangslage der Produktivität sehen. Trotzdem meine ich, daß diese Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft doch auch den Respekt der anderen Bevölkerungsgruppen für sich in Anspruch nehmen darf. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Sicherlich sind auch die Betriebseinkommen in der Landwirtschaft gestiegen. Je Kopf der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Bevölkerung betrug das Betriebseinkommen im Jahre 1960 17.300 S, im Jahre 1963 21.200 S und im Jahre 1966 27.300 S. Das Betriebseinkommen hat also durchaus zugenommen, aber es ist nicht in dem Maße gestiegen wie die Produktivität, weil ein Teil des Produktivitätszuwachses durch das Auseinanderklaffen der Preis-Kosten-Relationen wiederum aufgezehrt wurde. Es besteht auch heute noch ein bedeutender Abstand zu den Einkommen vergleichbarer anderer Bevölkerungsgruppen.

Trotzdem spreche ich es auch hier sehr offen aus: Wir haben es, so gesehen, nicht nur mit einer Disparität zwischen Landwirtschaft und vergleichbaren Bevölkerungsgruppen zu tun, sondern auch innerhalb der Landwirtschaft sind die Einkommensverhältnisse außerordentlich verschieden. Das ist auf die sehr unterschiedlichen natürlichen Produktionsbedingungen, aber auch auf die sehr unterschiedlichen Betriebsgrößen innerhalb der Landwirtschaft zurückzuführen.

Hohes Haus! Damit bin ich bei der Frage der Strukturpolitik, von der heute hier die Rede war. Einer Ihrer prominenten Herren hat in der Gewerkschaftszeitung einen Artikel verfaßt und sich mit Fragen der Agrarpolitik beschäftigt. In diesem Artikel heißt es: „Die Zerschlagung größerer Betriebe zum Zwecke der Grundaufstockung ist kein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur.“ „Der Fortschritt der Technik ist aber auch in der Landwirtschaft nicht zu Ende, und jede technische Weiterentwicklung wird zur rationellen Erzeugung nicht kleinere, sondern größere Betriebseinheiten erfordern.“

Hohes Haus! Es liegt in dieser Feststellung sehr viel Zustimmung. Ich stehe mit Ihnen und mit dem, was Sie hier sagen, grundsätzlich in keinem Gegensatz. Ich weiß nicht, ob damals das auslösende Moment jene Grundaufstockungen waren, die mit den Marchfeldgütern vorgenommen wurden. Da habe ich ja meine Meinung allein durch die Maßnahmen, die wir getroffen haben, kundgetan. Aber grundsätzlich ist es richtig, daß die Betriebsaufstockung nicht im Wege der Zerschlagung der größeren Betriebe vollzogen werden kann. Das heißt also im Rückschluß, daß sich schließlich und endlich dieser Prozeß der Grundaufstockung im wesentlichen nur in jenem Bereich vollzieht, wo wir es einerseits mit Betriebskategorien zu tun haben, die, weil sie Bauern bleiben wollen, aber zuwenig Grund haben, das Bedürfnis besitzen, aufzustoßen, und andererseits mit Betrieben, die selbst auch eine zu geringe Grundfläche besitzen, aber von einem außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb zu einem außerlandwirtschaftlichen Hauptberuf abwandern und sich vielleicht früher oder später entschließen, Gründe abzugeben, also abzustocken, um die Aufstockung anderer zu erleichtern. Ich glaube, daß es unsere Aufgabe sein muß, diese Betriebsstrukturverbesserung, diese Anpassung, die Erhaltung, die Schaffung und die Sicherung lebensfähiger Betriebe mit unseren Maßnahmen hinreichend zu unterstützen.

Auch dazu haben wir, Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi, vorausschauend ein Siedlungs-Grundsatzgesetz in diesem Hohen Hause beschlossen, das in Verbindung mit § 15 des

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Agrarverfahrensgesetzes, das novelliert wurde, auch vorsieht, daß aufstockungsbedürftigen Betrieben Abgabe- und Steuerbefreiung gewährt werden soll, um von da her den Prozeß der Grundaufstockung zu erleichtern.

Wir haben im heurigen Jahr in diesem Hohen Haus auch den Abschnitt der Grundstückszusammenlegung im Flurverfassungs-Grundsatzgesetz einer völligen Modernisierung unterzogen, um von da her einen Impuls zu gewinnen, um den Prozeß der Grundstückszusammenlegungen zu größeren Flächeneinheiten zu beschleunigen. Es wurden bisher an die 500.000 ha zusammengelegt, aber eine etwa gleich große Fläche ist vordringlich zusammenlegungsbedürftig. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Prozeß der Verbesserung der Betriebsstruktur zu beschleunigen.

Wir haben, und auch das möchte ich hier erwähnen, zur Verbesserung der Verkehrslage und der Stromversorgung mit dem Bau von Güterwegen Leistungen vollbracht, die sich sehen lassen können, wenn wir bedenken, daß von 1945 bis 1965 eine Weglänge von 12.000 km mit einem Anschluß von 65.000 Betrieben an das Verkehrsnetz errichtet worden ist, wobei es allerdings heute noch immer an die 27.000 Betriebe in ganz Österreich gibt, die über keine geeignete Hofzufahrt verfügen.

Mit der Stromversorgung sind wir heute so weit, daß in ganz Österreich nur noch 1,8 Prozent der Betriebe ohne Strom sind. Allerdings stehen wir hier vor der neuen und großen Aufgabe, die Netzverstärkung bei etwa 70.000 Betrieben vorzunehmen. Aber das ist eine Aufgabe der Elektroversorgungsunternehmen, und ich kann nur hoffen, daß auch von dieser Ebene her diesen Notwendigkeiten eine entsprechende Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Hohes Haus! Es war auch von der Agrarpolitik, von Grundsätzen, von Konzepten und von ähnlichem die Rede. Ich möchte daher doch auch zu diesen Problemen, die heute hier angeschnitten wurden, einige Betrachtungen anstellen.

Ich möchte folgendes sagen: Eine moderne und zukunftsorientierte Agrarpolitik muß die Landwirtschaft als einen Teil der Gesamtwirtschaft und auf der anderen Seite den Bauernstand als einen Teil der Gesamtgesellschaft betrachten. So gesehen ist eigentlich die Agrarpolitik ein Dreifaches.

Erstens einmal ist sie Naturgrundlagenpolitik in dem Sinne, als sie eine Landwirtschaft anstrebt, die die Naturgrundlagen pflegt, den Haushalt der Natur nicht stört und die dauernde Bodenfruchtbarkeit und die Erhaltung der Landwirtschaft gewährleistet.

Ich glaube, gerade diese Funktion ist in keiner anders als bäuerlich strukturierten Landwirtschaft in den allerbesten Händen. Sie wissen, daß der bäuerliche Familienbetrieb mit zum Kernstück unserer Agrarstruktur und unserer agrarpolitischen Vorstellungen gehört.

Die Agrarpolitik ist zweitens auch Wirtschaftspolitik im Sinne einer rationellen Landwirtschaft, die technisch und ökonomisch alle Möglichkeiten ausschöpft und den Aufgaben gerecht wird, die heute auf dem Weg von der Produktion zum Markt bestehen. Daß wir uns gerade auf diesem Gebiet vor den größten Umstellungen befinden und daß viele alte betriebswirtschaftliche Grundsätze heute nicht mehr gelten, wissen wir. Früher einmal hieß es, der Bauer muß vielseitig wirtschaften, um das Risiko auf möglichst viele Produktionszweige zu verteilen. Heute müssen wir dem Bauern raten, daß er seine Produktion eher auf weniger Betriebszweige konzentriert, weil es einfach unmöglich ist, die Kosten der Mechanisierung für eine Vielzahl von Betriebszweigen zu tragen.

Drittens und nicht zuletzt, Hohes Haus, ist die Agrarpolitik auch Gesellschaftspolitik, weil die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft der Zielsetzung eines breitgestreuten Eigentums am besten entspricht und damit dem Kerngedanken einer Gesellschaftspolitik gerecht wird, die die Unabhängigkeit möglichst vieler sichern will.

Was die geistige Auseinandersetzung in unserer Zeit betrifft, möchte ich sagen, daß wir mit unserer Agrarpolitik auf dem Boden der christlichen Soziallehre stehen, die ihren sinnvollen Ausdruck vor allem in den päpstlichen Enzykliken findet. In „*Rerum novarum*“ Leos XIII. steht die Arbeiterfrage im Mittelpunkt der Auseinandersetzung, in „*Quadragesimo anno*“ Pius' XI. ist es die Gesamtgesellschaft, und in „*Mater et magistra*“ Johannes' XXIII. ist es im besonderen die bäuerliche Welt.

Ganz allgemein wird aus dieser Sicht gefordert, daß auch in der Wirtschaft die sittlichen Prinzipien Gültigkeit haben müssen. Eine gewisse Lenkung der Wirtschaft durch den Staat wird als notwendig angesehen, um das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Wirtschaft wird als ein organisches Ganzes begriffen, worin alle Produktionsmöglichkeiten in einem gesunden gegenseitigen Verhältnis entwickelt werden müssen.

Und wie gesagt, in „*Mater et magistra*“ wird im Kapitel „*Forderungen der Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen*“ im besonderen zur Landwirtschaft Stellung genommen. Hier wird

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleiner

die Landwirtschaft in der Entwicklung zur Industrie- und Marktwirtschaft als ein benachteiligter Bereich, nicht als ein rückständiger, begriffen, und es wird auch die Sonderstellung betont, die die Naturabhängigkeit der Landwirtschaft in der Marktwirtschaft bedingt.

Eine besondere Stellung wird in dieser Enzyklika dem bäuerlichen Betrieb, dem Familienbetrieb, eingeräumt. Er wird als die erwünschte Lebensform für die Würde der Menschen und der Familie bezeichnet. In diesem Zusammenhang wird allerdings auch gesagt, daß der bäuerliche Betrieb eine zeitgemäße Gestalt haben müsse und daß er nur dann lebensfähig sein werde, wenn er genug für eine menschenwürdige und dem Stand der Kultur entsprechende Lebenshaltung abwirft.

In diesem Punkte wird die Verknüpfung zwischen sozial-ethischen und ökonomischen Problemen in besonderer Weise sichtbar. Wir müssen also wissen, daß die sozial-ethischen Ziele nur erreicht werden können, wenn wir die ökonomischen Probleme lösen. Es geht also darum, daß wir den bäuerlichen Betrieben ein angemessenes, familiengerechtes Einkommen sichern. Es ist dabei gleichgültig, ob ein solches Einkommen ausschließlich aus landwirtschaftlicher Tätigkeit oder auch in Verbindung mit einem Zu- oder Nebenerwerb erzielt werden kann.

Und damit, Hohes Haus, sind wir schließlich auch bei der Zielsetzung unserer Agrarpolitik, die ja auch im Landwirtschaftsgesetz ihre grundsätzliche Verankerung gefunden hat. Es geht erstens darum, einen wirtschaftlich gesunden, leistungsfähigen Bauernstand zu erhalten, zweitens, den in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen ein Einkommen zu sichern, das jenem vergleichbarer Berufsgruppen entspricht, und drittens die Bevölkerung ausreichend und zu angemessenen Preisen zu versorgen.

Ich glaube, daß ich mit der Darstellung, die ich Ihnen geben durfte, zugleich zum Ausdruck bringen konnte, daß wir auf diesem Wege zweifellos sehr weite Strecken vorangekommen sind und daß wir mit den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, auch im Begriffe sind, die weitere Zukunft auf diesen Weg hin zu orientieren.

Es ist hier heute unseren bäuerlichen Familien und den Land- und Forstarbeitern, unserem Berufsstand der Dank ausgesprochen worden. Ich möchte diesen Dank erweitern mit dem Dank an jene Personen, die heute insbesondere in den Landwirtschaftskammern im Förderungs- und im Beratungsdienst stehen und sich hier um die Entwicklung der Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen

Berufsstandes außerordentliche Verdienste erworben haben. Ich möchte weiters den in den Landesregierungen mit der Verbesserung unserer Agrarstrukturpolitik befaßten Abteilungen sowie auch den Mitarbeitern meines Hauses danken, die in all diesen Jahren das Beste im Dienste der österreichischen Land- und Forstwirtschaft gegeben haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch ein kurzes Wort, Hohes Haus, ich bin damit dann schon am Ende. Ich möchte aber doch noch auf eine Bemerkung eingehen, die der Herr Abgeordnete Pfeifer heute gemacht hat, als er meinte, daß es der österreichischen Agrarpolitik in diesen 20 Jahren nicht gelungen wäre, das Verständnis des Städters für die Probleme und auch für die Anliegen der Bauernschaft zu vertiefen.

Ich glaube, daß Sie mit Ihrer Auffassung, Herr Abgeordneter, nicht recht haben. Ich stütze diese meine Ansicht auf einen Meinungstest, den wir vor geraumer Zeit durchgeführt haben. Im Rahmen dieses Testes wurde durch eine sehr genaue Querschnittsanalyse und durch sehr eingehende Befragungen der städtischen Bevölkerung versucht, festzustellen, was eigentlich heute der Städter über den Bauern denkt. Dabei sind doch einige sehr bemerkenswerte Feststellungen zutage getreten:

Hinsichtlich seiner Bedeutung für das Allgemeinwohl wird der Bauer vom Städter unter 15 Berufen an erster Stelle eingestuft. Hinsichtlich der Schwierigkeit der von ihm zu bewältigenden Aufgaben reiht der Städter den Bauern und seine Arbeit an sechster Stelle. Am häufigsten wird der Bauernberuf mit dem des Facharbeiters verglichen. 86 Prozent aller Befragten sehen im Fachschulbesuch eine notwendige Voraussetzung für die bäuerliche Berufsausübung.

Die Eindrücke dieser Meinungsforschung lassen sich in drei wesentlichen Punkten zusammenfassen.

Erstens: Das Bild des typischen Bauern wird in seinen hervorstechendsten Eigenschaften vom Städter positiv bewertet. Der typische Bauer gilt als arbeitsamer, religiöser, gastfreundlicher, hilfsbereiter und zukunftsorientierter Mensch, der viel Verantwortung trägt. Hinsichtlich seiner Wichtigkeit für das Allgemeinwohl wird er, wie ich sagte, von der städtischen Bevölkerung an erster Stelle genannt.

Zweitens: Die Landwirtschaft als solche wird zwar als ein nicht unproblematischer Zweig unserer Wirtschaft aufgefaßt, im Rahmen der Gesamtwirtschaft jedoch als überaus wichtig angesehen. Über ihre künftige Entwicklung werden doppelt so viele positive als negative Urteile abgegeben.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner

Drittens — glauben Sie mir, ich war davon wirklich angenehm überrascht — konnte ich die Tatsache feststellen, die mir außerordentlich bedeutsam erscheint, daß zwei Drittel der Befragten eine positive Einstellung zu den Hilfsmaßnahmen der Regierung für die Landwirtschaft geäußert haben.

Hohes Haus! Ich habe Ihnen diesen Meinungstest, angeregt durch den Diskussionsbeitrag des Herrn Abgeordneten Pfeifer, am Schlusse meiner Ausführungen noch vorgebracht, weil ich das Gefühl habe, daß die Grundstimmung und die Grundeinstellung des Städtlers zum Bauern durchaus positiv ist und daß sich dieser Prozeß der Integration aller Bevölkerungs-, Gesellschafts- und Lebensbereiche erfreulicherweise unaufhaltsam vollzieht. Es wäre schon sehr viel getan, wenn wir alles vermieden, was diesen Integrationsprozeß stören könnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Staribacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich teile die Auffassung des Herrn Ackerbauministers *(Heiterkeit)* bezüglich der zwei Schwerpunkte, weil ich glaube, daß sie wirklich von eminenter Bedeutung sind, und zwar nicht nur in der heutigen Diskussion, sondern weil sie wirklich die Probleme, die die Landwirtschaft heute betreffen, darstellen.

Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so hauptsächlich deshalb, um doch noch die Meinung der Sozialisten zu diesen Punkten darzulegen. Ich kann es nicht unwidersprochen lassen, wenn der Herr Abgeordnete Griebner behauptet, daß das, was die Sozialisten vorgelegen, in Wirklichkeit nur vom Bauernbund abgeschrieben wurde. Denn dazu, Herr Abgeordneter Griebner, sind Sie uns wirklich den Beweis schuldig geblieben. *(Abg. Griebner: Das habe ich Ihnen schon im Mai gesagt!)* Sie dürfen nicht sagen, Sie hätten uns gesagt, daß wir abgeschrieben haben, sondern Sie müssen uns sagen, was wir abgeschrieben haben. *(Ruf bei der ÖVP: Alles! — Heiterkeit.)* Alles ist ein bisserl zuviel. Wir wollen also ganz konkret wissen, was wir abgeschrieben hätten.

Ich werde Ihnen aber jetzt vielleicht nachweisen können, daß sehr viel von den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers doch von dem her stammt, was wir bereits Jahre hindurch vorgeschlagen haben. *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Ich darf mich als erstes mit den Marktfragen beschäftigen. Wir Sozialisten haben uns nie und niemals für eine Marktregelung der

Landwirtschaft ausgesprochen. Ich kann mich aber noch sehr gut erinnern — es war zwar nicht in der Zweiten Republik, aber in der Ersten Republik —, wie Ihnen die Sozialisten mit Otto Bauer hier in diesem Haus die Getreidemarktordnungen vorgeschlagen haben. Da haben Sie von seiten der damaligen christlich-sozialen Partei ganz entschieden dagegen Stellung genommen. Sie haben es nachher, Herr Abgeordneter Griebner, in der Zweiten Republik sehr gut imitiert — sehr gut imitiert, was die Wirksamkeit betrifft. Sie haben da von den Sozialisten bezüglich der Marktregelung sehr viel übernommen. Sagen Sie also nicht, die Sozi hätten von Ihnen übernommen; da müßten Sie einmal zugestehen, daß das von uns gewesen ist und daß Sie das übernommen haben.

Ich komme jetzt auf die weitere Entwicklung zu sprechen. Da beginnt die Situation kritisch zu werden. Herr Minister! Sie sagen, Sie werden bei den Überlegungen, die Sie jetzt anstellen, die EWG-Regelung nicht genau kopieren. Ich habe ein Dokument, es handelt sich um die Rindermarktordnung, die streng vertraulich unter den höchsten Gremien in der Österreichischen Volkspartei — also insbesondere Landwirtschafts- und Handelskammer, nehme ich an — verhandelt wird. *(Abg. Machunze: Also Ihr Spionagedienst funktioniert ausgezeichnet, Herr Kollege Staribacher!)* Wieso? *(Abg. Machunze: Höchst geheim bei der ÖVP, aber Sie haben es!)* Ich kann es Ihnen schon abtreten, Herr Abgeordneter Machunze; ich nehme an, daß der ÖAAB davon noch nichts weiß. Aber bitte, ich trete es Ihnen dann sehr gerne ab, es ist nämlich für Sie von allergrößter Bedeutung.

Wenn diese Rindermarktordnung Platz greifen sollte, dann muß ich sagen: Kopieren Sie es sehr genau. Ich würde fast sagen: wortwörtlich.

Aber nicht nur das. Jetzt beginnt das Problem kritisch zu werden, Herr Abgeordneter Minkowitsch, weil Sie gesagt haben, wir würden in weiterer Folge hören. Sie dürften also schon ein bißchen von diesen Ideen, die der Herr Ackerbauminister vertritt, gehört haben. Sie werden hören, wie die Sozialisten zu diesem Problem stehen.

Man kann nicht auf der einen Seite die EWG-Marktordnung anstreben, im Detail, ganz genau, mit Erstattungen und Abschöpfungen und all dem — ich will Sie nicht im Detail damit beschäftigen —, und gleichzeitig im Punkt 2 sagen: „Die Genehmigungspflicht für Einfuhren, wie sie derzeit nach den Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes besteht, ist zunächst beizubehalten, bis ent-

Dr. Staribacher

sprechende Erfahrungen über die Auswirkungen des neuen Marktordnungssystems vorliegen.“

Also: Jetzige Regelung, Marktordnungsgesetze, und noch dazu EWG-Regelung — das ist etwas, was gar nicht marktkonform ist, gar nicht EWG-konform ist; das ist eine Sicherung auf einem Seil, das ohnehin nicht sehr hoch gespannt ist, mit einem dreifachen Sicherungsnetz. Das geht nicht. Sie können daher von uns nicht erwarten, meine Herren, daß wir uns auf ein Gebiet begeben können, wo die EWG-Marktordnung angestrebt wird und gleichzeitig ein Marktordnungsgesetz nach österreichischer Prägung besteht. Sie können nur entweder das eine oder das andere haben.

Wir empfehlen Ihnen: Bleiben Sie bei dem guten alten sozialistischen System, wie es Otto Bauer vorgeschlagen hat und wie wir es 22 Jahre in der Zweiten Republik gemacht haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Stimmen Sie der Verlängerung zu?*) Wir haben bis jetzt immer der Verlängerung zugestimmt, Herr Abgeordneter. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Bis 1968!*) Wir haben es immer terminisiert, schon allein um den Wünschen des Herrn Landwirtschaftsministers Rechnung zu tragen (*Abg. Dr. Pittermann: Da werden wir warten, wie ihr euch mit der EWG verhaltet! Da werden wir warten! Wie du mir, so ich dir! Schön beim Wort bleiben, meine Herren!*), der gesagt hat, wir müssen abwarten, wie sich die weitere Entwicklung mit der EWG verhält. In der Zwischenzeit hat sich ja herausgestellt, daß wir jetzt fast nicht einmal mehr im Vorzimmer sitzen, wie Kollege Czernetz sagt, jetzt sind wir schon nur mehr am Gang draußen, sodaß ich also sagen kann: Bleiben Sie bei dem guten österreichischen System, vorausgesetzt, daß nicht der Herr Abgeordnete Withalm wieder auf die Idee kommt und das verändern will, wie er das im vorigen Jahr vorgeschlagen hat. Allerdings haben ihm dann ja, glaube ich, seine eigenen Agrarier gesagt: So geht es nicht! (*Abg. Dr. Withalm: Studiert haben wir es! Vorgeschlagen haben wir es nicht!*) Ich weiß, Sie haben das sehr intensiv studiert, und wenn Sie etwas studieren, besteht immer die Gefahr, daß es die ÖVP dann auch machen muß. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich muß sagen: Die Bauernbündler hatten einmal recht behalten und haben Ihnen gesagt: Studier das lieber nicht — nehme ich an —, da bringst du uns auf eine schiefe Bahn! Und sie haben das dann ändern können. Ich weiß natürlich nicht, Herr Abgeordneter Withalm, ob Ihr Studium in der Zwischenzeit schon abgeschlossen wurde oder ob das noch weitergeht.

Ich lese dann mit größter Verwunderung, daß auf Seite 3 über die Festsetzung des Interventionspreises drinnensteht: „Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft kann nach Anhörung ...“ — Also wir werden dann eventuell gehört werden, es kommen allerdings dann Punkterln, es sind fünf Punkterln da, also nehme ich an, eins von den Punkterln wird die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund bleiben. Wer die anderen vier sind, weiß ich nicht. Die Handelskammer, nehme ich an, wird ja sicher dabei sein, vorausgesetzt, daß sie sich durchsetzen kann.

Und dann kommt — darum sage ich ja: Bleiben wir lieber bei unserem guten alten österreichischen System — der Punkt 11, und da wird es natürlich kritisch, da geht es um die Finanzierung. Bei der Finanzierung heißt es: Es gibt zwei Möglichkeiten: „a) aus Abschöpfungen, die bei der Einfuhr von Waren einer Abschöpfungsregelung unterworfen sind“. Die wird es allerdings, fürchte ich für Sie, nicht mehr lange geben, weil kaum damit zu rechnen sein wird, daß wir noch größere Mengen importieren werden. Daher kommt dann der Punkt b: „aus allgemeinen Haushaltsmitteln“.

Meine Damen und Herren! Wir wissen ja, was das bedeuten würde. Ich würde Ihnen daher empfehlen — wie gesagt, wir stehen ohnehin schon am Gang draußen —: Legen Sie diese Vorschläge bezüglich Ihrer Idee, eine EWG-Marktregelung bei uns in Österreich einzuführen, ab. Ich kann Ihnen versichern: Die EWG-Fachleute haben gemeint, daß das österreichische System besser ist als das ihrige. Daher würde ich fast sagen: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich!“ Gehen wir nicht zuviel grasen in die EWG, das könnte zu Ergebnissen führen, die uns gar nicht zuträglich sind.

Was die Frage der Überschußregelung betrifft: Ich habe Ihnen schon bei der Verstaatlichten-Debatte gesagt, gerade Ihnen, meine Herren vom Bauernbund, wieviel Verständnis Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer dafür haben und wie sehr wir uns eingesetzt haben, um Ihre Überschußprodukte wegzubringen. Wir setzen uns dafür ein. Daher kann ich nicht verstehen, wenn der Herr Abgeordnete Griebner sagt: Wir haben das vom Bauernbund abgeschrieben.

Sie, meine Herren vom Bauernbund, haben dem Bauern nur immer gesagt: Produzier, produzier, es ist alles in schönster Ordnung! Als der Kammeramtsdirektor Müller — ich kann mich noch sehr genau daran erinnern — vor Jahren bei der Agrartagung auf der Universität einen Vortrag gehalten hat: Wohin

Dr. Staribacher

mit dem Überschuß?, hat er die heftigsten Widersprüche und die stärksten Angriffe der Bauernbund-Mandatare gehabt, weil das unverantwortlich gewesen sei, was er damals gesagt hat. Damals hieß es noch: Produzieren, produzieren ist das entscheidende, wir werden schon schauen, wohin wir mit dem Überschuß kommen. (*Abg. Kranebitter: Zwei Drittel der Weltbevölkerung hungern!*)

Richtig, richtig! Die Sozialisten sind am meisten dagegen, daß zwei Drittel der Weltbevölkerung hungern. Wir glauben, wenn es auf der Welt ein anderes System gäbe, wäre das nicht notwendig. Es ist das kapitalistische System, seien Sie mir nicht böse, das zu diesem Ergebnis geführt hat. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.*) Jawohl, meine Damen und Herren. (*Abg. Dr. Pittermann: Lesen Sie „Populorum progressio“!*) Lesen Sie die Enzyklika, wenn Sie es mir nicht glauben. Dort finden Sie es genauso bestätigt. (*Abg. Dr. Gorbach: Gibt es nicht sozialistische Systeme, wo die Leute hungern?*) Auch. Aber das sind nur pseudo-sozialistische Systeme. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Meine Herren! Sie können sich noch so bemühen, Sie werden uns demokratische Sozialisten nicht in das Lager des Ostens treiben können. Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Versuchen Sie es nicht wieder! Die „Rote Katze“ ist krepirt, die können Sie nicht mehr aufwecken. (*Neuerliche lebhafteste Zustimmung bei der SPÖ.*)

Wir bedauern es genauso, wenn es im Osten oder sonst irgendwo Gegenden gibt, in denen sogenannte sozialistische Systeme regieren, wo aber nach unserer Meinung die entsprechenden Voraussetzungen für einen demokratischen Sozialismus leider nicht gegeben sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Klaus prüft die Voraussetzungen!*) Das will ich nicht sagen, ob der die Voraussetzungen prüft, ob das ein sozialistisches System ist. Ich würde eher sagen, daß er mit Gewalt versucht, in der Wirtschaft dort irgendwelche Lösungen zu suchen. Allerdings ist das Ergebnis leider, leider sehr dürftig.

Nun aber zu einem weiteren Punkt, weil Sie behaupten, wir Sozialisten hätten bezüglich der Regelungen, die angestrebt wurden, vom Bauernbund abgeschrieben. Ja wir haben doch ununterbrochen auf die Preissituation bei den Agrarprodukten hingewiesen. Seit dem Jahre 1945 haben wir in Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer mit der Landwirtschaftskammer gemeinsam durch 22 Jahre versucht, ein Agrarpreissystem zu finden, das preislich entspricht. Nicht nach den Weltmarktpreisen, Herr Abgeordneter Minkowitsch, obwohl ich sagen muß, daß die Agrar-

preise ein verhältnismäßig europäisches Niveau erreicht haben. Das müssen Sie auch zugeben! Und daß die Löhne von einem durchschnittlich europäischen Niveau noch entfernt sind — das müssen Sie auch zugeben!

Wenn Sie daher sagen, man solle auf die Löhne mehr schauen, und wenn insbesondere der Herr Abgeordnete Griebner meint, es könne in der Paritätischen Kommission nicht so sein, daß — wie er gemeint hat — die Paritätische Kommission ein nicht wirksames Organ gegen die Lohnbewegungen sei und die Gewerkschaften hier nicht verantwortungsbewußt handeln, dann kann ich Ihnen nur sagen: Die Gewerkschaften haben nicht nur in der Paritätischen Kommission, sondern schon in den vergangenen 22 Jahren sehr verantwortungsbewußt gehandelt. Wir wären glücklich, wenn alle Beteiligten in der Paritätischen Kommission immer so verantwortungsbewußt auf die Interessen, die sie zu vertreten haben, eingewirkt hätten. Sie wissen sehr gut, daß da noch einiges zu tun wäre. Erst in der letzten Sitzung haben wir uns ja wieder über einige Unternehmungen unterhalten müssen, die sich gar nicht danach richten, was in der Paritätischen Kommission beschlossen wird und was sie eigentlich nach der Vereinbarung, die getroffen wurde, zu tun hätten.

Wir haben unserer Meinung nach sehr vernünftige Preisrelationen angestrebt und haben sie auch teilweise erreicht. Aber — und jetzt komme ich zu dem, Herr Ackerbauminister — es war nicht von Anbeginn und zeitgerecht, daß Sie diese Maßnahmen getroffen haben; denn als wir auf diese Entwicklung hingewiesen haben, als wir Ihnen gesagt haben: Dieser Weizenpreis muß zu dieser Überproduktion führen!, da haben Sie in Wirklichkeit nichts gemacht. Ich gebe zu, auch Ihr Vorgänger! Ich muß sagen, das waren die zwei besten Ackerbauminister, die ich bis jetzt erlebt habe, das gebe ich unumwunden zu! Die konnten so schnell das nicht gutmachen, was ihnen vorher vom Bauernbund eingebrockt worden ist. Das wissen wir sehr genau, meine Herren!

Als Sie bestrebt waren, dieses Problem der Überschußproduktion zu lösen, als Sie angefangen haben, Qualitätsweizenzuschläge zu geben und den Füllweizenpreis um 3 Groschen zu verringern — ja, Herr Abgeordneter Griebner, wo waren denn da die Bauernbundvorschläge? Da erkundigen Sie sich einmal im Getreideausgleichsfonds, dort sitzen wir nämlich auch noch drinnen. Ich sage ausdrücklich „noch“, denn wenn es nach einigen Herren von Ihnen gegangen wäre, dann hätte man uns dort ohnehin schon hinausgeschmissen. Aber es ist ein

Dr. Staribacher

Verfassungsgesetz, das schützt uns dort noch ein bißchen. (*Abg. Dr. Pittermann: Ein bißchen Verfassungsbruch macht nichts!*) Wo waren Sie denn, als Sie die entsprechenden Vorschläge damals gemacht haben? Sie haben sie nicht gemacht! Wir haben damals gesagt: In der Füllweizenproduktion müssen wir früher oder später auch bei einer normalen Ernte zu einer Überschußproduktion kommen. Wir müssen daher schauen, auf die Qualitätsweizenproduktion überzugehen!

Nun haben Sie vollkommen recht: Die Qualitätsweizenproduktion kann nicht der kleine Bauer machen, sondern das muß der größere Betrieb machen. Es muß daher Vorsorge getroffen werden, daß die Füllweizenproduktion in irgendeiner Form für den Kleineren bleibt — denn das ist die einfachere Produktion —, und die Qualitätsweizenproduktion wird die große Bauernschar, also die Großbetriebe und die größeren Bauern, machen. Es muß durch Silobauten, durch entsprechende Trennung zwischen dem Füll- und dem Qualitätsweizen Vorsorge getroffen werden, daß auch die Mühle bereit ist, mehr zu zahlen.

Kaum ist das angelaufen, hat es bei Ihnen in der ÖVP schon den größten Krach gegeben: Wer darf die Silos bauen — die Genossenschaft oder der private Handel? Jetzt sind Sie sich noch nicht einig, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Also erzählen Sie uns nicht wieder vielleicht, daß die Sozialisten das also wieder ... (*Abg. Minkowitsch: Wir haben ja schon beide!*) Aber beide! Ich hoffe, Sie haben die Fernsendung zwischen dem Herrn Abgeordneten Mussil und zwischen Generaldirektor Strobl vom Verband Ländlicher gehört. Wenn Sie das gehört haben, wissen Sie, wie diese beiden miteinander arbeiten. Aber da ist es am besten, wir lassen momentan die Toten ruhen!, sagt immer der Kammeramtsdirektor. Sie sind zwar nicht tot, sie sollen recht lange leben, aber dieses Problem lassen wir inzwischen ruhen! (*Abg. Dr. Pittermann: In der Nationalbank ist der Strobl schon gestorben!*)

Die Überschußproduktion ist für uns jetzt ein großes Problem. Wir bemühen uns jetzt gemeinsam mit Ihnen, diese Überschußproduktion wegzubringen. Die 283.000 t — der Herr Ackerbauminister hat wohlweislich die Menge verschwiegen, die wir heuer verkraften können oder müssen — sind bei einem Bedarf von 345.000 t eine ganz schön große Menge. Was wir jetzt machen, ist: Wir müssen mit Futtermittelkoppelungen versuchen, das in den bäuerlichen Betrieb wieder hineinzubringen. Das kostet viel Geld, ist unzweckmäßig und hat auch letzten Endes nicht den Erfolg, den wir uns alle gerne versprechen würden. Wir glauben

daher, daß es viel zweckmäßiger ist, darauf hinzuarbeiten, daß diese Überschüsse nicht entstehen.

Wenn man dazu noch hört, daß wir heuer — wo wir doch ein ausgesprochenes Roggenproduktionsland sind — vielleicht ungefähr 24.000 t — das sind fast 10 Prozent unseres Bedarfes — importieren müssen, dann muß ich schon sagen: Na ja, sehr weit her ist es ja nicht mit der Marktordnung oder mit der Marktregelung! Aber ich gebe schon zu: Es wird einiges dazu beitragen, daß man Schritte gesetzt hat, obwohl ich nicht ganz sicher bin, ob die Erhöhung des Roggenpreises um 5 Groschen sehr zweckmäßig gewesen ist. Das gestehe ich hier ganz offen und ehrlich, obwohl Sie dann draußen wieder erzählen, die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund sind gegen die Roggenpreiserhöhung gewesen. Ich fürchte, wir werden in der Roggenproduktion wieder in eine Überschußproduktion kommen, und die werden wir dann umso schlechter unterbringen können; beim Weizen sind wir das ja noch einigermaßen imstande. Wo wir also vom Bauernbund abgeschrieben haben, das möchte ich sehr gerne wissen, Herr Abgeordneter Griebner! Diese Erklärung sind Sie uns schuldig geblieben.

Was die Milch betrifft: jetzt fehlt nur noch, Herr Abgeordneter Griebner, daß Sie dann womöglich noch sagen, Sie seien schon immer für die Butterverbilligungsaktion für die Rentner oder für die Konsumenten gewesen und wir hätten das auch vom Bauernbund abgeschrieben. Wollen Sie das auch noch behaupten? — Da, glaube ich, steht die Urheberschaft und die Vaterschaft dieser Aktion eindeutig fest. Wir haben uns bemüht. Wir sind nur der Meinung, man müßte das doch noch anders ausbauen. Wir haben Ihnen ja entsprechende Vorschläge im Milchwirtschaftsfonds gemacht. Wir konnten aber bis jetzt leider noch keine entsprechenden Lösungen mit Ihnen erzielen.

Das also zu dem Problem der Marktfragen.

Noch eines bezüglich des Viehs, damit auch da kein Mißverständnis herrscht, daß es dann nicht wieder einmal heißt: Wir vom Bauernbund haben das schon immer gesagt, und die Sozi haben das nur abgeschrieben! Wir haben Sie immer aufmerksam gemacht: Das entscheidende in der Viehproduktion, in der Zuchtauswahl ist nicht, ausschließlich auf die Milchproduktion in der Menge und auf den Fettgehalt hinzuarbeiten. Diese Milchschwemme, wie wir sie jetzt erleben, haben wir vorausgesagt. Ich weiß, es ist für Sie furchtbar schwierig, das zu lösen — das streite ich gar nicht ab, das weiß ich! Aber ich sage Ihnen jetzt schon: Wenn wir uns

Dr. Staribacher

nicht in der Zuchtwahl umstellen — und Sie wissen, daß das ein sehr langer Prozeß ist — und wenn wir nicht schon in der züchterischen Auswahl von der Milchproduktion auf die Fleischproduktion übergehen, dann können wir zu spät kommen, und dann überrennt uns die Entwicklung.

Ich möchte hier nur deponieren: Auch die Frage der Milchpreisbildung auf Grund des Fettgehaltes und des Kilogrammpreises ist problematisch. Bezüglich der Käseproduktion ist es viel zweckmäßiger, sich wie die nordischen Staaten auf den Eiweißgehalt umzustellen. Wir haben Ihnen diese Empfehlungen schon lange in den entsprechenden Gremien des Milchwirtschaftsfonds gemacht.

Was nun die Marktordnungen betrifft, so möchte ich eines hier klargestellt haben: Zu dem, was der Herr Ackerbauminister bezüglich der österreichischen Ziffern gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen, sie stimmen. Ich möchte Ihnen nur jetzt andere Ziffern sagen. Zum Beispiel die Schweiz: In der Schweiz ist von 1955 bis 1966 die Zahl der Betriebe um 21 Prozent zurückgegangen, nämlich von 206.000 auf 162.000. In Westdeutschland sind die Betriebe von 1.940.000 — das war 1949 — auf 1.424.000, also um 26,7 Prozent, zurückgegangen. (*Ruf bei der ÖVP: Warum wollen Sie das so rasch?*) Ich will überhaupt weder etwas rasch noch etwas langsam haben. Ich bin der Meinung, daß Ihnen diese Entwicklung zeigt, daß sie eine Entwicklung im europäischen Maßstab ist — genau dasselbe gilt übrigens für die überseeischen westlichen Gebiete —, daß es also eine — ich würde fast sagen — ökonomische Entwicklung ist, die Sie und niemand anderer aufheben kann.

Wenn der Herr Abgeordnete Grundemann gesagt hat, nach Hessen sollten wir schauen — dort ist nämlich eine sozialistische Landesregierung —, darf ich Ihnen sagen, daß dort die Zahl der Betriebe sogar von 193.000 auf 130.000 zurückgegangen ist, das sind 32,5 Prozent in zehn Jahren! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Katastrophale Kleinbetriebsstruktur in Hessen!*)

Ja, hören Sie nur her, Abgeordneter Zittmayr! Ich habe mir das genau vorgemerkt, ich habe darauf gewartet: Die Zahl der Betriebe von 10 bis 20 ha ist dort nämlich um 18,7 Prozent gestiegen, nämlich von 20.000 auf 24.000, und die von 20 bis 30 ha ist von 4000 auf 6000, also um 54 Prozent, gestiegen. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*) Ja, ja, das kennen wir!

Aber ich kann Ihnen noch etwas empfehlen: Der Kärntner landwirtschaftliche Abiturientenverband hat im Vorjahr schon nach Klagenfurt den Dr. Tröscher — das ist dort der

sozialistische Landwirtschaftsminister — eingeladen und hat nachgeforscht, was in Hessen zweckmäßig und gut gemacht wird. Ich empfehle Ihnen das auch in den anderen landwirtschaftlichen Abiturientenverbänden. Dem Bauernbund empfehle ich es nicht, weil es der wahrscheinlich ohnedies nicht akzeptieren würde. Herr Abgeordneter Griebner, wenn Sie das täten, könnten wir vielleicht wirklich einmal etwas von Ihnen übernehmen, wenn Sie endlich einmal von dem sozialistischen Hessen etwas für Ihre Agrarpolitik übernehmen. (*Abg. Griebner: Der Rat eines roten Fuchses ist mir zuwenig sicher!*) Wem nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen! (*Heiterkeit.*) Unsere Herren sind nach Hessen hinausgefahren, haben sich das angeschaut, und ich kann Ihnen das nur empfehlen.

Ich habe ja dem Herrn Landwirtschaftsminister schon gesagt: Wir denken nicht daran, daß sich die österreichische Wirtschaft oder die österreichische Landwirtschaft gesundschrumpfen soll. Wir wünschen, daß sich die österreichische Landwirtschaft gesundwächst. Gesundwachsen muß die Parole sein, unter der die Strukturpolitik betrieben wird, und nicht gesundschrumpfen! Dazu haben Sie leider, leider unsere Vorschläge, die wir Ihnen in der § 7-Kommission gemacht haben, bis jetzt nicht angenommen. Aber wir sind geduldig, Herr Abgeordneter Griebner, wir wissen, die Landwirtschaftskammer nimmt gelegentlich von uns doch etwas an. Wir hoffen, daß wir hier auch noch einmal zu irgendeiner Lösung kommen.

Ich möchte dann, weil es der Herr Minister nicht gesagt hat, er hat es aber im Finanzausschuß respektive im Landwirtschaftsausschuß schon bestätigt, hier nur noch deponieren — als Lebensmittelarbeiterobmann muß ich das ja machen —, daß wir uns ganz entschieden dagegen aussprechen würden, daß das Landarbeiterrecht dahin gehend geändert werden soll, daß § 2, der jetzt landwirtschaftliche Genossenschaften bis zu fünf Beschäftigten betrifft, auf Betriebe bis zu 300 Beschäftigten ausgedehnt wird. Ich mache Sie darauf aufmerksam, es hat bei uns in den Molkereien eine Urabstimmung stattgefunden. (*Ruf bei der ÖVP: Aber wie die ausgeschaute hat!*) Das glaube ich, daß Ihnen die unangenehm war. Von 6961 Beschäftigten haben 6387 die Stimmen abgegeben, von denen 16 ungültig waren. 6346 Beschäftigte haben gesagt: Niemals würden wir zustimmen, zu den Landarbeitern zu kommen, und nur 25 waren dafür. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Diskriminierung!*) Das ist gar keine Diskriminierung. Nehmen Sie das nur zur Kenntnis, und da spreche ich jetzt für die sehr vielen christlichen Gewerkschafter, die in den Molkereien beschäftigt

Dr. Staribacher

sind. Sie wünschen nicht, in das Landarbeiterrecht überführt zu werden, und wenn Sie einigermaßen Demokraten sind, dann werden Sie diesen Wünschen auch Rechnung tragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das hat nichts damit zu tun, daß wir die Landarbeiter als diskriminiert betrachten. Ganz im Gegenteil, wir begrüßen es, daß es dem Kollegen Pansi gelingt, die Beseitigung der Differenzen einigermaßen aufzuholen, die zwischen ihnen und uns noch existieren. Mit Ihrer Unterstützung müßte das ja noch viel besser gehen, nur müssen Sie sich halt mehr durchsetzen können. Weniger versprechen, mehr durchsetzen! Die Landarbeiter auf unser Niveau heranheben, dann werden die Differenzen, die hier aufgezeigt werden, alle verschwinden. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Der Pansi hat es in Kärnten nicht so weit gebracht wie der Nimmervoll in Oberösterreich!)* Aber, wie kommen Sie denn darauf, daß der Pansi das in Kärnten nicht so weit gebracht hat? Jetzt wollen Sie das so darstellen, als ob der Pansi in Kärnten mit der Kärntner sozialistischen Landesregierung zu verhandeln hätte. Er hat ja nicht mit der Landesregierung zu verhandeln, er muß mit den Kärntner Bauern verhandeln, und dort ist es bekannterweise bedeutend schwieriger; das kann ich Ihnen schon sagen. Das könnten Sie ja jederzeit feststellen, wenn Sie einmal, Herr Kollege Gruber, nicht mit den öffentlich Bediensteten gemeinsam verhandeln würden, sondern wenn Sie mit dem Pansi wegen Lohnforderungen der Landarbeiter mit den Bauern verhandeln müßten. Ich werden Ihnen sagen, warum Ihnen scheinbar der Herr Abgeordnete Nimmervoll ... *(Abg. Dr. Gruber: Nicht scheinbar, „anscheinend“!)* anscheinend das beibringt, das kann ich Ihnen teilweise sehr genau erklären. Was Ihnen in Oberösterreich geglückt ist, haben Sie nur deshalb erreichen können — ich darf Ihnen ein anderes Beispiel sagen: Sie könnten mir jetzt sagen: So gut ist es ja ... *(Zwischenrufe.)* Moment, Moment! Ich darf Ihnen jetzt zuerst einmal das eine Beispiel sagen: So gut ist es ja den Molkereiarbeitern bei den Lebensmittelarbeitern gar nicht gegangen, denn wir haben ja zum Beispiel beim Bauernbund in Tirol durchgesetzt — dort gibt es ja bekannterweise diese Organisation, dieses eigene Referat sogar in der Landwirtschaftskammer —, daß sie dort ein höheres Deputat bekommen. Ja, die bekommen bezüglich Milch und Butter ein höheres Deputat. *(Abg. Dr. Halder: Sie wissen es nicht, Sie können es ja nicht wissen!)* Daß es in Tirol keine Gewerkschaft gibt, das weiß ich ganz genau, Sie haben es bis jetzt verstanden, das zu verhindern. Das wissen wir ganz genau, daß es Ihnen dort

bis jetzt geglückt ist, die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter sozusagen zu eliminieren. Ob Sie darauf stolz sein können, das weiß ich nicht. Das wird den Abgeordneten Altenburger wahrscheinlich sehr wurmen. Das nehme ich an, ich bin sogar sehr überzeugt davon. Sie werden sich das innerparteilich ausmachen müssen. Nur eines versuchen Sie uns jetzt nicht einzureden: daß in Tirol die herrlichsten Zustände sind; denn ich kann Ihnen versichern, die Molkereiarbeiter in Tirol haben sich genauso geweigert, obwohl dort sehr viele christliche Gewerkschafter sind, in die Landarbeiterkammern überstellt zu werden und ins Landarbeiterrecht übernommen zu werden.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, meine Zeit ist schon um, Sie wissen, ich habe nur eine begrenzte Redezeit. Ich will Ihnen daher zum Schluß nur eines sagen: Herr Abgeordneter Minkowitsch! Wir haben Ihnen nicht unterstellt, daß die Bauernvertreter dafür sind, daß eine industrielle Reservearmee entsteht. Unterstellen Sie bitte den Sozialisten nicht, daß sie Bauerntöter sind, so wie Sie das bis jetzt in der Propaganda sehr, sehr stark gemacht haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm. *(Ruf: Jetzt muß ich gehen! — Abg. Fachleutner: Bleiben Sie nur da, Herr Kollege!)*

Abgeordneter **Fachleutner** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht bei den Budgetberatungen der letzten Tage und auch heute manchmal die Bauernschaft provoziert worden wäre, heute zum Beispiel auch durch den Kollegen Tull, der in bezug auf unseren Kollegen Minkowitsch von Pharisäern und all diesen Dingen mehr sprach. Ein Kollege der Freiheitlichen Partei hat den Landwirtschaftsminister bezichtigt, er hätte in der Agrarpolitik nicht jene Maßnahmen gesetzt, die sich zum Segen der Bauern auswirken würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde auch bei den Beratungen in den letzten Tagen immer wieder in die Debatte geworfen, welche Aufgaben die Landwirtschaft gerade in der Entwicklung der Industriegesellschaft hat. Nun darf ich doch daran erinnern, daß gerade die Landwirtschaft in den letzten Jahren — das wurde schon von einigen betont — produktionsmäßig gewaltige Erfolge erzielt hat. Ich möchte hier noch einige Zahlen anfügen, die heute nicht ins Treffen geführt wurden.

Fachleutner

Ich denke da zum Beispiel daran, daß es in den letzten Jahren möglich war, die Überschüsse aus der Mehrproduktion auf den Weltmärkten abzusetzen, sodaß immerhin dem Finanzminister Valuten in der Größenordnung von 30 Milliarden Schilling erspart wurden. Das sind Leistungsbeweise, die die Landwirtschaft gerade durch diese Entwicklung gegeben hat.

Kollege Ulbrich — ich glaube, er war es — hat kürzlich gesagt, man möge vielleicht auch von seiten der Landwirtschaft in der Richtung vorgehen, inländische Maschinen zu kaufen. Ich darf darauf verweisen, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren immerhin 30 Milliarden Schilling Kapital aufgewendet hat, um diese Maschinen zu kaufen, und für die Erhaltung immerhin 3 bis 4 Milliarden Schilling jährlich zur Verfügung stellt, was zur Sicherung der Arbeitsplätze beiträgt. Ich stelle hier fest, daß die Landwirtschaft ihrerseits auch für die Arbeitsplatzsicherung Großartiges geleistet hat. Daher war es vielleicht manchmal nicht richtig, wenn zum Beispiel Herr Vizekanzler Dr. Pittermann in seiner Budgetrede sich gegen die Unverfrorenheit der Bauernschaft in der Richtung gewendet hat, daß wir Forderungen an das Budget stellen, damit die Landwirtschaft letzten Endes die Betriebe sichern kann.

Nun darf ich auch in Erinnerung rufen, was der Parteiohmann der Sozialistischen Partei erst kürzlich — ich glaube, es war in Liesing — in einer Versammlung erklärte. Man sagt ja immer wieder von Ihrer Seite, Sie seien sehr bauernfreundlich, Sie seien ja immer bereit, das Größtmögliche zu tun. Kreisky hat folgenden Ausspruch getan:

Auch die SPÖ könnte den Bauern nicht bessere Milch- und Butterpreise versprechen. Er hat noch etwas hinzugefügt: Würde die SPÖ die Regierung stellen, hätte sie sich mit denselben Problemen auseinanderzusetzen wie die ÖVP und hätte auch die internationale Konjunkturabschwächung nicht verhindern können.

Sie werfen uns heute bei der Debatte immer wieder vor — Kollege Tull war es —, daß es gerade die Österreichische Volkspartei sei, die in bezug auf die Arbeitsplatzsicherung zuwenig Impulse vom Budget aus gegeben, zuwenig vom Budget aus und mehr für die Landwirtschaft getan hat, weil sich die Mittel immerhin in einer Größenordnung von 3 Milliarden Schilling bewegen, und daß man diese Mittel für andere Zwecke fruchtbarer hätte anwenden können. Ich glaube, Herr Kollege Tull, daß diese Meinungen nicht richtig sind, daß sie volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind. Sie müssen es laut aussprechen: Sind Sie bereit, die Landwirtschaft weiter zu unterstützen? Ja oder nein?

Der Herr Kollege Staribacher hat vor mir gesprochen und erklärt, er wäre zum Großteil auch mit der Agrarpolitik einverstanden, die von unserem Bundesminister und von den Spitzen der Agrarpolitiker letzten Endes verteidigt wird.

Ich darf in dem Zusammenhang noch auf eines verweisen. Es wurde erklärt, daß sich der Bauernbund in der Österreichischen Volkspartei nicht durchsetzen könne. Meine sehr Verehrten, das stimmt nicht. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wohl die Österreichische Volkspartei bündisch gegliedert ist, daß aber hier eine richtige Demokratie zum Ausdruck kommt, daß jeder seine Meinung äußern kann (*Heiterkeit bei der SPÖ*), daß sich aber letzten Endes alle Bünde in der Richtung einig sind, wenn ein Berufsstand in eine gewisse Notlage geraten ist, ihn zu unterstützen. Nehmen Sie zur Kenntnis: Der Österreichische Bauernbund steht nach wie vor treu zur Österreichischen Volkspartei (*ironischer Beifall bei der SPÖ*), und Sie werden es nicht erleben, meine sehr Verehrten, daß Sie von dieser Seite in der Öffentlichkeit vielleicht Eindruck schinden und vielleicht eine Spaltung herbeiführen könnten.

Ich sage Ihnen, meine sehr Verehrten, ich hätte die größte Sorge ... (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich hätte die größte Sorge, wenn wir derzeit in einer Koalitionsregierung wären, denn es hat ja auch der Herr Kollege Czettel erst kürzlich erklärt, wir hätten ein Klassenbudget errichtet, er meinte ein Klassenbudget in der Richtung, daß man die Bauern zuviel unterstützt. Wir sind nicht von vornherein gegen eine Koalition gewesen, aber wir sind der Meinung, daß wir in der Koalition jetzt die größten Schwierigkeiten hätten, jene Mittel zu bekommen, die uns die Garantie geben, unsere Betriebe zu erhalten. (*Abg. Weikhart: Noch größere hätten Sie bekommen! — Ruf bei der SPÖ: Haben Sie alles bekommen?*) Nicht alles, aber einen Großteil. Jene Mittel, die möglich waren und die der Herr Finanzminister zur Ausschüttung bringen konnte.

Zu Ihrer Argumentation in der Richtung, wir hätten zum Beispiel keine Strukturpolitik betrieben, wurde bereits von meinen Vorrednern betont, welche Maßnahmen gerade in der Markt- und Preispolitik gesetzt worden sind.

Die größte Sorge — das müssen Sie zugeben —, die die Landwirtschaft derzeit bedrückt, ist die Lohn- und Preisentwicklung, weil wir durch die Produktionsausweitung nicht mehr jene Löhne und Preise, die der Bauer heute für Betriebsmittel ausgeben muß, bezahlen können und kapitalschwächer werden,

Fachleutner

was sich auch sicherlich für die Beschäftigung negativ auswirken wird. Es ist daher meine Meinung, daß man sich bemüht hat, im großen und ganzen jene Mittel zur Verfügung zu stellen, um auch von dieser Seite im Jahre 1968 eine Belebung zu bringen.

Ich darf nochmals auf die Exporte zurückkommen. Sie sagen, es sei nichts geschehen, Herr Kollege Zeillinger! — Er ist nicht hier. Wenn man im Jahre 1967 beispielsweise bei den Rinderexporten rund 500 Millionen Schilling mehr eingenommen hat, dann ist das sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß im richtigen Moment vom Landwirtschaftsminister die Exportanregungen ausgegangen sind. Sicherlich haben wir derzeit Schwierigkeiten auf dem Wiener Markt, aber es wird nach unserer Auffassung vielleicht im Jahre 1968 möglich sein, diese Exporte wieder zu forcieren.

Abschließend darf ich Ihnen sagen: Wir stehen zu unserem Landwirtschaftsminister (*Abg. Weikhart: Treue! Treue!*), es hat dies ja auch Kollege Staribacher erklärt, und er ist auch anerkannt worden, gemeinsam mit seinem Vorgänger Hartmann. Wir sind auch weiterhin bereit, mit ihm gerade in dieser großen Auseinandersetzung, in der Umschichtung, im Um- und Einbau des großen Agrarmarktes einerseits unsere Leistungen zur Agrarmarktordnung in dem Sinne zu geben, daß wir bereit sind, Opfer zu bringen; wir müssen aber andererseits auch an Sie appellieren, uns, wenn es nützt, zu unterstützen, damit wir auch in Zukunft die Betriebe halten können, die sich nicht nur für uns günstig auswirken, sondern auch für Zehntausende Arbeitnehmer. (*Abg. Weikhart: Eine Rede dort hinüber zum Wirtschaftsbund!*)

Aus diesen Gründen geben wir diesem Kapitel gerne unsere Zustimmung. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Berichterstatter Ing. Karl **Hofstetter** (*Schlußwort*): Ich trete dem Antrag der Abgeordneten Landmann und Genossen bei.

Präsident **Wallner**: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Punkte getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, den gegenständlichen Bericht der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Landmann und Genossen bezüglich der Ansätze 1/62006, 1/62026, 1/62226 und 1/62266 vor.

Ich lasse daher zunächst über die Beratungsgruppe VIII mit Ausnahme dieser Ansätze abstimmen und sodann über diese vier Ansätze getrennt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln der Beratungsgruppe VIII in der Fassung der Regierungsvorlage unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen beziehungsweise der drucktechnischen Korrekturen — ausgenommen die vier Ansätze — ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nun über die von mir bekanntgegebenen vier Ansätze in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Landmann und Genossen abstimmen. Falls sich hierfür keine Mehrheit finden sollte, lasse ich über diese Ansätze in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Ansätzen in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Landmann und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Damit erübrigt sich eine Abstimmung über diese Ansätze in der Fassung der Regierungsvorlage.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 13. Dezember um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IV. Diese umfaßt Kapitel 11: Inneres.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 40 Minuten